G 1800 E

Blätter für deutsche und internationale Politik

Herbert Kröger
Völkerrechtliche Anerkennung und friedliche Koexistenz

Georg Herde
Regierung und Landsmannschaften

Hans-Dieter Bamberg und Hans-Gerhard Koch
Zur Situation der SPD

Wilhelm Raimund Beyer
Warum Hegel heute?

Marlis Krüger
Zum Begriff der „black culture"

6'70

Juni 1970 Einzelheft 3,50 DM Im Abonnement 2,50 DM,
für Studenten, Schüler, Wehrpflicht- und Ersatzdienstleistende 2,50 DM

Pahl-Rugenstein Verlag Köln

Juni 1970

CHRONIK DES MONATS MAI 1970 551

KOMMENTARE UND BERICHTE

Fragen der europäischen Sicherheit und der Sicherheitskonferenz . . . . . *Martha Buschmann und Hans Brender* 554

Von der deutschen Phrase . . . . . *Herold Groß* 558

Thailands Rolle als US-Basis . . . . . *Klaus Elliesen* 560

Die klugen Köpfe dahinter . . . . . *Friedhelm Baukloh* 563

HAUPTAUFSÄTZE

Völkerrechtliche Anerkennung und friedliche Koexistenz *Herbert Kröger* 565

Das Verhältnis der Regierung Brandt/Scheel zu den Landsmannschaften . . . . . *Georg Herde* 577

Zur Situation der SPD . . . *Hans-Dieter Bamberg und Hans-Gerhard Koch* 596

Warum Hegel heute? Gedanken zur zweiten Säkularfeier Hegels . . . . . *Wilhelm Raimund Beyer* 607

Zum Stand der Auseinandersetzung zwischen Rechten und Linken in der SPD . . . . . *Klaus Fritzsche* 617

Zum Begriff der „black culture" . . . . . *Marlis Krüger* 627

Nixons größtes Spiel . . . . . *Martin Hall, Los Angeles* 638

FERNSEH-SPALTE

Räuber und Gendarm . . . . . *E. H. Wahl* 649

BÜCHER

John Kenneth Galbraith, Wie man Generale bändigt . . . . *Eike Hennig* 650

Gerhard Schmidtchen, Manipulation — Freiheit negativ. Und: Armbruster, Arndt, Bachof u. a., Pressefreiheit . . . . *Wulf D. Hund* 651

Boris Meissner (Hrsg.), Die deutsche Ostpolitik 1961—1970 . *Harold Rasch* 654

Neuerscheinungen / Eingesandte Bücher 655

DOKUMENTE ZUM ZEITGESCHEHEN

Wortlaut der Entschließung des Hamburger Kolloquiums 1970 656

Wortlaut der Erklärung von sieben Professoren der Hochschule für bildende Künste, Westberlin, vom 28. Mai 1970 658

Stellungnahme von Prof. Dr. Andreas Dress, Bielefeld, auf dem Kongreß für Mathematiker in Madison/USA im April 1970 661

Aufruf zum Reportagewettbewerb 1970 des „Werkkreis Literatur der Arbeitswelt" 662

Blätter für deutsche und internationale Politik

Monatsschrift · Fünfzehnter Jahrgang · Heft 6/1970

Herausgeber

HILDE BENTELE
GERHARD GOLLWITZER
ANTON NEUHÄUSLER
KNUT NEVERMANN
MANFRED PAHL-RUGENSTEIN
HAROLD RASCH
HERMANN RAUSCHNING
HANS RHEINFELDER
HELMUT RIDDER
ROBERT SCHOLL
FRITZ STRASSMANN
KARL GRAF v. WESTPHALEN
ERNST WOLF

Redaktion

PAUL NEUHÖFFER
JOHANNES WEIDENHEIM

Pahl-Rugenstein Verlag Köln Barbarossaplatz 2

Chronik des Monats Mai 1970

1. 5. — Kambodscha. Der demokratische Abgeordnete Ottinger, der den Staat New York im Repräsentantenhaus vertritt, kündigt vor Journalisten an, er werde eine Tadelsmotion gegen Präsident Nixon einbringen; der Präsident habe mit dem Befehl zum Einsatz von amerikanischen Bodentruppen in Kambodscha seine in der Verfassung beschriebenen Befugnisse überschritten. — Am 5. 5. bildet der ehemalige kambodschanische Staatschef Prinz Sihanouk in Peking eine „Königliche Regierung der Nationalen Einheit". Zu den Staaten, die die Exilregierung schon in den nächsten Tagen diplomatisch anerkennen, gehören neben der Volksrepublik China und Nordvietnam auch Syrien, Jugoslawien und Rumänien. — Am 23. 5. wird in Saigon die Zahl der in Kambodscha eingesetzten amerikanischen und südvietnamesischen Truppen mit 60 000 Mann angegeben.

4. 5. — Sowjetunion. Ministerpräsident Kossygin gibt die erste Moskauer Pressekonferenz seiner Amtszeit. Kossygin verurteilt scharf die militärische Intervention der Vereinigten Staaten in Kambodscha und antwortet auf eine Frage bezüglich der sowjetischen Haltung gegenüber den beiden kambodschanischen Regierungen: „Wir anerkennen die neutrale Regierung Kambodschas, die einen Friedenskurs verfolgt." Der Ministerpräsident, der sich weiter zu den gegenwärtig in Peking geführten sowjetisch-chinesischen Grenzverhandlungen („Wir nehmen an, daß beide Seiten an

den Verhandlungen interessiert sind") und den sowjetisch-amerikanischen SALT-Gesprächen in Wien äußert, nimmt auch zu den Presseberichten über den Einsatz sowjetischer Piloten im Nahen Osten Stellung: „Wir haben mit der VAR Vereinbarungen, auf Grund welcher militärische Berater in Ägypten stationiert sind, und zwar mit dem Ziel, der VAR in ihrem Kampf gegen die israelische Aggression beizustehen. Die israelische Aggression wird von den USA massiv unterstützt sowohl mit Waffenlieferungen als auch auf andere Art. Die Funktionen der militärischen Berater in der VAR sind in den Vereinbarungen mit der Regierung in Kairo festgelegt."

6. 5. — Tschechoslowakei / Sowjetunion. In Prag wird ein „Vertrag über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand" zwischen beiden Ländern abgeschlossen. Die Parteisekretäre Breschnew und Husak und die Ministerpräsidenten Kossygin und Strougal unterzeichnen das Dokument, das ein sowjetisch-tschechoslowakisches Abkommen aus dem Jahre 1943 ablöst. Artikel 10 des neuen Vertrages verpflichtet die Signatarstaaten „jeden bewaffneten Angriff gegen das Partnerland — gleichgültig von welchem Staat oder welcher Staatengruppe er ausgeht — als Angriff gegen das eigene Land zu betrachten und unverzüglich jede notwendige Hilfe, einschließlich militärischer Unterstützung, zu gewähren". Artikel 6 erklärt das Münchener Abkommen von 1938 als „von Anfang an mit allen seinen Folgen für null und nichtig".

7. 5. — UNO. Der Vertreter der Bundesrepublik am europäischen Sitz der Vereinten Nationen in Genf, Botschafter Schnippenkötter, richtet eine Note an die Delegationen der bevorstehenden 23. Konferenz der Weltgesundheitsorganisation (WHO), einer Sonderorganisation der UNO. Schnippenkötter ersucht im Auftrag des Auswärtigen Amtes die Empfänger seines Schreibens, die Aufnahme der DDR in die WHO ebenso wie die Bundesregierung abzulehnen. — Am 8. 5. reicht die ungarische Delegation eine Resolution zur Aufnahme der DDR ein, der sich 16 weitere Staaten anschließen. — Am 14. 5. entscheidet die WHO-Konferenz über einen auf Anregung der Bundesrepublik von Uruguay eingebrachten Antrag, die Abstimmung über die Zulassung der DDR als Vollmitglied um ein Jahr zu verschieben. Der Antrag wird mit 70 gegen 26 Stimmen bei 19 Enthaltungen angenommen.

9. 5. — Polen. Auf einer Festveranstaltung in Wroclaw (Breslau) fordert Parteisekretär Gomulka noch einmal die „eindeutige Anerkennung der bestehenden polnischen Westgrenze" durch die Bundesrepublik. Polen könne keinerlei Versuche akzeptieren, „dieses Problem in Form irgendwelcher vorläufiger Abkommen zu regeln". Der Abschluß bilateraler Gewaltverzichtsabkommen ohne Anerkennung der Grenzen „wäre letztlich eine Legalisierung der revisionistischen Forderungen und hätte den Charakter einer Zeitbombe".

11.—14. 5. — SPD. Die Sozialdemokratische Partei hält in Saarbrücken ihren Bundesparteitag ab. Hauptreferenten sind der SPD-Vorsitzende Bundeskanzler Brandt und seine beiden Stellvertreter Helmut Schmidt und Herbert Wehner, die in ihren Ämtern bestätigt werden. Brandt erhält bei seiner Wiederwahl 318 Stimmen bei 11 Gegenstimmen und 2 Enthaltungen.

12. 5. — Naher Osten. Israelische Panzereinheiten überschreiten die Grenze zum Libanon und dringen, unterstützt von Kampfflugzeugen, mehrere Kilometer tief in das Land ein. In Tel Aviv spricht man von einer „örtlich und zeitlich begrenzten" Operation, die noch am gleichen Tage beendet werden solle. — Am 20. 5. verurteilt der Sicherheitsrat mit 11 Stimmen bei 4 Enthaltungen die „vorsätzliche" Militäraktion gegen den Libanon und droht für den Wiederholungsfall mit „angemessenen und wirksamen Maßnahmen".

15. 5. — IOC. Das Internationale Olympische Komitee entzieht auf einer Konferenz in Amsterdam mit 25 von 28 Stimmen bei 3 Enthaltungen dem Nationalen Olympischen Komitee Südafrikas die Anerkennung. Der Ausschluß, der erste seit 1894, gründet sich auf Regel 1 der olympischen Charta, die jede Rassendiskriminierung untersagt.

— Kernwaffen. Auf einem Testgelände im Pazifik beginnt eine neue Serie französischer Kernwaffenversuche. Zunächst wird ein atomarer Sprengsatz in ca. 600 m Höhe an einem Ballon zur Explosion gebracht. Bis zum 15. August sind sieben weitere Versuche geplant.

18. 5. — Sowjetunion / China. Die Moskauer Parteizeitung „Prawda" richtet einen heftigen Angriff gegen die Politik

der politischen Führung in der Volksrepublik China, der sie „Großhegemonie-Ambitionen" vorwirft. Die Zeitung schreibt: „Die chinesischen Führer haben buchstäblich eine Kampffront gegen das sozialistische Weltsystem, gegen die internationale kommunistische Bewegung und gegen die revolutionären Kämpfer in aller Welt eröffnet."

20. 5. — Algerien / DDR. Außenminister Otto Winzer und sein algerischer Amtskollege Bouteflika unterzeichnen ein Abkommen über die Aufnahme diplomatischer Beziehungen und den Austausch von Botschaftern zwischen beiden Ländern. Außenminister Bouteflika erklärt bei dieser Gelegenheit, Algerien sei bereit, auch die Beziehungen zur Bundesrepublik zu normalisieren, „wenn die BRD ihrerseits die Bereitschaft zeigen würde, ihr Verhältnis zu den arabischen Staaten auf eine bessere Grundlage zu stellen".

21. 5. — Bundesrepublik / DDR. Bundeskanzler Brandt und DDR-Ministerpräsident Stoph treffen in Kassel zu ihrem zweiten Gespräch zusammen. Bei seinem Eintreffen in der Bundesrepublik läßt Ministerpräsident Stoph eine Erklärung verbreiten, die sich gegen das „System von Gesetzen, Urteilen und sonstigen staatlichen Handlungen" wendet, „mit denen sich Regierungsorgane und Gerichte der BRD völkerrechtswidrig über die Staatsgrenzen der Bundesrepublik hinaus Rechte und Zuständigkeiten gegenüber der DDR und ihren Bürgern anmaßen". Die Konferenz, an der neben den Regierungschefs die Delegationen in gleicher Zusammensetzung wie bei dem ersten Treffen in Erfurt am 19. 3. teilnehmen, beginnt mit Grundsatzerklärungen von Bundeskanzler Brandt und Ministerpräsident Stoph. Brandt legt in 20 Punkten „Grundsätze und Vertragselemente" vor; Stoph verweist noch einmal auf den durch die Bundesregierung offiziell noch nicht beantworteten Vertragsentwurf der DDR vom 17. Dezember 1969. Einem anschließenden vertraulichen Gespräch zwischen Brandt und Stoph folgt am Nachmittag eine weitere Vollsitzung der Delegationen. Im Gegensatz zur Begegnung von Erfurt wird ein gemeinsames Kommuniqué nicht veröffentlicht und kein Termin für eine dritte Zusammenkunft festgelegt.

22. 5. — Gewaltverzicht. Staatssekretär Bahr vom Bundeskanzleramt beendet die Sondierungsgespräche mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko über einen Gewaltverzichtsvertrag. Bahr, der am 23. 5. von Moskau nach Bonn zurückkehrt, hatte seit dem 30. Januar insgesamt 14 Unterredungen mit Gromyko. Der Staatssekretär erklärt vor Journalisten, im Rahmen seiner Kontakte seien alle wesentlichen Fragen bereinigt worden. Er werde dem Kabinett vorschlagen, jetzt in offizielle Verhandlungen mit der Sowjetregierung einzutreten. — Am 27. 5. behandelt der Bundestag eine Große Anfrage der CDU/CSU-Fraktion, deren Sprecher die Ost- und Deutschlandpolitik der Bundesregierung attackieren. In die Debatte greift mehrfach auch Bundeskanzler Brandt ein, der u. a. betont, seine Politik gegenüber den Ländern Osteuropas und der DDR erfolge im Einvernehmen mit den übrigen Mitgliedern der NATO.

22. 5. — Malediven / DDR. Beauftragte beider Regierungen in der ceylonesischen Hauptstadt Colombo einigen sich über die Aufnahme diplomatischer Beziehungen „auf der Grundlage der Prinzipien der Charta der Vereinten Nationen".

26.—27. 5. — NATO. Die Außen- und Verteidigungsminister der Militärorganisation treten in Rom zu ihrer Frühjahrstagung zusammen. Der Rat schlägt Ost-West-Gespräche über eine „ausgewogene Truppenverminderung in Europa" vor und beauftragt die italienische Regierung, ein besonderes Dokument zu diesem Thema auf diplomatischem Wege allen „anderen interessierten Parteien" zu übermitteln.

31. 5. — Ceylon. Die frühere Ministerpräsidentin Frau Bandaranaike tritt erneut an die Spitze des Kabinetts, in dem sie zusätzlich die Ministerien für Auswärtiges, Verteidigung und Wirtschaftsplanung übernimmt. Die von Frau Bandaranaike geführte Sri Lanka Freedom Party (SLFP) war aus den Parlamentswahlen am 27. 5. mit einer großen Mehrheit hervorgegangen. Die Partei erhielt 115 von 151 Parlamentssitzen, während die bisher regierende Vereinigte Nationalpartei des Premierministers Senanayake nur 17 Sitze behaupten konnte. Die SLFP hatte im Wahlkampf Verstaatlichungsmaßnahmen in der Wirtschaft und Änderungen in der Außenpolitik (u. a. die Aufnahme von Beziehungen zu Nordvietnam und zur provisorischen Revolutionären Regierung Südvietnams) propagiert.

Kommentare und Berichte

Fragen der europäischen Sicherheit und der Sicherheitskonferenz

I

Die Ausweitung des Indochinakrieges durch die USA und die Eskalation des Konflikts in Nahost erinnern daran, daß auch Europa ein potentieller Kriegsherd ist. Wenn der Kontinent nicht länger mit der Möglichkeit einer militärischen Konfrontation auch auf seinem Territorium leben will, ist es an der Zeit, etwas für seine Sicherheit zu tun.

Vor längerem ist von den Staaten des Warschauer Pakts der Vorschlag einer Konferenz aller europäischer Staaten zu Fragen der Sicherheit gemacht worden. Der Gedanke stößt zunehmend auf Interesse. Keine Staatsführung kann den Gedanken mehr mit einer bloßen Formalität abtun. Die Europäische Sicherheitskonferenz nimmt inzwischen einen Platz in den Überlegungen aller europäischen Regierungen ein.

Die Sicherheitskonferenz hat die Aufgabe, unter gleichberechtigter Teilnahme aller europäischer Staaten erste Grundlagen für die friedliche Existenz in Europa zu schaffen und damit neue Beziehungen der Staaten überhaupt einzuleiten, die es ihnen möglich machen, in Sicherheit vor Krieg und außereuropäischen Verstrickungen die großen humanitären Aufgaben in Angriff zu nehmen, die vor uns stehen.

II

Manche glauben, die fernen Ereignisse könnten Europa nicht berühren, weil hier die Konstellation wesentlich anders sei. Das beweise die nunmehr fünfundzwanzigjährige Waffenruhe, die längste, die der Kontinent in diesem Jahrhundert erlebte. Aber der Zustand, dem Golo Mann den Namen „Friede" nicht geben mag und den er deshalb als „Nichtkrieg" bezeichnet, ist labil. Er ist im ganzen nicht vereinbart. Im wesentlichen ist er der militärisch fixierte Ausdruck des Kräfteverhältnisses zwischen der sozialistischen und kapitalistischen Staatenwelt, wie es sich bei Kriegsende und in den ersten Nachkriegsjahren herausgestellt hat.

Daß es nicht zu der im Potsdamer Abkommen vertraglich geregelten Friedensordnung kam, ist die Folge des Bestrebens der westlichen Staaten unter den ehemaligen Kriegsgegnern Deutschlands, im Bündnis mit den alten herrschenden gesellschaftlichen Kräften ihres Besatzungsgebiets die gesellschaftlichen Veränderungen in den Staaten des Ostens und im östlichen Teil Deutschlands rückgängig zu machen und den Sozialismus im ganzen zurückzudrängen. Diese Konstellation wirkt auch heute noch fort: Die Bundesregierung und ihre NATO-Partner sind nicht bereit, den gegenwärtigen politischen und territorialen Status quo verbindlich anzuerkennen. Laut Artikel 7 des Deutschlandvertrages streben die Westmächte zusammen mit der Bundesrepublik für die DDR eine Gesellschafts- und Verfassungsordnung nach dem Muster der Bundesrepublik an. Westberlin hat die Funktion des Pfahls im Fleisch der DDR. Wiederholt ist es zu schweren Krisen gekommen. Soweit der Zustand auf dem Gleichgewicht des Schreckens beruht, enthält er für Kräfte, die den Status quo zu ändern trachten, den ständigen Anreiz, vermeintliches militärisches Übergewicht auszuspielen und am Rande des Krieges eine abenteuerliche Politik der Pressionen zu betreiben. Die Möglichkeit, daß Provokationen zur Explosion führen, ist nicht ausgeschlossen.

Unter diesen Umständen fällt das Nichtvorhandensein allgemein anerkannter völkerrechtlicher Abmachungen über die Grenzen besonders ins Gewicht: Die Prinzipien der UNO-Charta, nach denen die Staaten ihre Beziehungen auf der Grundlage der Achtung der Souveränität und der Nichteinmischung regeln wollen, sind in Europa nicht durchgesetzt. Es fehlen damit sowohl unerläßliche Voraussetzungen für normale Beziehungen zwischen den Staaten als auch die Schranken, die völkerrechtliche Verträge politischem Abenteurertum setzen: Das Nichtvorhandensein allgemein anerkannter völkerrechtlicher Abmachungen über den territorialen Status quo begünstigt Spannungen und nährt Illusionen, ungehindert durch völkerrechtliche Verträge den Status quo ändern zu können. Die Geschichte Europas erinnert zur Genüge daran, daß offene Grenzen immer wieder eine Rolle beim Ausbruch von militaristischen Konflikten spielten und der Ausbruch des 2. Weltkrieges wesentlich dadurch begünstigt wurde, daß im Deutschland der Weimarer Republik Grenzveränderungen zum Gegenstand politischer Programme gemacht werden konnten.

Eine besondere Quelle der Unsicherheit ist das Fehlen der völkerrechtlichen Anerkennung der DDR durch die Bundesrepublik. Die BRD macht der DDR die Existenzberechtigung als Völkerrechtssubjekt streitig. Sie praktiziert immer noch den Anspruch, allein für Deutschland zu handeln, indem sie nach wie vor die Beziehungen der DDR zu Drittländern durch ökonomische oder politische Pressionen stört, gegen die gleichberechtigte Mitwirkung der DDR im Kreise der Nationen auftritt und sich laufend in die inneren Angelegenheiten der DDR einmischt: sie fördert die Aufstellung von Eingliederungsplänen; sie praktiziert Hoheitsansprüche auf die Staatsbürger der DDR, indem sie sie ihrer Jurisdiktion unterstellt; sie begründet für DDR-Flüchtlinge Rechte auf Entschädigung usw.

Die Bundesregierung verweigert die Herstellung eines völkerrechtsgültigen Verhältnisses zur DDR unter Hinweis auf „besondere Beziehungen". Die Betonung läuft darauf hinaus, den inzwischen entstandenen entscheidenden Gegensatz der gesellschaftlichen Verfassungen der beiden deutschen Staaten zu überspielen und den Schein eines Rechts auf Einmischung zur Veränderung der gesellschaftlichen Ordnung der DDR zu begründen. Die Gefährlichkeit der Argumentation ist offensichtlich: sie erleichtert es dem sich in der Bundesrepublik ausbauenden mächtigsten militärisch-industriellen Komplex des Kontinents, unterstützt von Springer-Presse, Landsmannschaften und NPD, unter Appell an nationale Emotionen einen Revanchismus zu aktivieren, der als offizielle bundesdeutsche Politik über 20 Jahre lang dafür gesorgt hat, daß die Spannungen in Europa aufrecht erhalten wurden.

Ein weiterer Grund für die Labilität der Lage in Europa besteht in der militärischen und zunehmenden wirtschaftlichen Abhängigkeit von den USA, deren Politik sich in der ganzen Welt gegen die sozialistischen Staaten und gegen den demokratischen Fortschritt richtet und die, wie erst wieder die Invasion in Kambodscha zeigt, immer abenteuerlicher wird.

All das zusammen mit der gegenwärtigen Verschärfung der Weltlage ist dringender Anlaß, daß endlich die europäischen Staaten gemeinsam die Initiative ergreifen, Entscheidendes für die Sicherheit zu tun.

III

Zugleich ist das der Weg, andere unabweisbar gewordene Probleme gemeinschaftlicher Natur in Angriff zu nehmen. Der Rüstungswettlauf ist — ohne Sicherheit geben zu können, vielmehr die Gefahren der Konfrontation verschärfend — zu einem immer größeren Hemmnis für die technologische, ökonomische und soziale Entwicklung in allen Staaten geworden. Eine Verein-

barung über europäische Sicherheit wird unmittelbar Absprachen über beiderseitige Abrüstung möglich machen. Aber es geht nicht nur um die Entlastung der Volkswirtschaften von der Rüstung. Zur Sicherung des gesellschaftlichen Fortschritts muß eine umfassende wissenschaftliche und wirtschaftliche Zusammenarbeit der Staaten Europas eingeleitet werden. Immer mehr zeigt sich, daß die technologische Lücke Westeuropas unter der wirtschaftlichen Vorherrschaft der USA und dem ständigen Aderlaß, den das Zahlungsdefizit der USA und die aus den USA importierte Inflation verursachen, nicht aufgeholt werden kann, im Gegenteil: tendenziell vergrößert sich der Vorsprung der USA. Diese Entwicklung kann nur aufgehoben werden durch rationellere Inanspruchnahme der Produktivkräfte Gesamteuropas, insbesondere durch arbeitsteilige Investitionspolitik, Kooperation und wissenschaftlich-technischen Austausch. Die engen Grenzen, die die gegenwärtigen Spannungen und der militärische Blockgegensatz gemeinschaftlichen Anstrengungen setzen, müssen überwunden werden, wenn die europäischen Staaten ihre Potenzen nutzen und mit den USA und Japan auf dem Weltmarkt erfolgreich konkurrieren und den bestehenden Abstand aufholen wollen.

IV

Wenn die Völker Europas an ihre Zukunft denken, stoßen sie also übereinstimmend auf zwei kardinale Gesichtspunkte:

— Es müssen entsprechend den Prinzipien der UNO-Charta — gegenseitige Achtung der Souveränität, Nichteinmischung, Nichtangriff, friedliche Regelung aller Streitfragen — Grundlagen für die friedliche Koexistenz geschaffen werden.

Das heißt zuallererst, an die Stelle der gegenwärtig ungeregelten und deshalb labilen Verhältnisse eine völkerrechtlich verbindliche Vereinbarung über den Status quo zu setzen, wie er sich herausgebildet hat: mit den bestehenden Grenzen, mit zwei deutschen Staaten verschiedener gesellschaftlicher Ordnungen und mit einem kapitalistischen, wirtschaftlich mit der Bundesrepublik verbundenen, staatsrechtlich nicht zu ihr gehörenden, gegenwärtig noch unter Besatzungsrecht stehenden Westberlin.

— Eine umfassende wissenschaftliche und wirtschaftliche Zusammenarbeit ist herzustellen.

Die gegenwärtig diskutierte Sicherheitskonferenz hat erste Schritte zu diesen Zielen zu gehen. Der Aufgabe des Anfangs entsprechen die von den Warschauer Paktstaaten zur Tagesordnung vorgeschlagenen Themen:

a) Kollektiver Gewaltverzicht, das heißt gemeinsame Anerkennung aller bestehenden Grenzen. Eine solche Vereinbarung wäre die allgemeinste völkerrechtliche Grundlage für die Sicherheit Europas. Sie wäre erste Voraussetzung eines später zu schaffenden kollektiven Sicherheitssystems, das den militärischen Blockgegensatz endgültig überwindet.

Sie wäre auch eine tragfähige Grundlage, um verhältnismäßig schnell zu effektiven Abrüstungsvereinbarungen zu kommen.

Ein kollektiver Gewaltverzicht erleichtert es, schon auf dieser ersten Sicherheitskonferenz über das zweite vorgeschlagene Thema mit Aussicht auf Erfolg zu verhandeln:

b) Entwicklung der wirtschaftlichen Beziehungen, des Handels, des Austauschs wissenschaftlicher Ergebnisse, der wissenschaftlichen und wirtschaftlichen Kooperation.

Damit die Konferenz ihre Aufgaben erfüllen kann, müssen auf ihr die BRD und die DDR mit gleichem Status und gleichen Rechten vertreten sein.

V

Über 20 Staaten haben der finnischen Regierung, die sich bereit erklärt hat,

Gastgeber der Konferenz zu sein und bei der Vorbereitung organisatorische Dienste zu leisten, ihr Interesse bekundet. Zu den Staaten, die sich für eine solche Konferenz ausgesprochen haben, gehören auch NATO-Mitglieder wie England, Belgien und Italien.

Die Bundesregierung hat zwar bei ihrem Amtsantritt eine Sicherheitskonferenz als Etappe auf dem Weg zu größerer Sicherheit bezeichnet. Von Beginn an hat sie jedoch Vorbehalte geäußert, die im ganzen Abneigung zum Ausdruck bringen. Beteuerungen, die Konferenz müsse gründlich vorbereitet werden und es müsse begründete Aussicht auf Erfolg bestehen, sind wenig überzeugend, wenn man nichts für die Realisierung tut. Der geäußerte Argwohn, es sollten die USA und Kanada ferngehalten werden, fand eine schnelle Beantwortung: keiner der an der Konferenz Interessierten sprach sich gegen eine Teilnahme dieser Staaten aus. Später, im Bericht „Zur Lage der Nation", vertrat Brandt den Standpunkt, daß eine Teilnahme der Bundesrepublik „wenig sinnvoll wäre, wenn sich bis dahin kein positiver Ansatz im zwischendeutschen Bereich gezeigt" habe. Hierzu hätte die Bundesregierung allerdings mit einer völkerrechtlichen Anerkennung der DDR den entscheidenden Beitrag leisten können.

In der Sachdiskussion bezeichnet die Bundesregierung eine „ausgewogene Verminderung der militärischen Kräfte als eine Schlüsselfrage europäischer Ausgleichspolitik". Das gelte auch für die Probleme einer Sicherheitskonferenz. So wieder im „Weißbuch 1970"; es spricht damit in Übereinstimmung mit der NATO: Als Antwort auf den Vorschlag einer Sicherheitskonferenz beschloß der NATO-Rat Ende Mai in Rom, den Staaten des Warschauer Pakts Gespräche über „beiderseitige und ausgewogene Truppenverminderung in Europa" anzubieten. Das geht in der Sache an der Aufgabe der Konferenz vorbei: Abrüstungsschritte ersetzen nicht kollektive völkerrechtliche Vereinbarungen über die Beziehungen zwischen den Staaten. Abrüstungspropaganda, die ausdrücklich die Fragen der Anerkennung der Grenzen und des Gewaltverzichts umgeht, bewegt sich in den Kategorien der bisherigen Gleichgewichtspolitik, die keine Sicherheit gewährt. Sie entspricht strategischen Überlegungen, die damit spielen, die Dimensionen des möglichen Krieges herabzustufen, die aber nicht davon ausgehen, den Krieg zu verhindern. Die eben beendete NATO-Konferenz signalisiert eine doppelte Gefahr: während die Sicherheitskonferenz weiter hinausgezögert wird, wird der Rüstungswettlauf forciert.

Deshalb muß sich die Öffentlichkeit mehr als bisher in die Diskussion einschalten und von den Regierungen die aktive Vorbereitung der Sicherheitskonferenz fordern. Dieser Notwendigkeit ist die Idee eines Kongresses der europäischen Völker entsprungen, auf dem Sprecher aller an der Sicherung des Friedens interessierten Kräfte dafür eintreten, daß die Regierungen sich endlich an den Konferenztisch setzen. Der Gedanke hat bereits in ost- und westeuropäischen Ländern Fuß gefaßt. Man muß ihm auch in der Bundesrepublik Publizität verschaffen.

Die Entwicklung der Weltlage und die besonders gefährliche Lage in Europa, an der Nahtstelle der Gesellschaftssysteme, macht ein schnelles Zustandekommen der Konferenz notwendig — nicht nur um Europa zu sichern: von einer europäischen Sicherheitskonferenz würde eine Eindämmung aggressiver Tendenzen überall in der Welt ausgehen. Allein schon die Beschleunigung der Vorbereitung der Konferenz würde die Gewichte auf der Waagschale des Weltfriedens vermehren.

Martha Buschmann und
Hans Brender

Von der deutschen Phrase

Dieser Artikel, das sei zugegeben, ist aus einer Angst entstanden, aus der Angst, daß die nationale Phrase unabwendbar das Verhängnis deutscher Politik ist.

Was am 28. Mai von Vertretern der CDU/CSU im Bundestag vorgetragen wurde, ließ nicht allein dem Baron Guttenberg den Schweiß auf die Stirn treten, sondern, wenn auch aus anderen Gründen, anderen Leuten. Der politisierende Irrationalismus dieses westelbischen Großgrundbesitzers, vorgetragen unter völliger Verdrängung der Geschichte des Dritten Reiches, und die Taktlosigkeit und heuchlerische Biedermännigkeit, die sich dort produzierten, bildeten wohl weniger den Höhepunkt, wie die „Welt" meinte, als den „Gipfel" der Debatte. Die Töne, die Barzel, Strauß und Guttenberg anschlugen, klangen so, als wollten sie ein für alle Mal den Verdacht des Revanchismus bestätigen. Nicht nur für William Borm bekam der Vergleich mit Weimar Zwangscharakter. Herr Guttenberg, der sich so häufig auf sein Gewissen berief, sei gemahnt, dieses auch dann zu befragen, wenn er sich zum Sprecher des großdeutschen Revanchismus und zum Vertreter der faschistischen Theorie vom „Bollwerk gegen den Kommunismus" macht, die beide so verhängnisvolle — aber anscheinend schon wieder vergessene — Konsequenzen für das deutsche Volk hatten.

Wenn ein deutscher Politiker die Regierungen der Staaten des Warschauer Pakts mit dem Hitlerregime identifiziert, dann ist das, ganz gleich, wie man zu den Gesellschaftssystemen steht, eine Anmaßung, deren Schamlosigkeit und Taktlosigkeit als eine anscheinend typische deutsche Eigenschaft konstatiert werden muß. Die Feststellung, Frieden mit der Sowjetunion zu schließen, sei gleich einem Friedensschluß mit Hitler, bedeutet kaum weniger als eine versteckte Kriegserklärung an die Sowjetunion.

Es fragt sich, wieviel Unverschämtheit man eigentlich besitzen muß, um die Frage stellen zu können, „wer in diesem Bundestag bereit sei, seinen Frieden mit diesem Hitler zu machen", wenn in diesem Bundestag genügend Leute sitzen, die keine 37 Jahre dafür gebraucht haben, sondern wie z. B. Herr Kiesinger, der Vorsitzende der CDU, ihren Frieden mit jenem Hitler recht früh geschlossen haben?

Die Unverschämtheit des Anspruches, den politischen Sittenrichter der Welt zu spielen, deckt sich voll mit derjenigen, für das ganze deutsche Volk zu sprechen, für jene, „die zum Schweigen verurteilt sind" — also wohl auch für alle, die ihn, Guttenberg, nicht gewählt haben. Herr Kremp von der „Welt" hat denn auch sofort begriffen, daß ein deutscher Abgeordneter „auf keinen Fall nur für die Bundesrepublik spricht". Sicher, denn es ist nun einmal so, wenn ein Deutscher sich selbstbestimmt, dann spricht er nicht für sich selbst, sondern allemal für „Deutschland und die Welt". Wie gehabt liefert prompt, wenn die Legitimation durch die Wahl nicht ausreicht, das Gewissen das Komplement. Man spricht dann vor „Gott und der Welt" nicht für seine Wähler, sondern für die „Welt".

Wenn Guttenberg behauptet: „Für uns sind die Dinge der Nation keine Parteipolitik, sondern Sache des Gewissens", dann gibt die CDU in einer Presseerklärung zur „kleinen Bundestagswahl" der Hoffnung Ausdruck, „daß die Oppositionspolitik von Wählern honoriert werden würde". Das Gewissen bleibt also durchaus honorarorientiert. Das nehme man zur Kenntnis!

Beängstigend ist die Arglosigkeit, mit der manchen Leuten die Forderung nach der deutschen Selbstbestimmung über die Lippen geht. Wenn einer sagt: „Es ist das Recht der Deutschen, aller Deutschen, frei zu sein — selbst über sich

zu bestimmen; dies war, ist und muß bleiben der feste Kern, der unveränderliche Auftrag aller konkreten deutschen Politik, wo und solange sie von Demokraten geführt wird", — wenn einer das sagt, bestätigt er Adolf Hitler als Demokraten. Denn wie sagte der doch 1938? „Aber ich stelle die Forderung, daß die Unterdrückung der 3,5 Millionen in der Tschechoslowakei aufhört und an deren Stelle das freie Recht der Selbstbestimmung tritt."

Ist sich Herr Guttenberg wirklich sicher, ob man im Ausland weiß, was mit dem Selbstbestimmungsrecht gemeint ist, wenn man bedenkt, daß im Parteiprogramm der NSDAP unter Punkt Eins — also auch hier der harte Kern — „unabänderlich" erklärt ist: „Wir fordern den Zusammenschluß aller Deutschen auf Grund des Selbstbestimmungsrechts der Völker zu einem Großdeutschland!" Und es gehört schon einige Tumbheit dazu, zu glauben, daß, wenn Herr Barzel die Forderung Hitlers wiederholt, „das unveränderliche, friedliche Ziel der Einheit Deutschlands durch Selbstbestimmung", man nicht auf einige Reserviertheit bei Regierungen und Bevölkerungen des Ostblocks stößt.

Die Beteuerungen deutscher Friedfertigkeit bekommen etwas Pikantes, wenn man sich an die Worte des Stellvertreters des Führers erinnert: „Die Reichsleitung legt daher Wert auf die Feststellung, daß kein ernsthafter Mensch in Deutschland daran denkt, die Unabhängigkeit anderer Staaten auch nur anzutasten!" Wie friedfertig man war, ist bekannt — oder doch nicht überall? Darf man es der Sowjetunion wirklich verargen, daß sie deshalb eine „friedliche Bemühung um Wiedervereinigung in Freiheit", die aber „nicht bereit ist, sogenannte Realitäten anzuerkennen", als Erneuerung aggressiver Politik bezeichnet?

In diesem Sinne hat Herr Kremp von der „Welt" recht, wenn er behauptet, daß alle — also auch unsere Nachbarn — „in der deutschen Schule unerbittlich examiniert wurden". Aber er sollte es ihnen auch nicht verübeln, wenn sie in Zukunft „dieser Schule entraten" wollen und sie gelernt haben, was in dieser „Deutschstunde" unter „deutscher Selbstbestimmung", deutscher „Friedfertigkeit" und deutschem „Recht" verstanden wurde. Auf diese und auf Deutschstunden à la Guttenberg legt niemand mehr Wert.

Herr Guttenberg und die CDU/CSU entwickeln aber noch andere Parallelen zur NSDAP. Wenn behauptet wird, „das entscheidende und nicht aufhebbare Motiv für die Deutschlandpolitik der CDU und CSU" sei, keine „sogenannten Realitäten zu achten, zu respektieren oder gar anzuerkennen", dann kann man sagen, daß hier einer der wesentlichen Parteigrundsätze der NSDAP sich durchzuringen beginnt: „Wir lehnen es ab, wie andere Parteien tun, aus Zweckmäßigkeitsgründen unser Programm den sogenannten Verhältnissen anzupassen. Wir werden die Verhältnisse unserem Programm anpassen, indem wir sie meistern."

Für Herrn Guttenberg ist ein Vertrag mit der Sowjetunion „eine Unterwerfung unter den Willen der Sowjetmacht, der dieser den Weg in das freie Europa öffnen müßte", und ein „sanktionierter Scheinfrieden", denn er weiß, daß es dort am gefährlichsten ist, wo man „sich verleiten ließe, einer militanten, totalitären Ideologie mit jenem (pfui Teufel) wertfreien Pragmatismus begegnen zu können", kann er sich doch auch dabei auf Hitler berufen, der schon 1936 sagte: „Jeder Pakt, den die bürgerliche Welt mit dem radikalen Bolschewismus eingeht, muß nach dem Naturgesetz, daß der Stärkere den Schwächeren überwindet, am Ende immer zum Sieg des Bolschewismus über die bürgerliche Welt führen."

Was versteht eigentlich Herr Guttenberg unter all den „Unrechtsgrenzen, die die Sowjetunion auf deutschem und anderem Boden für und innerhalb ihres Imperiums erzwungen hat"? Wahrlich,

wenn die Deutschen anfangen, Grenzen zu verrücken, kann einem angst und bange werden, denn da machen sie keine halben Sachen!

Aber ist es nicht an der Zeit, die wahre Lehre aus jener schrecklichen Zeit zu ziehen, als man in Deutschland (zuerst nur in Gedanken und auf dem Papier, also zunächst ohne Blut) Grenzen verrückte und dann ein Hitler es wirklich tat, mit Blut? Wie soll man die Drohung Guttenbergs auffassen, daß ein Handeln gegen das Narrenfreiheitsrecht aller Deutschen, die europäischen Grenzen hin und her zu schieben, ein Handeln gegen den Frieden in Europa sei? Soll man es auffassen wie Herr Kremp von der „Welt", der sofort verstand, daß es sich nicht um „Feierstunden", „Thesen" und nur „um menschliche Erleichterungen" handeln kann, sondern um „Verteidigung mit (Wer-?) Wolfszähnen, mit Diplomatie, Politik und Waffen".

Ja, mit Waffen! Denn für einen guten Deutschen ist das Recht eine Waffe, mit der man dem Nachbarn an die Grenzen geht. Man sollte Herrn Guttenberg daran erinnern, daß gerade in Deutschland es genügend Beispiele dafür gab, daß nicht „das Recht immer eine Waffe der Schwachen war", denn als sich deutsche Politiker zu stark fühlten und „Friedfertige" größenwahnsinnig wurden, wurde schnell die Waffe zum Recht.

Und müssen wir nicht zurückfragen: Glauben Sie wirklich, Herr Guttenberg, daß ein sowjetischer Politiker nach den Reden der Vertreter der CDU/CSU und der Vertriebenenverbände dem sowjetischen Volk guten Gewissens verkünden kann, auch die Bundesrepublik verzichte auf Gewalt?

Und müssen wir nicht zurückfragen: Spüren Sie nicht selbst, Herr Guttenberg, daß diese und andere Widersprüche Ihnen selbst und Ihrer Partei eine Sprache aufzwingen, die viele schlechterdings erschrecken läßt?

Man sollte Herrn Guttenberg recht geben, wenn er betont, die faktische Weigerung, die Niederlage des Weltkrieges hinzunehmen, habe nichts mit Nationalismus zu tun. Denn es hat vielmehr sehr viel mit dem Irrnationalismus zu tun, der, wie es Kremp-Wolfszahn erkannt hat, immer dann deutsche Politiker ergreift, „wenn einer das Gestrüpp zerfetzt", man sich „am geistigen Gehalt der Nation orientiert" und „die Idee ... die Nationen mit Kontroversen erfüllt, ihre Grenze überschreitet oder sogar die ganze Form sprengt". An Beispielen für deutschen Irrnationalismus bietet die Geschichte wirklich „alles, was das Füllhorn enthält", und es ist wenig bewundernswert, wenn nach der Erfahrung des ausgebreitetsten Elends Kremp und andere Springerle, Guttenberg, Strauß & Co. mit „Sätzen, scharfkantig wie vulkanisches Gestein, verletzend, nie tröstend und selten hoffnungsvoll" den Weg noch einmal provozieren, auf dem von Deutschland nichts übrig bleiben würde.

Herold Groß

Thailands Rolle als US-Basis

Für die USA ist Thailand der wichtigste Partner im Krieg gegen die Völker Indochinas. Selbst die Armee ihrer Saigoner Paladine, die eine zahlenmäßige Stärke von beinahe einer Million Mann besitzt, rangiert weit dahinter. Denn viel wichtiger als deren zweifelhafter Kampfwert ist es für die Kriegsführung der USA, daß sich Thailand zu einer frontnahen und bisher sicheren Militärbasis ausbauen ließ. Ohne deren Besitz wären die USA nicht in der Lage gewesen, Vietnam, Laos und jetzt auch Kambodscha in einem derartigen Umfang mit Krieg zu überziehen.

Der Ausbau Thailands zur Superfestung begann im Jahre 1962. Ein Jahr vorher waren die USA mit ihrem Versuch, Laos unter ihre Kontrolle zu bringen, endgültig gescheitert. Ihr Einflußgebiet wurde auf einen schmalen Streifen entlang des Mekong, der zum größten Teil auch die Grenze zwischen Thailand und Laos bildet, beschränkt. Auch in Südvietnam entwickelte sich die militärische Situation zuungunsten der USA. Immer häufiger gelang es den Einheiten der Befreiungsfront, in die Luftwaffenstützpunkte ihrer Feinde einzudringen und Flugzeuge, Treibstoff- und Munitionsdepots zu zerstören. Wenn die US-Truppen den für sie äußerst wichtigen Bombenkrieg nicht ernsthaft beeinträchtigen lassen wollten, mußten sie sich dringend nach einer Ausweichbasis umsehen.

Die Regierungen in Washington und Bangkok entdeckten bei sich den gleichen Mangel an Skrupeln in der Auslegung völkerrechtlicher Normen. Kaum waren die ersten Stützpunkte in Thailand für einen längeren Luftkrieg gerüstet, schuf sich Washington mit dem von ihm selbst herbeigeführten Zwischenfall im Golf von Tongking den Vorwand für die Bombardierung Nordvietnams. Diese Praxis ist an sich nicht neu. Washington sorgte jedoch insofern für eine neue Variante, als es seinen Bombenkrieg gegen Nordvietnam ohne Kriegserklärung führte, dazu hauptsächlich von Thailand aus, das sich ebenfalls nicht mit Nordvietnam im Kriegszustand befand. Lange Zeit wurde der Einsatz der US-Bomberflotte von Thailand aus in Washington und Bangkok geleugnet. Als er im Januar 1967 endlich zugegeben wurde, waren immerhin 22 Monate vergangen. Zwei Monate später konnten auch die großen Fernbomber vom Typ B 52 von der Pazifikinsel Guam nach Thailand verlegt werden, was eine Verdoppelung ihrer Einsätze ermöglichte.

Neben seiner passiven Rolle als Flugzeugträger der USA engagiert sich Thailand auch aktiv an der Seite seines Protektors. Außer in Südvietnam sind thailändische Truppen von beträchtlicher Stärke in Laos eingesetzt. Bezüglich Kambodschas war man in Bangkok nach Kräften bemüht, die Position der Regierung Sihanouk zu unterminieren. Hauptsächlich auf thailändischem, aber auch auf südvietnamesischem Boden wurde eine „Freie Khmer" genannte Truppe aufgebaut und für Überfälle auf grenznahe Ortschaften verwandt. Seit dem Staatsstreich Lon Nols sind diese Verbände in Kambodscha stationiert.

Angesichts dieser Politik braucht man sich in Bangkok nicht zu beklagen, wenn Nordvietnam jenen Kräften in Thailand Unterstützung zukommen läßt, die ihr Land aus dem Einflußbereich der USA herauslösen wollen. Die sozialrevolutionäre „Patriotische Front" bildete sich im Spätsommer des Jahres 1965. Einige Monate später schloß sich ihr die „Thailändische Unabhängigkeitsbewegung" an. Ihre noch im Gründungsjahr aufgenommenen Guerillaaktionen waren anfangs wenig erfolgreich. Die Regierungstruppen und die sie assistierenden Amerikaner bemühten sich allerdings auch sofort, jeden sich anbahnenden Unruheherd schon in den Anfängen zu zerstören. Ihre Bemühungen waren zeitweise erfolgreich.

Eine Wende trat im Laufe des Jahres 1967 ein, als die (illegal arbeitende) KP des Landes den Schwerpunkt ihrer Aktivität von den größeren Städten in die ärmeren Landgebiete verlegte. Die „Patriotische Front" und ihre Guerillaverbände wurden reorganisiert und konnten ihre Wirksamkeit wesentlich steigern. Allein nach offiziellen Angaben in Bangkok fielen 1967 mehr als 700 Angehörige der Regierungstruppen. Ende Juli des folgenden Jahres gelang erstmals ein Überfall auf den US-Stützpunkt Udorn. Zum 1. Januar 1969 schließlich war die Entwicklung soweit gediehen, daß die „Thailändische Volksbefreiungsarmee" offiziell aus

der Taufe gehoben werden konnte. Für das Jahr 1969 stellte deren Oberkommando folgende Bilanz auf: in mehr als 800 Gefechten konnten über 1000 feindliche Soldaten bzw. Polizisten außer Gefecht gesetzt werden. Es gelang die Zerstörung bzw. Beschädigung von 46 Flugzeugen, ferner wurden größere Mengen von Waffen und Munition erbeutet.

Trotz dieser Erfolge kann nicht übersehen werden, daß sich der Guerillakrieg in Thailand langsamer entwickelt als in Vietnam. In der Hauptsache sind die nördlichen und östlichen Provinzen davon erfaßt. Dort leben jedoch lediglich 10—15 Prozent der Gesamtbevölkerung, darunter verschiedene nicht zu den Thai gehörende Volksgruppen. Diese Provinzen wurden in der Vergangenheit weitgehend sich selbst überlassen und mehr als Kolonial- denn als vollwertiges Staatsgebiet behandelt. Erst die Errichtung der US-Stützpunkte und der damit verbundene Bau strategischer Straßen band sie stärker an die Metropole. Ihre Bevölkerung hat nur etwa das halbe Durchschnittseinkommen wie die des Kernlandes. Doch auch in den relativ wohlhabenden Reisanbaugebieten steigt die Verschuldung der Bauern stark an und führt zur Konzentration des Bodenbesitzes in den Händen Weniger. Schon jetzt gehören in der Umgebung Bangkoks über 90 Prozent des bebaubaren Bodens Latifundienbesitzern, die ihn zum üblichen Abgabensatz von wenigstens der Hälfte des Ernteertrages weiterverpachten.

Zwar ist die Situation in Thailand noch nicht so katastrophal wie in China unter der Herrschaft der Kuomintang oder in Südvietnam unter Diem und seinen Nachfolgern. Aber die Entwicklung bewegt sich in dieser Richtung. Auch hier sind Korruption und Unfähigkeit bis in die Spitze der Regierungsbürokratie festzustellen. Besonders negativ wirkt sich dies für die stark vernachlässigten Randgebiete aus. Sehr oft geschieht es, daß für deren Entwicklung bereitgestellte Mittel in privaten Kanälen verschwinden. Auf diese Weise dürfte es der Regierung kaum gelingen, das Vertrauen der jahrhundertelang diskriminierten nationalen Minderheiten wie z. B. der Meos, Lahu u. a. zu gewinnen. Zudem haben es auch die inzwischen auf 50 000 Mann angewachsenen US-amerikanischen Truppen durch ihr durch allerlei Übergriffe gekennzeichnetes Auftreten verstanden, sich selbst zu diskreditieren.

Die schablonenhafte Anwendung der schon in Südvietnam fehlgeschlagenen Methoden in der Bekämpfung der Aufständischen läßt die Hilflosigkeit der USA und ihrer Verbündeten erkennen, mit einem Guerillakrieg fertig zu werden, sobald dieser genügend Unterstützung in der Bevölkerung findet. Abermals wird die Landbevölkerung gezwungen, sich in „Wehrdörfern" niederzulassen, während ihre bisherigen Wohnsitze zum Niemandsland erklärt und pausenlos bombardiert werden. Auch die US-Luftwaffe hat schon vor längerer Zeit in die Kämpfe eingegriffen. Die Anzeichen eines beginnenden Befreiungskrieges sind somit nicht mehr zu übersehen. Allerdings darf ebenfalls nicht übersehen werden, daß die Volksbefreiungsarmee vorläufig nur über wenige tausend Mann verfügt. Für die Stützpunkte der USA ist ihre Existenz noch keine akute Gefahr. Bislang ist auch das dichter besiedelte Kerngebiet Thailands nicht vom Aufstand erfaßt worden. Immerhin hat sich die Aufstandsbewegung im letzten Jahr wesentlich verstärkt, so daß ihr Einbruch in weitere Gebiete nur als eine Frage der Zeit erscheint.

Klaus Elliesen

Die klugen Köpfe dahinter

Das berühmte Wort von Paul Sethe, dem verstorbenen kritischen liberalen Publizisten, gilt mehr denn je in der Bundesrepublik: Meinungsfreiheit sei die Freiheit von 200 reichen Leuten, ihre Meinung zu verbreiten. Sethe sagte es nach Erfahrungen in Frankfurt und Hamburg bei der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung", der „Welt", dem „Spiegel", der „Zeit" und dem „stern", also bei nahezu allen als „liberal" firmierenden überregionalen Zeitungen der Bundesrepublik — außerhalb des Freistaates Bayern (wo etwa ein Werner Friedmann die diversen „Sethe-Erfahrungen" stellvertretend bei der „Süddeutschen Zeitung" machte).

Die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" freilich wurde vor einiger Zeit in eine Stiftung umgewandelt, angeblich „um die Unabhängigkeit des Blattes von Regierung, Parteien sowie von politischen und wirtschaftlichen Interessengruppen und von einzelnen Personen" ausdrücklich „zu schützen".

Wie rechtsverbindlich dieser Schutz ist, das läßt FAZ-Mitherausgeber Jürgen Tern nunmehr durch seinen Rechtsanwalt prüfen. Er hat beträchtlichen Grund dazu. Denn ihm ist der Stuhl in einer Art vor die Tür gesetzt worden, als hätte er silberne Löffel gestohlen und sei bei der Tat erwischt worden. Die Geschäftsleitung der FAZ beurlaubte Tern „mit sofortiger Wirkung" am 29. Mai, ohne ihn vorher anzuhören und ohne sämtliche Mitherausgeber der Zeitung auch nur zu verständigen. Im Unterschied dazu war der politische Redakteur und Mitherausgeber Paul Sethe 1955 nach eingehenden Diskussionen und nachdem er sich bei der Abstimmung der Herausgeber in der Minderheit sah, entlassen worden (weil er gegen Adenauers Politik des Kalten Krieges war). Man ist also — trotz Stiftung oder womöglich gestützt auf gewisse Vorbehaltsklauseln der Stiftung, was Tern juristisch jetzt überprüfen läßt — noch härter auf Interessentenkurs gegangen bei dieser „Zeitung für Deutschland", wie sich das Blatt nennt, zu dem IG Farben und andere Konzerne beträchtliche Mittel beitragen und das, nach Hans Magnus Enzensberger (der darüber eine gründliche Analyse vor Jahren veröffentlichte, die immer noch hochaktuell ist), am eindeutigsten von allen Presseerzeugnissen in der Bundesrepublik die — stets verbindlich formulierte — „Sprache der Herrschaft" spricht. Das vielbelächelte „Dahinter steckt immer ein kluger Kopf" als Werbeslogan der FAZ ist gleichzeitig Markenzeichen. „Dahinter" steckte und steckt immer eine eiskalte Anwendung von Macht. Diese Macht wird, so urteilte Enzensberger, zu einer der im allgemeinen am besten funktionierenden Verschleierungen industrieller Meinungsmanipulation in allen Bereichen des öffentlichen Lebens angewandt — gezielt auf die sogenannten „Führungskräfte", die höheren Ränge der Hierarchie der spätkapitalistischen „Leistungsgesellschaft".

Sofern sich je — außerhalb des zur Narrenwiese erklärten „Feuilletons", wo jeder bei der FAZ sich ein wenig „links" gebärden darf — ein Redakteur von der politischen Leitlinie des Top-Managements von BDI und BDA entfernt, die sich in der FAZ artikuliert, wird er vor die Wahl gestellt, schleunigst zu bereuen und wieder auf „Vordermann" sich auszurichten oder gefälligst den Schreibtisch des FAZ-Redakteurs zu räumen. Der vorletzte Fall betraf Dieter Hildebrandt, der vor zwei Jahren sich kritisch über die US-Aggression in Vietnam geäußert hatte — und zwar im politischen, nicht im „Kultur"-Teil der FAZ, für den er sonst zuständig war. Er mußte unverzüglich gehen und schrieb eine — in der „Süddeutschen Zeitung" veröffentlichte — bittere Betrachtung darüber, daß man in der FAZ bei nach links abweichender Meinung nur als „Clown" im

Feuilleton geduldet werde. Verträte man diese Meinung aber auch „über dem Strich" (des Feuilletons), dann sei man sofort geliefert.

Mitherausgeber (seit 1960), Leitartikler und Redakteur für Politik der FAZ Jürgen Tern hatte die Ostpolitik von Brandt günstig bewertet. Er hielt Verbindung zu jenem Flügel, auch in der bundesdeutschen Industrie, der befürchtet — wie das kürzlich einmal von potenter Seite im Düsseldorfer Industrieclub geäußert wurde —, wir hätten „wieder mal den falschen Verbündeten" angesichts des „Marasmus" der USA. Tern ist für mehr Osthandel und sieht darin ein größeres Geschäft als im Wettrüsten. Er trat für eine „flexible Ostpolitik" ein, und noch am Tage, als ihm die schriftliche Beurlaubung auf den Schreibtisch flatterte, stand in Terns „Sowohl-als-auch"-Stil im Leitartikel der FAZ: „Am Vorwurf der Vorleistungen stört nicht allein die Befrachtung mit Unbestimmtem und Irrationalem. Man hat sich außerdem zu fragen, müßte denn jede Vorleistung für eine an sich vernünftige äußere Politik von Übel sein?" Unter der Überschrift „Vorleistungen?" stellte Tern folglich — behutsam — eine Agitationsparole der CDU/CSU in Frage. Tern folgte dabei durchaus dem Kalkül der am Osthandel interessierten Minderheit der Unternehmer und Manager der Bundesrepublik. Wie sich auch in der Sprache, im Vergleich, ergab: „In die richtige Politik darf der Staatsmann einiges hineinstecken. Es mag Zinsen tragen."

Aber schon solch vorsichtiges Nachdenken über die Lage ist wohl nicht mehr erlaubt im jetzigen Stadium des erklärten Generalangriffs der maßgeblichen Wirtschaftsführer zusammen mit Militärs und Neonazis aller Schattierungen gegen eine Politik, die lediglich die staatliche Realität der DDR in Rechnung stellt. Und gegen eine Politik der friedlichen Koexistenz mit allen Staaten des Warschauer Paktes, die nicht „Vorleistungen", sondern die Anerkennung bestehender Grenzen von der Bundesregierung erfordern würde, wie der DDR-Ministerpräsident Stoph in Kassel unzweideutig klarstellte und wie es die bundesdeutschen Unterhändler in Moskau ebenfalls ohne Deuteln gesagt bekamen.

Wer eine realistische Politik, selbst aus wohlverstandenen Interessen der Wirtschaft der Bundesrepublik, ermuntern und den Nebel der nationalistischen Hetze zerteilen will, für den ist in Redaktionen, die von der Industrie (Stiftung hin, Stiftung her) immer noch dirigiert werden — und zwar straffer denn je — kein Platz. Wer wie Tern denkt, der muß gehen. Vielmehr, er „wird gegangen". Jürgen Tern meinte nach seiner „Beurlaubung", die gleich mit der Auflage verbunden wurde, er dürfe nicht mehr innerhalb der Redaktion der FAZ tätig werden bis zum Entlassungstermin am Jahresende: „Daran werden sich die Geister in der Redaktion scheiden". Als Ausdruck bestehender Machtverhältnisse wird die FAZ wiederum ein einheitlicher Block bundesrepublikanischer Alleinvertretungsansprüche sein, wie vor Terns „Abweichung" und wie es in dem machtstolzen Untertitel des Blattes allen nicht systemkonform Denkenden angedroht ist: „Zeitung für Deutschland". Wahrhaftig, die militanten Großdeutschen in Politik, Militär und Top-Management sind, in Frankfurt und anderswo, die Macht, gegen die Meinungsfreiheit in diesem Staat erst noch — im Zuge der Demokratisierung gesellschaftlicher Verhältnisse — errungen sein will.

Friedhelm Baukloh

Völkerrechtliche Anerkennung und friedliche Koexistenz

Von Herbert Kröger

I

Die zwischen den Regierungschefs der DDR und der BRD in Erfurt und Kassel geführten Gespräche [1]) und die vielfachen von beiden Seiten in diesem Zusammenhang abgegebenen Erklärungen haben deutlich gemacht, daß eine der entscheidenden Differenzen zwischen den politischen Positionen der DDR und der BRD die Frage der völkerrechtlichen Anerkennung der DDR durch die BRD als Grunderfordernis für die Gewährleistung der Sicherheit in Europa und für die Herstellung normaler, gleichberechtigter Beziehungen zwischen der DDR und der BRD betrifft.

Die Regierung der DDR geht davon aus, daß die vertragliche Vereinbarung der Aufnahme gleichberechtigter völkerrechtlicher Beziehungen zwischen der DDR und der BRD und die Anerkennung der uneingeschränkten Geltung der Prinzipien des allgemein verbindlichen Völkerrechts in den Beziehungen zwischen der DDR und der BRD die entscheidenden Grundlagen darstellen für die Normalisierung der Beziehungen zwischen diesen beiden Staaten und für effektive Schritte zur Festigung der Sicherheit in Europa, damit aber für die Wahrung und Durchsetzung der elementarsten Lebensinteressen der Menschen in allen europäischen Ländern. Der Vorsitzende des Ministerrates der DDR stellte in diesem Sinne am 21. 5. 1970 in Kassel fest, daß die Ablehnung der Geltung des Völkerrechts in den Beziehungen zwischen der DDR und der BRD „sich gegen Entspannung und gegen konstruktive Schritte zur europäischen Sicherheit, gegen die Normalisierung der Beziehungen zwischen unseren beiden Staaten, gegen die ureigensten Interessen der Menschen an einer gesicherten friedlichen Zukunft" richte [2]).

Die Regierung der BRD dagegen trägt in dieser Frage zwar den entstandenen politischen Realitäten insoweit Rechnung, als sie offiziell die objektiv seit mehr als 20 Jahren sowohl sachlich wie rechtlich absolut unvertretbare Haltung der früheren Bundesregierungen aufgegeben hat, die staatliche Existenz der DDR zu bestreiten. Auf dieser Grundlage erklärte der Bundeskanzler in Erfurt am 19. 3. 1970, daß die Bundesregierung bereit sei, zur DDR „eine geregelte Form friedlicher Koexistenz" herzustellen [3]), und er betonte auch in Kassel, „daß ein derartiger Vertrag oder mehrere derartige Verträge nur auf der Grundlage der Gleichberechtigung und der Nichtdiskriminierung abgeschlossen werden können" [4]).

Gleichzeitig aber lehnte er es eindeutig ab, die DDR völkerrechtlich, d. h. als gleichberechtigtes Völkerrechtssubjekt, anzuerkennen. Er vertrat in diesem Zusammenhang in Erfurt die Meinung, daß „sowohl der Begriff völkerrechtliche Anerkennung als auch der Begriff der Nichteinmischung in die inneren Ange-

---

[1]) Vgl. „Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung" Nr. 39/1970 vom 20. 3. 1970 und „Die Welt" vom 22. 5. 1970.
[2]) „Neues Deutschland" vom 22. 5. 1970.
[3]) „Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung" Nr. 39/1970 vom 20. 3. 1970, S. 378.
[4]) „Die Welt" vom 22. 5. 1970, S. 6.

legenheiten ... nicht das trifft, worum es bei der Herstellung gleichberechtigter Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR geht" [5]), daß zwischen diesen beiden Staaten vielmehr „besondere", „innerdeutsche" oder „zwischendeutsche" Beziehungen bestünden [6]), daß die BRD die DDR „nicht als Ausland" betrachten werde [7]). Und er beschränkte die Anwendbarkeit des — wie er sagte — „zwischenstaatlichen Rechts" hinsichtlich der Beziehungen zwischen der DDR und der BRD auf einige von ihm ausgewählte Einzelgrundsätze des allgemein gültigen Völkerrechts, die überdies z. T. abweichend von den Art. 1 und 2 der Charta der Vereinten Nationen formuliert wurden [8]). Durch diese ausdrückliche Anführung einzelner völkerrechtlicher Grundsätze, die nach seiner Meinung in den Beziehungen zwischen der DDR und der BRD Anwendung finden könnten, unterstrich der Bundeskanzler deutlich seine grundsätzliche Ablehnung der uneingeschränkten Geltung der Prinzipien und Normen des allgemein verbindlichen Völkerrechts für die Beziehungen zwischen der DDR und der BRD und seine Weigerung, die DDR völkerrechtlich anzuerkennen und als gleichberechtigtes Völkerrechtssubjekt zu betrachten.

Nun geht es gewiß bei der Frage der Gestaltung der Beziehungen zwischen der DDR und der BRD nicht um irgendeine bloß juristische Frage oder um die Suche nach mehr oder weniger geschickten juristischen Konstruktionen und Formulierungen, sondern um eine Grundfrage des Friedens und der Sicherheit in Europa, um eine Grundfrage damit auch des Lebens und der Zukunft des Volkes sowohl in der DDR wie in der BRD. Aber das bedeutet nicht, daß man die sich notwendig bei der Erörterung der politischen Probleme der Gestaltung zwischenstaatlicher Beziehungen erhebenden rechtlichen Fragen als eine nebensächliche formale Angelegenheit oder, wie der Bundeskanzler gelegentlich äußerte, als „juristischen Formelkram" einfach beiseite schieben könnte.

Es ist eine unbestreitbare Tatsache, daß die Gestaltung der Beziehungen zwischen selbständigen, voneinander unabhängigen Staaten auf jedem beliebigen Sachgebiet — politischem, wirtschaftlichem, wissenschaftlich-technischem, kulturellem, humanitärem usw. — bestimmter Rechtsformen bedarf, sich nur in solchen konkreten Rechtsformen vollziehen kann und in dem jeweiligen Inhalt adäquaten Rechtsformen ihren Ausdruck finden muß. Denn nur so gewinnt die Regelung zwischenstaatlicher Beziehungen Rechtsverbindlichkeit für die beteiligten Staaten und Rechtswirksamkeit für und gegen dritte Staaten, nur so werden zwischenstaatliche Vereinbarungen verpflichtend und damit auch effektiv. Die rechtliche Wertung und Ausgestaltung der Beziehungen eines Staates zu einem anderen ist deshalb ein unabdingbares Wesenselement dieser Beziehungen selbst. Sie ist Ausdruck und Wirkungsfaktor dieser Beziehungen, ihres Charakters und ihres Inhalts. Sie macht die anerkannte internationale Rechtsordnung zum Kriterium der bilateralen Staatenbeziehungen. Und sie ist ein wichtiges Instrument der Realisierung der vereinbarten Beziehungen und der Gewährleistung der Einhaltung derartiger Vereinbarungen.

Das aber bedeutet, daß die Fragen der rechtlichen Gestaltung konkreter Staatenbeziehungen nicht das „Etikett einer Flasche" [9]) darstellen, sondern zum wesentlichen „Inhalt der Flasche" gehören, daß die Vorstellungen und Ziele einer Regierung hinsichtlich der rechtlichen Gestaltung der Beziehungen ihres Staates zu einem anderen einen entscheidenden Bestandteil und Ausdruck der strategi-

5) „Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung" Nr. 39/1970 vom 20. 3. 1970, S. 378, 381.
6) a.a.O., S. 381.
7) a.a.O., S. 379.
8) „Die Welt" vom 22. 5. 1970, S. 7.
9) So W. Brandt in der Pressekonferenz vom 12. 4. 1970 in Washington.

schen Zielsetzung und taktischen Methoden ihrer Politik gegenüber diesem anderen Staat und ihrer Politik überhaupt darstellen, daß sie Mittel und Instrument dieser Politik sind. Deshalb erlaubt die Analyse der rechtlichen Aspekte der Zielstellungen von Regierungen hinsichtlich der Gestaltung der Beziehungen zu anderen Staaten auch eindeutige Rückschlüsse auf ihre politische Konzeption.

Es ist daher keineswegs ein akademisches Anliegen von Völkerrechtsexperten, die Haltung der derzeitigen Bundesregierung zu den Fragen der Geltung des Völkerrechts für die Beziehungen zwischen der DDR und der BRD, der Völkerrechtssubjektivität der DDR und ihrer völkerrechtlichen Anerkennung durch die BRD einer Analyse vom Standpunkt des geltenden internationalen Rechts zu unterziehen. Eine derartige Untersuchung bedeutet vielmehr einen echten und notwendigen Beitrag zur Klärung der politischen Positionen in Grundfragen der Gestaltung der Beziehungen zwischen der DDR und der BRD und der Haltung zur europäischen Sicherheit. Die Stellungnahmen des Bundeskanzlers zu den genannten völkerrechtlichen Fragen stellen ein wesentliches Kriterium dar für die Ernsthaftigkeit und Glaubwürdigkeit der Erklärungen der Bundesregierung, die Beziehungen zwischen der DDR und der BRD auf der Grundlage der Gleichberechtigung und Nichtdiskriminierung vertraglich regeln zu wollen, für die Einschätzung der Zielstellung, des Inhalts und der Konsequenzen der politischen Gesamtkonzeption der derzeitigen Bundesregierung gegenüber der DDR und in der Frage der europäischen Sicherheit.

II

Die Bundesregierung geht bei ihren Vorstellungen und Vorschlägen über die Gestaltung der Beziehungen zwischen der BRD und der DDR nach ihren Erklärungen einerseits von der — auch schlechterdings unbestreitbaren — Tatsache aus, daß die DDR ein selbständiger, von ihr unabhängiger Staat ist [10]). Das hat der Bundeskanzler bereits in seiner Regierungserklärung vom 28. 10. 1969 zu erkennen gegeben [11]), und das hat er in Erfurt und Kassel mit seinen Äußerungen bestätigt, daß es notwendig sei, „zwischen unseren beiden Staaten ... eine geregelte Form friedlicher Koexistenz zu suchen", daß beide Staaten gegenseitig „ihre Unabhängigkeit und Selbständigkeit ... in Angelegenheiten, die ihre innere Hoheitsgewalt betreffen", respektieren sollten und daß keiner der beiden Staaten „für den anderen handeln oder ihn vertreten" könne [12]). Zum anderen aber schließt die Bundesregierung nach wie vor die völkerrechtliche Anerkennung der DDR und die alleinige und uneingeschränkte Geltung des Völkerrechts für die Beziehungen zwischen der DDR und der BRD kategorisch aus.

Diese Position der Bundesregierung setzt notwendigerweise die Auffassung voraus, bzw. impliziert sie, daß die DDR — im Gegensatz zur BRD — kein gleichberechtigtes Völkerrechtssubjekt sei; denn niemand kann bestreiten oder auch nur in Zweifel ziehen, daß für die Beziehungen zwischen Völkerrechtssubjekten lediglich und ausschließlich die Grundsätze des Völkerrechts gelten können und uneingeschränkt gelten müssen. Der derzeitigen Bundesregierung nahestehende westdeutsche Völkerrechtler haben diese, regierungsoffiziell nicht so direkt ausgesprochene, aber sich aus den Vorschlägen des Bundeskanzlers für die Gestaltung der Beziehungen der BRD zur DDR mit zwingender Logik ergebende rechtliche Ausgangsposition der sogenannten Deutschlandpolitik der Bundesregierung

---

10) Das schließt keineswegs aus, daß in der BRD auch weiterhin die absurde These von der „Nichtstaatlichkeit" der DDR vertreten und propagiert wird. So z. B. der frühere Präsident des Bundesgerichtshofes H. Weinkauff in „Rheinischer Merkur" vom 13. 3. 1970.
11) „Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung" Nr. 132/1969 vom 29. 10. 1969, S. 1121/1122.
12) „Die Welt" vom 22. 5. 1970, S. 7.

auch mit aller Eindeutigkeit ausgesprochen [13]). In den regierungsamtlichen Erklärungen findet sie ihren Ausdruck in den juristisch offenbar bewußt unpräzisen Formulierungen, die DDR sei für die BRD nicht „Ausland" und die Bundesregierung sei nicht bereit, „die Spaltung Deutschlands völkerrechtlich anzuerkennen" [14]). Auf der Grundlage dieser Negierung der gleichberechtigten Völkerrechtssubjektivität der DDR nimmt die Bundesregierung für sich in Anspruch, nach ihrem Ermessen oder Belieben der DDR sozusagen die Völkerrechtssubjektivität „verleihen" zu können, indem sie die „völkerrechtliche Anerkennung" der DDR, so wie sie diese versteht, vollzieht. In diesem Sinne erklärte der Bundeskanzler in Kassel völlig unmißverständlich, daß seine Regierung nie ein Hehl daraus gemacht habe, daß sie ihre Einstellung zu den internationalen Beziehungen der DDR von der „Entwicklung der Beziehungen zwischen den beiden Teilen Deutschlands" abhängig mache [15]), und diese Position der Bundesregierung fand ihren eindeutigen Ausdruck in ihrer Haltung zur Mitgliedschaft der DDR in der Weltgesundheitsorganisation und in der ECE sowie in den in diesem Zusammenhang abgegebenen Erklärungen.

Die Bundesregierung bezieht damit in ihrer Haltung zur DDR theoretisch und praktisch den Standpunkt der sogenannten konstitutiven Wirkung der völkerrechtlichen Anerkennung von Staaten, der in direktem Widerspruch zum geltenden Völkerrecht steht und daher heute auch von der Völkerrechtstheorie und -praxis in überwiegendem Maße abgelehnt wird.

Diese Auffassung, daß ein effektiv bestehender Staat, der sämtliche objektiven Merkmale einer selbständigen Staatlichkeit aufweist und alle Funktionen eines Staates praktisch ausübt, erst dadurch Rechtssubjekt des Völkerrechts und damit „vollberechtigtes Mitglied der Staatengesellschaft" [16]) werde, daß andere Staaten ihn völkerrechtlich anerkennen [17]), steht in direktem Widerspruch zu dem in Art. 2 Ziff. 1 der Charta der Vereinten Nationen formulierten und — wie generell anerkannt — allgemein gültigen Grundsatz des geltenden Völkerrechts von der „souveränen Gleichheit" aller Staaten, der zu jenen grundlegenden Prinzipien der Charta der Vereinten Nationen gehört, deren verpflichtende Wirkung für die BRD diese ausdrücklich in Art. 25 ihres Grundgesetzes und in Art. 3 des „Vertrages über die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den drei Mächten" vom 23. 10. 1959 anerkannt hat.

Der Grundsatz der souveränen Gleichheit der Staaten besagt nach der authentischen Interpretation der Vollversammlung der Vereinten Nationen, „1) daß die Staaten rechtlich gleich sind; 2) daß sie alle Rechte genießen, die sich aus ihrer Souveränität ergeben; 3) daß die Person des Staates ebenso wie seine territoriale Integrität und politische Unabhängigkeit zu achten ist; 4) daß der Staat im internationalen Verkehr seine Pflichten und seine internationalen Verpflichtungen gewissenhaft zu erfüllen hat" [18]). Das aber heißt, daß jeder Staat mit seiner tatsächlichen Entstehung als Staat und eben auf Grund dieser Existenz als selbständiger Staat diese grundlegenden völkerrechtlichen Rechte besitzt und Verpflichtungen trägt, also Völkerrechtsubjekt ist.

Es ist offensichtlich vollkommen widersinnig, annehmen zu wollen, ein tatsächlich bestehender und am internationalen Staatenverkehr effektiv teilnehmen-

---

13) So Eberhard Menzel, „Anerkennung oder Nichtanerkennung der DDR?" in „Politik", Bonn, Nr. 3—4/1969, S. 80 ff.
14) „Die Welt" vom 22. 5. 1970, S. 6.
15) „Die Welt" vom 22. 5. 1970, S. 6.
16) E. Menzel, a.a.O., S. 80.
17) Vgl. hierzu Strupp-Schlochauer, „Wörterbuch des Völkerrechts", 1. Band, (West-)Berlin 1960, S. 48.
18) Vgl. Documents of the Nations Conference on International Organization, San Francisco 1945, United Nations Information Organization, London/New York 1945, Doc. 944 I/1/34/1, t. VI.

der Staat wäre der geltenden internationalen Rechtsordnung, die er selbst anerkennt, nur dann und insoweit unterworfen, als andere Staaten dies durch eine völkerrechtliche Anerkennung ermöglichen. Eine solche Ansicht würde nicht nur bestimmten Staaten das Recht geben, nach Willkür andere Staaten aus dem internationalen Staatenverkehr auszuschließen und sie sowohl ihrer elementaren Rechte zu berauben wie aber auch der allgemeinen international rechtlichen Verpflichtungen zu entheben, sondern sie führt notwendig bis zu der jeder Logik zuwiderlaufenden und untragbare praktische Konsequenzen nach sich ziehenden Folgerung, daß ein Staat im Verhältnis zu den ihn anerkennenden Staaten Völkerrechtssubjekt ist, im Verhältnis zu den ihn nicht anerkennenden Staaten aber keine völkerrechtliche Rechtssubjektivität besitzt. Diese zwangsläufige Folge der Theorie von der konstitutiven Wirkung der Anerkennung, die Rechtssubjektivität der Staaten zu relativieren und vom Ermessen anderer Staaten abhängig zu machen, ist nicht nur logisch und theoretisch unhaltbar, sie trägt vielmehr darüber hinaus unerträgliche Unsicherheit in die internationalen Beziehungen und steht in direktem Widerspruch zu der Verpflichtung aller Staaten nach Art. 1 der Charta der Vereinten Nationen, die friedliche und gleichberechtigte Zusammenarbeit der Staaten und Völker zu entwickeln. Sie ist insbesondere unter unseren historischen Bedingungen der Existenz von Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung geeignet, das für die Existenz und Zukunft der Menschheit notwendige friedliche Nebeneinanderbestehen dieser Staaten und ihre gleichberechtigte Zusammenarbeit zu verhindern. Zwischen dieser Auffassung und ihren praktischen Konsequenzen einerseits und der objektiven Notwendigkeit und dem völkerrechtlichen Gebot der friedlichen Koexistenz von Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung andererseits besteht ein unüberbrückbarer Widerspruch.

Eben daraus erklärt es sich auch, daß das geltende allgemein verbindliche Völkerrecht, das auf dem Prinzip der friedlichen Koexistenz beruht und auf seine Durchsetzung gerichtet ist, eindeutig davon ausgeht, daß die Völkerrechtssubjektivität eine unabdingbare Eigenschaft jedes tatsächlich bestehenden Staates ist, die sich aus seinem Wesen als Staat ergibt und deren Vorhandensein völlig unabhängig ist von seiner Anerkennung durch andere Staaten. Nur auf der Grundlage dieser Rechtsauffassung ist unter den gegenwärtigen Bedingungen die Sicherung des Friedens und die Entwicklung der internationalen Zusammenarbeit möglich. Dem entspricht es auch, daß heute eine wachsende Zahl international anerkannter Völkerrechtler die völlig anachronistische Theorie von der sogenannten konstitutiven Wirkung der Anerkennung deutlich ablehnt [19]). Auch in der Staatenpraxis gewinnt die Auffassung an Boden, die z. B. die britische Regierung in ihrer Stellungnahme zu der Panama-Draft-Declaration on the Rights and Duties of States der Vereinten Nationen vom 24. 8. 1948 dahin formulierte, daß „die Existenz eines Staates ... nicht als von seiner Anerkennung abhängig betrachtet werden (sollte), sondern davon, ob er tatsächlich die Bedingungen erfüllt, die eine Pflicht zur Anerkennung erzeugen" [20]), und die bereits in Art. 1 der Interamerikanischen Konvention über die Rechte und Pflichten der Staaten vom 26. 12. 1933 in der Feststellung zum Ausdruck kam, daß „der Staat als Person des internationalen Rechts ... folgende Eigenschaften besitzen (soll): a) eine ständige Bevölkerung, b) ein begrenztes Gebiet, c) eine Regierung und d) die Fähigkeit, mit anderen Staaten Beziehungen aufzunehmen" [21]).

Diese völkerrechtliche Rechtslage, daß jeder tatsächlich bestehende und inter-

---

[19]) So einheitlich die Völkerrechtstheorie in den sozialistischen Ländern. Ebenso z. B. auch Bluntschli, Scelle, Rivier, Fanchille, Hyde, Briggs, Guggenheim, Verdroß, Ross, Dahm, Berber u. zahlreiche andere.
[20]) Zitiert nach Briggs in „American Journal of International Law" 1949, S. 102.
[21]) Vgl. „Zeitschrift für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht", 1934, S. 650.

national wirksam werdende Staat aus objektiven Gründen Völkerrechtssubjekt ist und daß diese seine Eigenschaft und Rechtsstellung als Völkerrechtssubjekt für und gegen jeden anderen Staat wirkt und von ihm zu respektieren ist, unabhängig davon, ob dieser andere Staat bereits eine völkerrechtliche Anerkennung ausgesprochen hat oder nicht, führt zu einer Reihe wesentlicher Konsequenzen:

1) Das Bestreiten, bzw. Nichtanerkennen der Völkerrechtssubjektivität eines tatsächlich bestehenden Staates ist eine völkerrechtswidrige Handlung und ein rechtswidriger Angriff auf die allgemein zu respektierenden grundlegenden Souveränitätsrechte dieses Staates. Es bedeutet gleichzeitig den Versuch, diesen Staat in der Wahrnehmung seiner Rechte und Pflichten im Rahmen der gleichberechtigten internationalen Zusammenarbeit zu behindern, und stellt damit einen Verstoß gegen die Verpflichtung aller Staaten zur friedlichen internationalen Zusammenarbeit (Art. 1 der Charta der Vereinten Nationen) dar.

2) Die Beziehungen, die selbständige, voneinander unabhängige Staaten in Ausübung ihrer Hoheitsrechte miteinander eingehen, können, da diese Staaten Subjekte des Völkerrechts sind, nur nach den Normen des Völkerrechts gestaltet und durch diese geregelt werden. Derartige zwischenstaatliche Beziehungen, gleichviel auf welchen Lebensgebieten und hinsichtlich welcher Sachfragen, können ihrem rechtlichen Charakter nach daher stets nur völkerrechtliche Beziehungen sein.

Jeder Versuch, den völkerrechtlichen Charakter der rechtlichen Regelung solcher zwischenstaatlicher Beziehungen zu bestreiten und damit die uneingeschränkte Geltung der Prinzipien und Normen des Völkerrechts für sie — mit welchen Argumenten auch immer — zu negieren, schließt notwendig — ob ausgesprochen oder nicht ausgesprochen — die These ein, es handele sich bei diesen Beziehungen nicht um solche zwischen gleichberechtigten Völkerrechtssubjekten, sondern um Beziehungen zwischen Einheiten, die in irgendeinem Zu- oder Unterordnungsverhältnis zueinander stehen.

3) Die alleinige und uneingeschränkte Geltung des Völkerrechts für die Beziehungen zwischen selbständigen und voneinander unabhängigen Staaten führt zu der zwingenden Konsequenz, daß rechtswirksame Vereinbarungen zwischen solchen Staaten ihre Völkerrechtssubjektivität und deren gegenseitige Anerkennung voraussetzen. Wenn eine Regierung mit einem anderen Staat, dessen Existenz als Staat sie ausdrücklich anerkennt, Verträge schließen will, aber gleichzeitig die Völkerrechtssubjektivität ihres potentiellen Vertragspartners bestreitet oder auch nur in Zweifel zieht, dann muß diese widersprüchliche Haltung zu der Schlußfolgerung führen, daß entweder das Vertragsangebot nicht ernst gemeint ist oder daß ein nicht rechtswirksamer, d. h. nach Belieben zu verletzender, „Vertrag" geschlossen werden soll oder daß dem Vertragspartner durch Anwendung nicht völkerrechtlicher, sondern etwa staatsrechtlicher Grundsätze auf den Vertragsschluß eine nicht gleichberechtigte Stellung in dem Vertragsverhältnis zugemutet wird.

4) Der Grundsatz der ausschließlichen Geltung des Völkerrechts für die Beziehungen, die selbständige und voneinander unabhängige Staaten in Ausübung ihrer Hoheitsrechte miteinander eingehen, beinhaltet die Verbindlichkeit des Gesamtsystems der internationalen Rechtsordnung für die Gestaltung dieser Beziehungen, insbesondere die Verbindlichkeit der eine Einheit bildenden zwingenden Grundprinzipien des geltenden Völkerrechts.

Es ist weder rechtslogisch möglich, noch praktisch-politisch vollziehbar, einzelne dieser ein geschlossenes Normensystem bildenden völkerrechtlichen Grundsätze anwenden und andere ausklammern zu wollen. Insbesondere setzt die Anwendbarkeit jeder beliebigen anderen Norm des Völkerrechts die gegenseitige Anerkennung der souveränen Gleichheit und damit der Völkerrechtssubjektivität der Partner solcher zwischenstaatlicher Beziehungen voraus, da andernfalls überhaupt keine völkerrechtlichen Grundsätze auf ihre Beziehungen Anwendung finden können. Ebenso ist es offensichtlich undenkbar und praktisch nicht möglich, etwa die Prinzipien der Gleichberechtigung der Staaten, ihrer territorialen Unverletzlichkeit und politischen Unabhängigkeit sowie das Verbot der Gewaltandrohung oder Gewaltanwendung in den zwischenstaatlichen Beziehungen anerkennen und anwenden zu wollen, aber den Grundsatz der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten von der Anwendung auf die Beziehungen zu einem anderen Staat auszuschließen. Derartige Bestrebungen können nur dahin gedeutet werden, daß ihre Verfechter sich der verpflichtenden Wirkung bestimmter allgemein verbindlicher Normen des Völkerrechts in ihren Beziehungen zu einem anderen Staat durch entsprechende Vereinbarungen entziehen möchten, also völkerrechtswidrige Ziele gegenüber diesem Staat verfolgen.

5) Die Feststellung, daß nach der heute international in Theorie und Praxis überwiegenden und sowohl dem geltenden Völkerrecht wie den Realitäten und Erfordernissen der internationalen Lage und Entwicklung in unserer Zeit allein gerechtwerdenden Auffassung von der Völkerrechtssubjektivität als einer objektiv gegebenen Eigenschaft jedes tatsächlich bestehenden Staates die völkerrechtliche Anerkennung eines Staates durch einen anderen für dessen völkerrechtliche Rechtsposition keinerlei konstitutive Wirkungen besitzt, wirft die Frage nach der rechtlichen Bedeutung dieser Anerkennung auf. Sie kann nur darin bestehen, daß der anerkennende Staat damit eine Erklärung darüber abgibt, daß er auf der Grundlage des Völkerrechts Beziehungen zu dem anerkannten Staat aufnimmt und wie er diese Beziehungen gestalten will. Die Anerkennung begründet also nicht die Völkerrechtssubjektivität des anzuerkennenden Staates, sondern sie setzt sie vielmehr voraus. Die Vornahme oder Ablehnung der völkerrechtlichen Anerkennung eines Staates berührt daher in keiner Weise dessen objektiv bestehende Völkerrechtssubjektivität und die daraus nach den allgemeinen Regeln des Völkerrechts erwachsende Pflicht jedes anderen Staates, seine Souveränitätsrechte zu respektieren.

Aus der Verpflichtung aller Staaten zur Festigung des Friedens und der internationalen Sicherheit sowie zur Entwicklung der friedlichen, gleichberechtigten internationalen Zusammenarbeit (Art. 1 und 2 der Charta der Vereinten Nationen) folgt andererseits, daß die Verweigerung der völkerrechtlichen Anerkennung eines Staates, d. h. die Ablehnung der Herstellung von normalen, dem Völkerrecht entsprechenden Beziehungen zu ihm, eine Haltung darstellt, die grundsätzlich nur dann völkerrechtlich gerechtfertigt sein kann, wenn dieser Staat eine politische Position bezieht, die nicht mit den Zielen und Prinzipien der Charta der Vereinten Nationen vereinbar ist (vgl. hierzu auch die Bestimmung des Art. 4 Ziff. 1 der Charta der Vereinten Nationen über die Voraussetzungen für die Mitgliedschaft in der UN). Keinesfalls rechtfertigen Unterschiedlichkeiten in der Gesellschafts- oder Verfassungsordnung der Staaten (sog. Legitimitätserwägungen) die Verweigerung der völkerrechtlichen Anerkennung, da andernfalls friedliche, gleichberechtigte Beziehungen zwischen den heute bestehenden und das Gesicht unserer Welt prägenden Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung von vornherein unmöglich wären.

Wenn ein Staat aber ohne nach dem Ausgeführten gerechtfertigte Gründe einem tatsächlich bestehenden und international auftretenden Staat die völkerrechtliche Anerkennung verweigert, so erklärt er damit, daß er es aus anderen als völkerrechtlich zulässigen Gründen ablehnt, dem Völkerrecht entsprechende normale Beziehungen zu diesem Staat herzustellen. Er verletzt damit seine Pflicht zur friedlichen internationalen Zusammenarbeit und setzt sich objektiv dem Verdacht aus, völkerrechtswidrige Ziele gegenüber diesem Staat zu verfolgen.

III

Wenn man unter Zugrundelegung dieser völkerrechtlichen Kriterien für das Verhältnis zwischen selbständigen Staaten und für den rechtlichen Charakter ihrer Beziehungen zueinander die Haltung der derzeitigen Bundesregierung zur DDR und ihre bei den Gesprächen in Erfurt und Kassel entwickelten Vorstellungen über die Gestaltung der Beziehungen zwischen der DDR und der BRD analysiert, zeigt sich ein tiefer Widerspruch zwischen den allgemeinen Erklärungen des Bundeskanzlers über die vertragliche Regelung der Beziehungen zwischen diesen beiden Staaten „auf der Grundlage der Gleichberechtigung und der Nichtdiskriminierung" und über die Herstellung „einer geregelten Form friedlicher Koexistenz" zwischen ihnen einerseits und seiner prinzipiellen Ablehnung der völkerrechtlichen Anerkennung der DDR und der uneingeschränkten Geltung des Völkerrechts für die Gestaltung der Beziehungen der BRD zur DDR andererseits. Alle seitens des Bundeskanzlers bisher der Regierung der DDR unterbreiteten Vorschläge für die Regelung der zwischenstaatlichen Beziehungen zwischen der DDR und der BRD gehen von folgenden Grundpositionen aus:

1) Eine völkerrechtliche Anerkennung der DDR durch die BRD wird nach wie vor prinzipiell abgelehnt, obwohl die Existenz der DDR als selbständiger Staat nicht mehr bestritten werden kann und bestritten wird.

Damit geht die derzeitige Bundesregierung juristisch von der mit dem geltenden Völkerrecht und den Bedingungen und Erfordernissen der gegenwärtigen internationalen Lage und Entwicklung nicht zu vereinbarenden Theorie von der konstitutiven Wirkung der Anerkennung von Staaten aus. Diese Position der Bundesregierung beinhaltet eindeutig die dem völkerrechtlichen Grundsatz der souveränen Gleichheit der Staaten direkt zuwiderlaufende Leugnung der gleichberechtigten Völkerrechtssubjektivität der DDR. Sie wird sowohl durch die Einwirkungsversuche auf die internationalen Beziehungen der DDR und die Bestrebungen nach deren Behinderung wie auch dadurch praktiziert und unter Beweis gestellt, daß die Bundesregierung nach wie vor — wie der Bundeskanzler in Kassel mit aller Klarheit zum Ausdruck brachte — für sich das „Recht" in Anspruch nimmt, nach ihrem Ermessen auf die Haltung anderer Staaten, bzw. internationaler Organisationen zur Respektierung der Völkerrechtssubjektivität und der daraus folgenden Rechte der DDR Einfluß zu nehmen und sich so in die Angelegenheiten sowohl der DDR wie anderer Staaten rechtswidrig einzumischen.

2) Die Bundesregierung lehnt es auch weiterhin nachdrücklich ab, die Beziehungen zwischen der DDR und der BRD ihrem Rechtscharakter nach als völkerrechtliche anzuerkennen und sie auf der Grundlage der uneingeschränkten Geltung und Anwendung der Prinzipien und Normen des allgemein verbindlichen Völkerrechts zu entwickeln. Obwohl sie ausdrücklich einräumt, daß es sich bei der DDR und der BRD um zwei selbständige Staaten handelt, betrachtet sie die Beziehungen dieser Staaten zueinander nicht als völkerrechtliche und damit nach

den Normen des Völkerrechts zu wertende und zu gestaltende Beziehungen, sondern als sog. „besondere", „innerdeutsche" oder „zwischendeutsche" Beziehungen. Da es aber tatsächlich und rechtlich nur die Möglichkeiten gibt, entweder die Beziehungen zwischen der DDR und der BRD als Beziehungen zweier selbständiger und gleichberechtigter Staaten, d. h. als völkerrechtliche, anzusehen oder sie als nicht-völkerrechtliche, d. h. nicht als Beziehungen gleichberechtigter Völkerrechtssubjekte (also als eine Art staatsrechtlicher Beziehungen) zu betrachten, läuft diese Position der BRD juristisch und politisch darauf hinaus, die DDR zu einem nicht gleichberechtigten Partner machen und darüber hinaus noch durch Vereinbarungen auf dieser Grundlage deren eigene Zustimmung hierzu herbeiführen zu wollen.

Die These vom nicht-völkerrechtlichen Charakter der Beziehungen zwischen der DDR und der BRD beinhaltet gleichzeitig die eindeutige Weigerung, die uneingeschränkte Geltung der Prinzipien des geltenden Völkerrechts für diese Beziehungen zu akzeptieren. Der Bundeskanzler hat in diesem Sinne klar zu erkennen gegeben, daß er bestimmte Grundsätze des Völkerrechts von der Anwendung auf die Beziehungen der BRD zur DDR ausschließen will. Er nannte in diesem Zusammenhang in Erfurt ausdrücklich die völkerrechtliche Anerkennung, d. h. das Prinzip der souveränen Gleichheit der Staaten, und das Prinzip der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten. Und auch die von ihm in Kassel formulierten 20 Punkte für die „Elemente" eines Vertrages zwischen der BRD und der DDR lassen jeden Hinweis auf die uneingeschränkte Geltung der Grundsätze des Völkerrechts, insbesondere der eine unabdingbare Voraussetzung für Beziehungen der friedlichen Koexistenz zwischen Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung bildenden Prinzipien der Art. 1 und 2 der Charta der Vereinten Nationen, in den Beziehungen zwischen der DDR und der BRD vermissen. Das aber bedeutet, daß offenbar diese eine Einheit bildenden völkerrechtlichen Prinzipien der friedlichen Koexistenz seitens der BRD nicht als rechtliches Kriterium ihrer Haltung gegenüber der DDR akzeptiert werden.

3) In allen Erklärungen, die die derzeitige Bundesregierung zur Begründung ihrer Weigerung, die DDR völkerrechtlich anzuerkennen und normale völkerrechtliche Beziehungen der BRD zur DDR herzustellen, bisher abgegeben hat, finden sich keinerlei Argumente, die nach den oben charakterisierten Grundsätzen des geltenden Völkerrechts ein solches Verhalten gegenüber einem seit mehr als 20 Jahren existierenden, in vielfältigen internationalen Beziehungen stehenden und anerkanntermaßen eine konsequente Friedenspolitik betreibenden Staat und Völkerrechtssubjekt auch nur im geringsten rechtfertigen könnten. Statt dessen erfolgt seitens der BRD eine Berufung auf Faktoren, die einmal zum Teil den bestehenden gesellschaftlichen und politischen Realitäten widersprechen und die zum anderen auch in keinem rechtlich relevanten Sachzusammenhang mit der Frage des Rechtscharakters und der rechtlichen Maßstäbe für die zwischenstaatlichen Beziehungen zwischen der DDR und der BRD stehen, wie z. B. die Fragen der Nationalität der Bevölkerung dieser beiden Staaten, ihrer geschichtlichen Vergangenheit, ihrer Sprache und Kultur und dergleichen. Derartige Sachverhalte — selbst wenn sie so, wie sie die Bundesregierung anführt, zutreffen würden — haben noch nie und nirgends eine anerkannte und gerechtfertigte Grundlage dafür geboten, die Beziehungen zwischen zwei selbständigen und voneinander unabhängigen Staaten anders als auf der Basis des Völkerrechts zu gestalten.

Besonders widerspruchsvoll aber muß es erscheinen, wenn der Bundeskanzler sich trotz der von ihm ausdrücklich bestätigten Tatsache, daß in der DDR und der

BRD völlig unterschiedliche Gesellschaftssysteme bestehen, zwischen denen es keinen Kompromiß geben kann, auf angebliche „Gemeinsamkeiten" bezieht, um dann daraus die merkwürdige Schlußfolgerung abzuleiten, daß gerade wegen dieser angeblichen „Gemeinsamkeiten" die Beziehungen zwischen der BRD und der DDR unter dem völkerrechtlichen Normalstandard bleiben müßten und sich deshalb die DDR sowohl gegenüber der BRD wie auch international mit einer „minderen Rechtsstellung" [22]) abfinden müßte.

Wenn man diese rechtlichen Aspekte der von der derzeitigen Bundesregierung entwickelten Modellvorstellungen und Vorschläge für die Gestaltung der Beziehungen zwischen der DDR und der BRD zusammenfassend wertet, ergeben sich folgende unabweisliche Schlußfolgerungen:

1) Die Bundesregierung ist — trotz entgegenstehender verbaler Erklärungen — praktisch bisher nicht bereit, die effektive Existenz der DDR als gleichberechtigtes Völkerrechtssubjekt anzuerkennen. Damit aber setzt sie nicht nur tatsächlich die für die Spannungen zwischen der DDR und BRD ursächliche Diskriminierungspolitik fort, sondern damit negiert sie zugleich den einzigen Rechtsboden, auf dem verbindliche und rechtswirksame Vereinbarungen zwischen selbständigen Staaten überhaupt geschlossen werden können. Sie schließt damit selbst die Möglichkeit von sinnvollen Verhandlungen über den Abschluß solcher Vereinbarungen aus.

Die Anerkennung der DDR als gleichberechtigtes Völkerrechtssubjekt kann deshalb auch nicht Gegenstand irgendwelcher Verhandlungen im Sinne eines Austausches von Leistung und Gegenleistung oder der Zahlung eines „Preises" sein, sie bedeutet auch keine „Vorleistung" seitens der BRD, sondern sie stellt nichts anderes dar als die Anerkennung einer objektiv gegebenen Realität und der juristisch und politisch einzig möglichen und notwendigen Verhandlungsgrundlage zwischen der DDR und der BRD. Sie ist deshalb der unvermeidliche erste Schritt, wenn es überhaupt zu effektiven Verhandlungen und Vereinbarungen zwischen diesen Staaten zur Entspannung ihrer Beziehungen und zur Lösung aller anstehenden Probleme im Interesse ihrer Bevölkerung kommen soll.

2) Die Bundesregierung kann die von ihr so vielfach bekundete Bereitschaft, gleichberechtigte Beziehungen zur DDR herzustellen, die alte Diskriminierungs- und Schädigungspolitik aufzugeben und zu einem friedlichen Neben- und Miteinander der BRD und der DDR zu gelangen — besonders auch mit Rücksicht auf die bisherigen Erfahrungen der DDR und die noch andauernden Diskriminierungshandlungen —, nur glaubhaft machen, wenn sie durch die Anerkennung des Völkerrechts für die Beziehungen zwischen der BRD und der DDR und dementsprechende Handlungen jeden Zweifel an ihrer Haltung ausschließt. Solange sie diesen Schritt nicht vollzieht, sondern weiter eine Position bezieht, die darauf zielt, gerade diese Anerkennung der völkerrechtlichen Grundsätze der friedlichen Koexistenz als des verpflichtenden Maßstabes für ihre Politik gegenüber der DDR mit völkerrechtlich nicht gerechtfertigten, z. T. juristisch völlig unpräzisen und ungreifbaren Formulierungen und Begründungen zu vermeiden, muß sie sich zwangsläufig dem Verdacht aussetzen, in verschleierter Form die bisherige Alleinvertretungsanmaßung aufrechterhalten, die Störpolitik gegen die DDR fortsetzen und ihr gegenüber auch weiterhin völkerrechtswidrige Pläne verfolgen zu wollen.

---

[22]) So E. Menzel, a.a.O., S. 81.

Die Herstellung von vertraglich gesicherten Beziehungen der friedlichen Koexistenz zwischen der DDR und der BRD und damit die Beseitigung der Spannungsfaktoren und jeder Konfliktgefahr im Zentrum Europas und an der Berührungslinie zwischen den militärischen Gruppierungen der NATO und des Warschauer Vertrages setzt unabdingbar die uneingeschränkte Anerkennung und Anwendung der völkerrechtlichen Prinzipien der friedlichen Koexistenz auf die Beziehungen zwischen der DDR und der BRD voraus. Solange die Bundesregierung dieser Konsequenz — unter welchen Vorwänden auch immer — auszuweichen versucht, widerlegt sie selbst die Ernsthaftigkeit ihrer angeblichen Bereitschaft zur Herstellung solcher Beziehungen und vertieft sie weiter den Graben zwischen der BRD und der DDR und den Bürgern dieser Staaten.

3) Angesichts der bisherigen Politik der BRD gegenüber der DDR, angesichts der widersprüchlichen und den dargelegten Grundvoraussetzungen einer Normalisierung der Beziehungen zwischen diesen Staaten nicht Rechnung tragenden bisherigen Erklärungen der derzeitigen Bundesregierung und vor allem auch angesichts ihrer tatsächlichen Politik gegenüber der DDR gibt es nur einen Weg, die Aufrichtigkeit des von ihr bekundeten Verständigungswillens unter Beweis zu stellen und eine effektive, bilateral wirksame und international glaubhafte Wende in den Beziehungen der BRD zur DDR herbeizuführen: die völkerrechtliche Anerkennung der DDR durch die BRD.

Nur durch diesen Schritt, der auf jeden Fall unvermeidlich ist, kann die Bundesregierung die durchaus begründeten Zweifel an ihrer Haltung zur Anerkennung der Gleichberechtigung der DDR, zur uneingeschränkten Respektierung ihrer Souveränitätsrechte, zur Herstellung echter Beziehungen der friedlichen Koexistenz zwischen der BRD und der DDR ausräumen und die Voraussetzungen für sinnvolle Verhandlungen und rechtswirksame Vereinbarungen mit der DDR über alle anstehenden politischen, ökonomischen und humanitären Fragen schaffen.

Es ist eine direkte Umkehrung aller Tatsachen, wenn der Bundeskanzler in diesem Zusammenhang davon sprach, daß er nicht bereit sei, „die Spaltung Deutschlands völkerrechtlich anzuerkennen". Die Existenz der DDR und der BRD als selbständige Staaten ist eine von ihm selbst ausdrücklich bestätigte Realität. Die völkerrechtliche Anerkennung der DDR durch die BRD und die Herstellung von Beziehungen der friedlichen Koexistenz zwischen beiden Staaten ist offensichtlich der einzige Weg, angesichts dieser Lage die Beziehungen zwischen ihnen zu verbessern und zu normalisieren und damit einen effektiven Beitrag zur Sicherung des Friedens, zur Sicherung des friedlichen Lebens der Menschen und zur Lösung der sich aus der Existenz zweier Staaten auf deutschem Boden ergebenden Probleme zu leisten. Die Weigerung aber, diesen einzig möglichen Weg zu gehen, erschwert und kompliziert nur die Folgen der staatlichen Spaltung Deutschlands, um deren Milderung es ja aber dem Bundeskanzler nach seinen eigenen Worten geht.

Diese Schlußfolgerungen aus der völkerrechtlichen Analyse der Position der Bundesregierung zeigen deutlich, daß es sich bei der Frage der völkerrechtlichen Anerkennung der DDR durch die BRD und der Auseinandersetzung um diesen notwendigen Schritt keineswegs um eine „juristische Formalität" handelt, sondern um eine entscheidende essentielle Frage sowohl des Verhältnisses zwischen der DDR und der BRD und des Lebens der Bürger dieser beiden Staaten und ihrer Beziehungen zueinander wie auch der Gewährleistung von Frieden und Sicherheit in Europa und der Schaffung der Voraussetzungen für eine vertrauensvolle Zusammenarbeit der europäischen Staaten. In keinem dieser Probleme sind

wesentliche Veränderungen zum Besseren möglich, wenn nicht das schwerwiegende Spannungs- und Störelement beseitigt wird, das darin besteht, daß die BRD bis heute der DDR, ihrem unmittelbaren Nachbarstaat, ohne berechtigte Gründe und im Widerspruch zum geltenden Völkerrecht die völkerrechtliche Anerkennung, d. h. die Respektierung ihrer Völkerrechtssubjektivität und der daraus folgenden Rechte verweigert, daß sie es ablehnt, ihre Beziehungen zur DDR auf der Grundlage der uneingeschränkten Geltung der Prinzipien des Völkerrechts zu gestalten und ihre Haltung und praktische Politik gegenüber der DDR nach diesen allgemein verbindlichen und auch von der BRD grundsätzlich anerkannten Regeln zu bestimmen. Hierdurch wird im Zentrum Europas ein ernster Unsicherheitsfaktor, eine ständige potentielle Konfliktsgefahr und eine Atmosphäre berechtigten Mißtrauens hinsichtlich der politischen Absichten der BRD geschaffen, deren Auswirkungen um so weittragender sind, als es sich bei der BRD um einen Mitgliedstaat der NATO und bei der DDR um einen Teilnehmerstaat der Warschauer Vertragsorganisation handelt. Es versteht sich von selbst, daß diese Situation Fortschritte zu einer Verständigung sowohl zwischen der DDR und der BRD wie im gesamteuropäischen Rahmen, Fortschritte in der Richtung, wie sie der Bundeskanzler zu erstreben erklärte und mit der Formel umriß: „Entspannung statt Spannung, Sicherung des Friedens statt militärischer Konfrontation" [23]), nachhaltig blockiert und damit zutiefst den Lebensinteressen und Wünschen der Menschen in allen europäischen Staaten zuwiderläuft.

So deckt gerade die gegensätzliche Haltung der Regierungen der DDR und der BRD in der Frage der Anwendung der Grundsätze und Regeln des Völkerrechts auf die Beziehungen zwischen diesen beiden Staaten ein politisches Kernproblem der Gestaltung des Verhältnisses zwischen der DDR und der BRD und der Festigung der europäischen Sicherheit auf. Diese „juristische" Frage ist ihrem Wesen nach eine Grundfrage des Friedens und der Verständigung der europäischen Völker und Staaten, eine Grundfrage der friedlichen Zukunft und der Gestaltung des Lebens der Menschen in der DDR und in der BRD und eine Grundfrage der Entwicklung einer für alle Völker fruchtbaren gleichberechtigten Zusammenarbeit der Länder Europas. Sie kann objektiv im Sinne der Erreichung dieser Ziele nur auf der Grundlage jener Prinzipien gelöst werden, die in dem von der DDR am 17. Dezember 1969 vorgelegten Entwurf eines Vertrages über die Aufnahme gleichberechtigter Beziehungen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland genannt sind.

---

[23]) „Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung" Nr. 39/1970 vom 20. 3. 1970, S. 378.

Das Verhältnis der Regierung Brandt/ Scheel zu den Landsmannschaften

Von Georg Herde

Die folgende Untersuchung ist vor der Kundgebung des „Bundes der Vertriebenen" am 30. Mai d. J. auf dem Bonner Marktplatz verfaßt worden. Bei dieser Veranstaltung wurde von einem extrem nationalistischen Standort aus — vertreten durch Franz Josef Strauß und Herbert Czaja — fanatische Feindschaft gegen die „neue Deutschland- und Ostpolitik" der Regierung Brandt/Scheel artikuliert — so daß der Eindruck entstehen könnte, als sei, im Gegensatz zu den hier von Georg Herde erarbeiteten Beweisen, besonders zwischen der SPD-Spitze und den Funktionärskadern des BdV eine unüberbrückbare Kluft aufgebrochen. Demgegenüber gilt es jedoch, den in dieser Frage bis jetzt einzig relevanten Tatbestand festzuhalten, daß auch die Regierung Brandt/Scheel es bis auf diesen Tag versäumt hat, dem gefährlichen, unseren Staat in aller Welt diskriminierenden Treiben des BdV und der Landsmannschaften entschieden entgegenzutreten, diesen Verbänden durch die längst fällige Sperrung der aus Steuergeldern aller Staatsbürger geschöpften Subventionen die Basis zu entziehen und die neonazistische NPD, die sich wiederholt als chauvinistischer Einpeitscher der Vertriebenenverbände betätigt hat, zu verbieten. So bleibt bestehen, daß die Regierung Brandt/Scheel nach wie vor infolge ihrer widersprüchlichen Haltung in fatalen Zusammenhang mit den Revisionisten gebracht werden muß. D. Red.

Eine wirklich neue Ostpolitik, die sich nicht nur in den Methoden und der Sprache, sondern auch im Inhalt von der 20 Jahre lang durch die CDU/CSU-Regierungen verfolgten militant antikommunistischen Revanchepolitik unterscheidet, muß vor allem auch im Innern der Bundesrepublik erkennbar werden. Das Ende der Politik der Feindschaft gegen den Osten und der Beginn einer Politik, die dem friedlichen Nebeneinander in Europa zum Vorteil des eigenen Landes wie der Nachbarländer gereicht, verlangt mehr als die Bereitschaft zu Gesprächen mit den sozialistischen Ländern.

20 Jahre lang haben die in der BRD herrschenden Kräfte, die Regierungen von Adenauer bis Kiesinger, entsprechend der Grundtendenz ihrer gegen den Status quo in Europa gerichteten Politik systematisch Organisationen und Institutionen aufgebaut und gefördert, deren Aufgabe es war, die Bevölkerung des Landes psychologisch für den „Fall Rot" vorzubereiten. Typische Erscheinungen dieser Art sind die Landsmannschaften und ähnliche Organisationen und Institutionen. Sie, ureigenste Produkte des Kalten Krieges, sahen und sehen noch heute ihre spezielle Aufgabe darin, militanten Antikommunismus zu propagieren und Stimmung für eine Politik zu machen, deren Ziel die Korrektur der Kriegsergebnisse, die Änderung der bestehenden Grenzen und die Zurückdrängung der sozialistischen Gesellschaftsordnung aus Ost- und Südosteuropa ist.

Schon am 24. Oktober 1959 verdeutlichte der damalige Vorsitzende der Traditionsgemeinschaft ehemals führender Henlein- und NSDAP-Funktionäre, des „Witikobundes", Dr. Walter Becher (jetzt Sprecher der Sudetendeutschen Lands-

mannschaft und MdB/CSU), daß der Tätigkeit der Landsmannschaften ein Ende gesetzt sei, wenn sich die Bundesregierung einer Politik der friedlichen Koexistenz zuwenden würde. Laut „Witiko-Brief" 11/1959 erklärte Becher in einer Vorstandssitzung des „Witikobundes": „Bei einer Politik der Koexistenz" ist für die „Heimatpolitik" der Landsmannschaften „kein Raum mehr".

Zweifellos ist diese Erkenntnis Bechers richtig. Und weil sie richtig ist, kann eine Untersuchung über das Verhältnis der Bundesregierung Brandt/Scheel zu den Landsmannschaften und ähnlichen Organisationen auch gewisse Aufschlüsse darüber geben, ob und mit welcher Intensität die neue Bundesregierung eine grundsätzlich neue Politik, eine Politik der friedlichen Nachbarschaft zu den sozialistischen Ländern Ost- und Südosteuropas anstrebt.

Feinde einer SPD/FDP-Koalition

Der Bund der Vertriebenen/Vereinigte Landsmannschaften (BdV) nahm mit seinen Organisationen und Publikationen starken Einfluß auf den Bundestagswahlkampf 1969. In zahlreichen Veranstaltungen, so den Bundes- und Landestreffen des Sommers 1969 mit insgesamt fast zwei Millionen Teilnehmern, warben die Landsmannschaftsfunktionäre für die CDU/CSU und NPD. Auch die fast 400 Publikationsorgane der Landsmannschaften mit einer Gesamtauflage von etwa 1,6 Millionen Exemplaren wurden zugunsten von CDU/CSU und NPD und gegen die „Verzichts- und Anerkennungsparteien", zu denen neben der AdF SPD und FDP gezählt wurden, eingesetzt.

Der Übertritt des damaligen Präsidenten des Bundes der Vertriebenen, Reinhold Rehs, von der SPD zur CDU war der Auftakt für eine Kampagne, die das Ziel verfolgte, die Vertriebenen und Flüchtlinge für eine Stimmabgabe zugunsten von CDU/CSU und NPD zu bewegen, um einer „nationalen Regierung" zum Erfolg zu verhelfen. Anfang Juli 1969 übergab das Präsidium der BdV „allen Landes- und Kreisverbänden des BdV und der Landsmannschaften" eine interne Wahlkampfanleitung, die der Öffentlichkeit nicht bekannt werden sollte. In dieser Wahlkampfanleitung hieß es u. a.:

— „Die Vertriebenen müssen alles in ihren Kräften Stehende tun, um zu verhindern, daß im nächsten Bundestag die ‚Anerkennungspartei' eine Mehrheit erhält . . . ;

— . . . (es sollte) selbstverständlich sein, daß die Heimatvertriebenen, insbesondere die Mitglieder unserer Verbandsgliederungen, ihre Stimme niemand geben,

a) der für die Anerkennung des Ulbrichtregimes als zweiten deutschen Staat eintritt,

b) der den Verzicht auf die deutschen Ostgebiete empfiehlt oder den von den Sowjets in Mittel- und Ostdeutschland geschaffenen Zustand (Status quo) als endgültig hinnehmen will oder der die Oder-Neiße-Linie als ‚polnische Westgrenze' respektiert und anerkennt,

c) der das ‚Münchener Abkommen' für nichtig oder ungerecht hält,

d) der sich nicht zum Recht auf Heimat und zum Selbstbestimmungsrecht auch der Deutschen bekennt,

e) für den das Unrecht der Vertreibung mit dem Tode der letzten unmittelbar Betroffenen erledigt ist."

Ungeachtet des eindeutig zugunsten von CDU/CSU und NPD, gegen SPD und FDP geführten Wahlkampfes, ungeachtet der durch Regierungsgelder finanzierten Anstrengungen der Landsmannschaften, den Wahlkampf nationalistisch und revanchistisch anzuheizen, bemühte sich die SPD-Führung, möglichst vielen Mit-

arbeitern der Landsmannschaften über SPD-Listen zu Mandaten im Bundestag zu verhelfen. Der sozialdemokratische Pressedienst „Selbstbestimmung und Eingliederung" vom 29. Juli 1969 teilte mit, daß „ein Viertel der SPD-Wahlkreiskandidaten Vertriebene und Flüchtlinge sind". Hervorgehoben wurde, daß sich unter den Kandidaten der SPD eine ganze Anzahl namentlich aufgeführter Führungskräfte der verschiedenen Landsmannschaften befinden.

Die Landsmannschaften erlitten mit CDU/CSU und NPD bei den Bundestagswahlen 1969 eine Wahlniederlage. Die von SPD und FDP gebildete Bundesregierung war genau die Konstellation, welche die Landsmannschaften mit ihrem Wahlkampf gegen „Verzichts- und Anerkennungsparteien" verhindern helfen wollten. Entsprechend konsterniert zeigten sich Landsmannschaftsfunktionäre und -presse kurz nach der Bildung der SPD/FDP-Bundesregierung. Dr. Emil Franzel schrieb z. B. im Organ der sudetendeutschen Ackermann-Gemeinde „Volksbote" vom 7. Oktober 1969: „Eine schwere Zeit beginnt ... Wieder einmal ist man versucht, Freiligraths lyrische Klage vom Herbst 1848 zu zitieren ‚Der Herbst ist angebrochen, der kalte Winter naht, o Deutschland, ein Erbeben, o Deutschland, eine Tat!' ..."

Der erste Schock verflog schnell. Bald wurde hervorgehoben, daß die Fraktion der Landsmannschaftsfunktionäre und Anhänger im VI. Bundestag größer geworden und daß es die Aufgabe der „Vertriebenenabgeordneten in allen Fraktionen des Bundestages" sei, gemeinsam die Bundesregierung dahin zu verpflichten, „die Ansprüche auf den deutschen Osten" nicht aufzugeben.

Die Fraktion der Landsmannschaftsfunktionäre im VI. Bundestag

Trotz der Wahlniederlage des BdV-Präsidenten Rehs zog in den VI. Bundestag eine starke Fraktion führender Funktionäre der revisionistischen Organisationen ein.

Abgeordnete der CDU/CSU:

Fritz Baier, Diözesanvorsitzender der Ackermann-Gemeinde in der Sudetendeutschen Landsmannschaft (SL); Dr. Walter Becher, Sprecher der Sudetendeutschen Landsmannschaft; Dr. Philipp v. Bismarck, Sprecher und Landesvorsitzender der Pommerschen Landsmannschaft (PLM); Dr. Herbert Czaja, Sprecher der Landsmannschaft der Oberschlesier, BdV-Präsident; Otto v. Fircks, Landesgeschäftsführer des BdV in Niedersachsen; Dr. Hermann Götz, Vorsitzender des Sozialausschusses des BdV; Dr. Hans Edgar Jahn, Vizepräsident des BdV und Vorsitzender der „Pommerschen Landesvertretung"; Clemens Riedel, Präsident der „Schlesischen Landesversammlung"; Edelhard Rock, Kreisvorsitzender des BdV und Präsident des Verbandes der heimatvertriebenen Zeitungsverleger; Friedrich Storm, Vorstandsmitglied der PLM; Heinrich Windelen, Vorsitzender des Parlamentarischen Beirats des BdV; Olav v. Wrangel, Vorstandsmitglied der Deutsch-Baltischen Landsmannschaft. Weiter zählen die Landsmannschaftsblätter zu den „Vertriebenenpolitikern der CDU/CSU im neuen Bundestag" die Mitglieder des BdV und der Landsmannschaften Maria Jacobi, Dr. Egon Klepsch, Dr. Kley, Dr. Müller-Hermann, Dr. Riedl, Dr. Burkhard Ritz und Karl-Heinz Vogt sowie Kai Uwe v. Hassel.

Abgeordnete der SPD:

Willy Bartsch, Mitglied des Präsidiums der „Schlesischen Landesversammlung"; Karl Hofmann, Vorstandsmitglied der Seliger-Gemeinde in der SL; Dr. Herbert Hupka, Bundesvorsitzender der Landsmannschaft Schlesien (LS), Vizepräsident des BdV; Günter Jaschke, Mitglied der „Schlesischen Landesversammlung"; Dr. Heinz Kreutzmann, Vorstandsmitglied der sudetendeutschen „Seliger-Gemeinde".

Weiter zählen die Landsmannschaftszeitungen zu den „Vertriebenenpolitikern der SPD im neuen Bundestag" die Abgeordneten Dr. Arndt, Dr. Bayerl, Böhm, Bredel, Eckerland, Dr. Ehmke, Frehsee, Gerlach, Halfmaier, Dr. Heim, Kater, Killat, Müller, Neumann, Pawelczyk, Pöhler, Richter, Roß, Dr. Schmidt, Seidel, Vit, Wende, Wolfram, Wuttke. Diese Männer stammen zwar aus den ehemals deutschen Ostgebieten, aber nur ein Teil von ihnen solidarisiert sich mit den revisionistischen Organisationen.

Abgeordnete der FDP:

Werner Kubitza, Mitglied der „Schlesischen Landesversammlung"; Dr. Erich Mende, Mitglied der „Schlesischen Landesversammlung"; Dr. Heinz Starke, Mitglied der „Schlesischen Landesversammlung"; Siegfried Zoglmann, Mitglied des „Sudetendeutschen Rates"; Dr. Rutschke.

Von den Führungskräften der Landsmannschaften zogen neu in den Bundestag ein: Dr. Philipp v. Bismarck, Otto v. Fircks und Dr. Herbert Hupka.

Ansatzpunkte in der Regierungserklärung

Schon die Stellungnahmen der Landsmannschaften zur Regierungserklärung zeigten ihr Bemühen um Zusammenarbeit mit der neuen SPD/FDP-Regierung. Unter der Überschrift „Ansatzpunkt" schrieb z. B. die „Pommersche Zeitung" vom 8. November 1969: „Unsere Aufgabe als Vertriebene bleibt, zu sehen, welche Chancen wir selbst haben, um berechtigten Zweifeln oder auch positiven Möglichkeiten im allgemeinen deutschen Interesse zum Erfolg zu verhelfen. Man kann nicht leugnen, daß es dafür Ansatzpunkte gibt."

In einer Erklärung der Landsmannschaft der Oberschlesier nach einer Beratung des Vorstandes über die Regierungserklärung Bundeskanzler Brandts hieß es am 9. November 1969: „Die Landsmannschaft der Oberschlesier begrüßt die Gesprächsbereitschaft der Bundesregierung mit der polnischen Regierung ... Die Landsmannschaft der Oberschlesier erwartet,

— daß die Bundesregierung bei evtl. deutsch-polnischen Gesprächen weder Rechtspositionen aufgibt noch ihre Aufgabe in Aussicht stellt.

— Ebenso müssen solche Äußerungen zur Oder-Neiße-Frage in der Öffentlichkeit bzw. bei internationalen Verhandlungen vermieden werden, die den Eindruck erwecken könnten, als sei die Bundesregierung etwa bereit, Ansprüche des ganzen deutschen Volkes aufzugeben.

— ... Die Landsmannschaft der Oberschlesier ist zu Gesprächen mit der Bundesregierung über alle diese Fragen bereit. Sie bietet dabei ihre Unterstützung an und stellt ihre Erfahrungen der Bundesregierung zur Verfügung."

Der Sprecher der SL, Dr. Becher, erklärte am 14. November 1969 zu Fragen der deutschen Ostpolitik: „... daß sowohl die gegenwärtige Regierung wie auch die Opposition um eine Kontinuität der Ostpolitik bemüht seien, wenn auch mit gewissen Unterschieden" („Sudetendeutsche Zeitung" vom 21. November 1969).

Dr. Emil Franzel schrieb im Organ der sudetendeutschen Ackermann-Gemeinde „Volksbote" vom 8. November 1969 zu Regierungserklärung und -debatte: „Man fragt sich vergeblich, warum die Große Koalition zerschlagen werden mußte, wenn man ein Programm auftischt, dessen wesentlichste Partien, soweit sie realisierbar sind, im Bunde mit der CDU/CSU weit besser durchzusetzen wären als mit der plutokratischen FDP."

Der Streit um das Bundesvertriebenenministerium

Zu den Forderungen der Landsmannschaften an die neue Bundesregierung zählte das Verlangen nach Beibehaltung des Bundesvertriebenenministeriums.

Als die Regierung Brandt/Scheel dieses Ministerium auflöste, kam es zu heftigen Protesten der Landsmannschaftsorganisationen und -presse, die aber nicht lange anhielten. Denn die Bundesregierung — das stellte sich bald heraus — hatte dieses Ministerium, das gemeinsam mit dem Ministerium für gesamtdeutsche Fragen die Landsmannschaften und deren Presse sowie andere revisionistische Organisationen und Institutionen finanzierte, förderte und anleitete, nicht liquidiert. Der Apparat des Ministeriums wurde geschlossen als Abteilung ins Bundesinnenministerium eingegliedert. Es soll — so wurde von der Bundesregierung versichert — dort die bisherigen Funktionen weiterführen. Mit Dr. Nahm, dem langjährigen Staatssekretär des Bundesvertriebenenministeriums und Präsidenten des Katholischen Flüchtlingsrates, wurde ein Repräsentant der CDU und Vertrauensmann der Landsmannschaften an die Spitze der neuen Abteilung im Bundesinnenministerium gestellt.

Der Bundesvorsitzende der SL, Dr. Franz Böhm (ehemals Leiter des NSDAP-Gaugerichts Sudetenland), telegrafierte Dr. Nahm nach dessen Berufung zum Leiter der Abteilung für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte: „Wir sehen in Ihrer Person einen Garanten für eine weitere gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit."

Der Bundesvorsitzende der LS, Dr. Herbert Hupka, nahm in „Der Schlesier" vom 6. November 1969 unter der Überschrift „Make the best of it" zur Überführung des Vertriebenenministeriums in das Innenministerium Stellung. Er erinnerte daran, daß sich die Landsmannschaften, auch die LS, mit Leidenschaft für die Beibehaltung des Vertriebenenministeriums eingesetzt hätten und daß „die Auflösung des Bundesvertriebenenministeriums eine Niederlage der dagegen operierenden Bemühungen" war. Nach dem Auflösungsbeschluß hätten die Landsmannschaften aber alles darangesetzt, „daß das Bundesvertriebenenministerium nicht zerschlagen" werde. „Es gelang", so schreibt Hupka weiter, „das Haus zu erhalten und als ganzes unter ein neues Dach einzubringen ... Hier ist von einem Erfolg zu sprechen."

Die Reaktion der Landsmannschaften zur Überführung des Bundesvertriebenenministeriums bestätigt, daß diese Maßnahme nicht etwa eine Änderung der Ostpolitik signalisiert (wie das in zahlreichen Stellungnahmen gedeutet wurde), sondern eine taktische Maßnahme war, mit der vielleicht die Absicht verfolgt wurde, den Eindruck eines Kurswechsels zu erwecken.

Auch zur Umbenennung des Bundesministeriums für gesamtdeutsche Fragen in „Ministerium für innerdeutsche Beziehungen" meldeten sich — wenn auch nur für einen kurzen Zeitraum — die Landsmannschaften als lautstarke Kritiker zu Wort. In einer Erklärung des BdV-Präsidiums vom 24. Oktober 1969 hieß es z. B.: „Die Umbenennung ... erweckt den Eindruck, daß die gesamtdeutsche Politik in diesem Ministerium keine Heimstatt haben soll."

Daß später die Kritik der Landsmannschaften an der Umbenennung und der Tätigkeit des Ministeriums verstummte, hat offensichtlich seine Ursache darin, daß die Gelder zur Finanzierung der revisionistischen Organisationen aus dem umbenannten Haus unter Leitung von Bundesminister Franke ohne Einschränkung weiterflossen und fließen.

Das bestätigt der im April 1970 veröffentlichte Jahresbericht der Bundesregierung für das Jahr 1969, worin es über die Tätigkeit des Bundesministeriums für innerdeutsche Beziehungen unter der Überschrift „Landsmannschaftliche Verbundenheit" u. a. heißt: „Das Ministerium fördert kontinuierlich die Bemühungen der Heimatvertriebenen und der Flüchtlinge aus Mitteldeutschland, durch ihre

Organisationen den landsmannschaftlichen Zusammenhalt vornehmlich aus Heimat- und kulturpolitischen Gründen aufrechtzuerhalten."

Zur Tätigkeit der revisionistischen Organisationen und zur Haltung der Landsmannschaften gegenüber der Ostpolitik der SPD/FDP-Regierung heißt es im Jahresbericht von Bundesminister Franke: „In diesem Zusammenhang sei die verstärkte Diskussion der politischen und menschenrechtlichen Problematik und Aufgabenstellung im Hinblick auf die Solidarisierung mit möglichst allen Schichten der Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland ebenso begrüßt worden wie die Bereitschaft zur Mitwirkung und Verantwortung bei der Verwirklichung der Ziele der Deutschland- und Ostpolitik der Bundesregierung."

Wehner als Lehrmeister der Landsmannschaften

Bald nach ihrem Amtsantritt bemühte sich die Regierung Brandt/Scheel um Gespräche mit der Sowjetunion, der VR Polen und der DDR. In der Regierungserklärung und in zahlreichen Äußerungen des Bundeskanzlers und anderer Regierungsmitglieder kam immer wieder zum Ausdruck, daß die neue Bundesregierung an einer Friedensordnung in Europa mitwirken wolle und dazu die Verbesserung der Beziehungen der Bundesrepublik zu den Staaten in Ost- und Südosteuropa anstrebe.

Was hätte näher gelegen, als daß die Bundesregierung diese Absichten durch eine klare Distanzierung von den militant antikommunistischen und revisionistischen Bestrebungen solcher Organisationen wie den Landsmannschaften unterstrichen hätte? Aber nichts dergleichen.

Der Fraktionsvorsitzende der SPD, Herbert Wehner, und andere führende Männer der Regierungskoalition hielten engste Verbindung zu den revisionistischen Organisationen und legten diesen nahe, sich ohne Aufgabe der grundsätzlichen Zielsetzung der neuen politischen Situation taktisch und verbal anzupassen.

Auf dem „Europa-Kongreß" des BdV Anfang November 1969 trat das Bemühen der neuen Regierungskoalition klar zutage, den Bund der Vertriebenen, die Landsmannschaften und ähnliche staatlich geförderte Einrichtungen über die Grundzüge ihrer Ostpolitik zu informieren und sie anzuhalten, sich eine Diktion zuzulegen, die den taktischen Änderungen Rechnung trägt. Mehr als 1000 Mitarbeiter von BdV und Landsmannschaften hatten sich zu diesem Kongreß in Saarbrücken versammelt. Als Gäste waren u. a. anwesend: Vertreter der antikommunistischen Emigrantenorganisationen und Funktionäre rechtsradikaler Gruppierungen z. B. aus Frankreich. Prof. Hallstein (MdB/CDU), Dr. Herbert Martin (MdB/CDU), Frhr. v. d. Heydte (CSU) und der Fraktionsvorsitzende der SPD, Herbert Wehner, waren Referenten der einzelnen Arbeitskreise. Hohe Beamte des Bundesinnenministeriums, des Auswärtigen Amtes und des Ministeriums für innerdeutsche Beziehungen verfolgten die Beratungen.

Die Zielsetzung der zu diesem „Europa-Kongreß" Zusammengekommenen verdeutlichte der damalige BdV-Präsident, Reinhold Rehs, als er in der Eröffnungsveranstaltung ausrief: „Es geht nicht nur um die EWG ... Auch die Völker, die gegenwärtig unter kommunistischer Herrschaft leben müssen, gehören zur europäischen Kultur- und Schicksalsgemeinschaft."

Ein Sprecher des „Ostpolitischen Deutschen Studentenverbandes" brachte die versammelten Landsmannschaftsfunktionäre und Gäste in Stimmung, als er Rehs ergänzte: „Uns, dem Ostpolitischen Deutschen Studentenverband und der Deutschen Jugend des Ostens, geht es besonders um den osteuropäischen Raum jenseits des ‚Eisernen Vorhangs'."

Die Ausführungen der CDU/CSU-Politiker Hallstein, v. d. Heydte und Martin bewiesen die Übereinstimmung mit den Landsmannschaftsfunktionären, Grenzrevisionen in Gemeinschaft mit den europäischen NATO-Verbündeten unter der Losung „Einigung ganz Europas" auf dem Wege über die Beseitigung der sozialistischen Gesellschaftsordnung in Osteuropa anzustreben. So unterstrich der Arbeitskreis „Grundlagen eines freien Europas" (Referent Frhr. v. d. Heydte): „Zu Europa gehöre der St. Veit-Dom in Prag und das Traktorenwerk in Wolgograd ebenso wie Notre Dame in Paris. Der Kommunismus und die sowjetische Politik ständen Europa entgegen."

Von besonderer Bedeutung war das Referat Herbert Wehners und die mehrstündige Diskussion mit mehr als 400 Landsmannschaftsfunktionären im Arbeitskreis II: „Die deutsche Frage ein europäisches Problem". Worum es dabei ging, machte der Leiter des Arbeitskreises, BdV-Vizepräsident und Vorsitzender der SL, Dr. Franz Böhm, einleitend deutlich, als er sagte: „Die Aufrechterhaltung der Rechtsforderung (sprich Gebietsforderung, d. V.) sind die einzig möglichen Bausteine für Europa ... Die Veranstaltung soll helfen, uns (den Landsmannschaften, d. V.) Instrumentarien zu schaffen, wie wir zu dem Bau eines freien vereinigten Europas beitragen können."

Vier Stunden bemühte sich Wehner, den Landsmannschaften zu erläutern, daß man angesichts der politisch veränderten Atmosphäre in Europa — ohne die territorialen Ansprüche aufzugeben — neue Methoden finden müsse und sich vor allem einer neuen Diktion zu befleißigen habe. So sagte er: Hauptaufgabe sei, daß die BRD „handlungsfähig gehalten oder gemacht werden muß", die deutschen Ansprüche so darzustellen, daß sie Unterstützung anderer Nationen finden und mit den „Interessen Europas konform verstanden werden" können. „Darauf wird es ankommen." An anderer Stelle hielt Wehner den Versammelten vor: „Die deutsche Frage als europäisches Problem muß wahrscheinlich am meisten auf Verständnis und Sympathie rechnen können, je mehr wir selbst uns dazu durchringen, deutlich zu machen, was wir anstreben, das sind Rechtsverhältnisse ..." Wehner warnte davor, zu katalogisieren, was eine europäische Friedensordnung nach den Vorstellungen der Landsmannschaften oder der Bundesregierung zum Inhalt haben müsse. Man könne das „privat oder in winzigen Gruppen tun ... Ich tue so etwas persönlich auch." Wehner ergänzte, daß es bei den Vorstellungen, wie eine Friedensordnung aussehen solle, zwischen ihm und den Landsmannschaftsfunktionären sicher „kaum Unterschiede" gebe. Wehner forderte immer wieder dazu auf, die deutsche Frage nicht als Grenzfrage, sondern als „Rechtsfrage" darzustellen.

Damals (im November 1969) erhob sich gegen die Aufforderung Wehners noch Widerspruch unter den Versammelten. Wehner schrie die Opponenten an: „Sobald man versucht, Ihnen zu helfen, werden Sie allergisch, immer dann, wenn man nicht die alten Vokabeln verwendet." Inzwischen haben zumindest die Leitungen der Landsmannschaften die Empfehlungen Wehners weitgehend befolgt.

In derselben Veranstaltung teilte Wehner den Landsmannschaftsfunktionären mit, daß er sich — obwohl er nicht dem Kabinett angehöre — dafür eingesetzt habe, daß die finanziellen Zuwendungen an die Landsmannschaften seitens der Regierung nicht verringert, sondern erhöht werden. Auf kritische Anfragen wegen der Umbenennung des gesamtdeutschen Ministeriums in Ministerium für innerdeutsche Beziehungen verwies Wehner auf Moltkes Ausspruch: „Mehr sein als scheinen."

Die weitere Entwicklung der Beziehungen der Regierung Brandt/Scheel zum Bund der Vertriebenen und zu den Landsmannschaften beweist, daß es Wehner und anderen Politikern des Regierungslagers gelungen ist, die Mehrheit der führenden Landsmannschaftsfunktionäre davon zu überzeugen, daß

a) die Bundesregierung keine Politik verfolgt, die den Zielvorstellungen der Landsmannschaften entgegensteht;

b) die politische Situation in Europa, vor allem die wachsende Ablehnung territorialer Ansprüche, neue Methoden und vor allem eine neue Diktion notwendig macht, um die alten Ziele als „Rechtsfrage", „Rechtsansprüche" getarnt weiterzuverfolgen.

Kontakte, Gespräche, Verhandlungen zwischen Bundesregierung und Landsmannschaften

Es gibt keine zweite Organisation in der Bundesrepublik, die so oft von der Regierung Brandt/Scheel zu Beratungen empfangen wurde wie der Bund der Vertriebenen/Vereinigte Landsmannschaften.

Am 26. November 1969 empfing Bundesinnenminister Genscher das Präsidium des BdV zu einem ersten Gespräch. Genscher verwies während des Gesprächs darauf, daß er selbst Mitglied des BdV-Landesverbandes Bremen sei und daher der „Sache der Flüchtlinge und Vertriebenen" nahestehe. Weiter erklärte Genscher, er werde sich in der „Vertretung der Anliegen der Vertriebenen wie überhaupt der nationalen deutschen Interessen von niemandem übertreffen lassen". Während der Beratung des Bundesinnenministers mit dem BdV-Präsidium wurde vereinbart, das nächste Gespräch im Februar 1970 zu führen und dabei Aktionen und Maßnahmen anläßlich des „25-Jahr-Gedenkens der Vertreibung" zu erörtern. In einem Kommuniqué hieß es, daß Bundesminister Genscher „die besonderen Verdienste des Bundes der Vertriebenen" für „die Stabilität der demokratischen Verhältnisse" würdigte.

Anfang Dezember 1969 empfing Bundesinnenminister Genscher den geschäftsführenden Vorstand der Landsmannschaft Schlesien zu einer Besprechung.

Am 15. Dezember 1969 empfing Bundesinnenminister Genscher das Präsidium des „Bundes der Mitteldeutschen" mit seinem Präsidenten, Bundesminister a. D. Ernst Lemmer, an der Spitze zu einem längeren Gespräch.

Am 17. Dezember 1969 fand auf Einladung von Bundesaußenminister Scheel ein „Meinungsaustausch" mit dem Präsidium des Bundes der Vertriebenen „über ost- und deutschlandpolitische Fragen" statt. Im Mittelpunkt dieses Gesprächs standen die bevorstehenden Gespräche der BRD mit der VR Polen in Warschau. Es wurde vereinbart, diesen Meinungsaustausch in gewissen Zeitabständen fortzusetzen.

Am 16. Januar 1970 (einen Tag nach seinem „Bericht zur Lage der Nation") empfing Bundeskanzler Brandt das Präsidium des BdV zu einer Beratung über Fragen der Deutschland- und Ostpolitik. Wie verlautete, dankte der Bundeskanzler dem BdV und den Landsmannschaften für die Aktivität „bei der Abwehr radikaler Tendenzen". Brandt „informierte das BdV-Präsidium über die außenpolitischen Vorstellungen der Bundesregierung".

Am 13. Februar 1970 empfing der Bundesminister des Innern die Spitzenfunktionäre der Revisionistenorganisationen zu einer Unterredung über die Beziehungen der BRD zur Sowjetunion und der VR Polen. An der Unterredung nahmen von seiten der Regierung auch der Chef des Bundeskanzleramtes, Bundesminister Prof. Ehmke, und der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesministerium des Auswärtigen, Prof. Dahrendorf, teil.

Wie es in einer Pressemitteilung des Bundesinnenministeriums nach dem Gespräch hieß, „wurden die anstehenden Probleme offen, sachlich und in guter Atmosphäre erörtert. Bundesminister Genscher betonte die Bereitschaft der Bundesregierung, ihren Ankündigungen entsprechend die Verbände auch in Zukunft regelmäßig zu unterrichten." In der Verlautbarung der Präsidien des BdV und des Bundes der Mitteldeutschen (BMD) hieß es, daß die Minister Genscher und Ehmke und Staatssekretär Dahrendorf den Verbandsvertretern „die derzeitigen Gesichtspunkte der Bundesregierung zu den deutschland- und ostpolitischen Fragen" dargelegt hätten. Und weiter: „Die Vertreter des BdV und des BMD... haben den Vertretern der Bundesregierung erneut nahegelegt, sich in allen weiteren Phasen der deutschland- und ostpolitischen Gespräche der Sachkunde und Erfahrung der Ost- und Mitteldeutschen zu bedienen. Die Vertreter der Bundesregierung haben in Aussicht gestellt, daß die Vertreter der Vertriebenen und Flüchtlinge vor Entscheidungen in diesen Fragen rechtzeitig gehört werden. Von Fall zu Fall sollen weitere Informationsgespräche stattfinden."

Staatssekretär Duckwitz, der wegen dringender Auslandsverpflichtungen an dem Gespräch am 13. Februar nicht teilnehmen konnte, benutzte den ersten möglichen Termin nach seiner Rückkehr aus Warschau dazu, den BdV-Präsidenten, Reinhold Rehs, „über den Stand der deutsch-polnischen Verhandlungen zu unterrichten". Mit Genugtuung kommentierte das zentrale Informationsorgan des BdV das Verhalten der Bundesregierung gegenüber den Landsmannschaften mit der Feststellung: „Dieses Vorgehen entspricht einem angelegentlich vorgebrachten Wunsch der Vertriebenen. Sie soll eine ständige Einrichtung werden."

Weiter hieß es in der Stellungnahme von „dod" (18. 2. 1970), daß „den Vertretern des Bundes der Vertriebenen zur Kenntnis gebracht wurde, was hinsichtlich der deutschen Ausgangsposition (bei den Gesprächen mit der SU, der VR Polen und der DDR) von deutscher Seite auf den Tisch gelegt wird... Der BdV wird auch über die weiteren Phasen der Kontakte unterrichtet werden." Abschließend schrieb „dod" zur Haltung der Bundesregierung gegenüber den Landsmannschaften: „Die Tatsache, daß die Bundesregierung entgegen anderslautenden früheren Versionen nunmehr Wert auf eine breite Basis der Zustimmung legt, ist das eigentliche Politikum der Einladung an die Vertriebenen und Flüchtlinge, eine Tatsache, die nicht nur von den Betroffenen, sondern generell von politisch interessierten Kreisen und in der Öffentlichkeit positiv zur Kenntnis genommen werden sollte."

Aus den Veröffentlichungen der Landsmannschaften geht hervor, daß der Bundeskanzler bzw. Mitglieder seiner Regierung in nächster Zeit auch die Präsidien und Vorstände einzelner Landsmannschaften zu Beratungen empfangen werden. Im einzelnen kündigten solche Gespräche die Sudetendeutsche Landsmannschaft und der Sudetendeutsche Rat, die Landsmannschaft Schlesien und der sogenannte „Rat der ostdeutschen Landesvertretungen" an.

Am 12. April 1970 sprach Bundesminister Genscher auf der Tagung der sogenannten Bundesversammlung der Sudetendeutschen Landsmannschaft in Bad Godesberg, wo letzte politische und organisatorische Maßnahmen hinsichtlich der größten Revisionistenveranstaltung des Jahres 1970, des „Sudetendeutschen Tages" während der Pfingstfeiertage in München, beraten wurden. Genscher erklärte, daß die Losung des „Sudetendeutschen Tages" 1970 „Für ein freies Europa — Friede durch Partnerschaft" beweise, daß „die Sudetendeutschen auch diesmal den Weg der Verständigung zu gehen beabsichtigen". Die Bundesregierung werde solche Bemühungen der Sudetendeutschen stets unterstützen.

Am 15. April 1970 empfing Bundeskanzler Brandt den „Bund der Mitteldeutschen" unter Führung des ehemaligen CDU-Bundesministers Lemmer zu einem Gespräch über „deutschlandpolitische Fragen".

Am 9. Mai 1970 sprach Bundesminister Genscher in Mainz vor dem Mitarbeiterkongreß der Landsmannschaft Schlesien.

Bundeskanzler Brandt nahm am 17. Mai 1970 am Bundestreffen der Landsmannschaft der Siebenbürger Sachsen in Dinkelsbühl teil und hielt dort auch eine Ansprache.

An den Beratungen der Führungsorgane der einzelnen Landsmannschaften nahmen hohe Ministerialbeamte des Bundesinnenministeriums und des Bundesministeriums für innerdeutsche Beziehungen teil, die den Landsmannschaftsfunktionären versicherten, daß die neue Bundesregierung nicht die Absicht habe, die finanziellen Zuwendungen einzustellen oder zu kürzen. Ministerialdirigent Schattenberg z. B. versicherte laut „Der Donauschwabe" vom 11. Januar 1970 dem „Rat der Südostdeutschen" auf dessen Tagung am 7. Dezember 1969 in Passau, daß „ihre Anliegen auch 1970 die gleiche Förderung und Unterstützung seines Hauses finden werden wie 1969".

Zu den Ungereimtheiten der Politik der SPD/FDP-Regierung gehört die Tatsache, daß keine der CDU/CSU-Bundesregierungen die Führungskräfte der revisionistischen Organisationen so häufig zu Beratungen empfangen hat wie die derzeitige Bundesregierung. Diese häufigen Konsultationen finden statt, und die finanziellen Zuwendungen an die Landsmannschaften wurden erhöht, obwohl diese Organisationen täglich unter Beweis stellen, daß sie in einer Front mit Strauß, Barzel und Kiesinger, mit Neonazis und Springerpresse zu den extremsten Gegnern jedes noch so kleinen Schrittes der Bundesregierung in Richtung Entspannung zählen.

Die Landsmannschaftspresse bezichtigt — ebenso wie die neonazistische „National-Zeitung", die NPD-Presse und der „Bayern-Kurier" — die Bundesregierung des „Verrats", des „Verzichts" und des „Ausverkaufs deutscher Interessen". Der Unterschied der Landsmannschaftspresse zu den anderen rechtsradikalen Publikationen besteht nur darin, daß sie von der von ihr heftig befehdeten Bundesregierung finanziert wird.

Landsmannschaften — CDU/CSU

Die vollkommene Übereinstimmung der Politik der Landsmannschaften mit der CDU/CSU-Opposition ist nicht nur darin gegeben, daß die Mehrzahl der führenden Funktionäre in BdV und Landsmannschaften zugleich Mandatsträger oder Mitglieder der Vorstände von CDU und CSU sind. Nach einer Beratung zwischen den Präsidien der CDU und des BdV am 20. Januar 1970 in Bonn dokumentierten sie in einer gemeinsamen Erklärung die vollkommene Übereinstimmung. In dieser Erklärung hieß es u. a.:

„... Die Bundesregierung muß den Weg zur Wiedervereinigung Deutschlands offenhalten. Ihre Aussage von der Existenz eines zweiten deutschen Staates gefährdet die Positionen der Bundesrepublik in der Welt und kann weitere Entwicklungen auslösen, die den völkerrechtlichen Vorbehalt der Bundesregierung gegenüber Ostberlin untergraben.

Die Bundesregierung als die allein frei und rechtmäßig gebildete Regierung muß die gesamtdeutschen Positionen des Grundgesetzes und des Deutschlandvertrages wahren und international um das Selbstbestimmungsrecht für alle Deutschen ringen. Die Gesprächspartner bekennen sich zur Resolution des Deutschen Bundestages vom 26. September 1968.

... Verzicht auf Gewalt darf nicht verfälscht werden in Legalisierung gewaltsam geschaffener Unrechtstatbestände.

... Die Gesprächspartner fordern die Bundesregierung auf, gegenüber der Regierung der Volksrepublik Polen unverzüglich auf menschliche Erleichterungen für die in den polnisch verwalteten deutschen Ostgebieten lebenden Deutschen zu drängen. Ebenso müssen die Menschen- und Gruppenrechte der Sudeten- und Südostdeutschen von der Bundesrepublik Deutschland vertreten werden.

Die Gesprächspartner erwarten die baldige Vorlage der vom Deutschen Bundestag geforderten Dokumentation über die Lage der Deutschen außerhalb des Geltungsbereiches des Grundgesetzes ...

Das Gespräch wurde vertrauensvoll und offen geführt, die Fortsetzung wurde vereinbart."

Manipulierte Neuwahl des BdV-Präsidiums

Schon geraume Zeit, bevor die Bundesversammlung des Bundes der Vertriebenen/Vereinigte Landsmannschaften (BdV) am 14. März 1970 in Bonn einen neuen BdV-Präsidenten zu wählen hatte, stand so gut wie fest, daß es der Sprecher der Landsmannschaft der Oberschlesier, der CDU-Bundestagsabgeordnete Dr. Herbert Czaja, sein wird, der Reinhold Rehs ablöst. Rehs verzichtete auf eine Wiederwahl. Er hatte sich selbst durch seinen spektakulären Übertritt von der SPD zur CDU im Vorwahlkampf des Jahres 1969 disqualifiziert. Ein Mann wie Rehs, der mit seinem Parteiwechsel den Auftakt gab für die Wahlkampagne der Revisionistenverbände zugunsten von CDU/CSU und NPD in eindeutiger Stoßrichtung gegen die „Verzichts- und Anerkennungsparteien", zu denen man SPD und FDP zählte, war ungeeignet geworden, weiterhin Präsident von Organisationen zu bleiben, deren Bedeutung und Tätigkeit vor allem von der Finanzierung aus den öffentlichen Haushalten und der Zusammenarbeit mit der Bundesregierung abhängen.

Eine ganze Zeit schien es so, als sei der Bundesvorsitzende der Landsmannschaft Schlesien, Dr Herbert Hupka, der Favorit für das BdV-Präsidentenamt. Hupka, der 1969 über Platz 8 der SPD-Landesliste von Nordrhein-Westfalen in den Bundestag kam, hat den richtigen Draht zur Bundesregierung, was er auch auf Beratungen, Versammlungen und in Publikationen ins Spiel brachte. Trotz vielfältiger Bemühungen von Kräften innerhalb und außerhalb des BdV und der Landsmannschaften mußten diese schließlich erkennen, daß Hupka nicht mit einer Mehrheit der Führungskräfte der Revisionistenverbände rechnen durfte.

So standen schließlich am 14. März 1970 zwei CDU-Bundestagsabgeordnete zur Wahl: Dr. Herbert Czaja und Clemens Riedel, letzterer Präsident der sogenannten „Schlesischen Landesversammlung". Dr. Czaja erhielt 68 von 105 Stimmen, sein unterlegener Gegenkandidat 34.

Nicht nur der Verzicht Rehs' auf erneute Kandidatur weist auf organisatorische und personalpolitische Bemühungen der Spitzenorganisationen der Revisionistenverbände hin, sich der neuen Lage, die durch den Regierungswechsel entstanden ist, anzupassen. Der Bundesversammlung lag ein Antrag vor, die Zahl der Vizepräsidenten von bisher vier auf sechs zu erhöhen. Zu den bisherigen Vizepräsidenten — Dr. Hans Edgar Jahn (MdB/CDU — Präsident der Pommerschen Landesversammlung), Staatssekretär a. D. Helmut Gossing (CDU — BdV-Vorsitzender in Niedersachsen), Rudolf Wollner (BHE — Landesvorsitzender des BdV in Hessen), Dr. Franz Böhm (Bundesvorsitzender der Sudetendeutschen Landsmannschaft) — wurden Dr. Herbert Hupka (MdB/SPD und Vorsitzender der Lands-

mannschaft Schlesien) und Friedrich Walter (Vorsitzender des BdV-Landesverbandes Nordrhein-Westfalen) dazugewählt.

Es ist offensichtlich, daß diese organisatorische Änderung der Spitzengliederung der Revisionistenverbände in erster Linie vorgenommen wurde, um dem sozialdemokratischen Bundestagsabgeordenten Hupka Sitz und Stimme zu sichern. Daß in den Reihen der Landsmannschaftsführer die Große Koalition über alle Parteien hinweg fortgeführt wird, ist auch dadurch deutlich geworden, daß es der Sprecher der Sudetendeutschen Landsmannschaft, der CSU-Bundestagsabgeordnete Becher, war, der Hupka zum Vizepräsidenten vorschlug, was sich die Bundesversammlung dann zueigen machte.

Großkundgebungen der Revisionisten im Sommer 1970

Der 25. Jahrestag des Zusammenbruchs des großdeutschen Imperialismus wird von den revisionistischen Organisationen zum Anlaß genommen, verstärkt die Revision der Ergebnisse des Zweiten Weltkrieges zu propagieren. Alle Veranstaltungen und Aktionen des Bundes der Vertriebenen und der Landsmannschaften stehen unter der Losung „Das Vertreibungsunrecht des Jahres 1945 muß wiedergutgemacht werden". Im folgenden eine Übersicht über zentrale Massenveranstaltungen, die von BdV und Landsmannschaften für den Sommer 1970 geplant sind, bzw. schon durchgeführt wurden.

9.—10. Mai: Mitarbeiterkongreß der Landsmannschaft Schlesien in Mainz mit Bundesminister Genscher; abschließend Großkundgebung;

9.—10. Mai: Bundestreffen der Landsmannschaft Weichsel/Warthe in Hannover (Messegelände) mit Bundstagspräsident v. Hassel als Redner auf der Großkundgebung;

16.—18. Mai: Bundestreffen der Sudetendeutschen Landsmannschaft, „Sudetendeutscher Tag 1970" in München;

16.—18. Mai: Bundestreffen der Landsmannschaft der Oberschlesier in Essen;

16.—18. Mai: Bundestreffen der Landsmannschaft der Buchenlanddeutschen in Regensburg;

16.—18. Mai: Bundestreffen der Landsmannschaft der Siebenbürger Sachsen in Dinkelsbühl mit Bundeskanzler Brandt als Gast;

23.—24. Mai: Delegiertentagung des Bundes der Mitteldeutschen in Bad Godesberg; prominente Politiker aller Fraktionen des Bundestages sollen dort über „Deutschland- und Ostpolitik" referieren;

12.—14. Juni: „Deutschlandtreffen" der Pommerschen Landsmannschaft in Kiel;

13.—17. Juni: „Bundesspiele der Deutschen Jugend des Ostens" in West-Berlin;

26.—28. Juni: Bundestreffen der Landsmannschaft Westpreußen in Münster;

4.—5. Juli: „Tag der Danziger", Bundestreffen des Bundes der Danziger in Hannover;

1. August: Kundgebung und Feierstunde aus Anlaß der 20. Wiederkehr des Tages der Verkündung der „Charta der Heimatvertriebenen" in Stuttgart-Bad Cannstatt;

5.—6. September: „Tag der Heimat" mit Großkundgebung auf der Waldbühne in West-Berlin;

12.—13. September: Zahlreiche Veranstaltungen zum „Tag der Heimat" in allen Teilen des Bundesgebietes;

6. November: Einweihung des „Hauses der Donauschwaben" in Sindelfingen;

7.—8. November: Bundestreffen der Landsmannschaft der Donauschwaben aus Jugoslawien in der Patenstadt Sindelfingen.

Außer den oben angeführten zentralen Großveranstaltungen der revisionistischen Organisationen künden die Landsmannschaftszeitungen und -mitteilungsblätter schon seit Beginn des Jahres insgesamt mehrere hundert sogenannte „Heimatkreis-Treffen" in den Patenstädten und -kreisen an. Auch diese Veranstaltungen werden aus den öffentlichen Haushalten der Patenstädte und -kreise gefördert. Die Ankündigungen der Landsmannschaften und der Stand der Vorbereitungen der revisionistischen Kundgebungen des Sommers 1970 lassen nichts von einer neuen Ostpolitik der BRD erkennen.

„Volksgruppenrecht — Bauelement eines neuen Europa"

Führungskräfte der Landsmannschaften wissen seit geraumer Zeit, daß sie mit ihren offen propagierten territorialen Ansprüchen gegenüber Polen, der Sowjetunion und der CSSR in zunehmende Isolierung innerhalb der Bundesrepublik und gegenüber den Verbündeten im Ausland geraten. Lange bevor den Landsmannschaftsfunktionären von Herbert Wehner auf dem „Europa-Kongreß" in Saarbrücken (November 1969) dringend empfohlen wurde, die territorialen Forderungen hinter „Rechtsforderungen" und „Rechtsansprüchen" zu verstecken, waren führende Funktionäre der Landsmannschaften gemeinsam mit gewissen „Völkerrechtlern" dabei, neue Thesen und Diktionen für die Fortsetzung der alten Politik zu suchen und zu formulieren. Anfang Dezember 1969 übergab der Bund der Vertriebenen in Bonn der Öffentlichkeit den 1. Band eines vom „BdV-Ausschuß für Politik und Völkerrecht" erarbeiteten „Systems eines internationalen Volksgruppenrechts". An diesem „System" arbeiten neben Führungskräften der Landsmannschaften Professoren wie Dr. Theodor Veiter, Dr. Münch, Dr. Meißner und andere Herren, die auf dem Sektor „Volksgruppenrecht", aber auch bei dem Versuch, revisionistische Gebietsansprüche „völkerrechtlich" zu begründen, auf jahrzehntelange Erfahrungen zurückgreifen können.

Der ehemalige BdV-Präsident Rehs erklärte vor Pressevertretern in Bonn im Zusammenhang mit den Veröffentlichungen des BdV zum „Volksgruppenrecht", daß der BdV „mit der Entwicklung eines Systems des Volksgruppenrechts einen Beitrag zu der aktuellen Frage der Verständigung mit seinen osteuropäischen Nachbarn, vor allem mit Polen" leisten wolle. Rehs erinnerte daran, daß die SPD schon vor Jahren die Notwendigkeit der Begründung eines modernen Volksgruppenrechts als konstruktives Element für eine Friedensordnung erkannt und entsprechende Bemühungen befürwortet habe. Die Arbeiten des BdV-Ausschusses seien von Herbert Wehner als Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen nachhaltig gefördert worden.

Auch die CDU/CSU, so betonte Rehs weiter, bringe diesem Anliegen besonderes Interesse entgegen. Er verwies darauf, daß der Fraktionsvorsitzende der CDU/CSU, Rainer Barzel, während der Debatte zur Regierungserklärung dringend geraten habe, „in allen Ländern Europas den Entwurf einer Charta der Freizügigkeit, des Volksgruppenrechts vorzulegen". Mit der nunmehrigen Vorlage leisteten die Landsmannschaften „auf diesem Gebiete Pionierarbeit". Prof. Veiter ergänzte die Ausführungen Rehs', indem er erklärte: „Das Werk erscheint in einer Zeit, da in der europäischen Öffentlichkeit die Fragen des Volkstums eine neue Aktualität gewonnen haben, da von Irland über Belgien und die Tschechoslowakei bis hin nach Jugoslawien und vor allem Südtirol die Kräfte des Volkstums und der Minderheiten neu aufgebrochen und vielfach bereits politisch wirksam geworden sind."

Auf Fragen der Pressevertreter erklärte Rehs, daß die Arbeit des BdV vorrangig „Grundlagen für die Fixierung eines Volksgruppenstatus in den deutschen Ostgebieten und in den osteuropäischen Ländern" schaffen solle Gegenwärtig allerdings, erläuterte Rehs weiter, stünden „noch Machtziele im Vordergrund der Politiker der osteuropäischen Regime".

Die neueste Initiative des BdV/Vereinigte Landsmannschaften, die in politischer Übereinstimmung vor allem mit der CDU/CSU und gefördert durch die SPD/FDP-Bundesregierung erfolgte, signalisiert eine neue Variante der Verfolgung der revisionistischen Zielsetzung in verdeckter Form, verbunden mit scheinbarer Anpassung an die Grundzüge des politischen Wollens der Völker, in Europa Frieden und Sicherheit zu festigen.

Die Führer der revisionistischen Organisationen bezeichnen sich selbst als „beste Kenner der Mentalität der Völker in Ost- und Südosteuropa" und bieten sich als die „Prädestinierten für den Brückenbau zum Osten" an. Von den bisherigen Bundesregierungen, von CDU/CSU und anderen Parteien wurden sie als solche auch anerkannt, und ihre Versuche der Unterminierung der sozialistischen Länder wurden vielseitig gefördert. Die unverhüllte Verkündung revisionistischer Gebietsansprüche behinderte freilich die Kontaktaufnahme zu antikommunistischen Kräften in Ost- und Südosteuropa. Das ist einer der wesentlichen Gründe dafür, daß die revisionistischen Wortführer in der BRD nunmehr in die Maske von Vorkämpfern für Volksgruppenrechte schlüpfen, von denen sie behaupten, daß sie die „bedeutendsten Bauelemente zur Schaffung einer Friedensordnung in Europa" seien.

Auch wenn sie nunmehr als „Kämpfer für das Recht" auftreten, verfolgen sie weiterhin die alten revisionistischen Ziele, d. h. die Rückgängigmachung der Ergebnisse des Zweiten Weltkrieges. Das Besondere an der neuen revisionistischen Variante ist, daß man — auf Differenzen zwischen den verschiedenen Nationalitäten spekulierend — nunmehr versuchen will, auf diese Weise die sozialistischen Länder in Europa zu unterminieren und gegeneinander aufzubringen. Den deutschen Minderheiten in diesen Ländern ist dabei offensichtlich eine besondere Rolle zugedacht. Schließlich beschränkt sich der Versuch, über die Diskussion um Volksgruppenrechte neue Unruhe in Europa zu schaffen, nicht auf die sozialistischen Länder. Die Berichte und Kommentare gewisser Publikationsorgane über das Südtirolproblem, über die Situation im Elsaß, in den ostbelgischen Gebieten usw. geben dafür Hinweise.

„Durch Volksgruppenrecht Grenzen überhöhen"

Seit November 1969 veranstalteten die Landsmannschaften eine Vielzahl von Beratungen und Tagungen ihrer Leitungsgremien, auf denen man sich damit beschäftigte, wie mit der Forderung „Schaffung und Verwirklichung eines europäischen Volksgruppenrechts" zu arbeiten sei. Der Sprecher der Sudetendeutschen Landsmannschaft, Dr. Becher, sprach z. B. auf einer solchen Tagung des „Sudetendeutschen Rates" (7.—9. November 1969) über das Thema „Der Gedanke des Volksgruppenrechts und seine Bedeutung für die heimatpolitischen Ziele der Sudetendeutschen". Er sagte u. a., daß „der Gedanke des Volksgruppenrechts eine besondere Rolle spielt, weil er Lösungsmöglichkeiten anpeilt, die das bloße Argumentieren in Grenzen überhöht". Und weiter: „Der Gedanke der partnerschaftlichen Zusammenarbeit dient dem Wohle der Völker der Tschechoslowakei mehr als deren Einbezogensein in ein totalitäres Machtgebilde."

Auch während der Tagung der SL-Bundesversammlung am 29. und 30. November 1969 im bayerischen Landtagsgebäude in München nahm die neue Variante,

in der Rolle von „Kämpfern für Volksgruppenrechte" die militant antikommunistische Zielsetzung weiter zu verfolgen, bedeutenden Raum ein. In der Entschließung dieser Tagung heißt es u. a.: „Was das Zusammenfinden der Tschechen und Sudetendeutschen neuerdings erschwert, ist die gewaltsame Wiederherstellung eines totalitären Regimes ... Das Volksgruppenrecht und das Recht auf Selbstbestimmung weisen uns den Weg zu einem Europa aus dem Geiste der Partnerschaft."

Becher erklärte in seinem Referat vor der SL-Bundesversammlung: „Eine Wiederbegegnung zwischen Deutschen und Tschechen auf der Basis des Rechtes kann nur in den Formen eines föderativen Europas geschehen. Die Partnerschaft freier Völker und Volksgruppen in einem freien Europa zeigt ... Wege und Möglichkeiten auf, die dem modernen Europa mehr entsprechen als die Gewaltdoktrin von gestern und heute." Und an anderer Stelle sagte Becher: „Das Recht muß zu einer Waffe für die Existenzerhaltung nicht allein der sudetendeutschen Volksgruppe, sondern des deutschen Volkes und des Westens überhaupt werden. Nur durch eine Objektivierung des Rechtskampfes ist es möglich, in der Gegenwart und in der Zukunft zu bestehen" („Sudetendeutsche Zeitung" vom 5. 12. 1969).

Mit Losungen wie „Einigung Europas", „Volksgruppenrecht" und „Rechtskampf" versuchen die revisionistischen Organisationen und ihre Sprecher vor allem dann, wenn sie sich über die Grenzen der BRD hinaus wenden, die Forderungen nach der Rückgängigmachung der Ergebnisse des Zweiten Weltkrieges zu tarnen.

„Volksgruppenrecht" — Alternative zu Rechtsansprüchen territorialer Art

Sozialdemokraten, die führend in den Landsmannschaften tätig sind, weisen immer wieder darauf hin, daß es die SPD war, die schon vor mehr als zehn Jahren in ihrem Godesberger Programm die Forderung nach Verwirklichung eines europäischen Volksgruppenrechts herausgestellt habe.

Hans Dietz (Chefredakteur des Organs der sozialdemokratischen sudetendeutschen Seliger-Gemeinde „Die Brücke", Mitglied des Bundesvorstandes der SL, der kürzlich von der SPD-Fraktion im Bundestag zum Mitglied des „Sudetendeutschen Rates" vorgeschlagen wurde) schrieb den politischen Grundsatzartikel im „Sudetenjahrbuch 1970" der Seliger-Gemeinde (Verlag „Die Brücke", München). „Volksgruppenrecht — Europas Aufgabe in Ost und West" überschrieb Dietz seine Arbeit. Eingangs zitierte er das Godesberger Grundsatzprogramm u. a. wie folgt: „Ein Volksgruppenrecht, das im Einklang mit den von den Vereinten Nationen verkündeten Menschenrechten steht, ist unentbehrlich." Daran anknüpfend, schrieb Dietz: „Diese Überlegungen stehen im Godesberger Grundsatzprogramm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, und sie haben auch im zehnten Jahr seit ihrer Verkündung nichts von ihrer Gültigkeit und brennenden Aktualität verloren. Als sich im Dezember 1966 zeigte, daß die Bundesrepublik Deutschland nicht ohne die Sozialdemokratie regiert werden konnte, wurden die Grundsätze des Godesberger Programms bestimmende Leitsätze der deutschen Politik ... Das Recht auf Heimat und ein demokratisches Volksgruppenrecht können nur in einer europäischen Friedensordnung verwirklicht werden. Das Volksgruppenrecht darf nicht zu einer einseitigen Forderung werden, sondern muß sich in einem geistigen Prozeß durchsetzen. Europa muß in Ost und West erkennen, daß es ohne ein modernes und gerechtes Volksgruppenrecht zu keiner dauerhaften Friedensordnung gelangen wird."

Nach diesen grundsätzlichen Vorbetrachtungen heißt es in Dietz' Aufsatz weiter: „Die heimatvertriebenen deutschen Volksgruppen haben hier eine vom

Schicksal zugewiesene Aufgabe. Auf dem Wege wieder zurück zu sich selbst dürfen sie die Bundesrepublik Deutschland nicht allein als Schutzmacht reklamieren, das Volksgruppenrecht ist eine Frage an Europa und an die Europäer. Europa muß erkennen lernen, daß ein gesichertes Volksgruppenrecht die beste Alternative zu den Rechtsansprüchen territorialer Art ist, die von den Volksgruppen vertreten werden."

Hier wird es deutlich ausgesprochen: Anstatt wie bisher von territorialen Forderungen, gilt es für die Landsmannschaften nunmehr, von der Verwirklichung eines „Volksgruppenrechts" zu sprechen.

Dietz zitiert dann eine — wie er schreibt — „klassische Definition" des verstorbenen Wenzel Jaksch: „Es geht um die Klärung und Festigung der Rechtsposition historisch gewachsener Volksgruppen im Rahmen eines umfassenden europäischen Friedenskonzepts."

Als Musterbeispiel dafür, wie eine Landsmannschaft mit dem „Volksgruppenrecht" arbeiten müsse, verweist Dietz auf die Landsmannschaft der Oberschlesier, die vom neuen BdV-Präsidenten, Dr. Czaja, und dem hochdekorierten ehemaligen NS-Volksgruppenführer Dr. Otto Ulitz geleitet wird. Die Landsmannschaft der Oberschlesier (LdO) fordere u. a. (schreibt Dietz):

„1) Durchsetzung und gesicherte Anwendung aller Menschen- und Gruppenrechte für alle Völker und Volksgruppen;

2) eine freie, gesicherte funktionsfähige und vielfältige Strukturen ermöglichende föderale Ordnung in Europa;

3) ein europäisch gesichertes freies Volksgruppenrecht in europäisch und föderal organisierten, also internationalisierten Territorien am Rande nationaler, nur von einem Volk bewohnter Kerngebiete, insbesondere für jene Gebiete, wo mehrere größere Volksgruppen miteinander leben oder bei voller Wiederherstellung des Heimatrechts durch freie und gesicherte Rückkehr alte Zusammenarbeit in neuen Formen wieder aufnehmen könnten;

4) das Volksgruppenrecht für größere Volksgruppen kann sich nicht auf eine Kulturautonomie auf fremdem Staatsgebiet beschränken. Größere Volksgruppen in umstrittenen Gebieten brauchen zu ihrem Zusammenleben am Rande nationaler Kerngegebiete bestimmte Hoheitsrechte und Teilsouveränitäten."

Dietz bedauert, daß es der Sudetendeutschen Landsmannschaft bisher „nicht gelungen ist, eine theoretische Vorklärung dieser Frage vorzunehmen". Die Sudetendeutsche Landsmannschaft sollte das Versäumte so schnell wie möglich überwinden, schreibt Dietz; und wörtlich: „Dabei käme es zunächst weniger auf die Zustimmung des kommunistischen Regimes in der Tschechoslowakei an als vielmehr auf die Überzeugungskraft, die diese Vorstellungen auf das freie Europa ausüben."

Dietz schreibt dann von den vielen Zeichen, die es in osteuropäischen Ländern dafür gebe, daß auch dort das Gespräch über die „Probleme der Volksgruppen in Gang gekommen" sei. „Einhundertsechzig- bis zweihunderttausend Deutsche in der Tschechoslowakei, vierhunderttausend in Rumänien, über zweihunderttausend in Ungarn, weit über eine Million im polnischen Herrschaftsbereich und rund 1,7 Millionen in der Sowjetunion drängen nicht nur auf eine Verständigung über nationale Minderheitenrechte, sondern haben vorab auch einen humanitären Anspruch auf pragmatische Lösungen, die ihre Existenz sichern."

Dietz schließt seinen Aufsatz mit einem Zitat des damaligen Bundesaußenministers Brandt: „Eine europäische Friedensordnung muß, ausgehend vom Selbst-

bestimmungsrecht der Völker, zu neuen Formen eines geordneten, nicht mehr entzündeten Zusammenlebens der Nationalitäten führen."

Wehner zum Volksgruppenrecht

Das Organ der sozialdemokratischen Seliger-Gemeinde „Die Brücke" vom 21. Februar 1970 zitiert unter der Überschrift „Wehner zur Sudetenfrage" dessen Ausführungen über die Politik der Landsmannschaften und zum „Volksgruppenrecht", die er im „Deutschlandfunk" gemacht hatte. Wehner sprach sich dafür aus, vor neuen diplomatischen Schritten in Richtung CSSR „vertrauensvoll mit den Repräsentanten der sudetendeutschen Volksgruppe" zu sprechen. Weiter erklärte Wehner, daß er davon überzeugt sei, daß die Führung der SL für eine Politik zu gewinnen sei, die besage:

„1) Wir leiten aus dem Münchener Abkommen keine territorialen Forderungen her;

2) dieses Abkommen ist generell keine Rechtsbasis für die Bundesrepublik Deutschland;

3) wenn das so ist, dann müssen wir aber bei einer möglichen Vereinbarung mit der Regierung der CSSR die entsprechenden Völkerrechtsprobleme und Staatsangehörigkeitsfragen sauber klären, und

4) laßt uns gemeinsam — und das geht allerdings nicht bilateral — auf allen in Frage kommenden Ebenen, z. B. im Europarat, schon jetzt das in Angriff nehmen, was ich als europäisches Volksgruppenrecht bezeichnet habe. Wenn ich das einfügen darf: das vielzitierte Heimatrecht bleibt blut- und substanzlos, wenn man dieses Volksgruppenrecht nicht zumindest anstrebt, auch wenn die gegenwärtigen politischen Verhältnisse das zunächst als utopisch erscheinen lassen. Utopie von heute ist in der Politik oft die Wirklichkeit von morgen."

Wehner bezichtigte schließlich diejenigen, welche die Landsmannschaften als den Frieden gefährdende Organisationen bezeichneten, als Vergifter der „deutschen politischen Atmosphäre".

Die Forderung nach Schaffung und Verwirklichung europäischer „Volksgruppenrechte", wie sie aus der CDU/CSU, den Landsmannschaften und auch aus der SPD laut wird, gehört ebenso zu den neuen Methoden der Bonner Ostpolitik wie die Erklärungen der Bundesregierung, es gehe ihr um „menschliche Erleichterungen" und um die „Schaffung von Beziehungen besonderer Art zur DDR". All das soll von der Grundfrage ablenken, daß zur Befriedung Europas in erster Linie die Anerkennung der bestehenden Grenzen und die völkerrechtliche Anerkennung der DDR durch die Bundesrepublik gehören.

Untersucht man die Ausführungen der CDU/CSU-Politiker, der Landsmannschaftsführer und gewisser Sozialdemokraten darauf, welche politischen Absichten hinter der Losung „Verwirklichung von Volksgruppenrechten" verborgen sind, so wird erkennbar:

1) Damit sollen die direkten revisionistischen Gebietsforderungen, die in aller Welt auf immer stärkeren Unwillen und Ablehnung stoßen, getarnt und überdeckt werden;

2) die Absicht, das gesellschaftspolitische System in den sozialistischen Ländern durch Aufputschung nationalistischer Gefühle zu unterminieren, liegt auf der Hand;

3) durch nationalistische Aufputschung von Minderheiten sollen alte territoriale Streitpunkte zwischen den einzelnen europäischen Staaten erneut ausgegraben werden;

4) es besteht die Absicht, die deutschen Minderheiten im Ausland erneut von außen her zu politisieren.

Czaja: „Unser Interesse: Auflockerung sowjetischer Hegemonie"

Der BdV-Präsident und CDU-Bundestagsabgeordnete Dr. Herbert Czaja hielt Ende 1968 auf Einladung des damaligen Leiters des Kommissariats der deutschen Bischöfe in Bonn, Weihbischof Tenhumberg, vor einem Kreis von Politikern und höheren Ministerialbeamten einen Vortrag, der im Sommer 1969 unter dem Titel „Ausgleich mit Osteuropa — Versuch einer europäischen Friedensordnung" gedruckt erschien.

„Unser Interesse", so erklärt Czaja im Vorwort, liege „in einer Auflockerung sowjetischer Hegemonie an unserer Ostflanke". Czaja verdeutlicht in seinen Ausführungen, daß die politische Zielsetzung, die mit der Losung „Verwirklichung eines europäischen Volksgruppenrechts" verfolgt wird, weit über die revisionistischen Forderungen nach „Wiederherstellung des Deutschen Reiches in seinen Grenzen von 1937" hinausgeht. Dieses Konzept stellt faktisch alle bestehenden Grenzen in Europa in Frage.

Auskünfte über taktische Überlegungen, auf welchen Umwegen man unter Einsatz der neuen Losungen von „Volksgruppenrecht" und „menschlichen Erleichterungen" die alten Ziele anstreben will, gibt Czaja im Schlußwort seines Buches: Er schreibt: „Es hat keinen Sinn, die Ziele zu verschweigen und zu verschleiern. Wir haben nicht das Recht, unsere Präsenz in Ostmitteleuropa völlig aufzugeben ... In manchen Diskussionen wurde mir von einflußreichen Linksintellektuellen geraten, daß man zuerst verzichten und dann diese Ziele, die auch von überlegenden Deutschen, die anderer Meinung sind als ich, geteilt werden, anstreben müsse. Nach meiner Auffassung aber dürfen wir uns diese sonderbare Unwahrhaftigkeit und diesen Weg der Täuschung nicht gestatten. Eine ganz andere Frage ist es, wo, wie und wann man über diese Ziele eingehender spricht. Dazu gehören natürlich Klugheit, Maß und auch der richtige Augenblick und die richtige Stelle. Sehr wertvoll wäre es, wenn es gelänge, mit ruhigen und sachlichen Kräften des freiheitlichen Westens eingehender darüber zu diskutieren. Wahrhaft europäische Lösungen in einer dauerhaften europäischen Friedensordnung — von Nichtdeutschen ausgesprochen — erregen weniger Mißtrauen. Ohne unser Mitdenken werden sie es aber nicht tun."

Frisch aufpolierte Naziparolen

Es ist nichts Neues, wenn reaktionäre, großdeutsche Kräfte Gebietsansprüche — getarnt durch die Phraseologie von „Durchsetzung von Menschen-, Minderheiten- und Volksgruppenrechten" — anstreben. Die Reichsregierung, die NSDAP und vor allem die Sprecher der Fünften Kolonne des NS-Regimes im Ausland und deren Leitorganisationen im Reich (wie der Verband für das Deutschtum im Ausland/VDA) sprachen in den Jahren von 1933 bis zu dem Zeitpunkt, da man sich ausreichend gerüstet für die Aggression gegen die Nachbarländer fühlte, genauso von der „Wahrung und Durchsetzung von Menschen-, Minderheiten- und Volksgruppenrechten", wie es heute CDU/CSU, die Revisionistenverbände, aber auch gewisse Kreise der SPD tun.

Der NS-Reichsinnenminister Dr. Frick erklärte z. B. auf einer Tagung anläßlich des 20. Jahrestages des Deutschen Auslandsinstituts im Juli 1937 in Stuttgart: „Unsere Losung wird heißen: Verständnis und Verständigung im Sinne der Befriedung Europas ... Die Zeit und die Möglichkeit einer grundlegenden schöpferischen Lösung zur Volksgruppenfrage ist reif" („Nation und Staat", August 1937, S. 615).

Als Beispiel dafür, wie die Führungskräfte der Fünften Kolonne Hitlers im Ausland in den Jahren, als das NS-Regime noch dabei war, die Kriegsmaschinerie aufzubauen, mit der Losung vom Volksgruppenrecht operierten, ein Zitat aus der Rede des „Ständigen Beauftragten des Verbandes der deutschen Volksgruppen", Hasselblatt, auf der Ausschußsitzung dieses Verbandes am 15. Februar 1935 in Prag:

„Jeder Pakt, der der Sicherung des Friedens dienen soll und sich hierbei lediglich auf Regelung der Beziehungen von Staat zu Staat beschränkt, die Notwendigkeit gesicherter Volksgruppenrechte aber übersieht, wird niemals Sicherheit schaffen... Die deutschen Volksgruppen sind ein Ordnungselement ihrer Staaten und werden die Rechte, um die sie kämpfen, dazu nutzen, den Brückendienst von Volk zu Volk und von Staat zu Staat erfolgreich zu leisten."

An dieser Sitzung nahmen u. a. Dr. Otto Ulitz und Dr. Hans Kohnert „als Vertreter der deutschen Volksgruppe in Polen" teil. Diese Männer wurden im Oktober 1939 von Hitler für ihre Verdienste als Führer nationalistischer Volksgruppenorganisationen in Polen mit dem Goldenen NSDAP-Parteiabzeichen ausgezeichnet. Nach 1945 bauten sie die Landsmannschaft der Oberschlesier bzw. die Landsmannschaft Westpreußen auf, in denen sie noch heute führend tätig sind. Als „Vertreter der sudetendeutschen Volksgruppe" nahm neben Konrad Henlein auch Dr. Walter Brandt, der ehemalige Stellvertreter Henleins und jetzige stellvertretende Bundesvorsitzende der Sudetendeutschen Landsmannschaft (verantwortlich für Heimatpolitik), teil.

Wenn auf den Landsmannschaftstreffen und in der Landsmannschaftspresse in Zukunft weniger offen territoriale Ansprüche erhoben werden, dafür aber um so mehr von „Volksgruppenrechten" und „Menschenrechten", die man anstrebe, gesprochen wird, so sollte das nicht darüber hinwegtäuschen, daß die revisionistischen Ziele nicht aufgegeben wurden. Es handelt sich um eine taktische Variante der revisionistischen Politik, die in Erkenntnis der veränderten Situation in Europa und auf Empfehlung Wehners und anderer führender Männer der Regierungskoalition durchgesetzt wurde und nichts anderes als eine Verschleierung der alten Zielsetzung bedeutet.

Bei der Umschulung der revisionistischen Organisationen leistet die Bundesregierung Hilfe. Im Jahresbericht über die Tätigkeit des Bundesministeriums für innerdeutsche Beziehungen 1969 heißt es: „Im Rahmen der Zusammenarbeit zwischen dem Ministerium und allen Vertriebenen- und Flüchtlingsverbänden fand das systematische Bemühen um Beiträge zur Erarbeitung eines Volksgruppenrechts als Element einer zukünftigen gerechten europäischen Friedensordnung besondere Unterstützung."

Friedliche Koexistenz heißt Schluß mit Revisionismus

Das Plebiszit der Mehrheit der Bundesbürger bei den Bundestagswahlen 1969 sorgte für die Entlassung der CDU/CSU aus der Regierungsverantwortung. Die neuen Regierungsparteien, SPD und FDP, erreichten ihre Mehrheit vor allem auch, weil sie eine neue Ostpolitik versprachen.

Im In- und Ausland fanden die Initiativen der Bundesregierung zu Gesprächen mit der Sowjetunion, der Volksrepublik Polen und der DDR breite Zustimmung. Solche Begegnungen nähren die Hoffnung, daß die Konfliktstoffe in Europa abgebaut und die Politik einer friedlichen Koexistenz zum bestimmenden Faktor wird. Die Bundesregierung wird allerdings mehr tun müssen, als Gespräche zu führen. Sie wird sich vor allem von jenen Kräften distanzieren müssen, deren Tätigkeit ausschließlich darauf gerichtet war und ist, Grenzrevisionen zu propa-

gieren und für die militant antikommunistische und revisionistische Großmachtpolitik in der Bevölkerung eine Massenbasis zu schaffen. Die derzeitigen Beziehungen der Regierung Brandt/Scheel zu den Landsmannschaften und ähnlichen reaktionären Organisationen und Einrichtungen stehen in krassem Widerspruch zu dem, was die Wähler von der SPD/FDP-Regierung erwarten. Sie wünschen, daß den Ewiggestrigen die Möglichkeit genommen wird, die friedliche Nachbarschaft in Europa zu stören.

Die Bundesregierung zeigt sich verärgert über Stimmen, die auf Widersprüche zwischen Worten und Taten Bonns verweisen. Die Bundesregierung kann sehr schnell die lauteren Absichten ihrer Ostpolitik unter Beweis stellen, wenn sie sofort die Förderung der revisionistischen Organisationen einstellt, sich klar und deutlich von jeder revisionistischen Politik und Tätigkeit distanziert und das Verbot neonazistischer und revisionistischer Parteien und Organisationen einleitet. Mit Sicherheit wird sie dabei die Unterstützung der demokratischen Kräfte in der BRD finden — übrigens von weit mehr Bürgern als nur jenen, die durch ihre Wahlentscheidung der SPD und der FDP zur Regierungsverantwortung verhalfen.

Zur Situation der SPD

Von Hans-Dieter Bamberg und Hans-Gerhard Koch

I

Herbert Wehners Taktik ist aufgegangen: von der Annäherung an die traditionell-konservativen staatstragenden Kräfte über die Gemeinsamkeit und Zusammenarbeit mit ihnen hat die SPD, jedenfalls formell, die Führung dieses Staates übernommen. Ihr modernes Management, vor allem im wahlentscheidenden wirtschaftlichen Bereich, gibt dem Schreckgespenst der Konservativen — „30 Jahre Schweden" — einen realen Kern. Von intelligenten Vertretern des westdeutschen Großkapitals, die ihre Interessen auf lange Sicht vernünftiger einschätzen, sind allerdings recht wohlwollende Beurteilungen der SPD zu hören. Als Sozialdemokraten sind wir, wie viele Mitglieder, in Sorge um die Zukunft der Partei und dieses Staates, weil in der Entwicklung der SPD von der Arbeiterzur „Volkspartei" sich nicht nur ihre traditionellen Zielvorstellungen verflüchtigt, sondern geradezu in ihr Gegenteil verkehrt zu haben scheinen. Der Prüfung dieser These soll der folgende Versuch einer Standortbestimmung der SPD dienen. Dabei gehen wir davon aus, daß genausowenig wie das „C" in der CDU das „S" in der SPD unbesehen für Qualität bürgt, das heißt, daß von diesem Anspruch her notfalls auch eine bestimmte Führungsschicht dieser Partei in einer bestimmten historischen Situation bekämpft werden müßte. Das für die Erhaltung des gesellschaftlichen Status quo Erforderliche immer etwas besser machen zu können, ist die schwächste Legitimation einer Partei, die programmatisch „durch

eine neue und bessere Ordnung der Gesellschaft" dem Menschen „den Weg in seine Freiheit" (Godesberger Programm, Einleitung) öffnen will.

II

In der Hervorhebung dieses Ziels immer größerer Freiheit für die Menschen steht das „Godesberger Programm" in der Tradition der Geschichte des Sozialismus. Als Kind der Französischen wie der industriellen Revolution hat der Sozialismus im Kampf gegen wirtschaftliche und politische Gewalt und Unterdrückung diesen Begriff immer historisch präzisiert. Er lebte und stand in dem Bewußtsein, daß eine freie menschliche Gesellschaft nur in der Selbstbestimmung aller verwirklicht werden kann und daß die Herrschaft des Kapitals deshalb bekämpft werden muß. Es muß zu denken geben, daß heute herrschende SPD-Strömungen genau umgekehrt zu verfahren scheinen und mit den Etiketten „freiheitlicher" und „demokratischer" Sozialismus ihre Zusammenarbeit mit dem Kapital („freies" Unternehmertum) unterstreichen.

Die Zielvorstellung einer freien Gesellschaft mit souverän über sich und ihr kollektives Zusammenleben bestimmenden Menschen wurde am historisch Möglichen ausgerichtet, das in erster Linie von dem Stand der produktiven materiellen und menschlichen Kräfte abhängt. Das verhinderte sowohl schwärmerischen Messianismus wie auch das Aufgehen in „Tagesfragen". Dieser Idealtypus von Sozialismus hat sich bis heute theoretisch nicht durchgesetzt und praktisch nicht verwirklicht. Dazu trug nicht nur die Gewalt von oben, sondern auch die Unfähigkeit von unten bei.

Menschliche Emanzipationsbewegungen müssen jeweils die Gewalt bekämpfen, die entscheidend die menschliche Selbstbestimmung verhindert. Dazu ist das Bündnis aller davon Betroffenen erforderlich. Insofern war es erfolgreich wie vernünftig, daß in den bürgerlichen Revolutionen Sozialisten und Liberale Seite an Seite für politische Volkssouveränität und bürgerliche Freiheiten kämpften. Emanzipatorische Bündnispolitik hieß darum etwa 1848/49 Koalitionspolitik „von unten", das Zusammengehen von Liberalen und Sozialisten gegen feudale und klerikale Unterdrücker — wie Marx es forderte. Und nicht das Zusammenleben der Arbeiterschaft mit diesen den damaligen Staat beherrschenden Gewalten gegen die zu dieser Zeit stärksten fortschrittlichen Kräfte — wie es der heute zum SPD-Ahnherrn stilisierte Lassalle wollte.

Nachdem das Bürgertum nach der gesellschaftlichen auch die staatliche Gewalt erobert hatte, wurde es der natürliche Gegner des Sozialismus. Als weitergehende Emanzipationsbewegung war für den Sozialismus Freiheit im politischen Bereich jedoch nur ein Teil menschlicher Freiheit.

Ganze Freiheit beinhaltet Selbstbestimmung und Volkssouveränität in allen gesellschaftlichen Bereichen. Insbesondere bei der Organisation von Art, Umfang und Verteilung der Güter und Leistungen, die die Menschen benötigen. Deshalb war es bis weit ins 20. Jahrhundert hinein bei Sozialisten aller Schattierungen unumstritten, daß die Wirtschaft rational nach dem demokratisch ermittelten Bedürfnisprinzip, nicht aber nach dem Profitprinzip gestaltet werden müsse, das auf dem Privateigentum an Produktionsmitteln beruht. Umstritten waren immer die Mittel, das durchzusetzen. Eine Ordnung, die Wenigen die Profite gibt und die Mehrheit des Volkes für sich arbeiten läßt, ohne daß diese daran mitbestimmen, beruht logischerweise auf Gewalt. Trotz dieser Tatsache hat sich die deutsche Sozialdemokratie schon bald nach ihrer Gründung für eine gewaltlose Änderung der bestehenden Unrechtsverhältnisse entschieden. In langen Debat-

ten verwarf die Führung der Partei zu Anfang des 20. Jahrhunderts dann selbst das politische Mittel des Massenstreiks als Gewaltaktion.

Einerseits ihr an religiösen Dogmatismus erinnernder unerschütterlicher Glaube an die sowieso irgendwie kommende „Revolution", andererseits ihr kleinbürgerliches Mißtrauen gegen selbständige Aktionen des Volkes, daneben aber auch das Respektieren einer Legalität, die ihr die herrschenden Klassen einräumten, nahmen der sozialdemokratischen Führung sogar dann die Dynamik, wenn die Macht — wie ein paarmal nach dem Ersten Weltkrieg — wegen der Unfähigkeit der herrschenden Klassen auf der Straße lag. Die bis 1914 gepflegte und von der Militärmonarchie geduldete sozialdemokratische Subkultur (vorrangige Themen: Sozialpolitik, Wahlrecht und Vereinsmeierei) ließ die Sozialdemokraten so integrationswütig werden, daß sie selbst den „Burgfrieden" mit denen abschlossen, die den Weltkrieg entfesselten und ohne Bedenken nicht anpassungswillige Sozialisten inhaftierten. Statt die Erwartungen, die die kriegsmüden und demokratiewilligen Massen an die SPD stellten, zu erfüllen, ließ sie sich als Instrument zum Schutz und zum Wiederaufbau eines bürgerlich-kapitalistischen Herrschaftssystems mißbrauchen.

III

Als die Oberen nicht mehr konnten und die Unteren nicht mehr wollten, sprang 1918/19 und noch einige Male später die SPD in die Lücke, die ihr die herrschenden Klassen zur Revolutionsverhinderung gelassen hatten. Als sie ihre innen- und außenpolitische Reputationsrolle gespielt hatte, mußte sie wieder abtreten. Die Partei, die ihre Legitimation im Kampf gegen jede Art nicht demokratisch kontrollierter Gewalt hatte, war mit ihrem merkwürdigen Legalitätsverständnis zur Mobilisierung ihres Anhängerpotentials unfähig, als die aggressivsten Vertreter des Kapitalismus dabei waren, die Weimarer Republik und sie selbst zu liquidieren.

Die Niederlagen der SPD waren keine historischen Zufälle, wie es die ähnlichen Schicksale ähnlich strukturierter Parteien im Ausland zeigten. Eine Partei, die Ansprüche an eine neue Gesellschaft stellt, die für das Bestehende revolutionär sind, während ihre Praxis der Anpassung dient, muß entweder ihre Mitglieder verprellen, die an ihre Ansprüche glauben, oder sie muß bürgerlich-kapitalistische Machtstrukturen bekämpfen. Letztere Konsequenz zog der Sozialismus kommunistischer Prägung; er brach sowohl mit der bürgerlichen Gesellschaft als auch mit der Sozialdemokratie.

IV

Heute würde ein polit-ökonomischer Analytiker der Weltlage nicht auf die Idee kommen, die Sozialdemokratie bei der Bestimmung der wesentlichen Kräfte zu berücksichtigen. Im Weltmaßstab geht es um die Alternative Kapitalismus — Sozialismus. Nur in wenigen Ländern sind Sozialdemokraten mitbestimmend; nur in einem winzigen Bruchteil davon sind sie es als Gegenmacht zum Kapitalismus. Hat vor dem Zweiten Weltkrieg die sozialdemokratische Internationale noch wenigstens einmütig jede Intervention von Kapitalisten und Imperialisten gegen die Sowjetunion abgelehnt, sind die sozialdemokratischen Parteiführer heute nicht nur konsequente Antikommunisten, sondern in Anpassung an die kapitalistischen Machtstrukturen und alle ihre Folgen nicht einmal bereit, Exzesse wie das rassistische Regime in Rhodesien und den USA-Krieg gegen Vietnam einhellig zu verurteilen.

Wo Sozialdemokraten mitbestimmend sind, handelt es sich im wesentlichen um europäische Länder (Schweden, Norwegen, Dänemark, Großbritannien, Finnland, Westdeutschland, Österreich, Niederlande, Belgien, Island). Man kann sie heute alle als bürgerliche Reformparteien bezeichnen; wenn es sie nicht gäbe, würde ihre Politik in den übrigen bürgerlichen Parteien mitvertreten. Nichts spricht z. B. dafür, daß Widersprüche im Kapitalismus wie etwa die bei der westdeutschen Rezession 1966/67 zutagegetreten nicht auch von agilen Technokraten in der CDU/CSU statt von SPD-Schiller hätten nach einigen Anlaufschwierigkeiten gemeistert werden können. Die Beispiele Italien und Frankreich zeigen ohnehin, wohin sozialdemokratischer Opportunismus gegenüber den „Sachzwängen" des Spätkapitalismus führt: zum Aussterben der Sozialdemokratie.

V

Bei einer Standortbestimmung der heutigen SPD braucht man sich mit ihrem traditionellen Widerspruch, dem Schwanken zwischen Revolution, systemtranszendierender Reform und Anpassung, nicht mehr auseinanderzusetzen. Das „Godesberger Programm" ist einfach nur noch für alles Mögliche offen. Es ist eine Sammlung von ethischen Grundsätzen, die nur konsequente Reaktionäre ablehnen können, folgenloser Lyrik und politischen Gemeinplätzen. Ist der Standort der SPD nicht programmatisch festgelegt, ergibt er sich einzig aus ihrer Politik. Da die SPD nur sehr allgemeine Zielvorstellungen hat, die sich im wesentlichen mit denen der CDU-Parteichristen decken, auf eine polit-ökonomische Gesellschaftsanalyse, die Grundlage für wesentliche Reformen wäre, aber verzichtet, liegt ihre Politik nur noch in mehr oder weniger beliebigen Entscheidungen der Führung über Tagesfragen.

Bedingung für eine solche Politik ist die grundsätzliche Zufriedenheit der Partei mit den heutigen gesellschaftlichen Zuständen. Das heißt Zufriedenheit mit: Lenkung der Produktion durch am Profit ausgerichtete Entscheidungen Weniger, die über die Produktionsmittel verfügen; Abhängigkeit der Güterproduktion und der Arbeitsplätze („Konjunktur") von gesellschaftlich nicht kontrollierten Investitionsentscheidungen einer Minderheit von Unternehmern, besonders der Großkonzerne; zwangsläufige Verschärfung der Einkommens- und Vermögensdifferenzierung; antisoziales Steuersystem. Was das heißt, sei mit einem Blick auf die USA angedeutet: hier ist in Perfektion zu beobachten, daß das Prinzip der Profitoptimierung zugunsten weniger Großkonzerne die Produktion, Verteilung und Verwendung der Güter konsequent beherrscht. Mag das einmal rational gewesen sein, so zeigt heute schon ein Blick in eine beliebige Tageszeitung, daß solche private Herrschaft unmenschlich ist. Unmenschlich nicht nur aus sozialistischer Sicht, sondern schon nach den liberalen Grundsätzen Freiheit und Gleichheit. Eine Gesellschaft, die ihre Produktion demokratisch bestimmt und nach ihren Bedürfnissen ausrichtet, käme nicht auf die Idee, Produktivitätssteigerungen um ihrer selbst willen zu feiern, ohne zu differenzieren, ob es sich dabei um nützliche oder unnütze Produkte handelt. Sie würde sich wohl auch eher für verkürzte Arbeitszeiten entscheiden, statt ihre produktiven Kräfte für Verschleißproduktion, sinnlose Werbung und Mondfahrten auszugeben. Weiter wäre es das Bestreben einer demokratischen Gesellschaft, alle an Produktion und Konsum zu beteiligen, so daß nicht ein Drittel der Gesellschaft arbeitslos und arm ist. Arbeitslosigkeit und Armut sind in Gesellschaften schicksalhaft, wo die notwendigen produktiven Kräfte fehlen; in den USA sind sie es nicht. Sie könnten in einer vernünftigen und demokratischen Gesellschaft anstatt für Mondfahrten und die Produktion etwa von Autos mit eingebauter Alterung für Krankenhäuser,

Schulen, Wohnungen, für die Städtesanierung und für unmittelbare soziale Hilfen verwendet werden. Letzteres wird aber von kapitalistischer Profitrationalität über unmittelbare Gewinngesichtspunkte hinaus nur in dem Maße gefördert, als es zur Aufrechterhaltung und für die Funktion des kapitalistischen Produktionsprozesses notwendig ist.

VI

Soweit ein Eindruck von dem Leitbild für den westdeutschen Kapitalismus, den die heutige SPD-Führung grundsätzlich nur zugunsten eines reibungslosen Ablaufs ändern möchte. Kurt Schumacher trat noch entschieden für eine demokratische Lenkung auch der Wirtschaft ein, hatte er doch die Diktatur des Kapitals, die im Faschismus zunächst ein katastrophales Ende gefunden hatte, deutlich vor Augen. Die unter dem Faschismus entpolitisierten Massen wählten jedoch. 1949 zum Teil betrogen durch volksfreundlich aufgeputzte CDU-Parolen, die Alternative. In zweierlei Weise trug Schumachers SPD dazu sowie zur späteren Beibehaltung der „freien" Unternehmerwirtschaft bei. Seine Kapitalismus-Kritik war nur punktuell; sie richtete sich nur gegen die d e u t s c h e n Faschismus-Gehilfen (deren auch von Schumacher geforderte Enteignung freilich für eine demokratisch kontrollierte Großindustrie ausgereicht hätte). Seine Kommunismus-Analyse war ebenfalls nur punktuell; sein persönlich-pathologischer Antikommunismus war gefangen vom stalinistischen Zerrbild. Beides, noch vermischt mit einem kleinbürgerlichen Nationalismus, veranlaßte ihn zur grundsätzlichen Unterstützung von Adenauers Westblockpolitik, die — von den USA her gesehen — der Aufrechterhaltung des Kapitalismus wie der außenpolitischen Frontstellung gegenüber den sozialistischen Staaten diente.

So festgelegt, war eine sozialistische Wirtschaft, die vor allen Dingen die USA verhinderten, genauso unmöglich wie eine Wiedervereinigung unter westlich-kapitalistischen Vorzeichen, die die Siegermacht UdSSR, nicht zuletzt auf Grund von bitteren Erfahrungen, nicht billigen konnte. Schumachers „Alternativen" zur Adenauer-Politik, insbesondere sein Antikapitalismus und seine Wiedervereinigungsvorstellungen, waren somit radikal scheinende Phrasen. Bei der Weichenstellung der westdeutschen Nachkriegspolitik wurde Schumacher Adenauers Mitstreiter: mit Hilfe von massivem Einsatz von USA-Kapital sollten die durch den Zweiten Weltkrieg ausgebluteten sozialistischen Staaten gezwungen werden, die DDR aus ihrem Verband zu entlassen. Zwangsläufig mußte sich später auch in der SPD die Weiterführung der ökonomischen zur militärischen „Roll-back" Theorie ergeben.

Schumachers Nachfolger übernahmen dessen Praxis der Westbindung und der Hinnahme des Kapitalismus, entfernten jedoch konsequent seine sozialistischen Theoriereste. Während er für die heutigen SPD-Oberen als vorbildhafter Antikommunist noch Fundgrube für Zitate ist, würden seine Vorstellungen über die Vergesellschaftung von Produktionsmitteln allenfalls noch in Südhessen und anderen Randbezirken als nicht parteischädigend toleriert werden.

VII

Wir haben zu zeigen versucht, daß die erwähnte SPD-Politik, die sich auf das nachträgliche Reagieren auf tägliche Probleme beschränkt, gegenüber wesentlichen Fragen der Gegenwart hilflos ist, weil sie grundsätzlich den inhumanen gesellschaftlichen Status quo nicht antastet. Darüber hinaus ist festzustellen, daß der Konzeptionsmangel zur Geschichte der SPD gehört. Es ist traurig, daß eine Partei, die das humane Ideengut von Sozialismus und Demokratie weitertragen

will, in der Geschichte der Bundesrepublik nie an der Spitze auch nur sozialformerischer Bewegungen gestanden hat. Es waren allenfalls Einzelkämpfer in der SPD, die für eine konsequente Demokratisierung der Wirtschaft, für eine Hochschul- und Bildungsreform (ausgerechnet der Wissenschaftsminister der SPD/FDP-Regierung ist parteiloser Technokrat), für Anti-Konzentrationsmaßnahmen, für die Problematisierung der Not der Dritten Welt, gegen die Unterstützung faschistischer Regime in Portugal, Spanien, Griechenland und anderswo, gegen die USA-Aggression in Vietnam Stellung nahmen.

Wenn man dagegen die Aktivitäten der SPD im Bereich der Wirtschaft analysiert, kann der Verdacht entstehen, daß der oben aufgeworfene Konzeptionsmangel der SPD nicht besteht, denn hier hat sich die SPD immer als guter Sachwalter kapitalistischer Unternehmerinteressen erwiesen. Der scheinbare Widerspruch löst sich darin auf, daß die Mehrheit in der SPD-Führung subjektiv diese Rolle nicht spielen will, sie aber mangels Alternativen objektiv spielt. Diese Rolle konnte wiederum mit Restbeständen aus der SPD-Geschichte vereinbart werden.

Der Traum des Sozialismus, mit der Wirtschaft das wichtigste menschliche Lebensgebiet demokratisch zu gestalten, wurde gleichgesetzt mit der Notwendigkeit, daß den Widersprüchen der kapitalistischen Wirtschaft heute nur noch mit Staatsinterventionen beizukommen ist. Nun kommt es aber darauf an, zu wessen Gunsten diese vorgenommen werden. Die SPD hat sich bisher damit begnügt, durch Staatseingriffe die bestehenden ökonomischen Herrschaftsverhältnisse zu stabilisieren. Schillers Ordnungspolitik ist die der kaum gehinderten Unternehmerwirtschaft, Schillers Strukturpolitik findet den Beifall der Großkonzerne, Schillers Konjunkturpolitik hat den Unternehmern selbst in der Rezession noch Riesengewinne gebracht. Die von der SPD-Oppositionspartei lauthals gegen die damaligen Bürgerblockparteien herausgestellte Forcierung der „Gemeinschaftsaufgaben" zeigt deutlich das Dilemma einer Partei, die als „Volkspartei" die Interessen aller wahrnehmen will. Denn der Bau von Schulen, Hochschulen, Krankenhäusern usw. wird auch vom Großkapital gefordert. Allerdings nur so weit, als seine Interessen das erfordern. Was darüber hinaus geht, etwa ein Hochschulwesen, das in emanzipatorischer Weise nicht nur Industrieeliten produziert, kann auch die SPD nicht durchsetzen, wenn sie nicht gegen das Großkapital regieren will. Sie hätte nicht einmal das Geld dazu, sofern sie ihre Konjunkturpolitik an den kapitalistischen Spielregeln orientiert: in der Hochkonjunktur sind zwar die staatlichen Einnahmen größer, die für „Gemeinschaftsaufgaben" ausgegeben werden könnten — sie müssen aber als Konjunkturbremse stillgelegt werden; in der Flaute aber müssen die ohnehin schon reduzierten Staatseinnahmen dazu herhalten, die Unternehmer zu beschenken, um sie investitionsfreudig zu stimmen.

So zeigt sich auch hier, daß der, der es mit niemandem verderben will, denn nützt, die ohnehin bestimmen. Mit der programmatischen Floskel „Volkspartei" wurde die SPD ausdrücklich auch Repräsentant der Minderheit der ökonomischen Mächtigen, der gegenüber sie bisher die Interessen der 80 Prozent Arbeitnehmer durchsetzen wollte.

Die in der SPD-Subkultur immer schon vorhandene, in schweren Zeiten wie denen des Sozialistengesetzes sicherlich hilfreiche unreflektierte Gemeinschaftsideologie (Parteitagsredner Willy Brandt: „Wir sind alle eine Familie") wurde auf das Ganze einer in antagonistische Interessen aufgespaltene Gesellschaft übertragen. Es ist nicht schwer herauszufinden, wer das Boot steuert, in dem angeblich einträchtig Monopolkapitalisten mit Arbeitern und Angestellten und

sonstigen Abhängigen sitzen sollen. Diesen Steuernden nützt freilich das traditionelle Bild der SPD als sozialer Reformpartei sehr. Einerseits reformiert sie wirklich und gestaltet gesellschaftliche Abläufe durch technokratische Reformen disziplinierter, effektiver und überschaubarer, ohne dabei die Selbstbestimmung der Menschen zu vergrößern (Stabilitätsgesetz, Lohnfortzahlung der Arbeiter im Krankheitsfalle, Mitarbeit am „Bildungszentrum Berlin" der Großindustrie). Andererseits kann sie mit dem Ruf einer arbeitnehmerfreundlichen Partei sowohl die Massen an die Gemeinsamkeitsideologie binden wie auch durch punktuelle Eingriffe zugunsten der in der autoritären Leistungsgesellschaft jeweils am härtesten Geschädigten deren mögliche Opposition abfangen und das Funktionieren des Ganzen verbessern, Mit ihrem durchorganisierten Apparat ist sie, im Gegensatz zur in oligarchische Cliquen zerfallenden CDU/CSU, dazu ideal.

VIII

Die skizzierte „Volkspartei" SPD wird auf lange Sicht zwei Gefahren nicht entgehen können: Die Angleichung an die CDU könnte sie ihrer Massenbasis berauben (zumal die CDU nie verlegen um geschickte sozialdemagogische Parolen war) — gerade dann, wenn die Wähler ihre unternehmerfreundliche Stabilisierungsfunktion durchschauen. Die Industrie wird sich ohnehin dann nicht mehr an die SPD klammern, wenn diese die Massenloyalität nicht mehr gerantieren kann, und auch schon, wenn der augenblickliche Mangel an cleveren Technokraten nach Art von Schiller, Ehmke und Schmidt in der CDU aufgeholt ist. Denn die Reste von sozialreformerischen Vorstellungen in der SPD werden sie nie zu einer unproblematischen Handlangerin der Industrie werden lassen. Zudem kann ja auch nie ausgeschlossen werden, daß eine demokratisierungsfähige Sozialdemokratie den gegenwärtigen Kurs aufkündigt.

Man kann sich fragen, warum die SPD-Führung diesen auf lange Sicht selbstzerstörerischen Weg eingeschlagen hat. Außer der Antwort, um den Preis der fast identischen Angleichung an die Politik der früher bekämpften Regierungen auch und etwas besser in der gleichen Art regieren zu wollen, gibt es wohl keine. (Anders steht es um die Ziele einzelner, die in der SPD nur ein Karrierevehikel sehen: in einem der größten SPD-Landesverbände sind beispielsweise 91 Prozent der Vorstandsmitglieder im öffentlichen Dienst bzw. hauptamtlich im Parteiapparat beschäftigt!) Was aber ist damit gewonnen, wenn die SPD über die Anpassung, Mitregierung und Regierungsführung schließlich einmal gar die Alleinregierung übernimmt?

Wenn es nur die Fortsetzung der CDU-Politik mit besseren Mitteln ist, dann ist es nicht nur Verrat an den eigenen Traditionen, sondern auch eine Täuschung der Anhänger. Genau das trifft auf jeden Fall für die Anpassungsmatadore Schiller, Leber, Ehmke, Schmidt u. a. zu, die — zum Teil eingestandenermaßen — sich in einer Bürgerblockregierung genauso wohlfühlten. Die Substanz der Sozialdemokratie — es sei denn, sie gäbe sich auf —, die Verwirklichung der Selbstbestimmung in allen Lebensbereichen, wird von Technokraten und Karrieristen in den Schmutz getreten.

IX

Der desolate Zustand der Studentenbewegung zeigt, daß eine Demokratisierung von Wirtschaft und Gesellschaft ohne die SPD und die mit ihr verzahnten Gewerkschaften nicht möglich ist. Was sie subjektiv nicht sein will, ist sie nämlich im objektiv das Wählerverhalten bestimmenden Bewußtsein ihrer Anhänger immer noch: eine Arbeitnehmerpartei. Das heißt in erster Linie, daß sie nicht ein Mani-

pulationsinstrument irgendwelcher Machtcliquen sein darf, sondern Zusammenschluß und Eigentum der Arbeitnehmer ist. Dieses Bewußtsein können aber ihre Anhänger nur haben, wenn sie in ihrer Partei mitbestimmen.

Die Notwendigkeit einer Politik im Sinne der Arbeitnehmer, die nur gegen die heutige Taktik des Vorstands durchgesetzt werden kann, ergibt sich aus der Überlegung, wohin, auch international gesehen, die Steuerung einer Gesellschaft durch das Profitinteresse des Großkapitals führt. Die Gesellschaft wird Schritt für Schritt auf die Ziele des Kapitals ausgerichtet: durch Formierungsbemühungen aller Art sollen die Menschen zu Schräubchen im Produktionsprozeß gemacht werden, der nicht mehr rational nach seinem Zweck hinterfragt wird, sondern einfach immer weiter mit immer mehr Investitionen und mehr Profiten betrieben werden soll. Das Nachsehen haben dabei menschliche Bedürfnisse; es ist kein Wunder, daß in den westlich-kapitalistischen Staaten Bildung, Städtesanierung und Sauberhaltung von Luft und Wasser kleingeschrieben werden gegenüber nur im kapitalistischen Wirtschaftssystem notwendigen Verschwendungen wie Rüstungsausgaben, Weltraumfahrten, Verschleißproduktion und Werbung. Es ist offenbar, daß diese Folgen unseres politökonomischen Herrschaftssystems in allen Belangen gegen den Menschen angelegt ist.

Einsicht in die katastrophalen Folgen dieser Politik und das Erkennen der Differenz zwischen technologischen Möglichkeiten und heutigen Wirklichkeiten ist oft nur theoretisch möglich: anders als die sinnlich erfahrbare Not im 19. Jahrhundert oder heute in der Dritten Welt kann bei uns etwa die Gefahr eines durch den militärisch-industriellen Komplex heraufbeschworenen Krieges vor seinem Ausbruch nur theoretisch erfaßt werden. Auf anderen Gebieten ist es ähnlich. Einsicht in die heutigen polit-ökonomischen Zusammenhänge sowie in ihre Alternativen und auch in die je eigene soziale Lage ist darum nur durch eine ständige Politisierung erreichbar. Sie ist Aufgabe der SPD. Aber einer SPD, in der politisch diskutiert und entschieden wird und in der nicht — wie in vielen Ortsvereinen — Postenjägerei, kommunale Stellenbesetzungen, Kaffeeklatsch und andere Belanglosigkeiten im Mittelpunkt stehen. Eine politische Bewegung ist keine Familie.

X

Eine Demokratisierung von Wirtschaft und Gesellschaft hat eine auf politischer Aufklärung beruhende Demokratisierung der SPD zur Bedingung. Anders als bei den traditionell bürgerlichen Parteien halten wir sie hier für möglich. Wie die Mitbestimmung in der Wirtschaft, die zur Selbstbestimmung führen soll, bei der Mitbestimmung am Arbeitsplatz anfangen muß, wenn sie nicht ihren Emanzipationseffekt verlieren will, so muß die Demokratisierung der Partei ebenfalls an der Basis beginnen. Die zum Teil fruchtbar begonnene Politisierung der Basis und die Verbreiterung des progressiven Potentials auch durch gezielte Mitgliederwerbung wird viererlei Wirkungen haben: 1) da nicht mehr ohne Rückhalt, können Progressive nicht mehr isoliert und ausgeschlossen werden; 2) es entsteht ein Gegengewicht gegen prokapitalistische Formierungstendenzen der Parteiführung, gegen die Willensbildung in der Partei von oben nach unten und gegen die Degradierung der SPD zu einer Karriere-, Laufbahn- und Patronagepartei; 3) es entsteht ein mit anderen progressiven Gruppierungen bündnisfähiges demokratisches Potential zur Erneuerung der Gesellschaft und einer alternativen Innen- und Außenpolitik; 4) die Parteiarbeit erstickt nicht mehr in vereinsmäßig-bürokratischem Gemauschel, sondern wird öffentlich, transparent und kritisierbar.

XI

Natürlich soll das alles nicht nur um der Partei selbst willen geschehen. Die schrittweise Demokratisierung der westdeutschen Sozialdemokratie entspricht der schrittweisen Demokratisierung der Gesellschaft; denn sie ist heute die einzige Massenpartei in der BRD mit demokratisierungsfähigem Potential (man vergleiche beispielsweise nur die Parteitagsanträge zu den jüngsten Parteitagen: CSU: 1; SPD: über 800). Ein Schritt dazu hin sowie ein realistisches Nahziel aller demokratischen Kräfte ist die Zurückdrängung der Macht der Großkonzerne durch die qualifizierte Mitbestimmung. Die kämpferisch-aufklärerische Durchsetzung dieses Ziels wird zugleich politisieren und weiteren Demokratisierungsbemühungen in allen Gesellschaftsbereichen den Weg bahnen.

Bei der Zurückdrängung der Großindustrie durch die demokratische Macht von unten ist die Zusammenarbeit aller demokratischen Kräfte innerhalb und außerhalb der SPD erforderlich. Es geht dabei in erster Linie um die schrittweise Eliminierung des Profitprinzips zugunsten einer Minderheit und seine Ersetzung durch eine Produktion, die den Bedürfnissen der Menschen entspricht (u. a. auch dem Bedürfnis, wesentlich weniger Arbeitsstunden zu produzieren, was von den Möglichkeiten der Produktivkräfte her gesehen verwirklicht werden kann). Manche führende Sozialdemokraten scheinen vergessen zu haben, daß der Sozialismus die Fundamentaldemokratisierung der Gesellschaft zum Ziel hat und damit eine Gesellschaft, in der möglichst wenig Herrschaft und möglichst viel Selbstbestimmung ausgeübt wird. Für sie scheint Demokratisierung mit der Erringung von Bürgermeister- und Ministerposten verwirklicht zu sein. Das genau ist Fundamentaldemokratisierung nicht. Sie bedeutet: in Betrieben und Unternehmungen die durch wirtschaftliche und soziale Aufklärung mögliche demokratische Entscheidung aller Werktätigen darüber, was, wie und für wen produziert wird und unter welchen Arbeitsplatz- und Lebensbedingungen die einzelnen die entscheidende Zeit ihrers Lebens verbringen; in Schulen und Hochschulen durch weitestgehende Mitbestimmung die Bildung von kritischen und diskussionsbereiten Bürgern, die zu alternativem Denken befähigt sind, und die Vermeidung des weiteren Übergewichtes der traditionellen und modernen Profit- und Herrschaftsinteressen; Fundamentaldemokratisierung umfaßt schließlich auch die demokratische Kontrolle der Massenmedien von „innen" und von „außen".

In Westdeutschland wurden nach 1945 die Machtverhältnisse restauriert, die den Faschismus verursacht hatten. Statt die nach dem Potsdamer Abkommen der Anti-Hitler-Koalition geforderte Entflechtung und Demokratisierung der Großindustrie durchzuführen, haben sich erneut Trusts und Monopole gebildet, die z. T. weit größeren Ausmaßes als vorher und gesellschaftlich nicht kontrolliert sind. Während einerseits die Wirtschaftsgrößen des „Dritten Reiches", die NS-Juristen, die faschistoiden Klerikalen, die Rüstungsfachleute und die zum Teil reaktionäre Beamtenschaft nahezu unbehelligt blieben, wurden andererseits Bestrebungen des Volkes zur Sozialisierung der Grundstoffindustrien sowie auch sozialistische Massenbewegungen durch eine bunte Palette von Polizeimaßnahmen verboten. Im Inneren feierte die Gemeinschaftsideologie durch das reaktionäre Betriebsverfassungsgesetz, das die Austragung von Konflikten im Betrieb verbietet, fröhliche Urständ, während nach außen hin wiederaufgerüstet wurde und die Nazi-Generalität erneut zu Ehren kam. Die Opposition der SPD-Führung richtete sich weniger inhaltlich gegen diese Politik als vielmehr gegen deren CDU-Initiatoren. Das beweisen etwa die Parteiausschüsse der Sozialisten, die die sachlichen Alternativen innerhalb der Partei konsequent vertraten (Agartz, Abendroth u. a.), die Unvereinbarkeitsbeschlüsse gegen mißliebige Organisa-

tionen (SDS, SDAJ) sowie die Kanalisierung von außerparlamentarischen Oppositionsbewegungen (Mitbestimmungskampagne, Paulskirchenbewegung, Atomtodkampagne) im Sinne der CDU-Politik, nachdem die SPD-Führung sich vorher scheinheilig an deren Spitze gestellt hatte. Bezeichnenderweise wurden diese Bewegungen dann diffamiert, als ihre Funktion als Integrationsmittel und SPD-Stimmenfang bei Wahlen nicht mehr interessant war.

Bis heute wurden die demokratischen Massen oft in ähnlicher Weise von den SPD-Oberen geprellt. Man denke nur an das Geschwätz von der Souveränität, das die Parteileitung zur „Begründung" der angeblich ungefährlichen und notwendigen Notstandsgesetze ins Volk streute; heute stellt sich im Zuge der „neuen" Ostpolitik heraus, daß die Bundesrepublik keineswegs souverän geworden ist: Nixon machte Brandt klar, daß die westdeutsche „Souveränität" nicht einmal die Erlaubnis zu vertraglichen Regelungen über die polnische Westgrenze einschließt.

XII

Nicht nur der eben erwähnte Aspekt zeigt, in welchen Illusionen sich wohlmeinende Bundesbürger befinden, die sich von „neuen" innen- und außenpolitischen Schritten der SPD-Führung zu Begeisterungsstürmen hinreißen lassen. Genauso wie die SPD-Führung den an sich aufhaltsamen Aufstieg des heute die westdeutsche Gesellschaft beherrschenden Großkapitals den Massen durch sozialdemagogische Phrasen schmackhaft machte, so verdeckte ihre Scheinopposition zur aggressiv-antikommunistischen CDU-Außenpolitik das Fehlen einer realen Alternative im Sinne einer mitteleuropäischen Friedenspolitik, die von der Anerkennung der durch den NS-Krieg entstandenen territorialen Lage ausgehen muß. Einig waren sich die Führungen der CDU und der SPD lange Zeit darin, unter dem Mantel von Wiedervereinigungsphrasen mit der Alternative DDR aufzuräumen. Die Hauptstoßrichtung lag dabei für die Sozialdemokratie jedoch weniger auf militärischer Ausradierung als auf wirtschaftlicher Unterwanderung und Ausblutung mit dem Ziel einer Restaurierung des „freien" Unternehmertums kapitalistischer Art. Die gleiche Politik wurde fortgesetzt, als man 1966 das Wiedervereinigungsgerede herunterspielte und von „europäischer Sicherheitspolitik" vorrangig zu sprechen beliebte, wenn es um die außenpolitischen Zielvorstellungen ging. Heute ist bei jedem „ostpolitischen" Schritt der von der SPD geführten Bundesregierung genau zu prüfen, ob es sich dabei um Entspannungsbemühungen auf dem Wege zu einer auf der Anerkennung der bestehenden Grenzen und der verschiedenen Staats- und Gesellschaftsordnungen oder um Einmischungsversuche in die inneren Angelegenheiten der DDR (deren Liquidation immer noch der Art. 7 des „Deutschlandvertrages" fordert) und der anderen sozialistischen Staaten handelt. Infiltrations- und (ökonomische) Aufweichungspolitik kann keine Friedenspolitik sein. Ein Staat, der wesentlich bestimmt ist von den Vorstellungen und Interessen der Großindustrie, und da insbesondere der Rüstungsindustrie, kann nach innen kein demokratischer und nach außen kein friedlicher Staat sein.

XIII

Friedenspolitik heißt für die BRD heute jedoch mehr als die seit langem überfällige Versöhnung mit den sozialistischen Staaten. Mit anderen Völkern in Frieden zu leben, bedeutet zunächst, Bedingungen dafür zu schaffen, d. h.: Abbau der auch von der SPD aufgebauten antikommunistischen Feindbilder; konsequenter Kampf gegen den Neofaschismus in NPD und CSU und in Teilen der CDU; Abbau der Rüstung; Verminderung der Macht der an der Rüstung Profitieren-

den; Entfernung der antidemokratischen Bundeswehrgeneralität; Verminderung der Bundeswehr zu einer nach realistischen Maßstäben strukturierten Grenzschutzarmee; schrittweiser Abbau der NATO-Bindungen zugunsten eines kollektiven europäischen Sicherheitssystems; eindeutige und mit Sanktionen versehene Verurteilung der verbrecherischen USA-Aggressionen besonders in Vietnam und Kambodscha; statt Lieferung von Panzern und U-Booten an faschistische Regime in Griechenland und Spanien, die diese Waffen bekanntermaßen gegen ihr eigenes Volk einzusetzen pflegen, Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu ihnen. (Es scheint uns unverständlich, daß eine „soziale" und „demokratische" Partei ausgerechnet — wie Außenminister Brandt — Portugal als befreundetes Land lobte.)

Weiter darf eine Friedenspolitik keinen Unterschied mehr machen zwischen der Ausrottung von Menschen durch Kriege und der durch Ausbeutung, Hunger und Krankheit. Angesichts des Hungers von zwei Dritteln der Erdbevölkerung ist es zynisch, wenn durch eine chaotische („freie") Wirtschaft in den kapitalistischen Industrieländern massenhaft Nahrungsmittel ins Meer geschüttet und sonstwie vernichtet werden, damit die Weltmarktpreise „stabil" bleiben. Ähnlich zynisch ist es, wenn auch von SPD-Seite selbst dieses Problem in echt kapitalistischer Denkart als geschäftliches aufgefaßt und „Entwicklungshilfe" als Stimulans für die westdeutsche Konjunktur propagiert wird.

XIV

Die Ansatzpunkte für eine demokratische Gesellschaftspolitik und eine friedliche Außenpolitik ergeben sich nicht aus irgendwelchen Spekulationen, sondern aus den Widersprüchen der heutigen Gesellschaft, insbesondere aus den immer deutlicher sichtbar werdenden Diskrepanzen in der Wirtschaft, deren Güter und Leistungen von der Bevölkerung produziert werden, während die Verfügungsgewalt über sie und die Profite daraus von einer verschwindend geringen Minderheit okkupiert werden (1,7 Prozent der Westdeutschen besitzen über 70 Prozent des Produktivvermögens). Das Denken in Alternativen — insbesondere in der, vorhandene Herrschaftsstrukturen abzubauen, die für eine freie Gesellschaft irrational sind — wird auf längere Sicht neben den schon politisierten Teilen der Studenten, Schüler und Lehrlinge auch andere Bevölkerungsschichten, vor allen Arbeiter, Angestellte und die Intelligenz erfassen. Die Septemberstreiks von 1969 scheinen da ein Anfang gewesen zu sein.

Es ist unmöglich, daß kritisches Bewußtsein von einer Partei und von Gewerkschaften ausgeht, deren Funktionäre und Delegierte nach der Wahl sich mit den bestehenden Herrschaftsverhältnissen identifizieren. Darum muß die Erneuerung von Bewußtsein und Politik der Arbeitnehmerorganisationen von der Basis ausgehen. SPD-Amtsträger müssen wieder denen verantwortlich sein, von denen sie gewählt sind und legitimiert werden. Das schließt eine Schicht von Vertrauensleuten natürlich nicht aus, die sich hauptberuflich mit Informations- und Aufklärungsarbeiten beschäftigt und größeres Detailwissen sowie z. T. einen umfassenderen Überblick hat. Das muß aber der Aufklärung und Entscheidungsfähigkeit der Mitglieder dienen und nicht der Manipulation im Sinne der jeweiligen Politik der oberen Organe und des Vorstandes. Politische Aufklärung heißt nicht die Ansammlung von Informationen einzelner, um sich damit besser im inneren Kampf der Führungscliquen durchsetzen zu können, sondern sie heißt Darstellung der heutigen Gesellschaftsstrukturen und ihrer Widersprüche, der hinter ihnen stehenden Interessen und Überlegungen, die zu bestimmten Entscheidungen führen und ferner die Wirklichkeit und die Möglichkeiten der sozia-

len Lage der einzelnen. Erst dann können die Anhänger überprüfen, ob und wie ihre Interessen wahrgenommen werden, und sie können sachgemäß entscheiden, was zu tun ist. Diese Aufklärung muß bei Fragen beginnen, die den Bürger unmittelbar berühren: bei wirtschaftlichen Tagesfragen, bei der Schul- und Hochschulpolitik und bei der Kommunalpolitik. Und das nicht in der gewohnten Form, daß hohe Parteifunktionäre große Reden halten über abstrakte Probleme und die Zuhörer zur Zustimmung für eine Politik manipulativ bewegen, die sie nicht verstehen („Eventualhaushalt", „konzertierte Aktion", „Konjunkturbremse", „Diskonterhöhung" usw.) und an deren Entscheidung sie nicht teilnahmen.

Die SPD hat noch die Möglichkeit, sich für eine Erneuerung der Demokratie in der Bundesrepublik zu engagieren. Das scheint uns auch ihre einzige Überlebenschance als soziale und demokratische Partei zu sein, die als sozialdemagogisches Manipulationsinstrument zur Beruhigung entpolitisierter Untertanen im Interesse des Kapitals mit ihrer Tradition und ihren Zielen nichts mehr zu tun hätte. „Es ist ein politisches Gesetz, daß überall, wo Rechte und Linke sich liieren, die Linke verliert und die Rechte gewinnt" (August Bebel auf dem Magdeburger Parteitag 1910).

„Erreichen kann eine Partei nur etwas, wenn sie agitiert, wenn sie die Massen aufklärt, sie in Bewegung bringt, wenn man mit einem Wort eine große Volksbewegung entfacht" (August Bebel auf dem Jenaer Parteitag 1911).

Warum Hegel heute?

Gedanken zur zweiten Säkularfeier Hegels

Von Wilhelm Raimund Beyer

Wer in der Gegenwart sein Interesse der Hegelschen Philosophie lediglich aus dem Grund der 200. Wiederkehr von Hegels Geburtstag zuwendet [1]), verkennt die Kraft der Hegelschen Gedanken und ihren Einfluß auf die Philosophie. Die Wirkungsgeschichte der Hegelschen Philosophie, die selbst ein eigenes und eigenartiges philosophisches Phänomen darstellt, verbietet jede enge, äußerlich verbleibende Sicht. Der Tatbestand Hegel umgreift beides: Hegels System und die Wirkung desselben, bis in unsere Zeit.

---

1) Hegel wurde in Stuttgart am 27. August 1770 geboren, im gleichen Jahr wie Beethoven und Hölderlin. Die gegenwärtig häufig geübte Zusammenschau dieser drei „Großen" birgt Gefahren in sich. Hegel traf mit Beethoven, dem Dialektiker von Geblüt, merkwürdigerweise nie zusammen, obwohl dies sehr leicht möglich gewesen wäre. In seiner „Aesthetik" geht Hegel nie auf Beethoven, dafür aber umso kräftiger auf Mozart ein. Die Beziehung Hegels zu Hölderlin wird meist, allein schon um der romantischen Schulfreundschaft willen, zur Betonung irrationaler Momente bei Hegel ausgenützt.
Interessanter erscheint freilich der Blick zu einem anderen „Jubilar" des Jahres 1970, zu Lenin, der genau 100 Jahre später als Hegel geboren wurde. Damit ist die gedankliche Verbindung zur Hegel-Kritik hergestellt. Alle Züge der merkwürdigen Verwobenheit der Hegel-Bilder und ihrer Wandlungen läßt aber solch äußerlich bleibende Zusammenschau mehrerer „Jubilare" nie aufkommen.

Und innerhalb des Rahmens der Wirkung dieser so geschichtsmächtigen Philosophie schiebt sich ein einmaliger philosophischer Aspekt in den Vordergrund: die eine Selbstbewährung repräsentierende hegelische Würdigung dieser Nach- und Fernwirkung, verbunden mit einer kritischen Betrachtung dieser. So drängt das Denken Hegels und das Bedenken dieses Denkens auf die Spur kontemporären Philosophierens, das erst in die Lage versetzt zu sein scheint, Hegel „fertig zu machen" (das war Hegels früher, keineswegs hermeneutisch eingeengt zu fassender Terminus für den später so beliebt gewordenen Begriff der „Aufhebung"), also ihn für eine Gegenwart, d. i. die Moderne, abschließend als Position auszuwerten und einzubuchen. Die Struktur dieser zeitnahen Hegel-Sicht, die sich grundlegend von aller vorangegangenen „Hegelei" unterscheidet und ihren Ursprung aus dem marxistischen Hegel-Bild einer Erbschaftszeichnung und damit einer Erbe-Verpflichtung niemals verleugnet, wird von ihrer weltgeschichtlichen Funktion geprägt: den Denkhaushalt der Menschen, der arbeitenden Menschen, und ihrer hierfür qualifizierten Exponenten zu festigen, zu erweitern, für den Kampf gegen Ignoranz und Rückständigkeit aufzubereiten und zu kräftigen.

Zwei Konzeptionen vermengen sich dabei, einander verwandt und ineinander verflochten, doch im Weltmaßstab je nach der Parteinahme des einzelnen Hegelinterpreten differenziert akzentuiert. Im unversöhnlichen Kampf zwischen Materialismus und Idealismus steht Hegel eh wie je zwar nicht in einer lediglich als reiner Punkt konstruierten Mitte — das wäre eine einfache Zeichnung —, aber im aktuellen Anliegen doch von beiden Seiten ansprechbar und auch angesprochen. Das Gemeinsame, das Hegel dabei bietet, zeigt sich nicht als versöhnende Vermittlung zur Sache und im Ergebnis, sondern als eine gewichtige, für jede Philosophie beachtenswerte Denkbeziehung. Als Bezugspunkt, als zentrale Ableitungs- und korrigierbare Prüfungsinstanz zwingt „Hegel" insoweit zur Kritik, zur Kritik von allen Seiten. Um diese beiden Aspekte einzufangen und der Gegenwart in dienlicher Konzeption vorzustellen, begann unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg eine der heute größten philosophischen Organisationen, die zuerst als „Hegelianum", dann als „Deutsche", bald aber als „Internationale Hegel-Gesellschaft" wirkende Gruppe fortschrittlicher Philosophen ihre Arbeit[2]): Es galt, Hegel als Plattform für die Auseinandersetzung zwischen Marxismus und Idealismus einzusetzen und ihn dabei in der Gestalt zeitnaher Hegel-Kritik anzugehen. Diese beiden, grundlegenden Aspekte treten in den beiden jüngsten Jahrzehnten unabhängig vom Hegel-Jubiläum des Jahres 1970 auf. Sie sind materiell (abhängig von gesellschaftlichen Konstellationen und den darauf bauenden Denk-Notwendigkeiten) fundiert und materialistisch deutbar. Sie entspringen der Gesamtsituation an der philosophischen Front der Gegenwart, deren Bedürfnisse in hegelschen Denk-Kategorien oder wenigstens in Anlehnung, Weiterentwicklung und zur Hauptsache in kritischer Auseinandersetzung mit diesen formulierbar und definierbar auftreten.

Die moderne Hegel-Beschäftigung bleibt aber unverständlich, wenn der Blick nicht geschichtlich ausholend von der Öde und Leere des Denkens und dem billigen Eklektizismus während der faschistischen Jahre aus ansetzt. Der neuhege-

[2]) Diese besteht neben der Herausgabe des „Hegel-Jahrbuchs" (Verlag Anton Hain, Meisenheim am Glan) vor allem in der Durchführung der großen Internationalen Hegel-Kongresse, deren Lebhaftigkeit, Buntheit, Aktualität und Gewicht unumstritten sind. Bisher fanden 7 Internationale Hegel-Kongresse statt: Nürnberg 1956, Frankfurt am Main 1958, Wien 1960 (an Stelle des zuerst vorgesehenen in Heidelberg, wo örtliche Drohungen den Kongreß zur Abwanderung ins neutrale Ausland zwangen), Genf 1962 (an Stelle des zuerst vorgesehenen in Bern, das Hegels Abneigung gegen seine verbonzte und verbürgerlichte Herrenschicht bis heute noch nicht verdaut hat und wegen der Teilnahme von Philosophen aus der DDR die Polizei bemühte), Salzburg 1964, Prag 1966, Paris 1969. Der 8. Internationale Hegel-Kongreß wird in Berlin an der Stelle, von der aus Hegels Philosophie ihren weltweiten Gang antrat, in der Zeit vom 23. bis 29. August 1970 stattfinden.

lisch orientierte „Internationale Hegelbund" [3]) war bei dem Aufkommen des Nationalsozialismus sofort zerbröckelt (vorher hatte er noch anfangs 1933 im faschistischen Italien seine letzte Tagung abgehalten [4])). Sein Profil war zu unausgeprägt, als daß er philosophisch überhaupt ernst genommen werden konnte. Die Mehrzahl seiner Teilnehmer wanderte auch sofort und bedingungslos ins nazistische Lager über, ohne daß irgend jemandem aus dieser Gruppe ein Gesinnungswandel je vorgeworfen worden wäre.

So blieb es bis 1945. Das während der Nazizeit von Hermann Glockner und einigen wenigen anderen vertretene Hegelinteresse erwies sich als rein äußerlich (Neuauflage der einstigen „Freundesvereinsausgabe"; allgemein gehaltene Darstellungen; Versuch, ein „rational-irrationales Zusammen" — statt Kampf und Einheit der Gegensätze! — bei Hegel herauszulesen) und wurde von der amtlichen Philosophie wenig beachtet. Die echte, geschichtsbeständige Hegel-Deutung jener Zeit fand sich ausschließlich im Lager der Verfolgten und bei vielen Ermordeten jener Jahre [5]).

Als die faschistischen Diktaturen in Italien und Deutschland ihr verdientes Ende fanden, von Hegel als „Weltgericht" herausgefordert, als in Österreich und in den anderen okkupierten Ländern die Verbrecherregime zusammenbrachen, da begann der mächtige, die Welt- und Denkgeschichte immer mehr beherrschende Siegeszug des Marxismus in der entwickelten Gestalt des Marxismus-Leninismus den Akzent auf die Praxis im Denkbereich der Theorie-Praxis-Identität zu legen. Die dialektische Macht dieser Theorie-Praxis-Identität ließ es zu, rückblickend gerade Hegels thematischen Beitrag, wenn er auch nur vom Geiste her ansetzend und das praktische Element nicht voll entfaltend verblieben war, einzubringen. Ganz von selbst ergab sich, daß Denken nun auch praktisch Position beziehen mußte. Wer in reiner Negation verharrte, wurde des Spielens und einer damit verbundenen Tautologievorliebe verdächtigt. Die Not, die weltweite Not der Menschen ergriff auch deren Denken und forderte hier Klarheit, Offenheit. Philosophieren stellte sich als durch Erkenntnis gewonnenes und geprüftes Bekenntnis dar. Das Gebot der Parteilichkeit aller Philosophie, das der Marxismus eh wie je forderte und selbst praktisch als Parteinahme für alles Fortschrittliche, Echte und Wahre vollzog, reifte zur wissenschaftlichen Pflicht. Mit hermeneutischen Künsteleien und den von ihnen bereitsgestellten Auslegungsapparaturen konnte nichts zur Sache, zur Sache der arbeitenden, werktätigen und denkenden Menschen beigetragen werden.

---

3) Gegründet an Ostern 1930 in Den Haag unter Führung holländischer, politisch deutlich „rechts" ausgerichteter Philosophen wie Baldus Wigersma u. a. Seine „wichtigste Aufgabe" war die Darstellung der Hegelschen Philosophie als „Wissenschaft aller Wissenschaften unserer Zeit" (siehe: „Veröffentlichungen des Internationalen Hegelbundes", Band I, S. 9, Verlag J. C. B. Mohr, Tübingen 1931).

4) Es war damals in Rom eine politisch noch nicht mit sich selbst klar gekommene Gruppe beisammen. Einerseits die Präfaschisten Binder, Glockner — andererseits der später von Hitler ermordete Telders. Einerseits Gentile — andererseits aber Kroner, also ein großes Aufgebot des sich mit dem „übergeschichtlichen Sinngehalt" abmühenden Idealismus (so: Kroner, S. 161 des Kongreßberichts).

5) Siehe Wilhelm R. Beyer in „Hegel-Jahrbuch", Band I, S. 114: Gewisse „Kreise haben einfach kein Verständnis dafür, daß deutsche Arbeiter, deutsche Studenten, deutsche Intellektuelle in praktischer Auswertung hegelscher Gedanken das deutsche Ansehen vor aller Welt reinzuhalten wußten und sich von all diesen Millionen Verbrechen mit Abscheu abwandten. In den Kerkern des Nationalsozialismus hat die Hegelsche Philosophie eine beachtliche Rolle gespielt. Sie hat die besten Kräfte der deutschen Widerstandsbewegung, die deutsche Arbeiterschaft, zu bewegen verstanden . . . Hier sei ein Fall vermerkt . . .: Am 20. 12. 1933 wurde der junge Arbeiterfunktionär Fritz Rau (geb. 1904) in dem berüchtigten Columbiahaus in Berlin feige und hinterhältig ermordet. In der Sammlung An die Lebenden (Schromm-Verlag, Ludwigsburg 1960, S. 61) ist sein Abschiedsbrief abgedruckt . . . Hier heißt es: ‚Laß Dir besonders danken für die Bücher, die ich vor drei Tagen bekam. Jetzt ist wenigstens das Lesefach nie ganz leer, und ich habe immer einen Lesestoff . . . Den Kant habe ich gleich angepackt und lese ihn auch mit Nutzen . . . Aber mit des alten Hegel Phänomenologie hast Du mich zu besonders hartem Brot verurteilt . . .' "

Über Ernst Niekisch und sein Hegel-Studium siehe: Ernst Niekisch, „Gewagtes Leben", Kiepenheuer & Witsch, Köln 1958, S. 25. Über den „liberalen Hegelianer Telders siehe: Baron van Haersolte in „Hegel-Jahrbuch", 1961. S. 52 ff.

In vorderster Linie ist aber Adam von Trott zu Solz zu nennen, dessen zwei Veröffentlichungen über Hegel wissenschaftlichen Wert besitzen. Das Leben Trott zu Solz' und sein Hegel-Verständnis werden in der Neuausgabe von „Hegels Staatsphilosophie und das internationale Recht", bei Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 1967, von Hans Rothfels in kühler Distanz und viel zu unengagiert geschildert.

Offen betonte der Marxismus-Leninismus seine Parteinahme für das Progressive — und damit für vieles, was Hegel als „Vernunft" gegenüber dem „Verstand" ausgezeichnet hatte. Nach Hegel hat Vernunft die großen Revolutionen gemacht.

Der Idealismus, nunmehr in die Verteidigung gedrängt, glaubte an frühere Philosophien anknüpfen oder, sich auf Spezialgebiete konzentrierend, die Auseinandersetzung mit dem Marxismus-Leninismus umgehen zu können. Zunächst drängte sich, unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg, in den westlichen Ländern der Neukantianismus zeitweise ins Gespräch. Vorübergehend fand Nicolai Hartmann, der seine „neue Ontologie" durch alle Fährnisse des Nationalsozialismus in geschmeidiger Anpassung hindurchgerettet hatte, Anklang. Der Thomismus setzte ein und warf sein organisatorisches und finanzielles (teilweise durch Fehlauslegung der Rückerstattungsvorschriften materiell gefördertes) Gewicht in die Waagschale des Neothomismus. Dasselbe taten andere fideistisch und vor allem kulturphilosophisch gewonnene Theorien, wie z. B. die Zykluslehre, die Anthroposophie und die „Sinn"-suchenden Thesen. Jede dieser Richtungen aber blieb gezwungen, sich mit dem Marxismus-Leninismus auseinanderzusetzen. Dabei galt es, Hegel zu bedenken. Nicht unzutreffend hatte Lenin das Hegel-Verständnis dem Erfassen des Marxismus vorgeschaltet. Anläßlich seines Hegel-Studiums und seiner Hegel-Kritik hielt er fest: „Man kann das ‚Kapital' von Marx und besonders das I. Kapitel nicht vollständig begreifen, ohne die ganze Logik von Hegel durchstudiert und begriffen zu haben" [6]). Dabei gewinnt Lenin bereits ausgangsmäßig die einzige philosophisch zu rechtfertigende Beziehung zu Hegel: studieren und begreifen. Dieses „Hegel in den Griff" nehmen und ihn „begreifen" kann allein den geschichtlich zutreffenden Gewinn vermitteln. Marx tat es. Lenin erneuerte diesen Blick. Die weltweite Bedeutung des Marxismus-Leninismus zwingt daher auch Hegel in den philosophischen Griff. Und Hegels Wort aus der Vorrede zur „Phänomenologie des Geistes" gilt hierbei: „Wahre Gedanken und wissenschaftliche Einsicht ist nur in der Arbeit des Begriffs zu gewinnen". Ein wissenschaftlich erarbeiteter philosophischer Begriff von „Welt" kann heute nicht mehr ohne das hervorragende, besondere Gewicht des Marxismus-Leninismus „gewonnen" werden.

Für die Philosophie der westlichen Länder darf daher gelten: mit dem Blick zur Welt stellte sich der Blick zum Marxismus-Leninismus von selbst ein. Und — damit auch der Blick zu Hegel. Aber auch die Zahl und das Gewicht der marxistischen Philosophie, die innerhalb idealistischer (westlicher) Umgebung arbeitete, wuchs. Wie in den sozialistischen Ländern mit dem Erstarken der theoretischen Grundlagen des Marxismus die Bedeutung Hegels aktuelles Interesse beanspruchte, so mußte umgekehrt der Idealismus in den kapitalistischen Ländern, falls er die Auseinandersetzung mit dem Marxismus-Leninismus wagen wollte, erst recht auf Hegel zurückgreifen, allein schon, um den Marxismus voll zu „verstehen". Er tat es aber auch aus einem anderen Grunde: er wähnte hier die Einbruchsstelle, fast eine Achillesverse zu finden, um den Marxismus irgendwie widerlegen, auflockern, aufweichen zu können. Hegel wurde modern, weil mit ihm angebliche Mängel des Marxismus aufgedeckt werden sollten. Die Zeichnung eines „verhegelten" oder lediglich Hegel „umkehrenden" Marx sollte dem Marxismus jegliche Originalität abstreiten und damit die Klassenkampflehre zum theoretischen Reformismus erniedrigen. Aus diesem Grunde wollte man selbst bei Hegel die in seiner „Landständeschrift", in der „Rechtsphilosophie" und in der Schrift zur „englichen Reformbill" aufscheinenden revolutionären Züge unterdrücken und abschwächen. So reifte „Hegel" auf der einen Seite als Beweismittel,

[6]) Lenin Werke, Band 38, S. 170.

als Gedankenstütze, als Erklärungsgrund, auf der anderen Seite wurde er zum Fluch gestempelt, als Vorwurf, als Fehlabstammung denunziert.

Mit Hilfe „Hegels" konnte eine geistige Waffe — und Philosophie ist und bleibt die geistige Waffe des Proletariats — verschärft und verbessert werden. Von der Gegenseite her aber sollte durch ausgeklügelte Sonder-Interpretation diese Waffe entwertet und verbraucht werden.

Die „Internationale Hegel-Gesellschaft" hatte sofort nach dem Zweiten Weltkrieg diese Denk- und Deutungsmöglichkeiten erkannt, noch lange bevor Hegel so richtig aktuell wurde. Im Griff nach Hegel, den sie als erste philosophische Organisation wagte, stellte sie Hegel als Gesprächspodium für die zeitnahe Philosophie aller Richtungen und Strömungen zur Verfügung. Dies erforderte die aktive Teilnahme echter Vertreter des Marxismus-Leninismus an ihren Arbeiten. Für die bundesdeutschen Langsamdenker war dies ein Schlag ins Gesicht. Die weitgehendste Chance, die sie dem Marxismus konzedieren wollten, war die Darstellung desselben durch Marxologen und Revisionisten, also durch ihre eigenen Kräfte. Von Bonn bis Heidelberg regnete es Proteste gegen das Vorgehen der „Internationalen Hegel-Gesellschaft". Die Ewiggestrigen erbaten staatliche und vor allem finanzielle Hilfe, um gegen diesen „Mißstand" in der bundesdeutschen Philosophie anzugehen, und erniedrigten sich zu geradezu kleinlichen Machenschaften.

Der politisch engagierten, von staatlichen Mitteln lebenden Philosophie der BRD konnte man eigentlich diese Kampfeshaltung verzeihen. Denn sie war nichts anderes als die Erfüllung des von der Kapitalistenklasse bezahlten Lehrauftrages. Daß sie aber die Führung in diesem aussichtslosen Kampfe der vornehm tuenden, sich überlegen gebenden Hermeneutik überließ, kann nur aus der gegebenen Klassensituation verstanden werden. Es mußte zu solch angeblich „neutraler" Hegel-Sicht gegriffen werden, weil nur auf diese Weise im Fortgang des Streites der Aufweichungsversuch am Marxismus-Leninismus einige ernsthafte Aspekte vermitteln konnte. Mit 350 DM Reisekostenzuschuß pro Kongreßteilnehmer aus einem sozialistischen Lande und mit gesellschaftlich groß aufgezogenen Einladungen oder der Vermittlung von Rundfunkhonoraren im Rahmen einer Eitelkeit befriedigenden Schauphilosophie war es alleine eben nicht zu schaffen.

Es war die hegelsche Philosophie, ihre Inhaltsdialektik, ihre Widerspruchskategorie, ihr Entwicklungsgedanke, ihr Revolutionsbegriff, ihre Geschichtskonzeption, ihre Dialektik (vor allem die von Herr und Knecht), ihr Anerkennungsprinzip, ihre Methode und ihr System, die von den fortschrittlichen Kräften ausgenützt, von den retardierenden aber verflacht, verwässert und abgebogen wurden. Die geschichtlich unvermeidlich anstehende philosophische Auseinandersetzung zwischen Materialismus und Idealismus konnte und mußte so auf der Plattform Hegel beginnen. Und sie wurde trotz aller Machenschaften und Manipulationskünste der Hochmögenden in der BRD, der Schweiz, in Italien und Frankreich durchgeführt, so, wie es eben Hegel in der „Phänomenologie des Geistes" sagte: „Wir müssen überzeugt sein, daß das Wahre die Natur hat, durchzudringen, wenn seine Zeit gekommen ist, und daß es nur erscheint, wenn diese gekommen, und deswegen nie zu früh erscheint, noch ein unreifes Publikum findet" [7]).

Die Hegelsche Philosophie erschien aber auch deshalb geradezu prädestiniert, in diesem weltgeschichtlichen Kampfe als Austragungsstätte zu dienen, weil sie

7) Erstausgabe, Bamberg 1807, S. XC.

ANZEIGE

VIII. Internationaler Hegel-Kongreß

Der VIII. Internationale Hegel-Kongreß findet aus Anlaß der 200. Wiederkehr des Geburtstages von Georg Wilhelm Friedrich Hegel als Hegel-Weltkongreß in Berlin (DDR) in der Zeit vom 23. bis 29. August 1970 statt. Er wird von der Internationalen Hegel-Gesellschaft, der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin und der Humboldt-Universität zu Berlin durchgeführt.

Das Anliegen des Kongresses wird in 4 Arbeitsgemeinschaften zur Sprache gebracht:

I. Lenins Hegel-Kritik
II. Sprache und Bewußtsein
III. Naturdialektik und historische Dialektik
IV. Hegel und das Problem der bürgerlichen Gesellschaft

I

Sonntag, den 23. August 1970
18.30 Uhr **Eröffnungssitzung**
in der Humboldt-Universität zu Berlin, Kupfergraben, Auditorium maximum
Es sprechen: Prof. Dr. Dr. h. c. Wilhelm Raimund **Beyer,** 1. Vorstand der Internationalen Hegel-Gesellschaft – Dr. Alexander **Abusch,** Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrats der Deutschen Demokratischen Republik – Prof. Dr. Hermann **Klare,** Präsident der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin – Prof. Dr. Karl-Heinz **Wirzberger,** Rektor der Humboldt-Universität zu Berlin.

II

Montag, den 24. August 1970
9.15 Uhr **Referate**
Deutsche Akademie der Wissenschaften zu Berlin,
Eingang Wilhelm-Külz-Straße, Plenarsaal
Es sprechen: Chaim **Perelman** (Brüssel): „ Dialektik und Dialog" – Pawel **Kopnin** (Moskau): „Über die Einheit von Dialektik, Logik und Erkenntnistheorie" – Gotthardt **Günther** (Illinois): „Die historische Kategorie des Neuen" – Manfred **Buhr** (Berlin): „Die dialektische Struktur der Geschichte".

III

Montag, den 24. August 1970
15.00 Uhr **Lenins Hegel-Kritik**
Deutsche Akademie der Wissenschaften zu Berlin,
Eingang Wilhelm-Külz-Straße, Plenarsaal
Dienstag, den 25. August 1970
9.15 Uhr Fortführung der Arbeitsgemeinschaft Lenins Hegel-Kritik
Referenten: Mark Mitin (Moskau) – Georg Mende (Jena) – A. Gouhier (Nancy) – Josef Schleifstein (Köln) – Sawa Ganowski (Sofia) – Wilhelm Raimund Beyer (Salzburg) – Rugard-Otto Gropp (Berlin) – Josef Szigeti (Budapest) – Fritz Kumpf (Berlin) – Wladimir Schinkaruk (Kiew) – Michael Batschwaroff (Sofia) – Vladimir Ruml (Prag) – Matthäus Klein (Berlin) – G. Planty-Bonjour (Basel) – Alfred Kosing (Berlin) – Aigin Kosymshanow (Alma-Ata) – Gerd Irrlitz (Berlin) – Michail Jowtschuk (Moskau) – Pal Sandor (Budapest) – Elka Panowa (Sofia) – Dieter Bergner (Halle).
20. Uhr **Empfang** des Präsidenten der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin, Prof. Dr. Hermann Klare

IV

Dienstag, den 25. August 1970
9.15 Uhr **Sprache und Bewußtsein**
Humboldt-Universität zu Berlin, Unter den Linden 6
Referenten: Daniel J. Cook (New York) – Erhard Albrecht (Greifswald) – Josef Reiter (Regensburg) – Igor Narski (Moskau) – Milan Damnjanovic (Beograd) – Gentscho Dantschew (Sofia) – Werner Bahner (Berlin) – Dimitri Gorski (Moskau) – Ferdinand Ulrich (Regensburg) – Wladislaw Lektorski (Moskau) – Georgi Brutjan (Jerewan) – Helmut Karl Kohlenberger (Tübingen) – Erwin Pracht (Berlin) – Heinz Müller (Greifswald) – Norbert Krenzlin (Berlin) – Michail Owsjannikow (Moskau) – Jan Kuderowicz (Krakau).

V

Mittwoch, den 26. August 1970
9.15 Uhr **Naturdialektik und historische Dialektik**
Deutsche Akademie der Wissenschaften zu Berlin
Eingang Wilhelm-Külz-Straße, Plenarsaal
Referenten: Bonifati Kedrow (Moskau) – Walter Hollitscher (Wien) – André Doz (Paris) – Dejan Pawlow (Sofia) – Hermann Ley (Berlin) – Reinhart Klemens Maurer (Stuttgart) – Andras Gedö (Budapest) – Reinhard Romberg (Gießen) – Michail Omeljanowski (Moskau) – Claude Bruaire (Paris) – Wladimir Swiderski (Leningrad) – Wolfgang Peter Eichhorn (Berlin) – Camilla Warnke (Berlin) – Michail Dynnik (Moskau) – Theodor Münz (Bratislava) – Gottfried Stiehler (Berlin) – Wladimir Lasurenko (Moskau) – Günter Kröber (Berlin) – Zdenek Javurek (Prag) – Robert L. Perkins (Mobile/Alabama) – Ileana Bauer (Berlin) – Juri Shdanow (Rostow) – Helmut Seidel (Leipzig) – Laszlo Erdei (Budapest) – Jacques d'Hondt (Poitiers) – Serafim Meljuchin (Moskau) – M. J. Petry (London) – H. C. Sabelli (Chicago) – Werner Hartkopf (Berlin-West) – Magalhaes-Vilhena (Paris) – Max W. Eartofsky (Boston) – Mauriz Dittrich (Greifswald) – Florica Neago (Bukarest) – Debiprasad Chattopadhyaya (Kalkutta) – Angel Bankoff (Sofia).

Mittwoch, den 26. August 1970
18.00 Uhr **Festveranstaltung** der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik aus Anlaß des 200. Geburtstages von Georg Wilhelm Friedrich Hegel
Festansprache von Dr. Alexander Abusch,
Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrats der DDR:
„Hegels Werk und unsere Zeit"
Empfang durch den Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrats der DDR.
Dr. Alexander **Abusch**
Donnerstag, den 27. August 1970
10.00 Uhr **Kranzniederlegung** am Grab von G. W. F. Hegel
auf dem Dorotheenstädtischen Friedhof

VI

Donnerstag, den 27. August 1970
14.00 Uhr **Hegel und das Problem der bürgerlichen Gesellschaft**
Deutsche Akademie der Wissenschaften zu Berlin,
Eingang Wilhelm-Külz-Straße, Plenarsaal
Freitag, den 28. August 1970
9.15 Uhr Fortführung der Arbeitsgemeinschaft Hegel und das Problem der bürgerlichen Gesellschaft
Referenten: René Marcic (Salzburg) – C. de Deugd (Burmalsen) – Joachim Streisand (Berlin) – Todor Oiserman (Moskau) – Hermann Lübbe (Düsseldorf) – Gerhard Bartsch (Berlin) – Johann Ludwig Döderlein (München) – Eduardo Chitas (Genève) – Hans Kortum (Berlin) – Wilhelm Dantine (Wien) – Walter Jopke (Berlin) – Manfred Hahn (Gießen) – Robert Ginsberg (Chester/Pennsylvania) – Hans Jörg Sandkühler (Gießen) – Robert Steigerwald (Frankfurt am Main) – Eduard Rabofsky (Wien) – Hermann Klenner (Berlin) – Winfrid Schröder (Berlin) – Ferenc Tökei (Budapest) – Walter Kaufmann (Princeton) – Elene Varossowa (Bratislava) – Arseni Gulyga (Moskau) – Dénes Szoltai (Budapest) – Peter Popoff (Sofia) – Pantscho Russew (Sofia) – André Kaan (Paris) – Nikolai Iribadschakoff (Sofia) – Rudolf Schottländer (Berlin) – Jonescu Gulian (Bukarest) – Marek Fritzhand (Warschau) – Josef Zumr (Prag) – Jiri Cerny (Prag) – Hajimu Nakano (Kyoto) – Jean Yves Calvez (Paris) – Ivan Soll (Madison) – Leonid Mamut (Moskau) – P. Gauvin (Paris) – Raissa Chalfina (Moskau) – Guy Besse (Paris) – Solange Mercier-Josa (Paris) – Werner Maihofer (Saarbrücken) – Wilhelm Girnus (Berlin).

VII

Freitag, den 28. August 1970
20.00 Uhr **Mitgliederversammlung** der Internationalen Hegel-Gesellschaft
Deutsche Akademie der Wissenschaften zu Berlin,
Eingang Wilhelm-Külz-Straße, Klassenzimmer 134
Themen: 1) Bericht über die Vereinstätigkeit seit dem Pariser Hegel-Kongreß, 2) Neuwahl des gesamten Vorstandes, 3) Regularien, 4) Ausarbeitung für die zukünftige Tätigkeit des Vereins.

VIII

Sonnabend, den 29. August 1970
9.15 Uhr **Generaldiskussion** der Themen des Kongresses
Leitung: Johann Ludwig **Döderlein** (München)
11.30 Uhr **Schlußwort** des 1. Vorstandes der Internationalen Hegel-Gesellschaft
Deutsche Akademie der Wissenschaften zu Berlin,
Eingang Wilhelm-Külz-Straße, Plenarsaal

IX

Die **Arbeitsgemeinschaften** werden organisatorisch von folgenden Herren geleitet:

Lenins Hegel-Kritik:	Prof. Dr. Matthäus **Klein** (Berlin)
Sprache und Bewußtsein:	Prof. Dr. Erhard **Albrecht** (Greifswald)
Naturdialektik und historische Dialektik:	Prof. Dr. Günter **Kröber** (Berlin)
Hegel und das Problem der bürgerlichen Gesellschaft:	Prof. Dr. Joachim **Streisand** (Berlin)

Die **Redezeit** in den Arbeitsgemeinschaften beträgt 15 Minuten. Um das Programm voll durchführen zu können, wird gebeten, die Redezeit unbedingt einzuhalten.
Die Themen der Referate in den Arbeitsgemeinschaften sind im Rundschreiben vom 5. November 1969 aufgeführt. Das vollständige Programm wird zu Beginn des Kongresses vorgelegt.
Die **Konferenzsprachen** sind: deutsch, englisch, französisch, russisch.

X

Anfragen zu allgemeinen Angelegenheiten (Unterbringung, Teilnahme usw.) bitten wir an das Kongreßbüro des VIII. Internationalen Hegel-Kongresses, 108 Berlin, Otto-Nuschke-Straße 22/23, Deutsche Akademie der Wissenschaften zu Berlin, Zentralinstitut für Philosophie, zu richten.
Das **Kongreßbüro** ist ab Sonntag, dem 23. August 1970, 10.00 Uhr, in der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin, Otto-Nuschke-Straße 22/23, Telefon: 20 04, 81, geöffnet.
Organisationskomitee des VIII. Internationalen Hegel-Kongresses

ausgangsmäßig keine Seite zwingt, sich ernsthaft geschlagen zu geben. Selbst das Unwahre wird bei Hegel Teil der Wahrheit. Der Irrtum stellt sich als Bewährung des Richtigen und reift mit und in diesem zu höherer Einheit. Erst die Hegel-Kritik drängt über diesen Befund hinaus und öffnet den von Hegel denksystematisch aufgebauten Abschluß und auch das noch von Hegel selbst als ungenügend bezeichnete Dreischrittsdenken. Hegel wurde im Zuge dieser Hegel-Kritik Prüfstein des Denkens — und ist es gerade in der Gegenwart. Neben dem Vorwurf der Beeinflussung durch Hegel steht auf der Gegenseite der der Hegel-Vernachlässigung. Stets aber politisch, konkret-aktuell akzentuiert.

Innerhalb der Wirkungsgeschichte der Hegelschen Philosophie war dies ein vollkommen neuer Zug. Eine andere Sicht tat sich auf, die mit üblicher Neo-Lehre nichts gemein hatte. Auch eine moderne oder modernisierte Auffrischung eines zum Jubiläum anstehenden Philosophen tut sich für diese Denkhaltung nicht auf. Hegeljubiläen sind gefährlich. Sie verleiten zu Äußerlichkeiten, zur rein chronologischen oder biographischen Herausstellung von Problemen, die — nach der Meinung Hegels — „die Weltgeschichte nichts angehen". Viel wichtiger erscheint es, den selbst zum „Begriff" gewordenen Hegel, also Hegel als philosophischen Begriff, als philosophische begriffliche Widerspiegelung der Bewegung der objektiven Welt zu erfassen und damit den Inhalt seiner Philosophie zeitgemäß und d. h. kritisch zu begreifen. Dies konnte erst der Marxismus-Leninismus leisten. Lenin hat diesen Denkweg bei seinem Hegel-Studium geübt und zum Abschnitt der „Lehre vom Begriff" ausdrücklich vermerkt. Ein Erinnerungsverweilen mit äußerlichem Wissensstoff entspricht der Hegelschen Philosophie nicht und erniedrigt sie zum lernbaren Stichwort lexikographischer Sammelkunst. Einst — 1870 — hatte Rosenkranz [8]) eine vaterländische und national-liberalschillernde Jubeltirade losgelassen; und es scheint so, daß eine in Stuttgart, dem Geburtsort Hegels, für Juli 1970 vorbereitete Gedenkfeier in ähnlichem Konzept verlaufen wird. Dort will man Hegel „buchstabieren" [9]) — und dazu an einem Ort und an einer Stelle, die so gar nichts mit dem Hegelschen Gedankengut oder gar mit der Wirkung der Hegelschen Philosophie zu tun hat [10]). Weit wichtiger erscheint uns die Gedenkschrift, die Plechanow 1891 zum 60. Todestag Hegels publizierte [11]). Hier wurde der heutige Hegel-Betrieb dieser sich nunmehr in Stuttgart versammelnden Hegel-Beflissenen im voraus kritisiert. Plechanow

---

8) Karl Rosenkranz, „Hegel als deutscher Nationalphilosoph", Verlag Duncker & Humblot, Leipzig 1870, S. 340: „Man kann behaupten, daß das System Hegels das nationalste in Deutschland ist."

9) So die Grundsatzerklärung bei der Gründung des von Hans Georg Gadamer inspirierten Vereins, verkündet in Heidelberg 1962. Wie ernst diese Gadamersche Zielsetzung genommen wird, beweist Peter Rohs: „Form und Grund", Beiheft 6 der „Hegel-Studien", Verlag Bouvier, Bonn 1969, S. 7. Hermeneutik versandet eben in vornehmer Textinterpretation und erstarrt zu einem modernen Althegelianismus unfruchtbarer Natur.

10) Bereits anderenorts (in „Tendenzen bundesdeutscher Marxbeschäftigung", Verlag Pahl-Rugenstein, Köln 1968, S. 132, Fußnote 3) habe ich darauf aufmerksam gemacht, daß die BRD verurteilt bleibt, die Gedenk-Jubiläen für die größten Söhne Deutschlands vielfach nur an Äußerlichkeiten, an die Geburtshäuser, anzuknüpfen. Das Werk dieser Großen hat meist seinen örtlichen — und vor allem auch seinen inhaltlichen Bezug — zu Städten im anderen deutschen Staat, in der DDR. So großenteils bei Goethe, teilweise auch bei Schiller, vor allem aber im Jahre 1970 bei Beethoven und Hegel. Bei Karl Marx war es genauso „äußerlich", an der Stätte des Geburtshauses in Trier zu „feiern", ein Gebäude, in dem das Kind Marx nur einige Monate lebte. Hegel hat Stuttgart nie geliebt. Er hat es später auch nur ein einziges Mal (von Heidelberg aus) ganz kurz besucht, um Schellings Bruder, einen berühmten Augenarzt, den die ganze Familie Hegel-von Tucher konsultierte, zu besuchen. Später schätzte er Stuttgart gar nicht mehr, wie aus den Briefen der Schwiegermutter Hegels an ihre Tochter hervorgeht.

11) In „Die Neue Zeit", Stuttgart 1891, S. 198 ff. Engels hat diesen Artikel Plechanows in einem Brief an Kautzky vom 3. 12. 1891 „ausgezeichnet" genannt (siehe MEW, 38, 235). Lenin lobte ihn ebenfalls und empfahl dauernd, die Hegel-Einschätzung Plechanows zu beachten. Siehe den Brief an Potressow vom 2. 9. 1898 (Lenin Werke 34, S. 9). Eine Auswertung dieser Gedanken auf Lenins „Hegel-Bild" findet sich in „Hegel-Bilder" (Akademie-Verlag, Berlin, 2. Aufl., 1967, S. 262). Die Übertragung der Gedanken Plechanows auf die gegenwärtige (westliche) Beschäftigung mit der Denkbeziehung Marx-Hegel habe ich in „Tendenzen bundesdeutscher Marxbeschäftigung", a.a.O., S. 50 ff., vollzogen. Zu der dort äußerst zurückhaltend geübten Kritik an den „Doktorhut"-Verleihungen für Hegel-Mißdeutungen gesellt sich nunmehr auch die gebotene Kritik an dem, was Plechanow wörtlich „Prämien"-Verleihungen nannte. Im Namen Hegels eine „Prämie" oder einen „wissenschaftlichen" Preis zu verleihen, ist mehr als unhegelisch. Hegel würde über solche Äußerlichkeiten spotten, sie „seicht" und „formal" nennen und als „äußerliches Ordnen" abtun. Dieser „Hegel-Preis" kann nicht abstreiten, daß er bereits 1891 von Plechanow als „Prämie" im Kampfe gegen Fortschritt, gegen echte Wissenschaft und die Philosophie des Marxismus-Leninismus erkannt und so entlarvt wurde.

sagte: „An dieser Stelle wollen wir nur bemerken, daß in nicht ferner Zukunft das Interesse für die Hegelsche Philosophie wiedererwachen dürfte, namentlich für dessen Philosophie der Geschichte. Die großartigen Erfolge der (damaligen! WRB) Sozialdemokratie nötigen die sogenannten gebildeten Klassen, die (damaligen! WRB) sozialdemokratischen Lehren und deren historischen Ursprung kennen zu lernen. Haben sie aber einmal angefangen, sich mit diesen ihnen allerdings wenig angenehmen Studien zu beschäftigen, so werden sie sehr bald und geraden Weges bei — Hegel anlangen müssen, der sich somit als ein für die ‚öffentliche Ruhe' höchst gefährlicher Denker herausstellt. Aus diesem Grunde läßt sich mit Bestimmtheit voraussagen, daß die ‚gelehrten' Apologeten der bestehenden Ordnung mit großem Eifer an eine abermalige ‚kritische Durchsicht' der Hegelschen Philosophie gehen werden, daß mancher Doktorhut und Prämien aller Art werden erlangt werden im Kampfe gegen die ‚Extreme' und die ‚logische' Willkür des seligen Professors".

Und ebenso interessant erscheint uns heute die Voraussage über das Schicksal der Hegelschen Philosophie, die Eduard Gans, der redegewandteste und eifrigste Schüler Hegels, aus dem Entwicklungsgedanken Hegels ableitete und im Vorwort zur Herausgabe der Hegelschen Rechtsphilosophie festhielt: die Zeit des Hegelschen Systems „ist einmal um. Und es gehört (dann) der Geschichte an. Eine neue, aus denselben Grundprinzipien hervorgehende fortschreitende Entwicklung der Philosophie tut sich hervor, eine andere Auffassung der auch veränderten Wirklichkeit".

Diese „veränderte Wirklichkeit" (heute doch wohl das Wachsen der sozialistischen Staaten und der Siegeszug des Marxismus-Leninismus) erzwang ein vollkommen anderes, neues Hegel-Bild. Die marxistische Hegel-Einschätzung trägt dieser „neuen Wirklichkeit" nicht nur Rechnung, sie ist aus ihr entstanden. Sie spiegelt sie wider. Hegel verwandelt sich in die Gestalt der Hegel-Kritik und dient als solche im Kampfe an der philosophischen Front. Und dies bewahrheitet in offener, widersprüchiger, vielseitiger, manchmal elegant, manchmal grobschlächtig vorgetragener Weise die Grundzüge der Hegelschen Philosophie. Noch in dieser Form, noch als Hegel-Kritik und noch als Gesprächspodium für die Marxismus-Idealismus-Auseinandersetzung der Gegenwart bewährt sich die Hegelsche Philosophie selbst. Im Verlaufe ihrer keineswegs geradlinig verlaufenen Geschichte entsprang aus der „neuen Wirklichkeit" — denn Hegels Begriff der „Wirklichkeit" stellt sich zugleich als Wirksamkeit — dieses neue Hegel-Bild. Das wirksame Moment dieser Wirklichkeit fußt: auf Hegel. Engels hielt es fest: „Ohne Vorausgang der deutschen Philosophie, namentlich Hegels, wäre der deutsche Sozialismus — der einzige wissenschaftliche Sozialismus, der je existiert hat — nie zustande gekommen" [12]).

Diese dauernde, tiefgründige und vom Materialismus aus anhebende Hegel-Betrachtung hatte auch Lenin gefordert. Mehr noch: er regte geradezu die Gründung einer Hegel-Gesellschaft an. „Eine Art Gesellschaft materialistischer Freunde der Hegelschen Dialektik" sollte sich vordringlich mit Hegel befassen [13]). Es war — nach 1945 — dringend Not und Zeit, sich dieser Lenin'schen Ratschläge zu erinnern. Die erneut „veränderte Wirklichkeit" kleidete diesen Vorgang in die Schaffung einer alle Richtungen und Strömungen der Hegel-Deutung zu Wort kommen lassende, ein echtes Gesprächspodium bereitstellende „Internationale

12) In den „Vorbemerkungen zu ‚Der deutsche Bauernkrieg' ", MEW 7, 541.
13) In „Über die Bedeutung des streitbaren Materialismus", Lenin Werke 33, 220. Dieser für die moderne Hegel-Beschäftigung und die Haltung der fortschrittlichen Intelligenz in den kapitalistischen Ländern äußerst wichtige Zeitschriftenaufsatz Lenins aus dem Jahre 1922 verdient nach allen Seiten hin aktuelle Beachtung. Die „Freischärler", die sich „demokratisch-radikale oder ideell-sozialistische Publizisten nennen", würden hier die geschichtlich gebotene Antwort auf ihr Treiben lesen können.

Hegel-Gesellschaft", die das Hegel-Jubiläum nur an der Stelle, einzig und allein an dem Ort (ja sogar in den Gebäuden!), von denen aus Hegels Philosophie ihren weltweiten Gang antrat, nicht als äußeres Erinnern, als Preisverteilung oder tiefsinnige blah-blah-Philosophie, sondern als Denken und Bedenken anderen Denkens begehen kann: in Berlin.

Die Saat, die die „Internationale Hegel-Gesellschaft" ausstreute, ist längst aufgegangen. Sämtliche philosophischen Erörterungen der Unruhen des Pariser Frühlings 1968/69 sind ohne Heranziehung des Themas „Hegel" undenkbar. In allen Ländern wächst die Auseinandersetzung um die Hegelsche Philosophie, vor allem im Zeichen der Marxismus-Beschäftigung. Auf dem großen Internationalen Philosophie-Kongreß 1968 in Wien galt ein Thema ausdrücklich der Denkbeziehung Marx-Hegel [14]).

Allerdings: auch hier gab es Hegel-Entgleisungen. Wie Marx einst sagte und oft wiederholte: eine Idee „blamiert" sich, wenn sie ohne ihr Interesse auftritt: H. G. Gadamer, der sich so gerne als besonders guter Hegel-Kenner nennen hört, meinte in seinem Vortrag 1968 in Wien, daß die Macht des Geistes seine Ohnmacht sei. Das — ist unhegelisch. Es ist auch unmarxistisch, ohne mit dieser Parallele in etwa eine Identitätsbeziehung zwischen Hegel und dem Marxismus behaupten zu wollen. Für Hegel steht fest, daß Vernunft die Welt regiert. Eine „Ohnmacht des Geistes" könnte für Hegel nur auf der Stufe des Verstandes konzipiert werden. Für den Marxismus aber gilt, daß eine Idee sehr wohl Macht nicht nur haben, sondern entfalten kann, nämlich dann, wenn sie die Massen ergreift. Wer nur irgendwie, und sei es am Rande, die Revolutionsjahre 1917/18 erlebte, wird dies sehr wohl wissen.

Eben, weil Vernunft die Welt regiert, weil die fortschrittlichen Kräfte die Bremsklötze und Hindernisse überwinden, ja beseitigen werden — wobei allerdings sowohl nach Hegel wie nach Marx die „Geschichte nur durch ihre düsteren Seiten fortschreitet" —, darum darf die der Zukunft zugetane Intelligenz die Hegelsche Philosophie kritisch in ihren Denkfundus einbeziehen.

Alle Marx-Kritiker waren und sind auch Hegel-Kritiker. Und alle Marxisten sind sich der „Erbschaft Hegel" bewußt und der damit verbundenen Verpflichtung, Hegel nicht zu „buchstabieren", sondern zu lernen, zu begreifen, zu nützen.

Fast alle ernsthaften Denker der Welt haben sich irgendwie mit Hegel befaßt. Denken wir an Goethe, der zwar mit der Hegelschen Dialektik nicht so ganz zurechtkam und stets eine gewisse Scheu vor ihr hatte, aber doch ihre Leistung anerkannte. Führen wir den Ausspruch Nietzsches an: „Wir Deutsche sind Hegelianer, auch wenn es nie einen Hegel gegeben hätte". Erwähnen wir die trockene Bemerkung von Mao Tse Tung: „Der bekannte deutsche Philosoph Hegel leistete für die Entwicklung der Dialektik einen sehr wichtigen Beitrag". Solche Hegel-Einschätzungen ließen sich in ungemein reicher Gestalt in erheblich großer Menge aufzählen. Uns aber gilt nicht so sehr das Äußere. Was hat Hegels Philosophie den fortschrittlichen Kräften, insbesondere der Arbeiterklasse, genützt? fragen wir. Da ist zunächst die Kategorie des Selbstbewußtseins, die ihre hegelische Potenz den Arbeiterklassen zur Verfügung stellte. Der Übergang von Bewußtsein zu Selbstbewußtsein, zum Wissen um die eigene Macht und Kraft, hat keine einzige idealistische Philosophie ausser Hegel mit solch geschichtlichen Erfolgen (z. B. Einwirken Hegels auf die Bildung der slawischen Staaten!) zu

[14]) Das unter dem Titel „Marx und Hegel" vorbereitete Kolloquium wurde dann unter der Bezeichnung „Marx und die Philosophie der Gegenwart" abgehalten; siehe Kongreßbericht, Herder-Verlag, Wien 1968, Band II, S. 3 ff. Fast alle Referenten gingen aber — bereits durch die jeweilige Themenfassung bedingt — auf die Denkbeziehung Marx-Hegel ein.

erfassen vermocht. Da ist der Entwicklungsgedanke, der jeder aufstrebenden Konstellation die innere Gewißheit ihres Sieges vermittelte. Das ist sogar der oft mißdeutete Satz von der Vernunft-Wirklichkeit-Identität, der — wie es Hegel noch selbst im Vorwort zur 2. Auflage der „Enzyklopädie" erläuterte und später Engels mit Nachdruck interpretierte — nichts anderes besagt, als daß eine „schlechte" Wirklichkeit vernünftig werden muß, d. h. ihre „Schlechtigkeit" eben abzulegen hat. Decken sich Vernunft und Wirklichkeit nicht, so ist es für Hegel nicht um die Vernunft zu tun. Er sagte dazu: „Um so schlimmer für die Wirklichkeit", weil sie beseitigt werden muß — und wird. Sollte dies keine philosophische Untermauerung des Strebens aller Arbeiterklassen der Welt abgeben können?

Der „Internationalen Hegel-Gesellschaft" gelang es bei Polizeiandrohungen, Saalbenützungsverweigerungen, Hetzkampagnen und anderen Machenschaften der „schlechten" Wirklichkeit stets andernorts (statt in Heidelberg in Wien, statt in Bern in Genf), ihre Kongresse abhalten zu dürfen. Und 1968 noch, als bundesdeutsche Quertreibereien den seit Jahren vorbereiteten Pariser Hegel-Kongreß störten und angebliche Hegel-Kenner eine Alleinvertretungsdoktrin für sich forderten, vermochte sie durch Ausweichen auf das Jahr 1969 und dann im offenen Widerspruch zu dem müden, verbrauchten Regime de Gaulles den Kongreß mitten im unruhigen Paris durchzusetzen. Keine Polizeigewalt hinderte diese „Kraft des Geistes".

Hegel braucht kein Jubiläum, um aktuell zu sein. Aber die Aktualität Hegels hindert nicht, des Jubiläums zu gedenken. Und auch dies vollzieht der Marxismus-Leninismus ehrlicher als andere nur an aufdringlichen Neu-Editionen oder Publikationen interessierte Kreise. Mit Schau-Philosophie kann man Hegel nicht gerecht werden. Hegel lehrte wie kein anderer Philosoph der prämarxistischen Ära das Denken. Und im An-Denken an ihn darf sich geschichtlich richtiges Denken, d. h. von den fortschrittlichen Kräften her ansetzendes und für diese Partei ergreifendes Denken, nicht erschöpfen. Es gilt: Hegels Denken zu bedenken, um für gegenwärtig gebotenes Denken das Richtige zu er-denken.

Zum Stand der Auseinandersetzung zwischen Rechten und Linken in der SPD

Von Klaus Fritzsche

I

Eine Furcht geht um in der deutschen Sozialdemokratie — die Furcht vor dem Sozialismus im eigenen Haus.

War es in der Hoch- und Spätphase der sozialpsychisch überaus wirkungsträchtigen Expansionskonjunkturen gelungen, sozialistisches Bewußtsein und seine

Vertreter bis auf schmale Reste zu verdrängen oder stillzulegen und die Einpassung in den reaktionären Entwicklungsstrom der Bundesrepublik als alleinige Möglichkeit des Überlebens zu insinuieren und hatten sich in diesem Trend mit logischer Konsequenz schließlich die Protagonisten des „autoritären Besitzverteidigungsstaates" (Kurt Schumacher) auch innerparteilich sachlich und personell durchgesetzt, so mußte die Erschütterung der Sozialpartnerschafts- und Volksgemeinschaftsideologie durch die ökonomischen und sozialen Realitäten offenbarwerdender Systemkrisen schließlich auch die Herrschaftssicherungen und Regulationsmechanismen in der SPD durchbrechen. Zeitlich verschoben setzte eine sich zunehmend konkretisierende Flügelbildung ein, die vom antiautoritären Anstoß der nichtetablierten Opposition über eine linksliberale Zwischenphase mehr und mehr zu sozialistischen Bewußtseinspositionen sich vorarbeitete.

In der Zeit der CDU/CSU-SPD-Koalition konnte, trotz der Erschütterungen besonders durch die Notstandsdiskussion, die theorielose, als pragmatisch und realistisch ideologisierte Politik zur Befestigung des gesellschaftlich-politischen und innerparteilichen Status quo noch nahezu uneingeschränkt fortgesetzt werden. Insbesondere hatte Karl Schillers technokratisches Formierungskonzept der sogenannten „Konzertierten Aktion" und vorgeblichen „Sozialen Symmetrie" auch innerparteilich den Sinn — und teilweise den Effekt — der Absorption und Vereinnahmung kritischer Kräfte in ein rissiges, nicht mehr unbefragt geltendes Herrschaftskartell.

Jedoch fanden gerade unter den Gegebenheiten der Großen Koalition in den verfestigten Strukturen der Partei Fragen und Diskussionen über Standort und Weg der SPD weithin Resonanz, und eine beträchtliche Zahl bis dahin politisch nur beunruhigter oder auch resignierter Mitglieder und Funktionäre gewann neu oder wieder Zugang zu fundamentaldemokratischen Forderungen und Entwürfen. Ausdruck dieser Entwicklung waren und sind innerparteiliche Gewichtsverschiebungen, die die Linken teilweise schon zu Faktoren kritischer Größenordnung werden ließen und ihnen mancherorts auch den Gewinn der Mehrheitsbasis brachten. Die Nominierung und Durchsetzung einiger linker Bundestagskandidaten — meist gegen den Widerstand des Parteiestablishments — gehört in denselben Zusammenhang; die von ihnen in der SPD-Bundestagsfraktion gebildete linke Gruppe ist trotz ihrer relativ geringen Zahl schon heute für den Führungskern ein beachtlicher Beunruhigungsfaktor. Parallele Prozesse sind in den Landtagen im Gang oder doch von den anstehenden Landtagswahlen zu erwarten.

II

Treibende Kraft dieser Entwicklung sind innerhalb der gesamten Partei die Jungsozialisten (JS), die bis vor einigen Jahren als politisch kritikloses, beliebig — besonders zu Wahlkampfzwecken — einsetzbares Personalreservoir in guter Geltung standen. Seitdem aber, und in dem Maße, wie die JS die marxistische Gesellschaftskritik wiederentdeckten und sich aneigneten, wurde der teils schweigend-konservativen, teils direkt konterrevolutionären rechten Mehrheit der Funktionshierarchie deutlich, daß hier der sonst goutierte Begriff des Generationenproblems nicht mehr hinreiche, sondern daß für ihren perspektivenlosen Positionsverteidigungskurs grundsätzliche politische Gefahr entstand. Dieser Erkenntnis folgte eine von der extremen Partei-Rechten — Wortführer: Helmut Schmidt — nachdrücklich angeheizte Kampagne des Apparats — dessen Subkontrolle Wischnewski mehr und mehr übernahm —, um die JS unter Kuratel zu stellen. Dabei versprach man sich eine Generalbereinigung von der administra-

tiven Senkung der Altersgrenze der JS von 35 auf 25 Jahre, die den größten Teil der politisch profilierten JS liquidiert und vermutlich in der Tat die JS auf das gewohnte Niveau der handhabbaren Jugend- und Nachwuchsorganisation abgedrängt hätte. Mehrere Anläufe in diese Richtung blieben jedoch erfolglos.

In der langfristigen und in vielen Bereichen geführten Auseinandersetzung zwischen Linken und Rechten ist aber inzwischen eine neue politische Qualität erreicht. In der Vergangenheit war es der Parteiführung stets gelungen, die Kontrolle über die Bundesebene der JS auszuüben, und zwar auch noch in den letzten Jahren, als die Linksbewegung der JS schon an allen Fronten sichtbar wurde. Das war vor allem dadurch möglich, daß der JS-Bundesvorsitzende Peter Corterier und der JS-Bundessekretär Ernst Eichengrün gegenüber den JS als Exekutoren der parteibeherrschenden Rechten auftraten und ihr mit einer Politik gröbster Manipulationen, beispielsweise auch durch eigenmächtige Absagen beschlossener und vorbereiteter JS-Ostkontakte, zu Diensten waren. Diesen Praktiken hat der JS-Bundeskongreß vom Dezember 1969 in München ein kategorisches Ende gesetzt und, mit breiten Mehrheiten, den bundesweiten Durchbruch der JS zur sozialistischen Selbstverständigung und sozialistischen Konzeptionen herbeigeführt [1]). Mit Ernst Bloch [2]) zu reden: Der erloschene Funke in der Asche der SPD ist wieder neu entfacht.

Die Situation ist für die Parteiführung durchaus prekär: einerseits sind ihr die eigenen Positionen auf längere Sicht als bedroht bewußt, und gesellschaftspolitisch sieht sie den immer noch mühsamen Frieden mit den sozioökonomischen Machtzentren — die der Kongreß in einer Reihe von Beschlüssen frontal anging — in Gefahr. Anderseits kann sie sich, aus vielfältigen Gründen, eine spektakuläre Aktion gegen die JS gegenwärtig nicht und wohl auch nicht mehr leisten. Immer noch gilt zudem offiziell das Godesberger Programm, das in seiner epischen Verschwommenheit zu Abschirmungszwecken auch traditionelle Deklamationen bewahrt, die sich jetzt gewissermaßen gegen den ihnen zugedachten Fehlgebrauch wenden; so etwa das Diktum: „Auf deutschem Boden sammeln sich die Sozialisten in der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands . . ."

Daß dies nunmehr tatsächlich eintritt — wenn auch gewiß nicht im Sinn und Selbstverständnis des immanenten Ausschließlichkeitspostulats —, mag als Ironie der Geschichte gelten, zumal vor einem Jahrzehnt vom schwankenden Boden dieses Programms aus die Austreibung der Sozialisten aus der Partei inszeniert worden war. Die gleiche intellektuelle Schäbigkeit reproduziert sich in den Reaktionen der Partei-Rechten auf die jetzige ungeliebte Realisierung.

III

Die Münchner Wendung hatte sich seit längerem abgezeichnet, und so war schon im Vorgriff über eine effektsichere Gegenstrategie diskutiert worden. Nach München entstand daraus — nach mehreren schriftlich fixierten Vorstufen — unter der Federführung des abgelösten Bundessekretärs Eichengrün das Papier „Zur Lage der Jungsozialisten", das den beteiligten Parteivorstandsmitgliedern unter „vertraulich" zuging, und dem alsbald die gebotene Öffentlichkeit zuteil wurde [3]).

Die Studie beweist weithin einen Realismus in der Situationseinschätzung, der zu den bisherigen kurzatmigen Repressionstaktiken deutlich kontrastiert. Sie deu-

[1]) Vgl. etwa die verschiedenen — allerdings in sich noch nicht widerspruchsfreien Beschlüsse des Kongresses zum politökonomischen Bereich. Die Beschlüsse des Kongresses sind zusammenhängend gedruckt in: Sondernummer des JS-Magazins (Bonn), Januar 1970.
[2]) Karl-Marx-Symposion Trier 1968.
[3]) Mehrfach abgedruckt; am besten zugänglich in: „SK-Extra 1/70" der Sozialistischen Korespondenz (Hamburg).

tet den gewissermaßen globalen Übergang zur Bekämpfungsstrategie mit Wehner'schen Zeitmaßen an und ist das erste — bekanntgewordene — konkretisierte Dokument einer formierten quasi gegenrevolutionären Entschlossenheit, die zwar der langfristigen politischen Programmatik weiterhin notwendig entraten muß, aber zur Abwehr der sozialistischen Zielprojektivität die SPD-Linke (deren nicht unbeachtliche intellektuelle Verstärkung durch seitherige SDS-Mitglieder neuestens zusätzlich gefürchtet wird) in negativer Rückkoppelung mit deren eigenen Mitteln schlagen will.

Eichengrün erklärt, gegenüber der partiellen Linksbewegung früherer Bundeskongresse gehöre der Münchner „Umschwung ... in eine andere Kategorie: totale Umwandlung der JS-Arbeit mit dem Ziel einer tiefgehenden Veränderung der Partei selbst ... Hier ist eine Gruppierung zum Kampf angetreten, die die Partei umdrehen will. Hier geht es nicht mehr um das bisher gewohnte Auftreten einer mit der Märtyrerpose wehleidig kokettierenden, isolierten Minderheit, sondern um die Frage, wer morgen die Mehrheit hat." Vom martialischen Vokabular („total", „Kampf", „umdrehen") abgesehen, das im ganzen Eichengrün-Papier auf Aggressionsballung bewußt zugespitzt ist: die Grundkondition ist zutreffend gesehen. In der Tat ist das dezidierte Ziel der JS heute — bei durchaus vorhandenen und diskutierten Unterschieden im einzelnen [4]) — die „tiefgehende Veränderung" der oligopolkapitalistischen Profitgesellschaft in eine qualitativ demokratische, das ist sozialistisch-egalitäre Gesellschaft. Dazu bedarf es allerdings auch einer qualitativ anderen Politik, deren Richtmaß nicht länger die parasitäre Wucherung der Kapitalmächte ist und die auch die — unbestrittene — gegenwärtige Not und Notwendigkeit des Koalierens nicht zur Tugend des ewigwährenden bourgeoisen Sozialkompromisses, zu Lasten der breiten Volksmehrheit, erhebt. Die Folgerichtigkeit dieses kritischen Ansatzes sieht Eichengrün zweifellos, und er erspart sich Räsonnement und Kundgebungen von Verwunderung, die so unglaubwürdig wie vergeblich wären.

Aber die radikal veränderten Richtungsverhältnisse könnten auch ein Versagen der bisherigen Parteivorstandsagenten anzeigen. Die Exkulpation Eichengrüns decouvriert das Kartell: „Auf diese Radikalisierung haben Peter Corterier und ich in unseren Berichten seit Sommer 1968 des öfteren hingewiesen ..." Eichengrün benennt, ohne jeden Blick für die Basis, aber für den Überbau weithin zutreffend, „die Gründe der Radikalisierung: emotionale Aufladung gegenüber der Parteiführung durch Große Koalition, Notstandsgesetze, Vorbeugehaftentwurf, Anerkennungspsychose, beabsichtigte Herabsetzung der JS-Altersgrenze ..., Verbitterung über vielerorts noch anzutreffende Überalterung, Verbürokratisierung und Entpolitisierung der Partei sowie über grundloses oder schlecht begründetes administratives Vorgehen gegen junge Mitglieder ... Der Sog seitens der APO ..."

Unter diesen Umständen deklariert Eichengrün die Aktivität seiner, wie er findet, „kleiner werdenden parteiloyalen Gruppe" als zumindest partiell erfolgreich, jedenfalls aber tragisch entschlossen: „1969 konzentrierten wir unsere Bemühungen deshalb darauf, den ganzen Verband wenigstens bis zur Wahl nach außen hin zu neutralisieren, um unliebsame Auswirkungen auf die Partei zu vermeiden. Das war für uns weder eine befriedigende und bequeme Aufgabe, noch machten wir uns Illusionen über die persönlichen Rückwirkungen für uns selbst. Das Ergebnis von München war daher ziemlich genau voraussehbar."

[4]) Die „anarchistischen Kindheitsmasern" (Rosa Luxemburg) sind, wie auch das Zellteilungsstadium, jedenfalls weitgehend überwunden, wenn auch Einflüsse dieser Art — bewußtseinssoziologisch unvermeidlich — noch vielfach nachwirken und spürbar sind.

IV

Eichengrün denunziert, in jener abgründigen Kontinuität der nachfaschistischen „Ideologie der Ideologielosigkeit" (Wolfgang Abendroth), den „Zug zur marxistisch getönten Analyse und langfristigen Gesamtplanung" als „Re-Ideologisierung von Theorie und Praxis", warnt aber, in der Tendenz durchaus realistisch, vor führungsintern noch populären Fehldeutungen: „Wortradikalismus ist... eine Etappe, die unsere ‚Linken' längst hinter sich gelassen haben, auch wenn einige sich noch selbstgefällig darin üben." Es gehe den JS vielmehr um konkrete sozialistische Politik. „Wenn auch der Formel von der ‚sozialistischen Praxis' z. Z. noch mehr magische Beschwörungskraft als konkreter Inhalt innewohnt, so könnte sie in absehbarer Zeit dennoch an Brisanz gewinnen."

Zur Mobilisierung des antikommunistischen Syndroms bedarf es einer möglichst „bolschewistischen" Verortung der JS — als abwehrwirksamstes Komplementärklischee zur „Re-Ideologisierung": „Die Haltung zum Kommunismus ist ambivalent... der zentrale Widerspruch von Kommunismus und Sozialismus (wird) geleugnet... Außenpolitisch und gesellschaftspolitisch wird noch nicht einmal ein ‚Dritter Weg' verfolgt, der zu Kapitalismus und Kommunismus den gleichen Abstand hielte... Das gesellschaftspolitische Verhältnis zum Kommunismus läuft letzten Endes auf Schönheitsoperationen am Leninismus hinaus."

Hier ist, außer der Unverträglichkeit dieser Sentenzen mit einer seriösen Diskussion, etwas Denkgeschichtliches zu vermerken. Daß nämlich der Revisionismus offensichtlich noch nicht — wie Werner Hofmann [5]) formuliert hat — da endet, „wo er nichts mehr zu revidieren vorfindet": er kommt auf seinen vollen Begriff da, wo auch keine Erinnerung an das von ihm Erledigte mehr stört; wo über das von den Theoretikern des Sozialismus Formulierte, mag es auch Denkgrund und Bewegungskraft der sozialen Emanzipationsbewegung gewesen sein, schlechthin Unwissenheit vorausgesetzt werden kann.

Analog wäre wohl auch erwägenswert, wann je in der Geschichte der Sozialdemokratie die gesamten Führungskader im Niveau ihrer theoretischen Selbstverständigung den heutigen zu vergleichen waren.

Im Grunde hat Eichengrün mit seinen Bezichtigungen dem Parteivorstand (PV) eine Operationslage hergestellt, in der logischerweise nur noch der Schnitt heilen kann. Dies wäre, wie oben angedeutet, gegenwärtig nicht opportun. Aber die Richtung wird wenigstens schon eingeschlagen: Eichengrün fördert ad hoc, „dringend", ein Kontaktverbot zur SDAJ; als Quarantänemaßnahmen und erster Schritt — wie auch informell schon einigen Bezirken vom Apparat abgereicht.

V

In der Orientierung richtig, aber in der Eindimensionalität absichtsvoll überzogen — zur sozialpsychischen Kategorisierung des Innenfeindes: der Nestbeschmutzer und Heckenschützen —, betont Eichengrün die Ausrichtung der JS auf die innerparteiliche Auseinandersetzung: auf die „Strategie des begrenzten Konflikts und der permanenten Verunsicherung des Parteiapparats". Zwar kann er nicht umhin, „viele kritische Ansatzpunkte" der JS gegenüber dem Zustand der innerparteilichen Demokratie als gerechtfertigt zu erklären, schärft aber gerade deswegen die „Gefährlichkeit" ihrer Konzeption ein. Sie appelliere an ein „unreflektiertes, verabsolutierendes Verständnis von innerparteilicher Demokratie, wie es sich in der Partei mangels theoretischen Selbstverständnisses (!) immer mehr durchzusetzen beginnt".

5) Ideengeschichte der sozialen Bewegung des 19. und 20. Jahrhunderts (Göschen 1205/1205a), Berlin 1968, 182.

Besondere Gefährlichkeit geht jedoch für Eichengrün von einem anderen Aspekt aus: „Es muß dringend vor der Annahme gewarnt werden, bei der JS-Linken handele es sich um eine Gruppe, die auf einer linksopportunistischen Welle zu Ämtern und Mandaten gelangen wolle, um sich alsdann mehr oder weniger leicht ins Establishment integrieren zu lassen. Diesen Leuten geht es primär nicht um ihre Karriere, nicht nur darum, einmalig eine Reihe von Funktionären zu besetzen, sondern darum, durch permanente Indoktrination und Revolutionierung der Basis jegliche Funktionärsschicht permanent unter Kontrolle zu halten. Es wäre verhängnisvoll, verließe man sich seitens des PV auf den in der Vergangenheit immer wieder bewährten Effekt der Abnutzung und Mäßigung durch die Praxis! Wir haben es mit einer klaren Fraktionsbildung zu tun, die unter dem Motto ‚Mehr Offenheit in der Partei' versucht, die Partei mit wachsender innerer Disziplin nach links zu öffnen und nach rechts zu schließen."

Der Vorwurf der Fraktionsbildung — eine zentrale Kategorie des SPD-Establishments gegen die Parteilinke — ist umsichtig in die Indizienkette geschoben, aber lediglich aus machtlogischen Gründen; denn logisch und faktisch ist er gänzlich obsolet. Einerseits sind ja — übrigens seit Rosa Luxemburg — Körperschaftsdisziplin und Fraktionsverbot Hauptpunkte der Kritik an den Parteien des leninistischen Typs; und anderseits ist die jüngere SPD-Geschichte selbst nicht zuletzt die Geschichte einer geradezu kopfjägerischen — allerdings rechten — Fraktionspolitik.

Aus seinen Deduktionen signalisiert Eichengrün schon akute Bedrohung: „Die mit Hilfe der linken JS gewählten Funktionäre und Mandatsträger werden künftig mehr als bisher gezwungen werden, ihre Wahlversprechen gegenüber diesen JS einzulösen ... Jeder Minister der Partei wird sehr bald seine Fachpolitik ganz zentral in Frage gestellt sehen ... Es darf nicht übersehen werden, daß der Einfluß der JS in den Bezirken wächst. In etwa sechs Bezirken spielen die JS als formierte Fraktion bereits eine entscheidende Rolle."

Die Rechte weiß, daß die sozialistische Bewußtwerdung — nicht nur — der JS in Initiation und wesentlichen Antrieben sich der außerparlamentarischen Opposition verdankt. Existenzangst und politischer Potenzneid zwingen dazu, in der Auseinandersetzung mit den JS auch auf jenes sinistre Assoziationsfeld zu rekurrieren, das — sozialpsychisch nicht von ungefähr — zu diesem Gegenstand existiert: der Unterschied zwischen JS und „der APO" sei lediglich „taktischer Natur"; und „den radikalen Kräften innerhalb und außerhalb der SPD" sei inzwischen klar geworden, daß die SPD „die einzig sinnvolle politische Plattform abgibt". Freilich ist dabei unterschlagen, daß die SPD-Führung selbst mit einigem verbalen Nachdruck die SPD als solche empfohlen, um die praktische politische Parteimitarbeit der kritischen Jugend geworben und ihr dafür Avancen gemacht hatte [6]); und daß etwa für den Bundestagswahlkampf 1969 die grundsätzlichen politisch-programmatischen Divergenzen dem PV kein Hindernis gewesen waren, von den JS Solidarität trotz Gegensätzen zu fordern: die JS sollten, wie es damals hieß, „mit ihren Ideen (!) und ihrer Aktivität zum Gelingen unserer Arbeit beitragen" [7]). Nach Tische ist Gelegenheit, es anders zu lesen; entsprechend illu-

---

[6]) Vgl. etwa Willy Brandts Ausführungen auf dem sog. „Jugendkongreß" der SPD vom Januar 1969 (FR 13. 1. 1969); oder Heinz Kühns Rede im nordrhein-westfälischen Landtag vom 21. 1. 1969 (Sonderdruck Düsseldorf 1969). Von einer Erörterung der Dauerkontroverse zwischen dem — relativ schwachen — liberalen Flügel um Brandt und dem harten „Ordnungs"-Flügel um Schmidt-Hamburg und Wehner muß hier abgesehen werden. Bei den „Falken" hat jedoch das Abwehrinteresse gegenüber gelegentlichen Einladungslyrismen stets überwogen; vgl. etwa zu Wehner die tumultuöse Hochheimer Rede vom 26. 5. 1968 (FR 27. 5. 1968); zu Schmidt die „Führerrede" vor PV, Parteirat und Kontrollkommission am 13. 2. 1969 (Wortlaut: FR 5. 4. 1969). Für die Position der Parteilinken außerhalb der JS vgl. z. B. Walter Möller Interview mit „konkret", 9. 3. 1970, 51 f.

[7]) Zitiert nach FR, 1. 4. 1969.

striert auch dies die Berliner JS-These [8]): „Jeder Appell zur Loyalität mit der SPD außerhalb klar abgrenzbarer und von Sozialisten akzeptierbarer Sachvorschläge ist zu ignorieren."

VI

Eichengrün legt Nachdruck darauf, daß die jetzige politische Position der JS „auf lange Zeit festgelegt (ist). Bei Wahlen und Abstimmungen waren in München die Mehrheiten zu deutlich, als daß man für die nächsten Jahre auf eine Änderung hoffen könnte ... Frühestens in vier bis sechs Jahren wird es möglich sein, die Organisation wieder halblinks zu stabilisieren und damit in ihrer Wirkung innerhalb und außerhalb der Partei zu neutralisieren." Es bedarf also der korrespondierenden Gegenaktivität, die auf längere Sicht den Linken das Prae der diskutanten zielgerichteten Solidarität entwindet. Rebus sic stantibus scheidet das Skalpell aus; man legt sogar organisationspolitische Konzessionen nahe: praktische Suspendierung der Zustimmungsbedürftigkeit von JS-Personalentscheidungen, selbständigere Kassenführung, Wegfall des Stimmrechts des JS-Bundessekretärs im PV [9]). „Eine Auflösung der JS ist nicht zu empfehlen. Sie wäre innerparteilich nur sehr schwer durchzusetzen und nach außen hin äußerst schädlich."

Gleicherweise — gewiß nicht zufällig — hat Willy Brandts Berater Leo Bauer [10]) votiert: „Administrative Lösungen sind keine Lösungen."

Ganz im Sinn der Gegenstrategie empfiehlt Eichengrün eine „Atmosphäre der Entspannung im Gesamtverhältnis Parteiführung-JS auf allen Ebenen. Die Reform der JS wird nur in der Unterdruckkammer möglich sein."

Auch weltpolitisch mag man in der Analogie erschließen, was hier unter Entspannung verstanden ist; denn in dem verordneten Schonklima soll ja eine — gewissermaßen von Zureden bis Gummizelle weitgespannte — flexible psychiatrische Therapie reussieren, deren Ziel genau jene Entmündigung und jene Restitution der verlorenen Herrschaft ist, die von der direkten Konfrontation nicht erhofft werden kann. Mit Eichengrün: „Offenkundige Aufspaltungsversuche wären da sehr schädlich."

Nach dem Eichengrün'schen Zeitplan „werden (oder sollten)" auf dem Saarbrückener Bundesparteitag „keine allzu konkreten Beschlüsse" zur JS-Frage fallen — und sie blieben ja auch tatsächlich aus. Das höchste Beschlußorgan der Partei ist, gerade auch nach dem exemplarischen Manipulationsmanöver auf dem Godesberger Außerordentlichen Parteitag 1969 [11]), schon nicht mehr völlig sicher im Sinn der Rechten zu steuern. Der nächste Schritt, die Entscheidung über den JS-Status, soll alsbald danach folgen — entweder Aufgabe der eigenständigen politischen Linie oder organisatorische Distanzierung „ähnlich der Jungen Union".

Öffentlichkeit stellt sich auch dabei als Hemmnis: „Bei geschicktem Vorgehen müßte es möglich sein, auch einer skeptischen Öffentlichkeit diese Alternative plausibel zu machen. Bei der Präsentierung dieser Alternativen dürfte der PV daher allerdings keinerlei eigene Präferenz erkennen lassen. Es darf nicht der Eindruck entstehen, daß der PV den JS den Stuhl vor die Tür setzt." Insgesamt

---

8) Thesen zur JS-Arbeit, Berlin 1969; zit. nach G. Börnsen Innerparteiliche Opposition. Jungsozialisten und SPD, Hamburg 1969, 92.
9) Auf dieser Linie ist inzwischen auch einiges geschehen, vgl. „Der Spiegel", 16. 3. 1970, 89 f.; JS-magazin, H. 3/1970, 3.
10) Hinter Godesberg zurück, in: Die Neue Gesellschaft 17/1970, H. 1, 88.
11) Ein mit Mehrheit angenommener, der Tendenz nach progressiver Antrag zur Vermögensbildung wurde nach Intervention von Brandt („Ich kann für die Annahme dieses Antrags nicht die Verantwortung übernehmen und bitte, das zu berücksichtigen") trotz heftiger Proteste verschiedener Delegierter erneut zur Abstimmung gestellt und abgelehnt; s. dazu: Protokoll der Verhandlungen, Bonn 1969, 358 ff.

ist die Distanzierung vorzuziehen: „entweder räumen die Strategen der Parteiaushöhlung den dann nutzlos gewordenen Brückenkopf und konzentrieren sich auf die Partei selbst, wo sie dann jedoch keine Organisation mehr hinter sich haben und entsprechend an Gewicht verlieren, oder der ganze Verband wird noch weiter radikalisiert. Letzteres kann aber sehr wohl auch bei Beibehaltung des AG-Status passieren, mit dem Unterschied, daß die Partei dann ungleich mehr kompromittiert sein wird!"

Nachdem der äußere organisatorische Rahmen nach den Interessen der Rechten konstituiert wäre, könnte dann in der Tat „in den nächsten zwei Jahren die Immunisierung der Partei und die Isolierung der Radikalen in der Partei Vorrang haben". Dazu wird es notwendig, „gezielte Kaderarbeit bei der Bildungsarbeit" zu betreiben, und zwar — nach dem Verlust der Herrschaft über die JS-Bildungsarbeit — insbesondere mit dem Instrument der Bezirks-Bildungssekretäre: „Sie müssen speziell und koordiniert auf diese Aufgabe angesetzt werden." Planziel ist vor allem, „die mittlere Ebene der Funktionäre und Mandatsträger" zur politisch-programmatischen Diskussion instandzusetzen — ein Offenbarungseid von spezifischer Qualität.

Dabei darf über das Herrschaftsgefälle dieser „Bildungsarbeit" kein Mißverständnis sein: „Der Anstoß zur theoretischen Grundsatzdiskussion muß von oben kommen, er muß unten von fähigen Genossen aufgenommen werden können." Eine herrschende Rechte hat zwangsläufig das Führerprinzip als normatives Vorab ihrer Demokratie; Kritik, Kontrolle und alternative Konzepte von der Basis gefährden den Status quo. Eichengrüns Denunziationen gegen die SPD-Linke — etwa: „Intoleranz". „linksextreme Dogmatik mit totalitären Implikationen", „Indoktrination", Streben nach „monolithischer Alleinherrschaft" — folgen dieser Linie und stehen fugenlos im Kontinuum, das von Strauß und Thadden sich herüberzieht [12]).

VII

Die angezielte theoretische Diskussion soll geführt werden „insbesondere um die Frage ‚Volkspartei oder Klassenpartei'". Für die Rechte, die theoretisch diskutieren lassen will, ist der Problemspielraum ihrer Sichtweite gemäß und selbstredend die Entscheidung längst vor aller Diskussion gefallen. Generell und auf Dauer muß verhindert werden, daß noch jemals an der Disposition der Machtverhältnisse gerüttelt und Kurs auf Systemänderung genommen werden kann. Das leistet selbst das Godesberger Programm noch nicht — darum: „Volkspartei", in der logischerweise und wie naturgesetzlich die das Volk beherrschenden Kräfte herrschen. Eichengrün fordert, in unglaubwürdiger Naivität, eine „saubere, konkrete Definition" von Volkspartei, deren Substanz und Tendenz doch nichts anders sein kann als die Negation gesellschaftlicher Demokratie. Der SPD soll dann endlich auch programmatisch versperrt sein, wieder zu einer Partei des Progresses

---

12) Sehr bezeichnend ist in diesem Zusammenhang neuestens auch das Echo auf den Fall des Frankfurter Polizeipräsidenten Littmann, dem vom Frankfurter SPD-Parteitag wegen einer Vielzahl von Mißgriffen und undemokratischen Praktiken das politische Mißtrauen ausgesprochen und dessen Versetzung in den einstweiligen Ruhestand gefordert wurde (vgl. dazu die Dokumentation des Frankfurter SPD-Vorstands: Mehr Demokratie wagen. Der Fall Littmann, Frankfurt 1970). In der Polemik gegen die hier von der Parteibasis artikulierte Ernstnahme der demokratischen politischen Willensbildung reichte die Einheitsfront von CSU und Springerpresse über FDP und liberale Blätter (FR) bis zu Wehner, Brandt und zu den autoritären „Landjunkern" im sonst bisher eher fortschrittlichen SPD-Bezirk Hessen Süd. Der letzten Gruppe vor allem von Landräten und Bürgermeistern war der Fall Littmann gesuchter und willkommener Anlaß, beim Bezirksparteitag im März 1970 — hinter der Nebelwand „Kampf gegen die Vorherrschaft der Großstädte" — personale und politische Rechnungen zu begleichen und den „roten Bezirk" deutlich nach rechts zu rücken. Die umsichtig vorgeplante Fraktionspolitik verschaffte nicht nur ihren Regisseuren die Vorstandsmehrheit, sondern führte z. B. auch eine demonstrative Abfuhr für den profilierten linken Frankfurter SPD-Vorsitzenden Walter Möller herbei — dessen eventuelle Gegenkandidatur gegen Schmidt-Hamburg auf dem Bundesparteitag Saarbrücken damit zugleich schon im voraus abgeblockt werden sollte.

und der Emanzipation der Volksmehrheit umgebildet zu werden. Das Gemeinwohl, die immerwährende Harmonie der Sozialpartner, also die möglichste Steigerung des Kapitalprofits als des übermächtigen Antriebsfaktors der zu weniger und weniger ökonomisch-politischen Großgebilden sich zusammenziehenden Gesellschaft hätte auf der Breite der Front gesiegt; zumal e contrario „die Grundsatzauseinandersetzung mit dem Kommunismus" konstitutiv zur Volkspartei dieser Art gehört.

Im Verfolg des Konzepts einer strikt antikommunistischen Umfassungspartei, deren Spektrum, in der Mitte beginnend, nach rechts ins Unendliche weist, ein perfektes Instrument in den Händen der Beati Possidentes, ist Eile geboten. Eichengrün rät mit Grund: „Der Anspruch der neuen JS-Führung: ‚Wir sind die SPD der 80er Jahre' sollte ernst genommen werden." Gewissermaßen soll der JS-Zeitbombe eine andere, schneller ablaufende entgegengesetzt werden; und tatsächlich ist dieser Plan hart genug an den Realitäten, um als durchführbar vorgestellt zu werden. „... die Gesamtpartei sollte in ein bis zwei Jahren zu einer klaren und für alle Mitglieder verbindlichen gegebenenfalls auch administrativ vollstreckbaren Aussage über Weg und Ziel der Partei kommen, damit dann die Auseinandersetzung über die Frage ‚Volkspartei oder Klassenpartei' nicht mehr innerhalb der Partei geführt zu werden braucht."

Kann diese „Aussage" durchgesetzt werden, so hat der Aufwand auch der „theoretischen Grundsatzdiskussion" rentiert; auf „Linksabweichung" stünde a priori die Drohung der Exekution. Eichengrün hält offenbar wenigstens für möglich, daß — in gewisser Spannung zu seiner oben zitierten längerfristigen Terminierung — schon zu dieser Zeit das Projekt gelungen sein könne, die JS-Mehrheit „allmählich von ihren radikalen Wortführern zu lösen". Die Generalintention ist jedenfalls, möglichst bald das Instrumentarium bereitzustellen, das dann je nach Opportunität und Kräftelage anzuwenden wäre. Auch eine Auffangorganisation — oder, je nachdem, Gegengründung — soll schon instituiert werden: sogenannte „informelle Gruppierungen", mit der vorläufigen Aufgabe, die „Diskussion" und die Isolierung der dezidierten Linken wie von selbst voranzutreiben, aber mit der übergreifenden Disposition, daß eine von den Interessen der Rechten erforderte Dezision durch Unzulänglichkeit der Mittel nicht aufgehalten werden solle; daß also, wenn etwa möglich im Schnellverfahren, wenn jedoch nötig auch in längerer Operation, die renitenten JS — durch Gegenaktivität, Ermüdung, Verschleiß, Generationenwechsel — ausgezehrt werden könnten. Im letzteren Fall noch verbleibende Restsektierer wären dann schließlich, kaum merklich, chirurgisch zu entfernen [12a]).

VIII

Auf dem Eichengrün-Papier so nachdrücklich zu insistieren, heißt nicht: einen armen Hasen jagen, einen rechten Privatproduzenten; auch nicht bloß den in seinen Karrierewünschen frustierten Apparatmann. Die außerordentliche Bedeutung und Brisanz folgt aus einer Reihe von Elementen.

1) Der Grad der Verunsicherung und Alarmierung der Parteirechten wird offenbar.

2) Der Tendenz nach ist auch für diese gesamte Parteirechte gesprochen.

[12a]) Ganz im Sinn dieser Isolierungsstrategie hält sich das am 4. April 1970 von der extremen Westberliner SPD-Rechten den „Alt-Linken" um Ristock vorgeschlagene Tauschgeschäft: Beteiligung an allen politischen Gremien — gegen Abschiebung der seit 1967 „eingesickerten Kräfte"; vgl. die Antwort der Adressaten H. Bütow u. a.„ in: FR, 20. 4. 1970.

3) Die gegen sie anwachsende Problematik ist mit beachtlicher Umsicht und Folgerichtigkeit nach den Prioritäten der Machtwahrung dargestellt.

4) Je nach Machtlage können auch aufgedeckte Generalstabspläne realisiert werden. Trotz der Publikation — und trotz des sofort nachgeschobenen PV-Dementis: das Papier sei die völlig unverbindliche Privatmeinung des Verfassers — wird die aufgezeigte Strategie für die Rechten gültig bleiben und ihre Realisierung verfolgt werden; zum einen wegen ihrer tatsächlichen Herkunft, zum andern wegen des ersichtlichen Mangels einer sowohl praktikablen als auch für die Interessen ihrer Autoren akzeptablen Alternative.

Sicher ist: wenn es gelänge, die JS politisch stillzulegen, wäre dies auch der innerparteiliche Tod der gesamten SPD-Linken, da Solidaritätsbasis, Kontrolldruck und Aktivitätsschub entfielen. Dies erst wäre der volle Sieg der reaktionären Kräfte, die mit Vorsatz in einer verschobenen Schlachtordnung kämpfen, um sozialistisches Bewußtsein und sozialistische Politik als Problem quasi politischer Pubertät ausgeben zu können [13]). Der Status quo ante würde zum Petrefakt: strategische Führungsclique, Mitgliedschaft als Fußvolk, und — von Eichengrün deutlich genug so benannt — „einsatzbereiter Nachwuchs".

Indes, die Prozedur der Entmündigung und Operationalisierung müßte, um noch zur Wirkung zu kommen, wohl schneller gehen, als sie gehen kann. Der Epilog des Eichengrün-Papiers spricht den Sachverhalt selbst aus: „Das Skelett im Schrank kann auf die Dauer doch nicht verborgen bleiben!" Die Metapher meint, peinlich danebengreifend, die JS, trifft aber präzis das von der Rechten favorisierte und ständig betriebene Modell der innerparteilichen Demokratie. Dieses aber ist schon längst nicht mehr verborgen und hat zur Aktivierung der innerparteilichen Opposition nicht wenig beigetragen. Die Konditionen, unter denen die Linken — allenfalls — die Resolutionen, die Rechten aber nach Belieben die Politik machten, sind heute schon brüchig und zerfallen weiter mit dem Anwachsen der Linken. Freilich wäre Euphorie — etwa im Blick auf die Projektion der 80er Jahre; während doch die 70er gerade begonnen haben — ganz unangebracht. Überdies, eine Zwangsläufigkeit, daß die sozialistischen Kräfte die Mehrheit erreichen, gibt es nicht — wohl aber eine praktische Realisierungschance. Dabei sind Rückschläge — wie kürzlich in Berlin, in Hessen Süd und teilweise auch auf dem Saarbrücker Parteitag —, Gegenbewegungen des geschichtlichen Prozesses, unvermeidlich und müssen möglichst realistisch einkalkuliert werden. Insbesondere gilt es, sich auf die Massivität der ökonomisch-politischen Gegenkräfte im internationalen, gesellschaftlichen und innerparteilichen Rahmen, die theoretisch erkannt ist, auch in der konkreten politischen Auseinandersetzung voll einzustellen und an einer sozialistischen Praxis, die den Massen der Lohnabhängigen als ihr Interesse deutlich zu machen ist, systematisch und zielbewußt zu arbeiten.

Über die Bedeutung der erfolgreichen Durchsetzung einer solchen Politik schrieb Wolfgang Abendroth 1959 — in seinem Programmentwurf „Aufgaben und Ziele der deutschen Sozialdemokratie" [14]) —: „Der Sieg des Sozialismus in einem industriell hochentwickelten Land wäre der wichtigste Beitrag zur Erhaltung des Weltfriedens, der geleistet werden kann."

---

13) Als Beispiel für viele andere: die Stellungnahme des PV-Sprechers Jochen Schulz zu den Münchener JS-Beschlüssen (zit. n. JS-magazin, Sondernummer, S. 20): „Junge Menschen haben oft extreme Ansichten, die von den Körperschaften ihrer Partei nicht geteilt werden." Leo Bauer (Godesberg, 87) versucht gar, die JS als die eigentlichen Reaktionäre festzumachen.

14) In: Abendroth, Antagonistische Gesellschaft und politische Demokratie. Aufsätze zur politischen Soziologie (Soz. Texte, 47), Neuwied 1967, 428.

Zum Begriff der „black culture"

Von Marlis Krüger

I

Berkeley (1964) und Watts (1965) symbolisieren zwei der brennendsten sozialen Probleme, die amerikanische Sozialwissenschaftler in ihren Forschungskatalog und die amerikanische Öffentlichkeit in ihr Bewußtsein aufgenommen haben. Die Interpretation dieser beiden Symbole hat zu verschiedenen Benennungen dessen geführt, wofür sie stehen: Manche sagen „Studentenprotest" und „sozialer Protest der Neger" und implizieren dabei, daß Studenten sowohl als Neger berechtigterweise auf Unrecht aufmerksam machen, das ihnen von der Gesellschaft zugefügt wurde. Demonstrationen werden dabei als legitimes Mittel angesehen, das machtlose Gruppen benutzen dürfen, um dieses Unrecht ins öffentliche Bewußtsein zu heben und mit Hilfe der Öffentlichkeit oder Teilen der Öffentlichkeit zu beseitigen. Andere nennen Protestaktionen dieser Art „revolutionäre Akte" oder „Rebellion" und meinen damit, daß Studenten und Neger die Autorität des „Systems" und die Macht der Institutionen, gegen die der Protest gerichtet ist, direkt zerstören wollen und jede Möglichkeit einer Verständigung von vornherein ausschließen. Wieder andere definieren die Aktivisten unter Negern und Studenten schlicht als „Kriminelle" und schließen damit einen politischen Gehalt ihrer Aktionen kategorisch aus.

Sozialer Status, Grad der Beteiligung und des Betroffenseins, politische Einstellung, Selbst-Image und manche andere Faktoren beeinflussen vermutlich die Art und Weise, in der verschiedene soziale Gruppen „Studentenunruhen" und „Neger-riots" wahrnehmen, benennen und erklären [1]). Wir wollen diesen terminologischen Differenzen und ihren möglichen Ursachen hier nicht weiter nachgehen, sondern einige Probleme diskutieren, die sich aus der Konvergenz von Studenten- und Negerprotest ergeben haben.

Daniel Moynihan, Sozialwissenschaftler und Ratgeber der Präsidenten Kennedy, Johnson und Nixon, hat kürzlich erklärt, daß die Neger in den letzten Jahren so erhebliche ökonomische Fortschritte gemacht hätten, daß die amerikanische Öffentlichkeit diesem Problem von nun an mit „wohlwollender Vernachlässigung" (benign neglect) begegnen könne [2]). Moynihan hofft, daß eine geringere öffentliche Beachtung des Negerproblems zu einem Abbau der Hysterie führen werde, die normalerweise die öffentliche Diskussion begleitet hätte.

Auch wenn man der These zustimmen wollte, daß die amerikanischen Neger heute ökonomisch bereits fast integriert seien — eine These, die sich nur halten läßt, wenn man, wie Moynihan, nur die „normale" Negerfamilie außerhalb der Südstaaten betrachtet, eine Familie, in der Mutter und Vater vorhanden sind [3]) —, so darf und kann man doch nicht übersehen, daß das „black movement" sich nicht nur auf den ökonomischen Bereich bezieht: Der Emanzipationskampf der amerikanischen Neger hat seit Beginn dieses Jahrhunderts, wie der marxistische Neger-

1) Vgl. Ralph Turner, „The Public Perception of Protest", in: American Sociological Review, Dezember 1969.
2) New York Times vom 1. 3. 1970.
3) 53 Prozent der amerikanischen Neger lebten 1968 in den Südstaaten. Im gleichen Jahr wurden 26,4 Prozent der nicht-weißen Familien von Frauen geleitet (weiße Familien: 8,9 Prozent), 4 Prozent mehr als 1960 und 2 Prozent mehr als 1967. Vgl. Recent Trends in Social and Economic Conditions of Negroes in the United States, hrsg. vom United States Department of Labor, Juli 1968.

intellektuelle Harold Cruse nachgewiesen hat [4]), immer drei Komponenten enthalten: eine ökonomische, eine kulturelle und eine politische. Obgleich alle drei Komponenten in einem Wechselverhältnis miteinander stehen, lassen sich zuweilen doch verschiedene Wichtigkeitsgrade deutlich erkennen. So scheint die kulturelle Komponente seit Mitte der sechziger Jahre an Bedeutung ständig zugenommen zu haben. Äußerlich hat sie sich im „Afro-Look", in den stolz getragenen Abzeichen mit der Aufschrift „I am proud to be black" sowie in der Flut von Büchern über die Geschichte und Kultur amerikanischer und afrikanischer Neger manifestiert. An den Colleges und Universitäten setzte wenig später der Ruf nach Kursen in „Afro-American Heritage", „Black Literature" oder generell nach einem „Black Studies Program" ein. Gleichzeitig erfolgte eine Änderung der Terminologie: Gruppenbewußte Neger nannten sich „blacks" und reservierten das Wort „negro", das mit „Nigger" assoziiert wurde, für bourgeoise Neger, die weder die Idee einer „black culture" annehmen noch ihren Umgang mit Weißen einstellen wollten. Die Entwicklung des „black nationalism" und der revolutionären Black-Power-Ideologie führte auf den Campussen zu einer immer stärkeren Segregation zwischen weißen und schwarzen Studenten, einer Segregation, die diesmal bewußt von den schwarzen Studenten ausging und herbeigeführt wurde. Ein neuerwachtes Selbstbewußtsein der schwarzen Studenten schien die Triebkraft für die Ablehnung der Weißen zu sein; und das Selbstbewußtsein seinerseits schien mit dem Begriff der „black culture" aufs engste zusammenzuhängen. Mögen dies bloße Spekulationen sein, so belegen doch die folgenden Statistiken [5]), daß sich die intellektuelle und politische Auseinandersetzung der Neger mit dem weißen Amerika z. Z. vor allem auf den Bereich der „black culture" bezieht.

Von insgesamt 292 größeren Protestaktionen, die in den ersten sechs Monaten des Jahres 1969 an 232 repräsentativ ausgewählten amerikanischen Colleges und Universitäten stattgefunden haben, bezogen sich die weitaus meisten, nämlich 59 Prozent, auf die Forderung nach „schwarzer Anerkennung" (black recognition). Obwohl insgesamt weniger als 6 Prozent der amerikanischen Studenten Neger sind, haben sich schwarze Studenten an mehr als der Hälfte aller Proteste beteiligt. Der Ruf nach „black recognition" spaltete sich in die folgenden spezifischen Forderungen auf:

— die Einführung von „black courses" und die Errichtung von „black studies centers" (32 Prozent);

— verstärkte Zulassung von schwarzen Studenten (24 Prozent);

— Erhöhung der Zahl der schwarzen Professoren (23 Prozent);

— Abbau der Rassendiskriminierung und Anerkennung der Neger und ihrer Kultur (15 Prozent);

— verstärkte finanzielle Unterstützung der schwarzen Studenten; Bau von Studentenwohnheimen für sie (9 Prozent);

— verstärkte Repräsentation schwarzer Studenten und Professoren in allen Universitätsgremien (8 Prozent);

— Unterstützung der Black-Power-Bewegung außerhalb der Universität (4 Prozent).

Diese Auffächerung macht deutlich, daß sich hinter dem Ruf nach „black recognition" sowohl kulturelle als auch politische und ökonomische Forderungen ver-

[4]) Harold Cruse, The Crisis of the Negro Intellectual, New York 1967.
[5]) Die folgenden Angaben stammen aus: Students Protests 1969, hrsg. von der Urban Research Corporation, Chicago 1970.

bergen und daß der Kampf sich zur Zeit vor allem auf die Umgestaltung bzw. Erweiterung des Curriculums konzentriert.

Die gleiche Umfrage zeigt, daß die Studenten an den traditionellen Negercolleges des Südens eher für die Erweiterung studentischer Rechte und für bessere institutionelle Bedingungen als für die Einführung von Black-Studies-Programmen demonstrieren — und damit dem Protest weißer Studenten nahestehen.

Generell gilt, daß Studenten — schwarz oder weiß — häufiger an großen, komplexen und guten Colleges und Universitäten sowie an Universitäten in größeren Städten protestieren und demonstrieren [6]). Der Kampf um die Anerkennung der Neger spielt sich ebenfalls an derartigen Colleges und Universitäten ab: an den großen Staatsuniversitäten, den vierjährigen Liberal Arts Colleges in den Metropolen sowie an den angesehenen Privatuniversitäten. In allen diesen Universitäten bilden schwarze Studenten eine Minorität. Besonders wichtig ist jedoch die Tatsache, daß die meisten dieser Universitäten und Colleges außerhalb der Südstaaten liegen.

Bevölkerungsstatistische Untersuchungen [7]) haben ergeben, daß die nichtweiße Bevölkerung außerhalb des Südens zwischen 1940 und 1960 von 1 667 000 auf 4 266 727 anstieg. 1960 gab es also rund 4 Millionen Neger, die außerhalb des Südens geboren waren und die keinen direkten Kontakt mit der Kultur des Südens hatten. Das durchschnittliche Alter dieser Nicht-Südstaaten-Neger betrug 1960 etwa 12 Jahre, d. h. 1969 waren diese Jugendlichen im Collegealter. Und 1968/69 fanden zum ersten Male die militanten Auseinandersetzungen zwischen schwarzen Studenten und den Universitätsverwaltungen statt.

Man kann aus diesen Daten schließen, daß die Forderungen nach „black recognition" von jungen Negern artikuliert und verfochten werden, die in den Gettos der Städte des Nordostens, des mittleren Westens und Kaliforniens aufgewachsen und sozialisiert worden sind und denen die Kultur des Südens mit seinen traditionalen Werten weitgehend fremd ist. Diese Studenten sind selbstbewußter und urbaner als die Neger im Süden. Sie haben zum ersten Male in der Geschichte der amerikanischen Negerbewegung militante Ideologien und Strategien entwickelt und praktiziert und gleichzeitig die Unterstützung ihrer Aktionen durch Weiße weitgehend abgelehnt: Nur 16 Prozent aller 292 Demonstrationen wurden von schwarzen und weißen Studenten gemeinsam durchgeführt [8]).

Im folgenden wollen wir uns auf den Begriff der „black culture" konzentrieren und untersuchen, 1) welche Bedeutung dieser Begriff für die amerikanische Soziologie der sozialen Schichtung hat, 2) wie dieses Konzept von Negerstudenten und -intellektuellen interpretiert wird, und 3) welche Implikationen dieser Begriff für die Negerbewegung hat.

II

Amerikanische Sozialwissenschaftler haben sich bisher weder über eine allgemein akzeptable Definition des Klassenbegriffs noch darüber einigen können, ob es soziale Klassen in Amerika überhaupt gibt bzw. je gegeben hat. Fast alle Soziologen stimmen zwar darin überein, daß Klassen im Sinne sozio-politischer Kampfverbände in der amerikanischen Geschichte kaum eine Rolle gespielt haben — als Gründe für das Nichtvorhandensein eines amerikanischen Sozialismus und einer klassenbewußten Arbeiterschaft werden gemeinhin genannt: das Fehlen

[6]) Vgl. Students Protests . . . und J. W. Scott / M. El-Assal, „Multiversity, University Size, University Quality and Student Protest: An Empirical Study" in: American Sociological Review, Oktober 1969.
[7]) C. H. Hamilton, „The Negro Leaves the South", in: Demography, 1964 Vol. I, S. 285.
[8]) Vgl. Students Protests . . ., S. 20.

einer Ständetradition, die territoriale Ausdehnung nach Westen, die großen Chancen, sozial aufzusteigen, und die ethnische und rassische Heterogenität der Bevölkerung und damit auch der Arbeiterklasse —, sie streiten aber noch immer darüber, ob im Rahmen eines statischen Schichtungsmodells

— sozio-ökonomische und Machtunterschiede in der amerikanischen Gesellschaft mit Hilfe eines Klassenbegriffs definiert und erklärt werden können;

— welche Funktionen soziale Klassen in einer hochindustrialisierten Gesellschaft haben;

— ob es überhaupt noch sinnvoll ist, die sozialen Unterschiede zwischen Amerikanern in sozio-ökonomischen Kategorien zu messen, oder ob sich die Unterschiede nicht besser als Statusunterschiede im Sinne von unterschiedlichem Prestige und Lebensstil definieren lassen.

L. Reissman und M. Halstead [9]) haben gefunden, daß gegenwärtig die weitaus überwiegende Mehrheit amerikanischer Soziologen den Statusbegriff verwendet. In einer früheren Arbeit [10]) hatte Reissman darauf hingewiesen, daß der Begriff des „Status" den persönlichen Erfolg des einzelnen betont und dabei strukturelle Elemente stark vernachlässigt.

Die Mitte der sechziger Jahre entdeckte Armut in Amerika hat die Soziologen ebenfalls zu sehr unterschiedlichen Interpretationen angeregt. Während die einen die Armen als eine Klasse definierten, die über keine Mittel verfügte, ihre Lage aus eigener Kraft zu verändern, analysierten andere das gleiche Phänomen in nicht-ökonomischen Kategorien: Ein neuer Begriff tauchte auf: „Kultur der Armut" (culture of poverty). Es wurde die These verfochten, daß arme Amerikaner am besten als Individuen zu definieren seien, die über gemeinsame kulturelle Werte und Erwartungen verfügen, die von der übrigen Gesellschaft nicht oder nicht im gleichen Ausmaß geteilt werden [11]).

Aus dieser kulturellen Interpretation der Armut sind zwei wichtige Argumente abgeleitet worden: 1) Eine Sozialpolitik, die den Armen effektiv helfen will, muß sich darauf konzentrieren, zunächst die Werte und das Verhalten der betreffenden Individuen zu verändern. Die Änderung ihrer ökonomischen Situation würde dann automatisch nachfolgen. 2) Die Sub-Kultur der Armen hat ein Recht darauf, konserviert zu werden; dies nicht nur, weil sie die Armen dazu befähige, sich an ihre Lebensumstände anzupassen, sondern auch, weil sie ein Gegengewicht gegen die herrschende und sich imperialistisch gebärdende Mittelklassenkultur bilde.

Politisch gesehen enthalten beide Argumente sowie die ihnen zugrundeliegende kulturelle Interpretation der Armut konservative Tendenzen, wie L. Coser kürzlich betont hat [12]). Die Kritik an dieser Position wird jedoch von Verfechtern der kulturellen Interpretation als reaktionär abgetan oder gar als „Neo-Rassismus" [13]) klassifiziert, wenn dadurch auch die Existenz einer „black culture" negiert wird, einer Sub-Kultur, die zum größten Teil, wenn auch nicht vollständig, von armen Negern getragen wird.

Verfechter der These von der berechtigten Existenz einer „black culture" argumentieren, daß die Sub-Kultur der Neger nicht nur „pathologische" Elemente (Kriminalität, uneheliche Geburten, Alkoholismus etc.), sondern auch Kreativität,

---

9) Leonard Reissman / Michael N. Halstead, „The Subject is Class", Referat auf dem Jahrestreffen der American Sociological Association, San Francisco, September 1969.
10) L. Reissman, Class in American Society, New York 1959, S. 9.
11) Vgl. P. H. Rossi / Z. D. Blum, „Social Stratification and Poverty", Referat auf dem Jahrestreffen der Sociological Research Association, San Francisco, 1967, S. 11 f.
12) Lewis Coser, „Unanticipated Conservative Consequences of Liberal Theorizing", in: Social Problems, Winter 1969.
13) R. Blauner, „The Black Culture: Myth and Reality". Unveröffentlichtes Manuskript, 1969; zitiert bei Coser.

eine spezifische Ethik und besondere Verhaltensmuster aufweise, die in der übrigen Gesellschaft nicht oder nicht im gleichen Ausmaß vorhanden seien [14]).

Schwarze Ideologen insistieren ebenfalls darauf, daß es eine „black culture" gibt, die — bewußt oder unbewußt — von allen Negern — reich oder arm, gebildet oder ungebildet — getragen oder zunehmend mehr getragen wird. „Black culture" wird dabei mit der Entwicklung eines revolutionären Bewußtseins der Neger verknüpft. Die Neger werden als eine der Tendenz nach einheitliche, durch Statusunterschiede nicht wesentlich differenzierte Gruppe gesehen. Präziser: Die existierenden Statusunterschiede zwischen den Negern werden im Zuge ihres Emanzipationskampfes irrelevant. Die schwarze Mitteklasse übernimmt die Rolle einer revolutionären „Intelligentsia", die das schwarze Proletariat und Lumpenproletariat aufklärt und organisiert [15]). Man könnte also sagen: Die vorher subjektiv als Realität erlebten Statusunterschiede werden als „falsches Bewußtsein" abgelegt. Gleichzeitig erfolgt die Bildung einer klassenmäßigen Kampfgruppe: Das statische Schichtungsmodell ist dabei durch das dynamische Klassenmodell ersetzt worden.

Soziologen, die die Situation und den Lebensstil der Neger innerhalb eines statischen Stratifikationsmodells als vorwiegend klassenmäßig bedingt interpretieren, argumentieren dagegen, daß

— die überwiegende Mehrheit der Neger heute der sozialen Unterschicht angehört und daß ihr Lebensstil, ihre Einstellungen, Werte, Sprache etc. von daher bestimmt sind;

— sich Lebensstil und Werte der schwarzen Mittelklasse von denen der schwarzen Unterklasse ganz erheblich unterscheiden;

— sich Lebensstil und Werte der schwarzen Mittelklasse von denen der weißen Mittelklasse nur unbedeutend unterscheiden.

Nun bestreitet niemand, daß es soziale Unterschiede zwischen Negern gibt. F. Frazier beispielsweise hat die „Black Bourgeoisie" [16]) ausführlich beschrieben. Jedoch hat auch er die Neger als Gesamtheit im Verhältnis zur übrigen amerikanischen Gesellschaft als „Nation in der Nation" bezeichnet. R. Williams [17]) nannte die Welt der Neger „eine Welt im Schatten". Edwards [18]) wies darauf hin, daß es schwarze Pastoren, Ärzte, Rechtsanwälte, Lehrer etc. nur deshalb gibt und gegeben hat, weil die Neger derart qualifizierte Personen brauchten, nicht aber weil sie von der übrigen amerikanischen Gesellschaft benötigt werden. Harold Cruse behauptet nicht nur, daß die Gettoneger die schwarze Bourgeoisie brauchen, sondern daß auch umgekehrt die schwarze Mittelklasse auf die Gemeinschaft der Neger angeweisen sei. Dies nicht nur, um sich kulturell zu entfalten, sondern auch um psychologisch zu überleben. In endlosen Beispielen weist Cruse nach, daß die schwarze Mittelklasse und besonders die Intellektuellen und Künstler, die Anschluß an die weiße Gesellschaft suchten, immer wieder enttäuscht, zurückgestoßen, betrogen und diskriminiert worden sind. Die gleiche Erfahrung machten schwarze Marxisten in der amerikanischen KP und in der internationalen Arbeiterbewegung.

Die amerikanische Soziologie der sozialen Schichtung hat immer zwei verschiedene Kriterien der Schichtung auseinandergehalten: Neben der Statuszugehörigkeit einer Person gilt es, auch ihre Rasse und ethnische Herkunft zu bestimmen.

14) Für eine Zusammenfassung der Argumentation s. Coser.
15) Vgl. Raymond S. Franklin, „The Political Economy of Black Power", in: Social Problems, Winter 1969, S. 294.
16) E. Franklin Frazier, Black Bourgeoisie — The Rise of a New Middleclass, New York 1957.
17) Robin M. Williams, Strangers Next Door, New York 1964.
18) G. Franklin Edwards, The Negro Professional Class, Chicago 1959.

Sozialpsychologische Untersuchungen [19]) über soziale Distanz in Amerika zeigen, daß die soziale Position eines Individuums in erster Linie rassisch bzw. ethnisch definiert und erst in zweiter Linie von seinem Beruf oder anderen sozioökonomischen Faktoren beeinflußt wird. D. h., das „Negersein" behält immer hartnäckig die Oberhand [20]). Es war vermutlich diese Erfahrung, die zu einer großen Desillusionierung von Teilen der schwarzen Mittelklasse geführt hat [21]).

Die verschiedenen Interpreten der Situation der Neger versuchen, die gleiche Frage zu beantworten: Sind die Neger die letzte ethnische Gruppe, die darum kämpft, voll in die amerikanische Gesellschaft integriert zu werden?

Während die Sprecher der Neger die Möglichkeit und den Willen zur Integration im herkömmlichen Sinne zunehmend radikaler verneinen, glauben Soziologen, die im Rahmen eines statischen Schichtungsmodells mit dem Klassenbegriff operieren, noch immer an die grundsätzliche Möglichkeit einer rassisch integrierten amerikanischen Nation.

III

Im Herbstsemester 1968 wurden 144 schwarze Studenten am City College von New York [22]) gefragt, was sie unter dem Begriff der „black culture" verstehen. Ihre Antworten zeigten, daß dieser Begriff für sie verschiedene Komponenten enthielt. Zunächst einmal gab es verschiedene Auffassungen darüber, ob sich dieser Begriff auf die amerikanischen Neger beschränke: 29 Prozent der befragten Studenten bezogen diesen Begriff auf die Geschichte und Kultur der amerikanischen Neger, 10 Prozent auf schwarzafrikanische Geschichte und Kultur und 24 Prozent auf schwarzafrikanische und schwarzamerikanische Geschichte und Kultur. „Kultur" wurde dabei von vielen Studenten näher bestimmt als Musik (Jazz, Blues), Literatur, Tänze, Religion. Es war diesen Studenten wichtig, darauf hinzuweisen, daß Neger ästhetische Kultur haben und daß sie bedeutende Beiträge zur amerikanischen Kultur geleistet haben. Einige Studenten faßten den Begriff der Kultur dagegen weiter und bezogen ihn auf „die Art und Weise, in der schwarze Menschen leben".

18 Prozent der befragten Studenten interpretierten den Begriff der „black culture" psychologisch: Ihrer Meinung nach bezog er sich in erster Linie auf das neuerwachte Selbstbewußtsein der US-Neger, auf ihre Würde und auf ihren Stolz, schwarz zu sein. 6 Prozent der Studenten gaben an, daß „black culture" („unsere Kultur ist uns gestohlen worden") das tiefe Haßgefühl der Neger gegenüber der Welt der Weißen zusammenfasse: Für diese Studenten war „black culture" Ablehnung und Kampf gegen das weiße Amerika. Nur für 3 Prozent der Befragten bedeutete der Begriff überhaupt nichts. Präziser: Diese Studenten bezweifelten die Existenz einer „black culture" sowie die Sinnhaftigkeit des Begriffs. 2 Prozent der befragten Studenten wußten nicht, wie sie antworten sollten, und insgesamt 7 Prozent gaben keine Antwort. Es ist interessant, daß sich diese

19) Vgl. vor allem die verschiedenen Studien von H. C. Triandis in J. Pers. soc. Psychol. (1965, 1966), J. abnorm. soc. Psychol. (1960).
20) Franklin, a.a.O., S. 294.
21) Franklin, S. 294.
22) The City College of New York hat in der amerikanischen Universitätsgeschichte insofern eine bedeutende Rolle gespielt, als es das erste gebührenfreie College Amerikas gewesen ist (gegr. 1847). Es hat im Verlaufe seiner Geschichte verschiedenen Einwanderergruppen und Minoritäten zum sozialen Aufstieg verholfen. Bis vor kurzem wurde es hauptsächlich von armen jüdischen Studenten besucht. Seit Mitte der sechziger Jahre setzten Bemühungen ein, mehr schwarze Studenten zu rekrutieren, dies vor allem, weil City College mitten in Harlem liegt. City College ist wegen seiner geographischen Lage für die studentische Negerbewegung von großem symbolischen Wert. Die schwarzen Studenten am City College sind sich ihrer Rolle als Avantgarde deutlich bewußt. Die repräsentativ ausgewählten Studenten wurden im Rahmen einer von mir geleiteten Übung über soziologische Forschungsmethoden interviewt. Obwohl ursprünglich anders geplant, konnten für die Interviews nur schwarze Studenten eingesetzt werden. An dieser Stelle sei besonders D. Boyd, J. Cook und J. White für ihre Hilfe beim Interviewen und bei der Datenanalyse herzlich gedankt.

Verteilung nur unwesentlich veränderte, wenn die Antworten nach sozialer und geographischer Herkunft, Geschlecht oder Mitgliedschaft in einer Negerorganisation aufgefächert wurden.

Bevor wir die verschiedenen Aspekte des Begriffes der „black culture" näher untersuchen, wollen wir noch über einige andere Einstellungen der befragten Studentengruppe berichten. Diese Daten sollen es uns ermöglichen, die soziale und politische Bedeutung dieses Begriffes besser zu verstehen.

87 Prozent der befragten Studenten kritisierten, daß das Curriculum am City College die kulturellen Beiträge der Neger nicht angemessen berücksichtige. 67 Prozent traten daher folgerichtig für die Errichtung eines Instituts für „Black Studies" ein mit der Begründung, daß nur ein derartiges Institut das einseitig auf die „weiße" Kultur ausgerichtete Curriculum entsprechend kompensieren würde. 85 Prozent der Befragten forderten, daß das City College eine aktivere Rolle in Harlem übernehmen und z. B. Tutorenprogramme für die Negerbevölkerung in Harlem anbieten solle. Diese Tutorenprogramme sollten sich dabei in erster Linie mit dem Leben in der „Black Community" sowie mit „black culture" befassen.

In ihren politischen Überzeugungen waren die Studenten links radikal und militant. 70 Prozent von ihnen waren der Überzeugung, daß die amerikanischen Neger ihre Freiheit und ihre Würde nur mit Hilfe revolutionärer Mittel erlangen könnten (13 Prozent lehnten revolutionäre Strategien ab, 17 Prozent waren unentschieden). Die überwiegende Mehrheit der Befragten glaubte, daß sich die Freiheit der US-Neger nur in einer befreiten amerikanischen Gesellschaft, nicht aber in einem von den USA abgetrennten Negerstaat verwirklichen lasse. Doch traten immerhin 22 Prozent für die Errichtung eines selbständigen Negerstaates ein.

Mitglieder der schwarzen Studentenorganisation auf dem Campus waren militanter als die übrigen Studenten. Die soziale Herkunft hatte dagegen keinen Einfluß auf die politischen Einstellungen der Studenten.

Wie groß die soziale Distanz zwischen den schwarzen und weißen Studenten war, geht aus den folgenden Daten hervor: 18 Prozent der Befragten gaben an, daß sie mit Weißen überhaupt nichts zu tun haben wollten; 26 Prozent waren bereit, mit weißen Studenten zusammen für das Studium zu arbeiten; 23 Prozent hatten nichts dagegen, mit Weißen auch sozial zu verkehren; 7 Prozent fanden sich bereit, mit einem weißen Partner gegebenenfalls auf ein „date" zu gehen; und 9 Prozent würden sogar einen weißen Partner heiraten. Auch in dieser Frage waren die organisierten Negerstudenten ablehnender als ihre nichtorganisierten Kommilitonen.

Die hier kurz skizzierten Einstellungen schwarzer Studenten am City College sind nicht abstrakt geblieben: Während die Umfrage durchgeführt wurde, hatten sich bereits etwa 300 bis 400 schwarze Studenten — vom übrigen College gänzlich unbemerkt! — in Zellen oder, wie sie später genannt wurden, „Familien" (mit jeweils 10 bis 15 Mitgliedern) organisiert, in denen diese Einstellungen in konkrete Forderungen umgesetzt sowie Strategien entwickelt wurden, um sie durchzusetzen. Gefordert wurden u. a. die Errichtung eines „Urban and Ethnic Studies"-Programms (das schwarze und puerto ricanische Geschichte und Kultur vermitteln sollte), sowie die verstärkte Zulassung schwarzer und puerto ricanischer Studenten zum City College. Letztere hatten sich den Forderungen der schwarzen Studenten angeschlossen.

Im April 1969 wurde ein Teil des Campus' von etwa 300 bis 400 Schwarzen und puerto ricanischen Studenten für etwa zwei Wochen besetzt gehalten. Während

dieser Zeit fanden Verhandlungen zwischen Vertretern der schwarzen und puerto ricanischen Studenten, der schwarzen und puerto ricanischen Fakultät, der weißen Fakultät und der Verwaltung statt. Dabei machten die Studenten klar, daß die beiden Hauptforderungen nicht isoliert, sondern in einem ideologischen Zusammenhang standen: Das College wurde aufgefordert, in verstärktem Maße schwarze und puerto ricanische Schüler aus den Getto High Schools zu rekrutieren. Diese Schüler sollten sodann in einem dem College angegliederten Spezialprogramm [23]) nicht nur mit den notwendigen Hilfsmitteln und Fertigkeiten des Studiums vertraut gemacht werden, sondern zugleich auch in dem „Urban and Ethnic Studies"-Programm über ihre eigene Geschichte als amerikanischer Neger bzw. als Puerto Ricaner erfahren und dabei ihre kulturelle Identität sowie ein nationalistisch-revolutionäres Bewußtsein entwickeln. Identität und Bewußtsein, so lautete die Argumentation, würden dann positiv auf die Leistungen der Studenten zurückwirken.

Während die beiden Hauptforderungen der Studenten im wesentlichen akzeptiert worden sind, ist die während des Streiks geschlossene Koalition zwischen schwarzen und puerto ricanischen Studenten inzwischen wieder zerbrochen. Die Puerto Ricaner, die nur etwa 3 Prozent der City-College-Studenten ausmachen (Neger: 13 Prozent), argumentieren, daß ihre kulturelle Identität von der der US-Neger sehr verschieden sei. Folglich dürften sie sich nicht zum Anhängsel der Negerbewegung machen lassen, sondern müßten ihre Interessen selbständig verfechten; d. h., die puerto ricanischen Studenten definieren sich in erster Linie kulturell und leiten dann von daher politische Argumente ab. Entgegen der Beschwörung einer „Third World Solidarity", die in manchen Reden der streikenden Studenten angeklungen war, orientierten sich die Aktionen und Entscheidungen der beiden Studentengruppen nach einer kurzen Phase politischer Solidarität also wieder an ihren kulturellen Sonderinteressen.

Dies bringt uns zurück zum Begriff der „black culture". Die Antworten der befragten Studenten, die an die Existenz einer „black culture" glaubten, deuteten die folgenden Bedeutungen des Begriffs an:

1) Ästhetische Kultur: a) der US-Neger, b) der afrikanischen Neger, c) aller Neger. — 2) Anonyme Volkskultur: a) der US-Neger, b) der afrikanischen Neger, c) aller Neger. — 3) Geschichte: a) der US-Neger, b) der afrikanischen Neger, c) aller Neger. — 4) Psychologische Identität und Selbstbewußtsein der US-Neger. — 5) Haß und Ablehnung der Weißen durch die US-Neger.

Diese fünf Komponenten des Begriffs der „black culture" können zum Teil in einen systematischen Zusammenhang gebracht werden. Beginnen wir mit dem Selbstbewußtsein der amerikanischen Neger. Dies kann einerseits als Oberbegriff für die ersten drei Komponenten gebraucht werden, so daß man sagen würde: „Die Identität und das Selbstbewußtsein der amerikanischen Neger gründet sich in ihrer Geschichte und Kultur." Dieser funktionale Zusammenhang zwischen Identität und „black culture" wird in der Tat von vielen Negern postuliert. „Selbstbewußtsein der Neger" wird jedoch auch oft inhaltlich definiert: Es ist dann der Stolz, schwarz zu sein, und impliziert eine Umkehrung amerikanischer Werte. „Schwarz" meint jetzt Stärke und Schönheit an Stelle von Unterwürfigkeit, Häßlichkeit und Inferiorität [24]). Diese Umwertung schlägt nicht nur kritisch auf die „weiße Gesellschaft" zurück, sondern gibt den Negern auch denjenigen Selbst-

[23]) Seit Mitte der sechziger Jahre sind verschiedene Spezialprogramme für unterprivilegierte Studenten eingerichtet worden. Am größten ist das sogenannte SEEK-Programm (Search for Education, Elevation and Knowledge).

[24]) Es sei hier nachdrücklich darauf hingewiesen, daß „black" in Amerika — anders als in den rassisch homogenen europäischen Ländern — nicht nur eine rassische, sondern auch eine soziale Kategorie ist.

respekt, den sie brauchen, um ihre eigene Position unabhängig von den Weißen zu formulieren. Erst nachdem sich Neger mit dem Satz „black is beautiful" vom traditionellen Wertesystem Amerikas — das sie selbst weitgehend verinnerlicht hatten —, losgesagt hatten, waren sie imstande zu durchschauen, daß die überkommene Alternative „Integration" oder „Separatismus" falsch gestellt war: Integration, wie sie von den beiden Negerorganisationen NAACP (National Association for the Advancement of Colored People) und Urban League angestrebt wird, bedeutet, daß die Neger für Weiße akzeptabel gemacht werden und damit die Vorherrschaft weißer Kultur und Werte perpetuieren. Selbstrespekt können Neger auf diese Weise nicht gewinnen. Separatismus, auf der anderen Seite, ist aus ökonomischen und politischen Gründen nicht praktikabel: Trotz gelegentlicher „Zurück-nach-Afrika"-Bewegungen [25]) wissen die meisten amerikanischen Neger, daß sie auch Amerikaner sind; d. h. sie wissen, daß sich ihre Identität und ihr Selbstrespekt nur zu einem Teil aus afrikanischer Geschichte und Kultur herleiten kann und daß der andere Teil davon in der gegenwärtigen und zukünftigen amerikanischen Gesellschaft verwirklicht werden muß. Da Integration und Separatismus also unbeschreitbare Wege sind, kann die Zukunft der amerikanischen Neger folglich nur in einer befreiten amerikanischen Gesellschaft liegen, in der die kulturelle Vorherrschaft der WASPS (White Anglo Saxon Protestants) abgebaut und in der den verschiedenen ethnischen Gruppen Freiheit zur Entwicklung ihrer eigenen Subkultur gegeben ist.

„Kultur" kann dabei beides sein: ästhetische Kultur oder Volkskultur. „Black culture" wird gegenwärtig mal als ästhetische, mal als Volkskultur, mal als beides definiert. Harold Cruse hat sich in seinem Buch „The Crisis of the Negro Intellectual" vor allem mit den Bedingungen und Möglichkeiten der ästhetischen Kultur der Neger beschäftigt. Diese hat seiner Auffassung nach bisher nur als Potential existiert. Um sie zu realisieren, müssen sich — so Cruse — die Negerintellektuellen und Künstler endlich von der Kunst, dem Geschmack und der Ästhetik der Weißen trennen. Erst dann könne eine „black culture" geschaffen werden, die sich auf das „ethnische Gruppenbewußtsein" der Neger gründe. Cruse postuliert ferner eine eindeutige Priorität der kulturellen Sphäre vor ökonomischen und politischen Faktoren: Erst eine „black culture", die das ethnische Bewußtsein der Neger ausdrücke, werde die Negermassen zu politischem und ökonomischem Kampf mobilisieren, d. h., Cruse glaubt, daß ästhetische Kontemplation und kulturelle Aktivitäten revolutionäres Potential enthalten. Folgerichtig fordert er, daß Kulturpolitik das einzige Betätigungsfeld der Negerintellektuellen sei.

Mit dieser Forderung sowie seiner Einschränkung des Kulturbegriffs auf ästhetische Kultur setzt sich Cruse in Widerspruch zu anderen Negerintellektuellen. Robert Chrisman, Herausgeber der Zeitschrift „The Black Scholar", argumentiert beispielsweise [26]), das „black culture" funktional definiert werden solle als die Mittel, die die amerikanischen Neger entwickelt haben, um zu überleben. Kunstformen wie der Blues und die Gospel Songs hätten sich aus dieser Volkskultur entwickelt. Chrisman wirft Cruse vor, daß er für die Neger eine bürgerliche Kultur (Drama, Theater, Konzerte) fordere, obwohl den Negern alle übrigen Elemente bürgerlichen Lebens wie Erziehung, Recht, Eigentum, Geld, Familie etc. verweigert würden. Chrisman weist ferner nach, daß der amerikanische Kapitalismus die Entfaltung schwarzer ästhetischer Kultur behindert bzw. kommerziell verfälscht hat. Folglich — so das Argument gegen Cruse — müsse schwarze ästhe-

[25]) Vgl. Martin R. Delanys 1859 geprägtes Schlagwort „Africa for the Africans" und die „Zurück-nach-Afrika"-Bewegung des Marcus Garvey in den zwanziger Jahren dieses Jahrhunderts.
[26]) Robert Chrisman, „The Crisis of Harold Cruse", in: The Black Scholar, November 1969.

tische Kultur stets im Zusammenhang mit dem amerikanischen Kapitalismus und dem ökonomischen Rassismus analysiert werden.

Elridge Cleaver [27]), Informationsminister der Black Panther Party im Exil, glaubt im Gegensatz zu beiden, Cruse und Chrisman, daß das Konzept der „black culture" — wie auch immer definiert — von der eigentlich wichtigen Tatsache ablenke, daß die amerikanischen Neger vom weißen Amerika politisch und ökonomisch unterdrückt sind. Als Marxist kämpft Cleaver — darin Malcolm X nicht unähnlich — gegen einen „schwarzen Rassismus", d. h. gegen die prinzipielle Ablehnung einer schwarz-weißen Koalition im Kampf für ein freies Amerika. Cleaver fordert politische Revolution; sein Fehler besteht darin, wie Cruse richtig aufzeigt, daß er politische Revolution und die Suche nach einer kulturellen Identität als Alternativen gegenüberstellt und dabei den dialektischen Zusammenhang, in dem beide stehen, übersieht [28]).

Die von SNCC (Student Nonviolent Coordinating Committee) ursprünglich konzipierte und später u. a. von Stokeley Carmichael propagierte Black-Power-Ideologie scheint die drei Komponenten der Negerbewegung, die ökonomische, die politische und die kulturelle, bisher am besten zu integrieren [29]) und in systematischen Zusammenhang zu bringen. „Black culture" wird dabei begriffen als 1) die positive Wertung alles dessen, was mit dem Attribut „black" belegt wird, 2) als die Geschichte und Kultur der afrikanischen Nationen (einschließlich ihres Befreiungskampfes gegen Kolonialismus und Imperialismus) und 3) als Engagement für den Befreiungskampf der amerikanischen Neger.

Die Aufnahme schwarzafrikanischer und schwarzamerikanischer Geschichte und Kultur in die Curricula der Universitäten und High Schools hat zu einer ideologiekritischen Aufarbeitung der amerikanischen Geschichte und Literaturgeschichte angeregt, die u. U. zu neuen intellektuellen Einsichten und Orientierungen führen wird. Ob es tatsächlich dazu kommen wird, wird u. a. auch wesentlich davon abhängen, ob sich die an vielen Universitäten und Colleges gegründeten „Black-Studies"-Programme auf die Dauer zu akademisch qualifizierten und auf Kommunikation mit dem gesamten College hin ausgerichteten Instituten oder aber zu sektiererisch abgekapselten Verbänden entwickeln werden.

IV

Die ausschließlich negative Bestimmung des Begriffs der „black culture" im Sinne von „Haß gegen Weiße" ist bisher noch nicht erörtert worden. Verfechter dieser Definition argumentieren, daß die Neger durch die Sklaverei ihrer Kultur und psychologischen Identität systematisch beraubt worden sind. Die Suche nach vermeintlichen Überbleibseln afrikanischer Kultur und ihrer Ursprünge halten diese Neger für unangebracht. Das Leben, die Kunst und die Intellektualität der Neger sind dieser Auffassung zufolge so pervertiert worden, daß eine darauf gegründete „black culture" nur eine Perpetuierung dieser Perversion wäre. Als Ausweg bleibt folglich nur die radikale und umfassende Ablehnung und Zerstörung alles dessen, was als weiß bezeichnet wird.

Aus der Umfrage über die Einstellungen der erwähnten Studenten geht hervor, daß diese Position nur von einem kleinen Prozentsatz radikaler Studenten vertreten wurde. Es war jedoch diese Minderheitsposition, die zum ersten Male den Vorwurf eines schwarzen Rassismus hervorrief. Dieser Vorwurf wurde später im

[27]) Elridge Cleaver, Post-Prison Speeches and Writings, hrsg. von R. Scheer, New York 1969.
[28]) Vgl. Cruses Besprechung von Cleaver unter dem Titel „The Fire this Time", in: The New York Review of Books, 8. Mai 1969.
[29]) Vgl. Franklin, a.a.O., S. 292.

Verlaufe der intellektuellen und politischen Auseinandersetzungen — am City College wie überall in den USA — auf die Negerbewegung mit allen ihren verschiedenen Schattierungen ausgedehnt. Dabei wurde auch der Begriff der „black culture" kritisiert, insofern er eine rassische Basis von Kunst und Kultur zu implizieren schien. Vertreter des intellektuellen Establishments an der Ostküste fühlten sich insbesondere durch Cruses ethnisch bestimmten Kulturbegriff abgestoßen. Viele Liberale zeigten sich zudem durch Cruses These schockiert, daß Amerika bisher daran gescheitert sei, eine Nation zu werden, und daß sich nicht nur die Neger, sondern alle Amerikaner in einer Identitätskrise befänden, weil die Negerbewegung und der Begriff der „black culture" das Vorhandensein einer gemeinsamen kulturellen Matrix aller Amerikaner radikal in Frage stellten [30]).

Ist nun aber das In-Frage-Stellen des überkommenen amerikanischen Wertesystems gleichbedeutend mit Rassismus? Sind die Werte des angelsächsischen Protestantismus und seiner Variante als säkulare Mittelklassenkultur nicht auch von anderen Gruppen herausgefordert worden: Hippies, Yippies, Friedensmarschierern, protestierenden Studenten? Wird nicht sogar oft behauptet, daß gerade der Protest der weißen Studenten in Amerika im wesentlichen eine kulturelle Revolution darstelle, während die schwarzen Studenten zusätzlich auch noch einen ökonomischen und politischen Kampf führten [31])? Deutet dann aber nicht die Tatsache, daß der Ruf nach „black culture" von vielen Liberalen als Rassismus kritisiert und bekämpft wird, darauf hin, daß auch der Liberalismus in Amerika nicht frei von Vorurteilen gegen die Neger ist?

Obgleich sich zwar in manchen Äußerungen und Handlungen radikaler Neger rassistische Elemente deutlich erkennen lassen, wäre es aber doch falsch, die Negerbewegung im allgemeinen und die Black-Power-Ideologie im besonderen rassistisch zu nennen. Im Gegenteil, nicht nur einzelne Marxisten wie Elridge Cleaver, sondern auch alle Anhänger der Black-Power-Ideologie glauben an die Möglichkeit und Notwendigkeit einer Koalition zwischen schwarzen und weißen Amerikanern.

Wenn eingangs erwähnt wurde, daß die Segregation zwischen weißen und schwarzen Studenten z. Z. bewußt von den Negern ausgeht, so muß dies in folgendem Sinne verstanden werden: Mitglieder des „black movement" insistieren darauf, ihre Ideologie, ihre Forderungen, Strategien und Taktiken selbständig, d. h. ohne Hilfe der weißen Liberalen, zu formulieren und zu verfechten. Zu oft haben Neger die Erfahrung gemacht, daß sie vom weißen liberalen Establishment zur Wahlunterstützung gebraucht wurden, ohne daß sie dafür die Gelegenheit bekommen hätten, eigene Forderungen zu artikulieren und zu vertreten. Es ist diese paternalistische Vormundschaft, gegen die viele Neger revoltieren: Sie glauben, sich aus der jahrhundertealten Unterdrückung — auch und vor allem psychologisch — nur dann befreien zu können, wenn sie ihr Schicksal selbst in die Hand nehmen und sich dabei auch zeitweise gegen gutgemeinte Hilfe von seiten der Liberalen wenden.

Die zunächst separatistisch erscheinende Formierung und Selbstdefinition der Neger ist also Voraussetzung für eine erfolgreiche Koalition zwischen weißen und schwarzen Amerikanern. Diese Koalition würde beide Partner als gleichberechtigt anerkennen. In diesem Sinne haben auch die schwarzen und puerto ricanischen Studenten am City College die Unterstützung ihres Streiks durch weiße Studentengruppen begrüßt. Gleichzeitig haben sie jedoch deutlich zu erkennen

30) Cruse, „The Fire . . ."
31) Vgl. z. B. Kenneth Keniston, „You have to grow up in Scarsdale to Know How Bad Things Really are", in: The New York Times Magazine, 27. 4. 1969.

gegeben, daß sie jeden Versuch weißer Studenten, ihnen andere Konzepte oder Strategien aufzuzwingen oder unterzuschieben, kategorisch ablehnen würden. Der psychologische Befreiungsprozeß der amerikanischen Neger enthält zwar nationalistisch-separatistische Elemente, aber gleichzeitig auch die Möglichkeit einer zukünftigen Koalition zwischen emanzipierten schwarzen und weißen Amerikanern.

Ob es zu einer derartigen Koalition kommen wird, wird u. a. davon abhängen, ob sich auch die weißen Amerikaner in Frage stellen sowie ihre Identität als Amerikaner — nicht nur in bezug auf die Neger — neu definieren werden. Erst dieser Prozeß würde nämlich die Möglichkeit für eine politische Koalition sowie für ein amerikanisches Selbstverständnis eröffnen, die sich nicht mehr an rassischen Kategorien orientieren.

Nixons größtes Spiel

Vor Martin Hall, Los Angeles

I

Am 20. April kündigte Präsident Nixon an, er werde bis zum Frühjahr 1971 150 000 Soldaten aus Vietnam abziehen. Er vermied es dabei sorgfältig, ein definitives Datum oder wie früher eine monatliche Rückzugsquote anzugeben. Weniger als zwei Wochen später befahl er die gefährlichste Eskalation des Krieges seit Johnsons Entscheidung, die Bombardierung Nordvietnams aufzunehmen. Zunächst befahl Nixon die logistische Unterstützung südvietnamesischer Operationen unter Beteiligung amerikanischer „Militärberater" über die kambodschanische Grenze hinweg. Bereits 24 Stunden später folgte der totale Einmarsch amerikanischer und südvietnamesischer Streitkräfte nach Kambodscha.

Im März war die Regierung Prinz Sihanouks, der — um Kambodscha das Schicksal Vietnams zu ersparen — eine Politik der Neutralität verfolgt hatte, in Abwesenheit des Prinzen durch einen rechtsgerichteten Militärputsch gestürzt worden. Geplant und unterstützt wurde diese Aktion vom CIA. Von Anfang an machte die Militärjunta keinen Hehl aus ihrer Absicht, die Neutralität aufzugeben, und ersuchte die USA und Saigon um militärische Unterstützung. Von diesem Tage an übte das Pentagon Tag für Tag stärkeren Druck auf Nixon aus, die Gelegenheit zu ergreifen und Nordvietnam und dem Vietcong durch eine massive Invasion Kambodschas die Nachschubrouten abzuschneiden. Nixons Hauptargument war dann, man müsse das sogenannte Hauptquartier des Gegners, das nur zwanzig Meilen jenseits der kambodschanischen Grenze vermutet wurde, und andere „Zufluchtsorte" zerstören. Danach würden die amerikanischen und südvietnamesischen Truppen aus Kambodscha zurückgezogen. Bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt — drei Wochen nach Beginn der Invasion — hat das mysteriöse nordvietnamesische Hauptquartier nicht einmal entdeckt werden können.

Sowohl amerikanische wie südvietnamesische Streitkräfte sind längst weit über die von Nixon erwähnten zwanzig Meilen hinaus nach Kambodscha eingedrungen und stehen jetzt vor den Toren der Hauptstadt.

Nixons Rede an die Nation, die am 30. April über das Fernsehen ausgestrahlt wurde, bestand aus einer unglaublichen Mischung aus Chauvinismus und Demagogie. So erklärte der Präsident: „Wir unternehmen diese Aktion nicht, um den Krieg auf Kambodscha auszudehnen, sondern mit dem Ziel, den Krieg in Vietnam zu beenden ... Während meines Wahlfeldzuges habe ich mich verpflichtet, die in Vietnam stationierten Amerikaner nach Haus zu bringen. Sie kommen nach Haus. Ich habe versprochen, den Krieg zu beenden. Ich werde dieses Versprechen halten. Wir werden eine Ausweitung des Krieges vermeiden. Aber wir sind entschlossen, mit diesem Krieg Schluß zu machen."

In dem vergeblichen Bemühen, vom amerikanischen Volk Unterstützung für seine verhängnisvolle Entscheidung zu erhalten, zog Nixon alle Register und bediente sich einer Sprache, wie sie chauvinistischer seit vielen Jahren aus dem Weißen Haus nicht mehr zu hören war: „Lieber bin ich nur für eine Amtsperiode Präsident, bevor ich zulasse, daß Amerika eine zweitrangige Macht wird, und bevor ich zusehe, wie diese Nation die erste Niederlage in ihrer stolzen 190jährigen Geschichte hinnehmen muß ... Uns wird man nicht erniedrigen. Wir werden nicht besiegt."

Nixon warnte Nordvietnam mit dem Hinweis, er werde nicht zögern, „geeignete Aktionen" einzuleiten, falls der Gegner mit verstärkter militärischer Aktivität reagieren sollte. Zwei Tage später drohte Verteidigungsminister Laird mit der Wiederaufnahme der Bombardierung Nordvietnams, und noch am gleichen Tag fanden massive Bombenangriffe auf den Norden statt. Angeblich als Vergeltungsakt für die Beschießung „unbewaffneter amerikanischer Aufklärungsflugzeuge", die sich über nordvietnamesischem Territorium befanden.

Nixon traf seine Entscheidung nicht nur ohne Anhören, ja ohne jede Information des Senats und der Führer seiner eigenen Partei im Kongreß, sondern selbst gegen den Rat der meisten Mitglieder seines Kabinetts. Um seine Entscheidung zu verstehen, muß man nicht nur die militärische Situation in Vietnam berücksichtigen, sondern auch die sich rapide verschlechternde innenpolitische Szene.

In Südvietnam sieht sich die Marionettenregierung Thieu ernsthafter politischer Opposition gegenüber. Studenten haben wieder mit Demonstrationen begonnen, und der oberste Gerichtshof versetzte dem Thieu-Regime einen schweren Schlag, als er den Prozeß gegen ein oppositionelles Parlamentsmitglied, das wegen angeblicher Nordvietnamkontakte zu einer langjährigen Gefängnisstrafe verurteilt worden war, zum Verfassungsbruch erklärte.

Trotz beruhigender Erklärungen durch US-Botschafter Bunker und General Abrams ist der Plan der „Vietnamisierung" nicht erfolgreich: südvietnamesische Soldaten erweisen sich in zunehmendem Maße als kampfunwillig. Vielleicht war Thieu der Meinung, ein militärisches Abenteuer im Land der traditionell verhaßten Kambodschaner werde auf seine Streitkräfte einen einigenden Effekt haben. Diesen Effekt hatte es nicht. Amerikanische Reporter berichten bereits, daß die Südvietnamesen die Hauptlast der militärischen Aktion in Kambodscha den amerikanischen Truppen und den vom CIA bezahlten und von den Green Berets ausgebildeten Söldnern überlassen. Auf der anderen Seite mißtraut die kambodschanische Junta jedem Vietnamesen so sehr, daß nicht nur Zehntausende in Kambodscha lebende Vietnamesen ermordet wurden, sondern der verbleibende Rest nach Südvietnam „evakuiert" wird, weil nach Meinung der kam-

bodschanischen Generale jeder Vietnamese ein potentieller Vietcong ist. So hat Nixons Einfall nach Kambodscha neues Elend geschaffen. Es ist zu einer neuen Welle von Flüchtlingen gekommen, die die Früchte lebenslanger harter Arbeit zurücklassen und ihr Leben durch die Flucht in eine „Heimat" retten wollen, die die meisten von ihnen nie gesehen haben.

II

Die innenpolitische Situation in den Vereinigten Staaten ist bestimmt durch eine sich vertiefende wirtschaftliche Krise, grassierende Inflation und steigende Arbeitslosigkeit. Da die Arbeitslosigkeit unter der schwarzen Bevölkerung durchschnittlich zweimal so hoch ist wie unter den Weißen, herrscht brodelnde Unruhe in den Gettos. Im tiefen Süden, wie in Georgia, haben neue Hungermärsche armer Schwarzer begonnen. Die ständigen Kursstürze an der Börse sind verheerend. Unmittelbar nach Bekanntgabe der Kambodscha-Invasion fielen die Kurse auf den tiefsten Stand seit dem Tag des Jahres 1963, der auf die Ermordung Präsident Kennedys folgte. Trotz einiger weniger kurzlebiger Auftriebe sind die Notierungen an der Börse seit dem Tief im Jahre 1963 ständig weiter abgesunken. Die Lebenshaltungskosten steigen weiter. Während der ersten sechs Monate dieses Jahres sind die Verbraucherpreise für Nahrungsmittel um 12 Prozent und die Wohnungskosten um 10 Prozent gestiegen. Die großen Firmen melden Verluste. Das Bruttosozialprodukt schrumpft. Vor einigen Tagen mußte Nixon, der der Nation einen wirtschaftlichen Zuwachs von über einer Milliarde Dollar versprochen hatte, ankündigen, das Bundesbudget werde stattdessen ein Defizit in Höhe von 1,5 Milliarden Dollar für dieses Jahr aufweisen, und ein Defizit in gleicher Höhe stehe im nächsten Jahr bevor. Eine Welle von Streiks hat das Land erfaßt. Auf einen erstmaligen Streik der Bundespostangestellten, einen Streik der Elektroarbeiter in allen Teilen der USA und einen Streik der Transportarbeiter auf Bundesebene folgten regional wilde Transportarbeiterstreiks. In Los Angeles traten die Lehrer in einen dreiwöchigen Ausstand. Und diese Arbeitsniederlegungen können durchaus erst die Vorläufer einer langanhaltenden Periode wirtschaftlicher Spannung sein. Führende Sprecher des Big Business und der Finanzwelt sagen ganz offen, die Wirtschaft könne sich den Vietnamkrieg nicht länger leisten. Mr. Lundberg, der Aufsichtsratsvorsitzende der Bank of America, der größten Bank des Landes, hat öffentlich erklärt, der Krieg ruiniere die Wirtschaft des Landes.

Vor diesem Hintergrund ist Nixon in Panik geraten und hat nun alles auf eine Karte gesetzt. Die Generale des Pentagon hatten ihn davon überzeugt, daß ein erfolgreicher Schlag in Kambodscha ihm die Chance eines militärischen Sieges in Vietnam bringen würde — eines Sieges, an den Nixon selbst bereits nicht mehr geglaubt hatte. Kein ernsthafter Beobachter hat je an ihn geglaubt.

Wir wissen inzwischen, daß außer Justizminister Mitchell kein Mitglied des Kabinetts und nur sehr wenige der Berater des Präsidenten sich für eine Invasion Kambodschas ausgesprochen haben. Staatssekretär Rogers und sogar Verteidigungsminister Laird sprachen sich dagegen aus. Einige hielten die Wiederaufnahme der Bombardierung Nordvietnams für eine gute Sache. Aber die Ausweitung des Krieges auf ein anderes Land mit all den mit einem solchen Vorgehen verbundenen Konsequenzen, so warnten sie, werde nicht nur dem Präsidenten und seiner Partei politisch schaden, sondern den Krieg endlos verlängern und Amerikas Landstreitkräfte in ganz Indochina fixieren. Andere befürchteten eine mögliche Reaktion seitens Chinas und der Sowjetunion. Außerdem wurde

die Besorgnis geäußert, die Bereitschaft der NATO-Länder, die führende Rolle Washingtons anzuerkennen, könnte beeinträchtigt werden. Es hat sich erwiesen, daß alle diese Befürchtungen berechtigt waren. Aber die Generale setzten sich durch.

An einer Stelle jedoch verkannte das Weiße Haus die Konsequenzen seiner Entscheidung gründlich: an der Heimatfront. Hier war die Reaktion phänomenal.

Die Friedensbewegung, vor allem unter den Studenten, die durch interne Meinungsverschiedenheiten zerrissen war in militante Radikale und solche, die nach wie vor nur im Hinblick auf die Wahl arbeiten wollten, wurde nicht nur reaktiviert, sondern sie ist, wenigstens gegenwärtig, einig wie nie zuvor. Einige Minuten, nachdem Nixon seine Rede, in der er den Einmarsch nach Kambodscha bekanntgab, beendet hatte, demonstrierten bereits Hunderte von Männern und Frauen in New York auf dem Times Square. In Philadelphia marschierten einige hundert Demonstranten zur historischen Unabhängigkeitshalle. Innerhalb weniger Stunden begannen die Studenten der Universität von Princeton mit der Organisation eines Streiks. Am folgenden Tag wurde das Universitätszeughaus, Sitz des Ausbildungskorps der Reserveoffiziere, in Brand gesteckt, und der Streik begann.

Auf dem Campus der Stanford-Universität in Palo Alto (Kalifornien) lieferten sich Studenten und 300 Bereitschaftspolizisten ein vierstündiges Gefecht. Beamte nannten es „die schlimmsten Ausschreitungen in der Geschichte der Hochschule". Am 1. Mai marschierten tausend Studenten der Universität von Cincinnati vom Campus in die Innenstadt und begannen ein Massen-sit-in auf der Straße. 145 wurden festgenommen. An der Temple-Universität in Philadelphia erbeuteten einige hundert Studenten vorübergehend einen stehengebliebenen Panzer der Nationalgarde. Die Aktionen beschränkten sich nicht nur auf die Studentenschaft. 68 Mitglieder des Lehrkörpers der Cornell-Universität in Ithaka sprachen sich dafür aus, gegen Präsident Nixon Anklage wegen Hochverrats zu erheben.

In New Haven, wo der Prozeß gegen den Black-Panther-Führer Boby Seale begonnen hat, hatten die Studenten und ein großer Teil des Lehrkörpers der Yale-Universität für das Wochenende vom 1. bis 3. Mai zu einer Massenkundgebung zur Unterstützung der Black Panthers aufgerufen. Die Stadt hatte sich in ein bewaffnetes Heerlager verwandelt. 3000 Nationalgardisten und zusätzlich 4000 reguläre Truppenangehörige und Marineinfanteristen waren in der Stadt und in der näheren Umgebung stationiert. Der Präsident der Yale-Universität, Brewster, weigerte sich nicht nur, die Studenten zu verurteilen, sondern bedauerte öffentlich, daß die Black Panthers keinen fairen Prozeß zu erwarten hätten. Auf Grund dieser Äußerung wurde er prompt von Vizepräsident Spiro Agnew attackiert, der den Ältestenrat von Yale aufforderte, Brewster abzuberufen. Trotz einer systematischen Angstkampagne in den Massenmedien kamen 20 000 Menschen zu der bis heute größten Solidaritätsaktion weißer Amerikaner für die Black Panthers nach New Haven. Obwohl diese dreitägige Demonstration lange vor dem Einmarsch nach Kambodscha geplant war, wurde sie nun unter dem Eindruck dieser neuen Eskalation zum Beginn einer alle Teile der USA erfassenden Streikwelle an über 400 Universitäten und Hochschulen.

Als an der Kent-Staatsuniversität in Ohio Nationalgardisten ohne jeden Befehl ihrer Vorgesetzten einige Steinwürfe mit Schüssen in die Menge beantworteten und dabei vier Studenten töteten, spitzte sich die Situation an den Hochschulen so sehr zu, daß die meisten der 400 bestreikten Universitäten und Hochschulen

geschlossen blieben. Der konservative nationale Studentenverband (ANSA) unterstützte den Streik.

Eine Woche später wurde erneut Blut vergossen. In New Mexico stachen Nationalgardisten mit Bajonetten auf Demonstranten und Reporter ein. In Augusta (Georgia) wurden im Verlauf der dortigen Unruhen sechs junge Schwarze erschossen und viele andere verwundet. Die Untersuchung durch den Coroner ergab, daß alle sechs die tödlichen Einschüsse in den Rücken erhalten hatten und nicht, wie die Nationalgarde behauptete, beim Angriff auf die Soldaten erschossen worden waren. Drei Tage nach den Morden von Augusta kam es am Jackson State College in Missisippi zu einem kleineren Zwischenfall vor einem Schlafsaalgebäude dieser fast nur von Schwarzen besuchten Hochschule. Der Polizeichef wollte sich daraufhin mit Gewalt Zugang zum Hochschulgelände verschaffen, wurde jedoch von Bürgermeister Davis daran gehindert. Nach einigen Stunden — vermutlich waren Flaschen auf vorbeifahrende Autofahrer geworfen worden — erschienen plötzlich Nationalgardisten und eröffneten ohne vorherige Warnung das Feuer. Sie beschossen das Schlafsaalgebäude dreißig Sekunden lang. Zwei schwarze Studenten wurden getötet; es waren, wie sich später herausstellte, Unschuldige, die zufällig herumstanden. Neun Studenten wurden im Verlauf der plötzlichen Beschießung verwundet. Eine Untersuchung förderte später 240 Einschläge in der Tür des Gebäudes zutage, dessen Fensterscheiben sämtlich zerschossen waren. Der US-Senator Birch Bayh meinte während eines Besuchs am Jackson State College angesichts des zerschossenen Gebäudes: „Das sieht aus wie in der Normandie ... Was müssen das für Waffen sein, die solche Löcher hervorrufen!" Wie schon in Kent führte die Nationalgarde an, man habe geglaubt, Schüsse von Heckenschützen zu hören. Zur Bestätigung konnte jedoch kein einziger Zeuge beigebracht werden.

So ist der Krieg in Indochina mit all seiner Brutalität in die Vereinigten Staaten gebracht worden. Die Möglichkeit weiteren Blutvergießens — vor allem im Süden, wo Schwarze unter dem geringsten Vorwand getötet werden und man ihre Ermordung beiläufig zur Kenntnis nimmt — brachte eine große Gruppe von Präsidenten schwarzer Hochschulen und Universitäten am 19. Mai nach Washington. In einem Gespräch mit dem Präsidenten forderten sie, künftig nicht mehr zuzulassen, daß Nationalgarde oder Polizei das Hochschulgelände mit geladenen Schußwaffen betreten können. Nixon hörte ihnen zu, ging jedoch keinerlei Verpflichtung ein.

Über 150 000 Menschen beteiligten sich am 9. Mai in Washington an einer Demonstration, zu der das New Mobilisation Committee aufgerufen hatte. Hunderttausend marschierten in Boston, ebensoviele in New York. Das gleiche Bild bot sich in allen Teilen des Landes. Die Regierung und der Präsident selbst waren deutlich in die Verteidigung geraten. Nixon nannte anläßlich einer Kundgebung vor dem Pentagon nach Bekanntgabe der Invasion gegen den Krieg demonstrierende Studenten „Halunken". Doch zwei Tage danach änderte er seinen Ton und sprach nun von dem Recht auf die friedliche Äußerung einer oppositionellen Meinung und von den ehrlichen und tiefen Gefühlen der jungen Leute angesichts des Krieges. Eine Gruppe von acht Präsidenten führender Universitäten kam ins Weiße Haus, um den Präsidenten zu bitten, auf die Jugend des Landes zu hören. Nixon versprach, das zu tun. Er werde außerdem die Mitglieder seiner Regierung bitten, den Ton ihrer Bemerkungen zu mäßigen. Dies schien sogar Agnew einzuschließen (der es später abstritt): in einer einzigen Sendung befleißigte er sich einer vorsichtigeren Sprache, um kurz danach wieder in seinen alten Stil zurückzufallen.

III

Daß Hunderttausende von Amerikanern innerhalb einer Woche nach der Invasion Kambodschas auf die Straße gingen, war der stärkste und bisher einmütigste Protest gegen den Krieg. Dieser Protest umfaßte alle Schattierungen der Opposition, von den Anhängern des nationalen Kirchenrates bis hin zu den radikalen Studenten für eine Demokratische Gesellschaft (SDS). Als am 15. November des vergangenen Jahres 100 000 in Washington demonstrierten, sah sich Nixon im Fernsehen ein Footballspiel an, um seiner Gleichgültigkeit gegenüber der Opposition Ausdruck zu verleihen. Diesmal schickte er Mitglieder seines Stabes los, um kleine Demonstrantengruppen, insbesondere junge Leute, zu Diskussionen mit ihm und seinen Beratern ins Weiße Haus einzuladen. Der Minister für Gesundheitswesen, Erziehung und Soziales tat dasselbe. In den frühen Morgenstunden vor der Demonstration, gegen 4 Uhr morgens, unternahm Nixon, der nicht schlafen konnte, einen Überraschungsbesuch beim Lagerplatz der Demonstranten in der Nähe des Lincoln-Denkmals und versuchte, einige von ihnen in eine persönliche Diskussion zu verwickeln. Aber selbst dieser pathetische Versuch des Präsidenten der Vereinigten Staaten, mit der Jugend seines Landes ins Gespräch zu kommen, war ein völliger Fehlschlag. Eines der Mädchen, mit denen Nixon gesprochen hatte, berichtete später einem Journalisten: „Es war unheimlich. Er hat uns nicht danach gefragt, was wir vom Krieg halten. Er wollte wissen, wie die Footballmannschaft unserer Schule aussieht!"

Nixon und seine engsten Berater haben die allgemeine Reaktion im Lande auf sein Spiel um Kambodscha in verheerender Weise unterschätzt. Innenminister Hickel, selbst Vater von sechs Söhnen, versuchte vergeblich, mit dem Präsidenten zu sprechen. Er wurde nicht vorgelassen. Daraufhin schrieb er einen Brief, in dem er den Präsidenten bat, auf die Jugend zu hören. Bis zum gegenwärtigen Moment hat der Minister noch keine Antwort erhalten. Vom Weißen Haus wurde ihm lediglich mitgeteilt, er solle sich nicht so aufregen, denn „diese Geschichte wird in 24 Stunden ausgestanden sein". Noch weniger war der Präsident auf die Reaktion im Kongreß vorbereitet, insbesondere unter den Führern seiner eigenen Partei. Noch vor dem Masseneinzug von Studenten und Dozenten, die bei ihren Abgeordneten im Capitol und bei Regierungsbeamten in deren Büros vorstellig wurden, hatten führende Kongreßmitglieder sofort auf Nixons Invasionsankündigung reagiert, und das in einer Sprache, die man in diesen Kreisen kaum jemals zuvor gehört hat. Senator Aiken (Vermont), einer der einflußreichsten republikanischen Kongreßabgeordneten, bezeichnete diesen Schritt als „einen tragischen Fehler". Er prophezeite, dieser Fehler werde seine Partei die Kongreßwahlen (im November) und den Präsidenten eine zweite Amtsperiode kosten. Senator Hatfield, Republikaner aus Oregon, nannte die Neuigkeit „einfach unglaublich". Der republikanische Senator Goodell (New York) charakterisierte die Erklärung des Präsidenten als „schauderhaft". Senator Edward Kennedy (Massachusetts) gebrauchte nur ein Wort: „Wahnsinn!"

Die Verfassungskrise, die sich im Laufe des letzten Jahres entwickelt hat, weil der Präsident nicht bereit ist, den Kongreß bei seinen Entscheidungen in Südostasien zu konsultieren, ist nun offen ausgebrochen. Der Senatsausschuß für Auswärtige Beziehungen unter Vorsitz von Senator James Fulbright verurteilte Nixons Entscheidung als „verfassungswidrig" und als Verstoß gegen das Recht des Senats auf „Beratung und Zustimmung". Der Präsident wurde außerdem aufgefordert, persönlich vor dem Ausschuß zu erscheinen und die Fragen der Ausschußmitglieder zu beantworten. Seit 1919 ist eine derartige Aufforderung nicht mehr an einen Präsidenten gerichtet worden. Damals wurde Präsident Wilson

vor den gleichen Ausschuß beordet, und zwar im Zusammenhang mit der von ihm vorgeschlagenen Mitgliedschaft der USA im Völkerbund. Nixon konterte mit dem Vorschlag, die Mitglieder des Senatsausschusses für Auswärtige Beziehungen, des entsprechenden Ausschusses im Repräsentantenhaus und der beiden Ausschüsse für militärische Bewilligungen sollten sich bei ihm einfinden, um „Instruktionen" entgegenzunehmen. Fulbright lehnte ab. Schließlich mußte Nixon einwilligen, vor den außenpolitischen Ausschüssen beider Häuser zu erscheinen. Fulbright hat dieses Treffen später als „nicht zufriedenstellend" bezeichnet.

Dieses Mal ist der Senat jedoch nicht willens, dem Präsidenten eine Politik durchgehen zu lassen, die diejenigen Senatoren, die zur Wiederwahl stehen, im kommenden Herbst ihr Amt kosten kann, wenn sie jetzt nicht ihre Opposition zum Ausdruck bringen. Ernsthafte Versuche werden unternommen, um die verfassungsmäßigen Rechte des Senats wiederherzustellen und die vom Präsidenten usurpierte Macht erheblich zu beschneiden. Zwei Gesetzeszusätze sind eingebracht worden. Der erste, über den demnächst debattiert und abgestimmt wird, stammt von den Senatoren Cooper (Republ.) und Church (Dem.). Als Anhang zu einem Gesetz über militärische Verkäufe würde es dieser Zusatz verhindern, nach dem 30. Juni Truppen oder Militärhilfe nach Kambodscha zu entsenden. (Den 30. Juni hat Nixon als letzten Tag festgesetzt, an dem sich amerikanische Truppen auf kambodschanischem Boden befinden.) Der Entwurf sperrt alle Mittel für sämtliche Operationen in Kambodscha und versucht dadurch, den Präsidenten zum Einhalten seines Versprechens zu zwingen. Das Weiße Haus ist wütend. Es hat bereits wissen lassen, der 30. Juni als Datum zur Beendigung des kambodschanischen Feldzuges sei lediglich eine „Schätzung" gewesen, und der Präsident brauche das volle Recht, diesen Feldzug auszudehnen oder erneut zu beginnen, wann immer er es für notwendig halte. Nixons Strategie scheint parallel zu derjenigen zu verlaufen, die er während der Auseinandersetzungen um die von ihm vorgeschlagenen Kandidaten für das Oberste Bundesgericht verfolgte, deren Bestätigung der Senat schließlich ablehnte. Damals beschworen ihn einige republikanische Kongreßabgeordnete, die Nominierungen zurückzuziehen, um so dem Weißen Haus eine bedeutsame Niederlage zu ersparen. Nixon weigerte sich und erhielt seine Niederlage. Jetzt haben ihn verschiedene Republikaner ersucht, irgendeinen Kompromiß zu dem Cooper-Church-Entwurf anzunehmen, der ihm praktisch genug Raum zum Manövrieren lassen würde. Erneut hat er schlankweg abgelehnt. Angesichts der Tatsache, daß diesmal eine Niederlage noch größeren Schaden für das Prestige des Präsidenten bedeuten würde, werden jedoch zur Zeit der Abfassung dieses Artikels außerordentliche Anstrengungen unternommen, noch zu einem Kompromiß zu gelangen. Gelingt das nicht, so kann Mr. Nixon eine weitere Niederlage einstecken, die dann der Welt signalisieren würde, daß der Kongreß den Beteuerungen des Präsidenten einfach keinen Glauben mehr schenkt.

Wie weit Nixon wirklich mit der Ingnorierung, ja mit seiner Verachtung der Senatsmeinung gegangen ist, wird durch die Art und Weise illustriert, mit der er es kurz vor der entscheidenden Abstimmung im Senat den Militärs erlaubt hat, die „Verfolgung des Gegners" bis nach Laos hineinzutragen. Am 16. Mai enthüllte der südvietnamesische Außenminister Tran Van Lam auf der Asienkonferenz in Djakarta, daß „Operationen südvietnamesischer Streitkräfte in Laos bereits seit einiger Zeit unternommen und auch weiterhin fortgesetzt werden". Er fügte hinzu: „Die Amerikaner haben die Versorgungslinien in Laos von der Luft aus unter Feuer genommen, und wir haben sie vom Boden aus angegriffen." Auf die Frage, ob amerikanische Militärberater südvietnamesische Trup-

pen nach Laos begleiten und ob amerikanische Artillerie ihnen Unterstützung gibt, vermied der Minister eine klare Antwort und erklärte: „Das ist eine technische Frage, auf die die Generale zu antworten hätten."

Einen Tag später bestritt Verteidigungsminister Laird vor dem Senatsunterausschuß für Abrüstungsfragen, daß diese Angriffe auf laotisches Territorium den Krieg ausweiten. Lairds Erklärung lieferte dem wütenden Senat weiteres Material. Erst im vergangenen Jahr hat der Kongreß einen Zusatz zu dem Gesetz über militärische Bewilligungen verabschiedet, in dem ausdrücklich „die Verwendung von Geldmitteln zur Entsendung amerikanischer Landstreitkräfte nach Laos oder Thailand" untersagt wird. Lairds Aussage machte den Kongreß darauf aufmerksam, daß immer, wenn der Präsident eine militärische Aktion in Südostasien für notwendig hält, um — wie Laird es nannte — „amerikanische Truppen in Vietnam zu schützen", er sich an keine Entscheidung des Senats gebunden fühlt. Daraufhin hat der Sprecher der Senatsmehrheit, Mike Mansfield, angekündigt, er werde den oben erwähnten zweiten Zusatzantrag unterstützen. Es handelt sich dabei um den Zusatz zu einem Beschaffungsgesetz, der gleichfalls von zwei Senatoren eingebracht wurde: von dem Demokraten McGovern und dem Republikaner Mark Hatfield; eine große Zahl von Mitunterzeichnern hat sich angeschlossen. Der Entwurf verlangt von der Regierung, alle aktiven Kampfhandlungen in Südvietnam zum 30. Juni einzustellen, „es sei denn, der Krieg wird erklärt". Formell den Krieg erklären kann nur der Kongreß.

IV

Für den 19. Mai hatte Nixon ein Treffen des Kabinetts geplant. Die diesbezügliche „Routine"-Ankündigung unterstrich die Isolation des Präsidenten sogar von den Mitgliedern seines Kabinetts, denn dieses ist seit dem 13. April nicht mehr in voller Besetzung zusammengetreten. Fünf Wochen Augenblicksentscheidungen ohne Mitwirkung der Kabinettsmitglieder? Das ist offensichtlich der Fall, da die Presse von Tag zu Tag mehr Einzelheiten über den Ausschluß von Staatssekretär Rogers von allen Vorplanungen der Kambodscha-Invasion berichtet. Dieser Ausschluß ging so weit, daß Rogers nicht einmal über die Wiederaufnahme der Bombardierung Nordvietnams informiert und erst recht nicht zu den möglichen politischen Rückschlägen dieser schicksalsschweren Entscheidung gehört wurde. Inzwischen bezweifeln Beamte des State Department sogar ganz offen, daß Verteidigungsminister Laird über diese Angriffe informiert wurde. In einem vom 18. Mai datierten Artikel aus Washington schrieb Stuart H. Loory, Korrespondent der Los Angeles Times, nach Meinung dieser Beamten im State Department gebe es zwei Möglichkeiten:

„1) Die Frage der Luftangriffe wurde dem Präsidenten vom Militär direkt vorgelegt oder ihm von den Vereinigten Stabschefs durch Henry A. Kissinger, seinen Berater in nationalen Sicherheitsfragen, übermittelt. Die Entscheidung, nachdem sie einmal getroffen war, ging dann wiederum direkt ans Militär, unter Umgehung von Laird.

2) Der Präsident hat die Angriffe niemals besonders autorisiert, sondern stattdessen festgelegt, daß die Doktrin ‚verstärkter Schutzmaßnahmen' gegen Nordvietnam keinen Wechsel in der Politik darstellt."

In dem Artikel wird dann nachgewiesen, daß es sich bei diesen Angriffen „um die massivsten Bombardierungen Nordvietnams handelt, seit der frühere Präsident Johnson die Bombenflüge am 31. Oktober 1968 einstellte." Der Artikel schließt mit den vielsagenden Worten:

„Ob es nun der Präsident selbst war, der die Entscheidung traf, Rogers zu umgehen, oder aber ein auf eigene Faust handelnder Kissinger, konnte nicht ausgemacht werden. Und wenn, wie einige meinen, auch Laird umgangen wurde, dann würde das darauf hindeuten, daß die Vereinigten Stabschefs einen direkten Kanal zum Präsidenten benutzt haben."

Die Militärs haben ganz offensichtlich eine Machtposition erreicht, die jeden Staatsstreich überflüssig macht. Solange der Präsident nur auf sie hört, solange er — einen Monat nach seiner einsamen Entscheidung, die Invasion nach Kambodscha zu tragen — immer noch keine Zeit findet, mit den Mitgliedern seines Kabinetts zusammenzutreffen oder auch nur die Kongreßführer seiner eigenen Partei zu empfangen, solange er der Meinung ist, er brauche sich um Entscheidungen des Kongresses wie in der Laosangelegenheit nicht zu kümmern — solange werden die Vereinigten Staaten, die sich voll Stolz als Beschützer der Demokratie auf der ganzen Welt sehen, praktisch von einer Militärclique regiert, die den Präsidenten in die Tasche gesteckt hat.

Senator Vance Hartke (Indiana) nannte Nixons Entscheidung, Truppen nach Kambodscha zu entsenden, eine „Kriegserklärung an den Senat". Senator Church, Mitautor des Gesetzentwurfs zur Beendigung aller Militäraktionen in Kambodscha am 30. Juni, nannte sie „eine Verfassungsfrage von größter Wichtigkeit".

Ein Ereignis illustriert den Schrecken, den selbst eine so konservative Berufsgruppe wie die der Firmenanwälte angesichts der offenen Mißachtung der grundlegenden Gewaltenteilung im amerikanischen demokratischen System in Exekutive, Legislative und Judikatur empfunden hat: In einer Aktion, für die es keinen Vorläufer gibt, zogen am 20. Mai 1000 Wallstreet-Rechtsanwälte nach Washington. Auf einer vom Fernsehen übertragenen Pressekonferenz paraphrasierte Francis Plimpton, früherer UN-Botschafter und Präsident der New Yorker Anwaltskammer, den berühmten Satz Clemenceaus: „Die Außenpolitik ist zu wichtig, als daß man sie dem Präsidenten überlassen dürfte". Die Anwälte wurden auf den Stufen des Capitols von zwei New Yorker Senatoren empfangen, beides Republikaner. Senator Javits nannte die Aktion der Rechtsanwälte „einzigartig in den Annalen unseres Landes", und Senator Charles E. Goodell nahm den von Rechtsanwalt Plimpton geäußerten Gedanken auf und erklärte, er hoffe, der Präsident werde den Krieg beenden. „Aber wir haben sieben Jahre mit Warten verbracht. Ich bin der Meinung, der Kongreß muß jetzt handeln."

Im Rahmen dieser Aktion suchten Gruppen von Rechtsanwälten unter Leitung von Francis Plimpton und dem früheren Generalstaatsanwalt Ramsay Clark Mitglieder des Repräsentantenhauses und des Senats ebenso wie hohe Regierungsbeamte auf. Die Aktion ist damit noch nicht abgeschlossen. 1500 Anwälte aus Washington haben auf einer kirchlichen Veranstaltung angekündigt, die Lobby-Aktion fortzusetzen, sobald die Anwälte der ersten Gruppe in ihre Heimatstädte zurückgekehrt sind.

Die Friedensbewegung und vor allem die Studenten planen für den Sommer und Herbst eine langfristige und fortwährende Kampagne, deren Höhepunkt mit den Novemberwahlen zusammenfallen soll. Die Apathie, über die sich das Washingtoner Büro der Vietnam-Moratoriumsbewegung noch vor wenigen Monaten beklagte, als es seine Türen schloß, ist einem neuen und tieferen Engagement gewichen. Die Vietnam-Moratoriumsbewegung hat ihr Büro wieder eröffnet. Bewußt sucht man die Einheit zwischen sehr divergenten Bevölkerungsgruppen, zwischen den Militanten und denen, die noch auf Möglichkeiten zur Arbeit im Rahmen des Establishments hoffen, zwischen Weißen, Schwarzen und

Amerikanern mexikanischer Abstammung, zwischen Studenten und Älteren. Irgendwie hat der immense Betrug, den Regierung und Militär an der Bevölkerung verüben, den Willen zum Widerstand wiedererweckt, den Willen, den Krieg zu beenden, damit sich die Nation ihren inneren Problemen zuwenden kann: Inflation, Armut, Rassismus und dem auszehrenden Elend in den Gettos.

Die Erkenntnis, daß keines dieser brennenden Probleme gelöst oder auch nur angepackt werden kann, solange der Krieg in Indochina ständig weitergeht, wird mehr und mehr von Leuten geteilt, die bis dato keine Verbindung zwischen dem Krieg und der innenpolitischen Krise gesehen haben.

Es ist wahr, daß es häßliche Anzeichen für eine faschistische Haltung gibt — sogar in der Gewerkschaftsbewegung, wie sich in New York gezeigt hat, wo eine Gruppe Bauarbeiter Friedensdemonstranten zusammenschlug. Aber auf der anderen Seite hat es Beweise für die aktive Solidarität zwischen streikenden Transportarbeitern und Studenten in Los Angeles gegeben. Hier erbaten die Transportarbeiter von den Studenten Hilfe für die Streikposten gegen die von den Bossen angeheuerten organisierten Streikbrecher. Hunderte von Studenten stellten sich begeistert zur Verfügung.

Die Regierung und die militärischen Führer haben große Anstrengungen unternommen, irgend etwas wie eine „patriotische" Bewegung zur Unterstützung der Kriegspolitik zu schaffen. Von ein oder zwei Ausnahmen abgesehen, war das ein erbärmlicher Mißerfolg. Am 16. Mai feiert das Militär traditionell den „Tag der Bewaffneten Streitkräfte". „Häuser der Offenen Tür" im Bereich militärischer Einrichtungen und Paraden in benachbarten Städten kennzeichnen diesen Tag. Wie die Nachrichtenmedien berichteten, gab es im ganzen Lande zwei erfolgreiche

Blätter
für deutsche
und internationale
Politik

entschieden
demokratisch

Blätter
für deutsche
und internationale
Politik

Paraden. Aber an nicht weniger als 24 Orten, unter ihnen die größten Militärzentren, mußten die „Häuser der Offenen Tür" abgesagt werden: große Friedensdemonstrationen waren geplant, an deren Spitze aktive Soldaten marschieren sollten; Flugblätter gegen den Indochinakrieg wurden an die GIs in und vor den Camps verteilt, und die Kommandanten trauten der Loyalität ihrer Männer nicht zu, dem zu widerstehen, was sie als Unterminierung der militärischen Moral angesehen haben müssen. Über hundert Underground-Zeitschriften werden in den Militärcamps begierig gelesen. Gedruckt und herausgegeben werden diese Zeitungen von Angehörigen der Streitkräfte. Unter den Soldaten in Indochina breitet sich Antikriegsstimmung aus. Zwei der führenden Fernsehstationen zeigten spontane Interviews mit US-Soldaten auf dem Weg nach Kambodscha. Hunderte von Soldaten trugen offen die Friedenssymbole. Und das Fernsehen zeigte Stahlhelme mit Friedenszeichen und aufgemalten Slogans wie: „Wir sind die Unwilligen, geführt von den Unbefugten zur Befreiung der Undankbaren in einem unnötigen Krieg."

Viele der Universitäten und Hochschulen, die nach den Todesfällen von Kent geschlossen wurden, sind auf einer völlig neuen Grundlage wiedereröffnet worden. Reguläre Vorlesungen finden statt für alle, die an ihnen teilnehmen wollen. Aber wer immer sich entschließt, seine ganze Zeit für die Arbeit im Wahlkampf oder zur Fortsetzung der Friedensarbeit zu verwenden, wird nicht wegen „Abwesenheit" bestraft und fällt auch nicht durch, weil er Semesterarbeiten nicht fertiggestellt oder an Jahresabschlußexamina nicht teilgenommen hat. In unterschiedlicher Formulierung haben Hochschulbeamte erklärt, die politische Gemeinschaftsarbeit werde erzieherisch mindestens ebenso wirksam sein wie der Besuch der Kurse. Sicherlich ist diese Einstellung durch den Wunsch der Beamten mitbestimmt, jede Konfrontation im Hochschulbereich zu vermeiden. Sie stellt auch ein Mittel dar, studentisches Engagement im Rahmen des demokratischen, parlamentarischen Systems zu halten. Aber sie ist auch eine Anerkennung der Tiefe und Breite des Engagements der jungen Leute, die das System bis an seine Grenzen auf die Probe stellen werden. Ganze Universitäten, Studenten und Lehrkörper, haben die Öffentlichkeit zu offenen Diskussionen über spezielle Themen aufgefordert. Tausende von Studenten ziehen in allen Teilen der USA von Haus zu Haus und erklären jedem, der es hören will, mit neuer Geduld und mit neuem Nachdruck ihre Ansicht über den Krieg.

Und mehr und mehr Amerikaner haben mit dem Zuhören begonnen. Nur der Präsident, durch seinen Stab von der Bevölkerung isoliert, scheint unfähig zu sein, das zu verstehen.

„Regen Sie sich ab. Diese Geschichte ist in 24 Stunden ausgestanden." Mit diesen Worten ermahnte ein Berater Nixons den Innenminister.

„Diese Geschichte" wird für eine lange, lange Zeit nicht ausgestanden sein.

Fernseh-Spalte

RÄUBER UND GENDARM

„Hört auf mit dem Kesseltreiben gegen Eduard Zimmermann!", so rechnete die „Neue Revue" vom 14. 9. 1969 mit den Kritikern am „Aktenzeichen XY . . ." ab. „Jeder, der die wachsende Kriminalität in der Welt verfolgt, wird Zimmermanns Erfolge einer Fernseh-Interpol ohne störende Grenzen, ohne umständliche Dienstwege anerkennen." Solche vom BILD-Idiom kaum zu unterscheidende Argumentation setzt auf das „gesunde Volksempfinden", für das Rechtsnormen nur ein Klotz am Bein sind. 1968 wurde der Fall Szwed bekannt. Der Pelzhändler beging in der Arrestzelle Selbstmord, ein psychisch kranker Mensch, den man versehentlich anstelle eines gesuchten Raubmörders verhaftet hatte. Wie nennt man so etwas? Moralischer Totschlag? Die „Revue" vom 14. 7. 1968 zitierte Zimmermann: „Der Selbstmord hat mit meiner Fernsehsendung nichts zu tun. Er wäre nicht passiert, hätte Szwed sich unter seinem richtigen Namen eingetragen." So ein Hellseher ist der (Zimmer)Mann mit dem biederen Gehabe eines Kämpfers für Recht und Sicherheit, der dreißig Millionen TV-Konsumenten hinter sich hat und nur ein paar „passionierte Nonkonformisten" gegen sich, wie das ZDF sich zu brüsten nicht müde wird. Der 1969 widerrechtlich (weil schuldlos) verhaftete Student Michael Seide klagte „beim ZDF 1600 Mark Schmerzensgeld" ein (laut „Spiegel" vom 16. 3. 1970). Die „Neue Revue" war außer sich. In dem schon erwähnten, nicht namentlich gezeichneten Artikel war von 3000 Mark Schmerzensgeld die Rede. Da Seide im Zusammenhang mit der Fahndung nach den Tätern von Lebach (Mord an vier Bundeswehrsoldaten) verhaftet wurde, folgerte das Blatt demagogisch: Für die Aufklärung dieses Verbrechens „soll Zimmermann, wenn es nach dem Willen des für einige Stunden festgehaltenen Studenten Seide . . . geht", auch noch zahlen. Wäre Zimmermann wirklich der, dessen Rolle er spielt, er müßte sich mit radikaler Konsequenz von Leuten distanzieren, die den „umständlichen Dienstweg" verwerfen und Unschuldige (Tote und Lebende) zu den Spänen zählen, die nun mal beim Hobeln fallen. Ich weiß nicht, wie viele nicht Betroffene inzwischen versehentlich verhaftet wurden. Das ZDF läßt zu diesem Problem ständig Artikel ohne jeglichen Informationswert schreiben, die eine erschreckende Verantwortungslosigkeit gegenüber dem Ethos des Rechtsdenkens signalisieren. (Schlimmstes Beispiel: der hämische Artikel von Peter Hohl im „ZDF-Journal" vom 23. 3. 1970, der die Kontrollininstanzen einer öffentlich-rechtlichen Anstalt anscheinend bis heute nicht alarmierte.) Wir armseligen Kritiker schüren dagegen bloß Unbehagen. So meint Hohl: „Das Stichwort ‚Menschenjagd' klingt hübsch negativ. Und es wirkt so plastisch . . ." Nun, meinen Argumenten in Nr. 9/1969 der „Blätter" möchte ich hinzufügen: der Gedanke ist wirklich beklemmend, daß zig Millionen Gefallen an diesen authentischen Krimis finden. Es ist die Fortsetzung der früher üblichen öffentlichen Hinrichtungen mit gesellschaftshygienischen Mitteln. Unsere Gesellschaft braucht ihre Sünder wie die Kirche den Teufel (siehe Fall Brühne). Aber Zimmermanns Aggressions-Regulativ könnte einmal umschlagen, in Lynchjustiz zum Beispiel. Gäbe es dabei nicht ein bedauernswertes Opfer, wäre ein solcher Fall fast wünschenswert: Damit die einzig zuständigen Wahrer der Ordnung endlich aufwachen. (Das ZDF-Journal behauptet kühl, „XY" würde „vor allem junge Menschen weitgehend gegen kriminelle Ambitionen immunisieren". Wie kommt es dann, daß — wie vor kurzem in den Nachrichten verlautete — sich die Zahl der Gewaltverbrechen gegenüber dem Vorjahr beängstigend erhöht hat?) Ich bin genau so gegen die Kriminalität wie jedes vernünftige Gesellschaftsmitglied. Aber ich bin, vielleicht im Gegensatz zu vielen, für absolute Legalität. Das Freitags-Halali mit dilettantischen Spielszenen scheint mir diesen moralischen Anspruch nicht zu erfüllen. Und fragwürdig erscheint mir auch jene Methode, die Verbrechen zu bekämpfen vorgibt, ohne die gesellschaftlichen Ursachen (z. B. Konsumdiktatur, deformierte moralische Normen usw.) dem Zuschauer nahezubringen. Und nicht zuletzt: die Gewalttätigkeit im Straßenverkehr, die ungeheuerliche Luftverschmutzung, der Lärmterror: das sind größere Verbrechen als ein Scheckbetrug oder Autodiebstahl. Aber daran sind halt zig Millionen von den zig Millionen Zuschauern mitschuldig. Und da hört die Unterhaltungs-Kriminologie der TV-Braven auf. Denn Gerechtigkeits-Masochisten sind's wir fein nicht.

E. H. Wahl

Bücher

Der militärisch-industrielle Komplex

John Kenneth Galbraith, Wie man Generale bändigt. Verlag Hoffmann und Campe, Hamburg 1970, 91 S., 7,80 DM.

Die schmale, 1969 erstmals erschienene Broschüre ist von Galbraith als Ausweitung der entsprechenden Passagen in seinem Buch „Die moderne Industriegesellschaft" (München/Zürich 1970, S. 309 ff.) angelegt worden. Dieses „Lehrbuch" zur Limitierung des Einflusses des military-industrial complex stellt gewissermaßen ein Abfallprodukt der angezeigten größeren Publikation dar, wobei ihm die Funktion zukommt, die politische Position des Autors pointierter herauszukehren.

Galbraith zeigt sich ganz und gar als ein später Liberaler — böswillig ließe sich sagen, als ein Liberaler, der die Entwicklung, seitdem Präsident Eisenhower in seiner Abschiedsadresse an das amerikanische Volk (am 17. Januar 1961) „vor unerwünschtem Einfluß des militärisch-industriellen Komplexes" gewarnt hat, nahezu verschlafen hat. Galbraith baut nämlich noch immer auf die Kraft des aufklärenden Wortes und der argumentationsgesättigten Diskussion und Kritik. Das deutet darauf hin, daß er die Funktion der bürgerlichen Militarismuskritik, die allemal schon Elemente des Militarismus selbst in sich eingeschlossen hat, nicht begreift. Von daher erscheint Galbraiths Handlungsanleitung als merkwürdig gebremst, darin der Stärke und Einflußkraft ihres Untersuchungsobjekts total unangemessen. Vor allem aber ist sie in sich schizophren. So weiß Galbraith zu berichten, daß US-Abgeordnetenhaus und Senat „eine Vorlage zur Bewilligung von einigen Milliarden Dollar für die Kriegsmaschinerie in wenigen Stunden" durchpeitschen, „während ein Vertrag zur Förderung des Friedens, ein Programm, das unterentwickelten Völkern helfen ... und die Interessen der Armen fördern soll, durch und durch geprüft und diskutiert und mit Zusätzen versehen und mißhandelt werden muß, vielleicht Wochen und Monate hindurch" (S. 39, nach Senator Gaylord Nelson, US-Senat, im Februar 1964). Darin aber sieht Galbraith keine interessen- oder gar klassenspezifische Haltung, sondern nur eine durch die Kraft guter Argumente doch relativ leicht umzukehrende und aufzuhebende Borniertheit. Er will eben nur die Rückkehr zu früheren Zeiten, nicht die Hinwendung zu neuen Strukturen; und er feiert es euphorisch, daß ihm darin auch einige Industrielle folgen (S. 64 f.).

Am Faktum des „Rüstungskapitalismus" rüttelt er nicht radikal. Er will nur beschneiden, sein Zauberwort heißt Kontrolle. Dabei aber beschreibt er wiederum plastisch genug, wie sehr das Element der Kontrolle, die Öffentlichkeit, von Rüstungsindustrie und -bürokratie sowie deren Lobbyisten an allen Fronten deformiert wird. Dennoch verkündet Galbraith eine neue Version des Prinzips Hoffnung: „... ich empfehle Maßnahmen innerhalb des gegebenen Rahmens ... Wenn exaktes und konzentriertes Wissen sowohl bei der Anschaffung von Waffensystemen wie bei den internationalen Verhandlungen ins Spiel gebracht wird, wenn die Bürger wach bleiben (!) und in der Überzeugung, daß hier das politische Thema unserer Zeit liegt, wenn daraufhin dann ein paar hundert oder auch nur einhundert Abgeordnete wachsam, kritisch und aufgerüttelt sind, wenn das Ziel, den Rüstungshaushalt jährlich um fünf Milliarden zu reduzieren, klar vor Augen steht, wenn der Präsident deutlich erkennen muß, daß hier die Entscheidung über Erfolg oder Scheitern, Überleben oder Untergang und Tod fällt, dann wird der militärisch-industrielle Machtkomplex unter Kontrolle sein" (S. 85 f.).

Der Hinweis auf den Präsidenten offenbart die ganze Ohnmacht dieses, gewiß frommen und ehrenwerten, Wunsches. Zwar konnte Galbraith den Einfall in Kambodscha und die diesbezügliche Haltung Nixons nicht voraussehen, beides zeigt aber dennoch auf, wie trügerisch seine Hoffnung (S. 16), sein liberales Vertrauen auf die Verfassung sind. Mit naiver Hoffnung glaubt Galbraith, jeder Einzelne könne — zusammen mit seinem überzeugten Nachbarn — auf den Gesetzgeber einwirken (S. 9). Das ist zwar

tatsächlich das „Programm eines Gemäßigten" (S. 11), aber es ist zugleich auch das Programm eines Gescheiterten — leider. Galbraiths politischer Dekalog der Bedingungen eines Kontrollprogramms (S. 72 ff.) hält den rigiden politischen Positionen der Gegner aus Regierung, Bürokratie, Industrie, Militär und „schweigender Mehrheit" nicht stand (S. 34, 87 ff.). Gegen einen solchen Gegner kann man eben nicht, will man seine eigene Position nicht von vornherein unterminieren, propagieren: „Das Ziel heißt, dem militärischen Establishment wieder den Platz anzuweisen, der ihm der amerikanischen Tradition nach im politischen und im Verfassungs-System zukommt" (S. 75). Eine derartige Zielbestimmung schließt für Lateinamerika zumindest immer noch eine imperialistische Hegemonialpolitik ein; und auch darüberhinaus scheint mir diese Position heute nur noch als Startpunkt der Entwicklung hin zum gegenwärtigen Triumph des military-industrial complex interpretierbar. Liberales Engagement, so wie es Galbraith demonstriert, ist sicher gerade heute und gerade in den USA wichtig, es scheint aber, als dürfe man (als ein über die Entwicklung in den USA Besorgter) auf den Erfolg dieser Gruppierung wenig hoffen. Eike Hennig

Information oder Manipulation?

Gerhard Schmidtchen, Manipulation — Freiheit negativ. Luchterhand Verlag, Neuwied und Berlin 1970, 80 S., 6,80 DM.

H. Armbruster, H. Arndt, O. Bachof, J. Baumann, R. R. Bigler, E. Denninger, W. Fikentscher, A. Gutowski, E. Hoppmann, U. Klug, W. Maihofer, E.-J. Mestmäcker, E. Noelle-Neumann, P. Noll, D. Pohmer, G. Roelleke, K. Rolinski, H. H. Rupp, P. Schneider, S. Simitis, Pressefreiheit — Entwurf eines Gesetzes zum Schutze freier Meinungsbildung und Dokumentation des Arbeitskreises Pressefreiheit. Luchterhand Verlag, Neuwied und Berlin 1970, 223 S., 16,80 DM.

Noch gut hegelianisch hat der junge Marx von der freien Presse gemeint, sie sei „die ideale Welt, die stets aus der wirklichen quillt und, ein immer reicherer Geist, neu beseelend in sie zurückströmt" (MEW, 1, S. 61). Freilich vermag solch dialektischer Abfolge heute kaum einer mehr Einsicht zu zollen. Die gesellschaftliche Kommunikation hat ihre entscheidenden Mittler in den Massenmedien; deren Kritiker haben sich in zwei konkurrierenden Lagern gefunden, wobei die einen für und die anderen wider die Medien Stellung beziehen; um die Gesellschaft jedoch mag keiner sich scheren. Die technischen Möglichkeiten zur „informierten Gesellschaft" werden einmal bedingungslos überschätzt. Die Gegenseite stellt sie in kulturpessimistischem Filter dagegen gänzlich in Abrede.

Neue Materialien zu dieser Debatte liefert der Luchterhand Verlag in zwei seiner jüngsten Veröffentlichungen. Gerhard Schmidtchen, Jahrgang 1925, Professor für Sozialpsychologie und Soziologie an der Universität Zürich, macht sich über die Freiheit Gedanken. Mit dem Hinweis, es sei vielleicht „weniges so charakteristisch für unser Zeitalter wie das, daß Freiheit negativ diskutiert wird" (S. 28), bezeichnet er sein analytisches Vorgehen. Wir wollen also zusehen, ob und wie es ihm gelingt, aus der Diskussion des Manipulationsproblemes ex negativo einen Begriff der Freiheit zu entwickeln. Daß dabei nicht voluntaristisch verfahren werden könne, wird eingestanden; „Freiheit wird nicht in einer kurzen Definition zugänglich, sondern nur in einer Theorie, die ihren vielen Dimensionen und den möglichen Formen gesellschaftlicher Verwirklichung Rechnung trägt" (S. 67). Mit Berechtigung kann so die Frage nach den Verhältnissen freier Meinungsbildung und Meinungsäußerung als Indikator für die Verwirklichung von Freiheit Verwendung finden. Der interpretatorische Zugang wird gesucht in einer Neubestimmung des Begriffes Manipulation. Denn wie er im gewöhnlichen Sprachgebrauch sich finde, sei „Manipulation" kein wissenschaftlicher Begriff, sondern eine Befürchtung (S. 27): „So haftet der Rede von Manipulation bereits alles Irrationale an, das politischen Kampfbegriffen eigen ist" (S. 28).

Diese Kritik am Manipulationsbegriff, die Rechtfertigung ablegen soll für dessen eigene, neue Bestimmung, geht jedoch fehl. In Zusammenhang mit der Anti-Springer-

Bewegung und der allgemein wachsenden Aufmerksamkeit für Probleme der gesellschaftlichen Kommunikation war der Begriff vom manipulierten Bewußtsein von großem heuristischen Wert; auf ihm basieren mehrere exakte Analysen der Informationsstrategie im Spätkapitalismus; erinnert sei nur an die Bände „Imperium Springer — Macht & Manipulation" (Hrsg. Jansen/Klönne, Pahl-Rugenstein 1968) und „Manipulation — Die staatsmonopolistische Bewußtseinsindustrie" (Hrsg. Autorenkollektiv, Dietz 1969). Durchaus zutreffend bleibt in dieser Hinsicht Schmidtchens Erkenntnis, es sei in solchen und ähnlichen Arbeiten „Manipulation" ein politischer Kampfbegriff. Falsch allerdings bleibt die vermeintliche Einsicht, es sei solchen Begriffen kein analytischer Wert abzugewinnen. Denn wo von Freiheit die Rede ist, darf von der Unterdrückung nicht geschwiegen werden. Wo aber Wissenschaft über Unterdrückung handelt, muß sie der Unterdrückten sich annehmen. Sie muß auf deren Seite stehen und darf sich nicht einreden, es gebe für sie einen übergeordneten Platz. Andernfalls, und Schmidtchens Arbeit demonstriert das zur Genüge, versandet sie in formal-umständlichen Definitionen: „Manipulation ist überall dort möglich, wo man sich psychischer oder gesellschaftlicher Mechanismen bedienen kann, und zwar so, daß kurzfristig jedenfalls eine Gegenwehr kaum möglich ist. Das bedeutet, daß es sich um Mechanismen handelt, die unterhalb der Kontrollsysteme anlaufen, auf individueller Ebene unterhalb des Bewußtseins, auf kollektiver Ebene außerhalb jener Kriterien, nach denen eine kritische, der Autonomie verpflichtete Öffentlichkeit und die Rechtsprechung über die Freiheit des einzelnen wachen" (S. 28).

An kaum einer Stelle seiner Überlegungen wird deutlicher, wie kraß der Autor sein Ziel verfehlt. „Manipulation" soll abgeleitet werden von sekundären Erscheinungen wie Angst, Aggression, Neurose etc.; also gerade „außerhalb jener Kriterien" (s. o.), auf die es entscheidend ankommt, Bewußtsein und Öffentlichkeit. Dem ist zu entgegnen, daß Manipulation eben dadurch sich bestimmt, nicht ein obskures Phänomen in gesellschaftlichen Niederungen außerhalb und unterhalb von Öffentlichkeit und Kontrolle zu sein; sie bezeichnet vielmehr den Umstand, daß diese Institutionen ihre Funktion verlieren, Öffentlichkeit zum Bestätigungsfetisch und Bewußtsein zum falschen Bewußtsein sich wandeln. Wer diese Abhängigkeiten bestreitet, muß konsequent zu solch zynischen Hymnen auf die entpolitisierten und unpolitischen Massen gelangen, die abzuspielen sich auch Schmidtchen nicht scheut: „Im sozialen Ganzen haben auch die politisch Desinteressierten eine positive Funktion. Ihnen fällt die Aufgabe zu, den politischen Manövrierraum zu vergrößern. Die Existenz großer Fraktionen von Desinteressierten erleichtert politische Kompromißlösungen. Es käme in der Demokratie also auf eine gewisse Balance zwischen politischem Interesse und Desinteresse an" (S. 9 f.).

Zwischen Gerhard Schmidtchens Relfexionen und der Dokumentation des Arbeitskreises Pressefreiheit bricht der Unterschied auf von Philosophie und engagierter Wissenschaft. Am Elend der einen kann die andere aufzeigen, wie sie zu relevanten Ergebnissen kommt: durch ihren praktischen Bezug. Er ist um so leichter herzustellen und dringender notwendig, als nicht nur die Situation auf dem Pressemarkt durch zunehmende Konzentration immer bedrohlicher wird, sondern zudem noch die Lage der Rechtssprechung bei weitem nicht eindeutig geklärt ist. Zwar bestimmt Art. 5, 1 GG: „Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt." Wo allerdings diese Rechte ihre Schranken finden (Art. 5, 2 GG), ist heftig umstritten. So steht zwar fest, daß nach Art. 75, 2 GG der Bund Rahmenvorschriften für „die allgemeinen Rechtsverhältnisse der Presse und des Films" erlassen kann. Dabei handelt es sich einesteils jedoch um Möglichkeiten, die bislang ungenutzt blieben; ein Bundespressegesetz liegt nicht vor; ein Referentenentwurf des Bundesinnenministeriums aus dem Jahr 1952 gelangte niemals zur Vorlage im Parlament; Initiativentwürfe der Fraktionen von FDP und SPD (BT-Drucksache IV/1814 und IV/1849) wurden nicht verabschiedet; hinzu kommt anderenteils noch der Streit darüber, wie weit solche möglichen Rahmenvorschriften zu fassen seien. Unter anderem daran knüpfen die Diskussionen des Arbeitskreises Pressefreiheit. In detail-

lierten Beiträgen werden die umfangreichen Probleme behandelt, die durch eine presserechtliche Rahmengesetzgebung aufgeworfen würden. Dabei ist allerdings gleich vorab zu bemängeln, daß sich die Diskussion doch zu sehr an den Möglichkeiten der Stunde orientiert und namentlich in den juristischen Gutachten die utopische Dimension völlig fehlt. Es ist sicherlich richtig, daß ein Gesetzentwurf, mit dem die vorhandenen parlamentarisch-demokratischen Möglichkeiten des Systems ausgeschöpft werden sollen, sich weitgehend der herrschenden Meinung versichern muß. Trotzdem heißt es zu kurz greifen, wenn man im Einzelfall die herrschende Meinung quasi mit der einzig möglichen gleich setzt, anstatt die je bestehenden bzw. geführten Kontroversen neu aufzugreifen. Es genügt nicht, auf der herrschenden Meinung gesellschaftspolitisch relevante Überlegungen aufzubauen; man hat auch die gesellschaftspolitische Relevanz der herrschenden Meinung zu bedenken.

Wichtig wird das z. B. bei der Analyse der Begriffe Meinungsfreiheit und Pressefreiheit. Zwar findet sich heute kaum mehr die Auffassung, es sei die Pressefreiheit lediglich ein Unterfall der Meinungsfreiheit; zumal, wie das BVerfG feststellte, „die institutionelle Eigenständigkeit der Presse (eindeutig) ... gewährleistet ist" (BVerfGE 10, 118, 6. 10. 1059). In vorliegender Untersuchung greift Gerd Roelleke diese Ansicht auf:

„Meinungsfreiheit und Pressefreiheit sind nicht identisch. Sonst wäre eine besondere Garantie der Pressefreiheit überflüssig.

a) Der Sinn der Meinungsfreiheit besteht — vom Einzelnen gesehen — in der Entfaltung der individuellen geistigen Persönlichkeit jedes natürlichen Menschen und — vom Gemeinwesen gesehen — in der ständigen Herstellung der freien Übereinstimmung zwischen allen Einzelnen und den Staatsorganen. Dieser Prozeß kann sich in Kritik wie in Zustimmung äußern. In jedem Fall dient die Meinungsfreiheit auch der Legitimation staatlicher Machtausübung (politische Funktion).

b) Die Aufgabe der Presse besteht darin, allen Meinungen die Chance der Veröffentlichung zu bieten. Aus dieser Aufgabe ergeben sich Inhalt und Grenzen der mit der Pressefreiheit verknüpften subjektiven Berechtigungen. Sie schaffen kein Privileg für

Soeben erschienen:

Vier Kritiken:

Heidegger
Sartre
Adorno
Lukács

Inhalt

Herr Heidegger — und die Friedensfrage

Heideggers Katholizität

Heidegger über sich selbst

Seltsame Interpretation der Jahre 1933—1951

Wider den Ultra-Individualismus

Im Schatten Husserls

Adornos Negative Dialektik

Adornos Auschwitz-Modell

„Marxistische Ontologie" — eine Modeschöpfung des Idealismus

232 Seiten, engl. broschiert, DM 9,80

PAHL-RUGENSTEIN VERLAG

die Meinungen der Journalisten oder Presseunternehmer, sondern empfangen ihren Sinn aus der Meinungsfreiheit aller" (S. 52).

Aus diesen Anmerkungen läßt sich unschwer eine Anknüpfung an Helmut Ridders Interpretation von Meinungs- und Pressefreiheit (vgl. H. Ridder, Meinungsfreiheit. In: Die Grundrechte, Berlin 1954) dechiffrieren. Im Gegensatz zur heute herrschenden Auffassung versteht Ridder, wie oben auch Roelleke, „Inhalt und Grenzen der mit der Pressefreiheit verknüpften subjektiven Berechtigungen" (s. o.) sehr eng lediglich als Institutionsgarantie; er folgert, es sei „nicht angängig, die freie politische Meinungsäußerung durch die Presse als einen Teil der überkommenen freien Meinungsäußerung des Individuums als — unpolitischen — ‚Menschen' zu betrachten" (Ridder, S. 259). Diese Interpretation hat Folgen für die Überlegungen zur Einschränkung und Unterbindung von Machtzusammenballungen auf dem Pressesektor. Ihr zufolge läßt sich nämlich eine kartellrechtliche Lösung dieses Problems relativ einfach begründen; Versuche von Bachof (S. 11 f.), Roelleke und Schneider (S. 20 f.) und nochmals Roelleke (S. 52 f.) finden sich in der Dokumentation des Arbeitskreises Pressefreiheit. Sie demonstrieren deutlich die Möglichkeiten, die, bei weitem nicht ausgeschöpft, im parlamentarischen System vorhanden sind. Gleichzeitig weisen sie jedoch auch eine Grenze auf, welche keiner der Autoren auch nur in Frage stellen mag: die Anerkennung der bestehenden sozioökonomischen Verhältnisse. Wenn also Roelleke in seinem Beitrag (S. 53) trocken konstatiert, daß „die privatwirtschaftliche Organisation der Presse notwendig die Verfügungsmacht Einzelner über Einrichtungen einschließt, die der Meinungsfreiheit aller dienen sollen", so fehlt dieser Feststellung sowohl die kritische Dimension, die in Werner Hofmanns Springer-Thesen (in: Jansen/Klönne, hier S. 22) aufscheint, wo es heißt: „Der gesellschaftliche Sinn der Presse, die Vermittlung von Material der Meinungsbildung, ist eingeordnet einem der Sache ganz fremden, ja der Sache widersprechenden privatwirtschaftlichen Zweck: der Erwirtschaftung von Gewinn." Ihr fehlt aber auch die utopische Dimension, welche die Richtung der notwendigen Veränderungen exakt bezeichnet und doch in den „Debatten über die Preßfreiheit" (MEW 1, hier S. 71) schon vorhanden war: „Die erste Freiheit der Presse besteht darin, kein Gewerbe zu sein." Wulf. D. Hund

Deutsche Ostpolitik

Die deutsche Ostpolitik 1961—1970. Kontinuität und Wandel. Dokumentation, herausgegeben von Boris Meissner. Verlag Wissenschaft und Politik, Köln 1970, 448 S., 38,— DM.

Die vorliegende Dokumentation stellt eine Sammlung von 183 Reden, Vorträgen, Interviews und sonstigen Erklärungen führender Politiker der Bundesrepublik zum Thema „Ostpolitik" dar. Sie beginnt mit Entschließungsanträgen des Auswärtigen Ausschusses des Bundestags vom Mai/Juni 1961 und endet mit Auszügen aus der Rede von Bundeskanzler Brandt in der Debatte zum „Bericht über die Lage der Nation" am 16. Januar 1970. Allerdings umfaßt sie nur die Beziehungen der Bundesrepublik zur Sowjetunion und den übrigen osteuropäischen Staaten. Das Verhältnis zur DDR, die „innerdeutschen Beziehungen", sollen in einem besonderen Band behandelt werden. „Auf sie wird ... nur insoweit eingegangen, wie sie einen unmittelbaren Bestandteil der Grundkonzeption der deutschen Ostpolitik bilden."

Zweck der Dokumentation ist es, wie der Herausgeber im Vorwort sagt, „das Verständnis für die Notwendigkeit einer aktiven deutschen Ostpolitik zu fördern und zugleich Geschichtsklitterungen vorzubeugen". Nun, was man im einzelnen Fall unter „Geschichtsklitterung" verstehen muß, kann natürlich sehr zweifelhaft sein. Der „Göttinger Arbeitskreis" jedenfalls, in dem die Dokumentation entstanden ist, hat sich bisher als ein recht einseitiger Vertreter einer deutschen Ostpolitik erwiesen, und was den Herausgeber Boris Meissner betrifft, so ist zwar seine Kenntnis der politischen Entwicklung in Osteuropa unbestritten und unbestreitbar, seine innere Bindung an die Politik der bisherigen Bundesregierungen Adenauer-Erhard-Kiesinger aber wohl auch kaum zu bezweifeln. Damit soll nicht etwa behauptet werden, daß die Auswahl der

hier vorgelegten Dokumente willkürlich getroffen sei. Wohl aber besteht Veranlassung, mit Nachdruck darauf hinzuweisen, daß die Absichten der Politiker nicht nur aus ihren offiziellen Reden, sondern auch aus ihren sonstigen Auslassungen und vor allem ihren Taten hervorgehen. Man denke dabei insbesondere an Männer wie Strauß, Schröder und Guttenberg. Im übrigen ist es nicht ohne Reiz festzustellen, daß der Herausgeber die Politik der Regierung Brandt/Scheel als „Modifizierung der ‚neuen Ostpolitik'" der Regierung der Großen Koalition bezeichnet. Wenn er damit zum Ausdruck bringen will, daß die „Kontinuität" den „Wandel" überwiegt, so muß man ihm, fürchte ich, recht geben.

Alles in allem: ein durchaus nützliches Nachschlagewerk, aber nur mit kritischer Vorsicht zu benutzen. Harold Rasch

Neuerscheinungen Eingesandte Bücher

Kulturkritik und Soziologie

Gerhard Schulz, Das Zeitalter der Gesellschaft. Aufsätze zu Ideen und Theorien in der politischen Sozialgeschichte der Neuzeit. Piper-Verlag, München, 480 S., kart. 24,— DM.

Jerome D. Frank, Muß Krieg sein? Psychologische Aspekte von Krieg und Frieden. Deutsche Ausgabe von „Sanity and Survival". Mit einem Vorwort von Senator Fulbright und einem Vorwort zur deutschen Ausgabe von H.-J. Gamm. Verlag Darmstädter Blätter, Darmstadt, 507 S., Ln. 25,— DM, Studienausgabe 20,— DM.

Ekkehart Krippendorff, Die amerikanische Strategie. Entscheidungsprozeß und Instrumentarium der amerikanischen Außenpolitik. Suhrkamp Verlag, Frankfurt, 496 S., Ln. 38,— DM, kart. 24,— DM.

Manfred Lesch, Die Rolle der Offiziere in der deutschen Wirtschaft nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges. Verlag Duncker & Humblot, Berlin, 179 S., br. 38,60 DM (Volkswirtschaftliche Schriften, Heft 139).

Franz Josef Wehnes, Mensch und Arbeit. Anthropologische Aspekte der Berufserziehung. Spee-Verlag, Trier, 183 S., 61 Abb., kart. 15,90 DM (Wege der Menschwerdung, Bd. 7).

Ansgar Häußling, Die Reichweite der Physik. Zur Ontologie von Natur und Zeit. Verlag Anton Hain, Meisenheim, XIV, 175 S., br. 24,— DM (Monographien zur Naturphilosophie, Bd. 9).

B. C. Vickery, Zur Theorie von Dokumentationssystemen. Deutsche Ausgabe der zweiten Auflage von „On retrieval system theory". Verlag Dokumentation, München, 232 S., Linson 32,— DM.

Georg Lukács, Skizze einer Geschichte der neueren deutschen Literatur. Luchterhand Verlag, Neuwied, 248 S., Sonderausgabe, Ln. 6,80 DM.

Eva Kolinsky, Engagierter Expressionismus. Politik und Literatur zwischen Weltkrieg und Weimarer Republik. Metzlersche Verlagsbuchhandlung, Stuttgart, 228 S., kart. 26,— DM (Metzler Studienausgabe).

Rudolf Schenda, Volk ohne Buch. Studien zur Sozialgeschichte der populären Lesestoffe 1770—1910. Verlag Vittorio Klostermann, Frankfurt, 608 S., Ln. 78,50 DM, kart. 72,50 DM (Studien zur Philosophie und Literatur des 19. Jahrhunderts, Bd. 5).

Klaus Schröter, Thomas Mann im Urteil seiner Zeit. Dokumente 1891 bis 1955. Christian Wegner Verlag, Hamburg, 558 S., Ln. 30,— DM.

I. B. Jonas, Thomas Mann und Italien. Carl Winter Universitätsverlag, Heidelberg, 168 S., kart. 21,— DM, Ln. 26,— DM (Beiträge zur neueren Literaturgeschichte, III. Folge/10).

Geschichte und Zeitgeschichte

Rudolf Stadelmann, Soziale und politische Geschichte der Revolution von 1848. Verlag F. Bruckmann, München, 248 S., Ln. 28,— DM.

Franz Herre, Anno 70/71. Ein Krieg, ein Reich, ein Kaiser. Verlag Kiepenheuer & Witsch, Köln, 319 S. mit vielen zeitgenössischen Abbildungen und Karten, Ln. 25,— DM.

Felix Kreissler, Von der Revolution zur Annexion. Österreich 1918—1938. Europa Verlag, Wien, 336 S., Ln. 28,— DM.

William L. Shirer, Der Zusammenbruch Frankreichs. Aufstieg und Fall der Dritten Republik. Droemersche Verlagsanstalt Th. Knaur, München, 1088 S., 12 Karten, Ln., Subskriptionspreis (bis zum 30. 6. 1970) 38,— DM, späterer Ladenpreis 48,— DM.

Aktuelle Themen

Meyers Handbuch über die Wirtschaft. Zweite, neubearbeitete Auflage. Herausgegeben von der Lexikonredaktion des Bibliographischen Instituts. Redaktionelle Leitung: Gisela Preuß. Bibliographisches Institut, Mannheim, 1176 S. mit Tabellen, Graphiken und rd. 10 000 Stichwörtern, Kunststoff 36,— DM.

Hans-Günter Gierloff-Emden, Mexiko. Eine Landeskunde. Verlag de Gruyter, Berlin, XX, 634 S. mit Abbildungen und Kartenbeilage, Großoktav, Ln. 136,— DM.

Dokumente zum Zeitgeschehen

Wortlaut der Entschließung des Hamburger Kolloquiums 1970

Am 24. Mai 1970 trafen in Hamburg 280 interessierte Personen aus der Bundesrepublik Deutschland zum Hamburger Kolloquium 1970 zusammen, das unter dem Thema stand: Völkerrechtsverträge zwischen der BRD und der DDR über Gewaltverzicht, Grenzgarantie, Nichteinmischung und gegenseitige Anerkennung als Beitrag zur europäischen Sicherheit. 53 Persönlichkeiten hatten zu diesem Kolloquium eingeladen: Neben den Abgeordneten Dr. Friedrich Beermann, William Borm, Wilhelm Dröscher, Rudolf Kaffka, Walter Möller, Karl-Heinz Walkhoff, Heinz Wichmann zählen zu den Unterzeichnern Bürgermeister a. D. Heinrich Albertz, Dr. Frank Arnau, Carl Backhaus, Prof. Dr. Walter Fabian, Dr. Immanuel Geiss, Prof. Dr. Dr. H. G. Geyer, Hans Huffzky, Helmut Wolfgang Kahn, Walter Koppel, Prof. Dr. Chr. Graf v. Krockow, Adolph Kummernuss, Willy Max Rademacher, Hans Rondi, Fritz Sänger, Ernst v. Salomon, Gösta Frhr. v. Uexküll sowie weitere Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens.

Nach einem einleitenden Referat von Heinrich Albertz, Bürgermeister a. D., wurden in 5 Arbeitsgruppen die Probleme einer Normalisierung der Beziehungen zwischen BRD und DDR diskutiert:

1) Gewaltverzicht und Anerkennung
Referent: Rolf Niemann, Politologe, Berlin;

2) Auswirkungen der gegenseitigen Anerkennung auf die europäische Sicherheit
Referent: Prof. Dr. L. Froese, Rektor der Philipps-Universität, Marburg;

3) UNO-Beitritt beider deutscher Staaten
Referent: Dr. H. H. Holz, Publizist, Zürich;

4) Die gesellschaftspolitische Bedeutung einer Anerkennung der DDR
Referent: Fritz Vilmar, Soziologe (IG Metall), Frankfurt;

5) Die Wirtschaftsbeziehungen zwischen beiden deutschen Staaten vor und nach der Anerkennung
Referent: Günther Wendt, Importeur, Hamburg.

Von Prof. Helmut R. Külz lag eine Ausarbeitung für das Kolloquium vor, betitelt „Anerkennung und kein Ende — Gedanken zum geschichtlichen, politischen und rechtlichen Blickpunkt eines in Verwirrung geratenen Begriffes."

William L. Shirer, Der Zusammenbruch Frankreichs. Aufstieg und Fall der Dritten Republik. Droemersche Verlagsanstalt Th. Knaur, München, 1088 S., 12 Karten, Ln., Subskriptionspreis (bis zum 30. 6. 1970) 38,— DM, späterer Ladenpreis 48,— DM.

Aktuelle Themen

Meyers Handbuch über die Wirtschaft. Zweite, neubearbeitete Auflage. Herausgegeben von der Lexikonredaktion des Bibliographischen Instituts. Redaktionelle Leitung: Gisela Preuß. Bibliographisches Institut, Mannheim, 1176 S. mit Tabellen, Graphiken und rd. 10 000 Stichwörtern, Kunststoff 36,— DM.

Hans-Günter Gierloff-Emden, Mexiko. Eine Landeskunde. Verlag de Gruyter, Berlin, XX, 634 S. mit Abbildungen und Kartenbeilage, Großoktav, Ln. 136,— DM.

Dokumente zum Zeitgeschehen

Wortlaut der Entschließung des Hamburger Kolloquiums 1970

Am 24. Mai 1970 trafen in Hamburg 280 interessierte Personen aus der Bundesrepublik Deutschland zum Hamburger Kolloquium 1970 zusammen, das unter dem Thema stand: Völkerrechtsverträge zwischen der BRD und der DDR über Gewaltverzicht, Grenzgarantie, Nichteinmischung und gegenseitige Anerkennung als Beitrag zur europäischen Sicherheit. 53 Persönlichkeiten hatten zu diesem Kolloquium eingeladen: Neben den Abgeordneten Dr. Friedrich Beermann, William Borm, Wilhelm Dröscher, Rudolf Kaffka, Walter Möller, Karl-Heinz Walkhoff, Heinz Wichmann zählen zu den Unterzeichnern Bürgermeister a. D. Heinrich Albertz, Dr. Frank Arnau, Carl Backhaus, Prof. Dr. Walter Fabian, Dr. Immanuel Geiss, Prof. Dr. Dr. H. G. Geyer, Hans Huffzky, Helmut Wolfgang Kahn, Walter Koppel, Prof. Dr. Chr. Graf v. Krockow, Adolph Kummernuss, Willy Max Rademacher, Hans Rondi, Fritz Sänger, Ernst v. Salomon, Gösta Frhr. v. Uexküll sowie weitere Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens.

Nach einem einleitenden Referat von Heinrich Albertz, Bürgermeister a. D., wurden in 5 Arbeitsgruppen die Probleme einer Normalisierung der Beziehungen zwischen BRD und DDR diskutiert:

1) Gewaltverzicht und Anerkennung
Referent: Rolf Niemann, Politologe, Berlin;

2) Auswirkungen der gegenseitigen Anerkennung auf die europäische Sicherheit
Referent: Prof. Dr. L. Froese, Rektor der Philipps-Universität, Marburg;

3) UNO-Beitritt beider deutscher Staaten
Referent: Dr. H. H. Holz, Publizist, Zürich;

4) Die gesellschaftspolitische Bedeutung einer Anerkennung der DDR
Referent: Fritz Vilmar, Soziologe (IG Metall), Frankfurt;

5) Die Wirtschaftsbeziehungen zwischen beiden deutschen Staaten vor und nach der Anerkennung
Referent: Günther Wendt, Importeur, Hamburg.

Von Prof. Helmut R. Külz lag eine Ausarbeitung für das Kolloquium vor, betitelt „Anerkennung und kein Ende — Gedanken zum geschichtlichen, politischen und rechtlichen Blickpunkt eines in Verwirrung geratenen Begriffes."

Als Gäste aus dem westlichen Ausland und der DDR konnten begrüßt werden: Madame Christiane Delrue, Generalsekretärin der Gesellschaft Belgien — DDR, Brüssel; Dr. Stellan Arvidson, ehem. Reichstagsabgeordneter der Sozialdemokratischen Partei Schwedens und jetziger Vorsitzender des Ständigen Intern. Komitees der Konferenz von Helsinki, Stockholm; Staatsminister Henri Rolin, Brüssel; Mr. William Wilson, Mitglied des britischen Unterhauses (Labour Party), London; Roland Lenoir, Generalsekretär der Französisch-Deutschen Gesellschaft, Paris; Prof. Jack Thiessen von der Universität Winnipeg, Mitglied der Liberalen Partei Kanadas, Winnipeg; Nils Brädefors, Journalist, Schweden; Prof. Peter Alfons Steiniger, Professor für Völkerrecht an der Humboldt-Universität in Berlin und Präsident der Deutschen Liga für die Vereinten Nationen in der DDR, Berlin; Prof. Stefan Dornberg, Direktor des Deutschen Instituts für Zeitgeschichte und Sekretär des DDR-Komitees für europäische Sicherheit, Berlin; Horst Kreter, Chefredakteur der „Nationalzeitung", Berlin.

Das Kolloquium verabschiedete — bei einer Stimmenthaltung — eine Entschließung, die einen Entwurf zur Grundlage hatte, der von den Herren Heinrich Albertz, Helmut Bausch, Horst Bethge, Hans Huffzky, Walter Koppel, Paul Neuhöffer, Fritz Sänger und Karl-Heinz Walkhoff erarbeitet worden war.

Die Entschließung hat folgenden Wortlaut:

Entschließung des Hamburger Kolloquiums 1970

Kassel hat mit aller Deutlichkeit gezeigt, daß eine gegenseitige völkerrechtliche Anerkennung der beiden deutschen Staaten Voraussetzung für eine gute Nachbarschaft zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik sowie für die Sicherung des Friedens in Europa und in der Welt ist.

Das Kolloquium hat sich eingehend mit den Argumenten bzw. Scheinargumenten gegen eine völkerrechtliche Anerkennung der DDR auseinandergesetzt. Es ist zu dem Ergebnis gekommen, daß die Argumente entweder durch Verhandlungen ausgeräumt werden können oder angesichts der friedenspolitischen Bedeutung der Anerkennung der DDR zweitrangig sind.

Im Interesse der Bundesrepublik und des Wohlergehens ihrer Bürger ist es notwendig, normale gleichberechtigte Beziehungen zwischen der BRD und der DDR herzustellen sowie gegenseitig ihre territoriale Integrität einschließlich der Grenzen und die Unabhängigkeit und Selbständigkeit jedes der zwei Staaten in Angelegenheiten, die ihre innere Hoheitsgewalt betreffen, anzuerkennen.

Nur die Lösung von der gescheiterten CDU/CSU-Politik kann der Regierung das Vertrauen im In- und Ausland einbringen, das sie dringend braucht, um sich des Druckes derer erfolgreich zu erwehren, die sich einer Entspannung widersetzen.

Beziehungen zwischen Staaten gleicher Nation sollten besser sein als zwischen Staaten verschiedener Nationen. Darin sehen wir das Besondere in den Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der DDR. Es müßten daher zunächst mindestens die gleichen diplomatischen Beziehungen zur DDR hergestellt werden, wie sie die Bundesrepublik zu mehr als 100 anderen Staaten unterhält.

Gleichzeitig fordern wir mit Nachdruck die Aufnahme der BRD und der DDR in die UNO und die entsprechenden anderen zwischenstaatlichen Organisationen. Sie liegt im wohlverstandenen Interesse der Bürger beider deutscher Staaten. Beide deutsche Staaten — in die UNO aufgenommen — könnten der Welt das Bild friedlicher Koexistenz zwischen Staaten gleicher Nation, aber unterschiedlicher Gesellschaftsstruktur vermitteln.

Einen neuen Krieg in Europa zu vermeiden und eine europäische Friedensordnung aufzubauen, muß das oberste Ziel aller politischen Anstrengungen sein. Der Weg dazu führt über die Europäische Sicherheitskonferenz, die ihrerseits beiderseitige Abrüstung möglich macht. Wir fordern daher auf, sich für das Zustandekommen einer europäischen Sicherheitskonferenz einzusetzen.

Anerkennung macht Entspannung und beiderseitige Abrüstung möglich. Entspannung und Abrüstung aber wären die größte menschliche Erleichterung für uns alle.

Anerkennung wird auch eine Reihe wirtschaftlicher Folgen haben, die für beide Staaten vorteilhaft sind, u. a. die Möglichkeit, die derzeitigen Handelsbeziehungen zu echten Wirtschaftsbeziehungen auszubauen.

Nur durch gemeinsames Vorgehen aller Demokraten können diejenigen Kräfte zurückgedrängt werden, die sich gegen jeden Versuch einer Normalisierung der Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten wenden. Den entspannungsfeindlichen und chauvinistischen Kräften in der Bundesrepublik muß entschieden entgegengetreten werden.

Hamburg, den 24. Mai 1970

Wortlaut der Erklärung von sieben Professoren der Hochschule für bildende Künste, Westberlin, vom 28. Mai 1970

Aus der Darstellung Professor Schriebers, des Stellvertretenden Direktors der Hochschule für bildende Künste (HfbK), über die der Tagesspiegel am 27. Mai berichtete, geht hervor, daß die Polizei am Sonnabend, dem 23. Mai, ohne Provokation in die HfbK eingedrungen ist. Mit der Parade hatte diese Aktion nichts zu tun; die war bereits um 13 Uhr zu Ende. Auch die Zwischenfälle in der Hardenbergstraße lagen eine Stunde zurück, als die Polizei in die Hochschule eindrang. Sie hatte sich lange vergebens bemüht, eine Provokation zu provozieren. Erst als Studenten polizeiliche Tränengaskörper zurückwarfen — nicht ohne vorher zu rufen: „Hört auf, oder wir werfen zurück" — erst dann hatte die Polizei ihren „Anlaß". Darum „sahen die von Studenten benutzten Tränengaskörper denen der Polizei so ähnlich": zum Verwechseln ähnlich . . .

Uns geht es nicht darum, der Polizei am Zeug zu flicken. Sie hatte einen harten Nachmittag; aber ihr Benehmen im Hause der HfbK ist durch Nervosität nicht hinlänglich erklärt. Ein von langer Hand sorgfältig gepflegtes Vorurteil kommt hinzu. Von den vielen, viel zu vielen Begebenheiten in unserem Hause seien nur einige erwähnt:

Prügelnde Polizisten zerrissen Studienarbeiten, zertraten Modelle und zerstörten Hochschuleinrichtungen. Maler wurden von den zerschlagenen Staffeleien weg verhaftet. Eine Bildhauerwerkstatt wurde eingeschlagen. Polizisten kletterten über das Dach der benachbarten Mensa und brachen mit Brecheisen durch Fenster und Türen in Räume der HfbK ein. Die Polizisten schlugen ohne Vorwarnung auf herumstehende Studenten und Personen ein. Von Polizisten mit gezogenen Pistolen wurden sie — mit Lehrern — zu Gruppen zusammengetrieben. Polizisten warfen innerhalb der Hochschulräume in diese Gruppen Tränengaskörper. Einige Studenten und andere Personen mußten sich mit erhobenen Händen in einer Reihe an die Wand stellen. Von Einsatzleitern und anderen Polizisten, die die Schußwaffe nach wie vor auf sie richteten, mußten sie sich sagen lassen: „Jetzt müßte man mit einem MG dazwischenfahren!" — In der Eingangshalle sagte ein Polizist zum Stellvertretenden Direktor Schrieber, nachdem dieser auf dem Hausrecht bestand: „Sie Arschloch, ich bin hier Hausherr."

Auszug aus der Zeugenaussage eines unbeteiligten Westdeutschen, der in der HfbK als Gast war: „. . . Ich wurde zu Boden geworfen, getreten und mit Schlagstöcken mißhandelt. Anschließend zerrten mich die Polizisten an der Treppe zum Raum 302, um mich dort zwischen die Stühle zu werfen und erneut mit den Worten: ‚Euch Schweinen werden wir es zeigen' auf mich einzuschlagen und mir Haarbüschel auszureißen. Einige Sekunden war ich bewußtlos. Ich sollte mich dann mit erhobenen Händen an die Wand stellen . . . und man riß mir meine Papiere aus der Jacke, die ich nur zum Teil später wiederfand. Wieder zerrte man mich, nachdem ich ca. fünf Minuten an der Wand gestanden hatte,

Roger Garaudy

Die Aktualität des Marxschen Denkens

Aus dem Französischen von Gertrud Müller
224 Seiten, kartoniert 18 DM
Kritische Studien zur Philosophie

In 4 eingehenden Kapiteln erörtert Garaudy dieses originäre Denken Marxens, indem er zunächst dessen geistesgeschichtliche Quellen darstellt, sodann die durch Marx bewirkte Revolution in der europäischen Philosophie beschreibt, es aber auch nicht versäumt, Marxens politökonomische Gedanken zu berücksichtigen. Auf diese Weise vermeidet Garaudy die Einseitigkeiten sowohl der marxistischen Orthodoxie, die den Ökonomen Marx bevorzugt, als auch der westlichen Interpreten, die sich vorwiegend auf den jungen Marx stützen. Das Buch ist nicht zuletzt deswegen interessant, weil es den gegenwärtigen Stand der Marx-Diskussion in den westlichen kommunistischen Parteien spiegelt.

Theo Stammen in „Bücherei und Bildung"

Hans Dieter Bahr

Kritik der „Politischen Technologie"

Eine Auseinandersetzung mit Marcuse und Habermas
ca. 104 Seiten, kartoniert ca. 7 DM
Kritische Studien zur Philosophie

Die Technik hat in ihrem Fortschritt, selbst als Waffentechnik, mehr und mehr den Schein einer politischen Indifferenz ihrer inneren Rationalität erzeugt, woraus die „Politische Technologie" den ideologischen Nutzen zog, Technik entfalte sich a priori in klassenloser Gestalt.

Technische Rationalität jedoch muß, um dem Wachstum ihrer Vergegenständlichung als Produktivkraft gerecht zu werden, in der Technik eine notwendige Gegentendenz zur arbeitsteiligen Zersplitterung des gesellschaftlichen Subjekts erzeugen: in der Maschinerie wird fortschreitend ein zerfächertes System lebendiger Arbeitskraft gegenständlich aufgehoben. Als aufgehobene Arbeit aber ist Technik das vergegenständlichte Resultat *herrschender* Zwecksetzungen, die sich Arbeit als Mittel ihrer eigenen Realisation aneigneten.

Herwig Roggemann

Das Modell der Arbeiterselbstverwaltung in Jugoslawien

ca. 264 Seiten, Snolin-Broschur ca. 15 DM
Theorie und Praxis der Gewerkschaften

Anders als in der Sowjetunion, wo die Beschwörung der „reinen Lehre" noch immer zum ideologischen Verdecken materieller Widersprüche und zur Eliminierung abweichender Entwicklungen dient, wird von den jugoslawischen Marxisten das Abweichen von bestimmten marxistischen Kategorien offen eingestanden und ihre Unzulänglichkeit für die heutige Praxis festgestellt.

Doch gerade in dieser theoretischen Offenheit und Realitätsnähe sind die Gründe für einen Staat zu finden, der nicht nur auf einen hohen Zuwachs der jährlichen Produktivität verweisen kann, sondern in dem darüber hinaus erstmals die Entfaltung des einzelnen an seinem Arbeitsplatz nicht in eine ferne Zukunft verschoben wird.

Eberhard Schmidt

Die verhinderte Neuordnung 1945 — 1952

Zur Auseinandersetzung um die Demokratisierung der Wirtschaft in den westlichen Besatzungszonen und in der Bundesrepublik Deutschland.
Mit einem Vorwort von Wolfgang Abendroth
ca. 244 Seiten, Snolin-Broschur ca. 15 DM
Theorie und Praxis der Gewerkschaften

Das Scheitern der gewerkschaftlichen Bemühungen um eine Demokratisierung der Wirtschaft hatte seine Ursache aber nicht nur in äußeren Umständen. Die Beschränkung der Gewerkschaftsführung auf eine an traditionellen Mustern orientierte Politik trug dazu bei, daß die restaurativen Kräfte sich schließlich durchsetzen konnten. Die überkommene Politik der Arbeitsteilung mit der Sozialdemokratischen Partei, der die Durchsetzung der politischen Ziele über den Weg von Parlamentsmehrheiten überlassen wurde, bedeutete gleichzeitig den Verzicht auf eine Mobilisierung der Arbeitnehmerschaft für die angestrebte Neuordnung.

Europäische Verlagsanstalt • Frankfurt/M. 70, Metzlerstraße 25

den Korridor entlang bis zur Treppe. Dort angelangt, hielten mich je ein Polizist links und rechts an den Armen fest, während andere auf mich einschlugen, wobei sie schrien: ‚Euch Drecksäue werden wir fertigmachen'. Anschließend gab man mir einen Tritt, und ich fiel 17 Steinstufen bis zum ersten Treppenabsatz kopfüber hinab . . ."

Handelte es sich um einen spontanen Ausbruch aufgestauter Wut, so dürfte man sogar über solche Vorgänge zur Tagesordnung übergehen, aber der 23. Mai war geplant. Es wurde „hart durchgegriffen"; und der Regierende Bürgermeister hat angekündigt, daß gegebenenfalls die Polizei wieder ebenso eingesetzt werden würde. Der Innensenator ist deutlicher geworden: Er hat die Schußwaffe in Zusammenhang mit den Steinwürfen auf Polizisten vom TU-Gelände aus als das „in diesem Augenblick möglicherweise angemessene Mittel" bezeichnet. Er hat auch von neuen Methoden gesprochen, die er nicht im einzelnen darstellen wolle. Ist das die Vorbereitung auf die Einführung des sogenannten „Schießgesetzes" (Gesetz zur Anwendung unmittelbaren Zwanges)? Der 23. Mai könnte die Generalprobe gewesen sein.

Unter diesen Umständen fragen sich die Lehrenden, ob sie die Verantwortung weiter tragen können. Einige unter uns sind politisch aktiv. Unsere Verantwortung erstreckt sich auf die vielen, die sich nicht für Politik interessieren und meinen, wenn sie nur nicht hinsehen, so werde sich die Politik auch nicht für sie interessieren. Die Politik kommt jetzt zu ihnen. Seit dem vorigen Sonnabend sind sie in ihrer Schule nicht mehr sicher. Darum können wir nicht länger „den Lehrbetrieb aufrechterhalten". Wir werden in Seminaren und Vorlesungen, Übungen und Colloquien nur von dem einen Thema sprechen, daß der 23. Mai ein neues Faktum im Leben der Hochschule darstellt: Wir sind im Hause eingeschlossen und dann ausgehoben worden. Das Wort Eskalation verdeckt diese neue Situation: Es hat eine Operation stattgefunden.

Durch den 23. Mai, an dem in der HfbK auch an völlig Unbeteiligten von der Polizei ein Exempel statuiert wurde, kann der Eindruck entstehen, daß Berlin vom Spuk seiner akademischen Jugend befreit werden soll. Hierzu müssen wir uns verhalten. Wir können nicht länger pinseln und bosseln: Dokumentieren, sichern, aufklären, das sind die Künste, die wir jetzt lernen und anwenden müssen.

Professor Ludwig Gabriel Schrieber

Professor Werner Gailis

Professor Alexander Gonda

Professor Hardt Walther Haemer

Professor Egon Hoelzmann

Professor Herbert Kaufmann

Professor Thomas Sieverts

Stellungnahme von Prof. Dr. Andreas Dress, Bielefeld, auf dem Kongreß für Mathematiker in Madison/USA im April 1970

Andreas Dress, Jahrgang 1938, Bielefelder Professor für Mathematik, war im April 1970 zu einem Mathematiker-Treffen in Madison/Wisconsin eingeladen worden, das von der sehr angesehenen American Mathematical Society veranstaltet wurde. Dress, der einzige deutsche Mathematiker dort, hielt einen stark beachteten Vortrag zur Darstellungstheorie endlicher Gruppen. Er schloß diesen Vortrag mit einer sehr dezidierten politischen Erklärung zum Nachkriegsfaschismus und -imperialismus ab. Die Erklärung hat folgenden Wortlaut:

Am Schluß meines Vortrags möchte ich nun all denen danken, die es mir ermöglicht haben, an dieser Koferenz teilzunehmen. Ich meine hier nicht die deutschen oder amerikanischen Behörden, die meine Reise bezahlt haben, sondern die versteckten Geldgeber: die ausgebeuteten Massen in der westlichen Gesellschaft und in der Dritten Welt.

Ich bin in ein faschistisches Land hineingeboren worden. Viele meiner Verwandten, die das Nazi-Regime bekämpft haben, sind von den Faschisten ermordet worden, kurz bevor die Alliierten einmarschierten. Dietrich Bonhoeffer war mein Onkel.

In erster Linie war jedoch für viele Intellektuelle in Deutschland die Reaktion auf den Nationalsozialismus eine Geschmacksfrage. Vermutlich haben sie sich kaum über die ökonomischen Strukturen Gedanken gemacht, die das Wachsen des Faschismus so sehr begünstigt haben.

In den frühen 30er Jahren wurden schon nahezu alle Sozialisten und Gewerkschaftler in Konzentrationslager überführt, ehe sie überhaupt anfangen konnten, eine gemeinsame Front gegen die Nazis zu bilden.

Die bürgerlich-intellektuellen deutschen Widerstandsgruppen fühlten wohl keine Solidarität mit der Arbeiterklasse. Ich glaube sogar, sie fühlten sich erleichtert, nicht mit ihr zusammen arbeiten zu müssen. Das kann wohl der schwerwiegendste Grund für ihr Versagen auch nach dem Kriege sein.

Trotz all unserer Kinderträume von einer befreiten und freien Welt am Ende des Zweiten Weltkrieges hat sich nichts wirklich verändert. Unser Leben steht noch immer unter den Vorzeichen der Unterdrückung, Ausbeutung und des sinnlosen Massenmordes.

In aller Welt lassen sich leicht Beispiele finden: der gnadenlose Mord an den Black Panthers in den Vereinigten Staaten; Englands Unterstützung der verbrecherischen Regierungen von Südafrika und Rhodesien; die Unterstützung der faschistischen und kolonialistischen Regierungen von Portugal und Spanien durch Frankreich und Westdeutschland; um nicht Vietnam, Laos und Kambodscha zu nennen.

Die Intellektuellen und Wissenschaftler der sogenannten freien Welt haben eine wesentliche Rolle bei der Bekämpfung des Kapitalismus und Imperialismus zu übernehmen.

1) Sie sind den Menschen verantwortlich, d. h. sie dürfen nicht weiter im Elfenbeinturm der Reinen Wissenschaft hausen, sondern müssen aktive politische Menschen werden.

2) Wir sind für die Bildung der Jüngeren verantwortlich. Daher müssen wir jede erreichbare Information sammeln und an unsere Studenten weitergeben, die ihnen zu verstehen erleichtert, wie Kapitalismus und Imperialismus arbeiten und wie sie bekämpft werden können.

3) Wir sollten solidarisch mit den Unterdrückten handeln und jede Gelegenheit nutzen, ihnen zu helfen. Solidarität mit den Unterdrückten darf nicht ein bloßer Slogan für uns bleiben.

Und zum letzten: Gelegenheiten bieten sich nicht von selbst, wir werden neue Wege suchen und finden müssen, Hilfe zu leisten, Unterstützung zu bekommen, alle möglichen Quellen auszunutzen und für eine neue Gesellschaft zu kämpfen und sich zu entwickeln.

So werden vielleicht die Menschen, die unsere Forschung bezahlen, letzten Endes auch davon profitieren.

Aufruf zum Reportagewettbewerb 1970 des „Werkkreis Literatur der Arbeitswelt"

Der „Werkkreis Literatur der Arbeitswelt" sucht Reportagen, Berichte, Protokolle zum Thema „Wie ist mein Arbeitsplatz — wie könnte er sein".

Zur Teilnahme aufgerufen sind alle Arbeiter, Angestellten, Lehrlinge, Schüler und ihre Angehörigen. Es soll in einer möglichst einfachen, unliterarischen Sprache erzählt werden, was der Einzelne an seinem Arbeitsplatz beobachtet und welche Veränderungen an Arbeitsplatz und Betrieb er sich wünscht und für möglich hält.

Die zehn besten Beiträge werden mit insgesamt 3000,— DM prämiiert. Die Entscheidung trifft eine vom Werkkreis eingesetzte Jury aus Schriftstellern und Arbeiten. Die besten Arbeiten werden wie beim vorjährigen Wettbewerb auf öffentlichen Lesungen und in Buchform vorgestellt.

Die örtlichen Werkstätten des „Werkkreis Literatur der Arbeitswelt" werden mit den Einsendern Kontakt aufnehmen und ihnen weitere Zusammenarbeit anbieten.

Einsendeadresse: Werkkreis Literatur der Arbeitswelt,

5 Köln, Postfach 180 227.

Einsendeschluß: 30. August 1970

Interessenten, die nicht selbst am Wettbewerb teilnehmen können, werden gebeten, den Aufruf an Bekannte und Kollegen weiterzugeben und zu verbreiten.

Die „Blätter für deutsche und internationale Politik" erscheinen einmal im Monat. Sie sind durch jede Buchhandlung, durch die Post und direkt vom Verlag zu beziehen. Der Abonnementspreis beträgt DM 2,50 (Studenten, Schüler, Wehrpflicht- und Ersatzdienstleistende DM 2,—), zuzüglich DM 0,25 Porto. Das Einzelheft kostet DM 3,50. Der Auslandsabonnementspreis beträgt einschließlich Porto (ohne Luftpostzuschläge) sfr 20,50 halbjährlich, sfr 41,— jährlich; öSch 125,— / 250,—; hfl 17,24 / 34,50; belg. fr. 240,— / 480,—; NF 27,— / 54,—; £ 2.—.— / 4.—.—; Lire 3000,— / 6000,—; dkr 36,— / 72,—; skr 25,— / 50,—; nkr 34,— / 68,—; $ 4,80 / 9,60. Die Abonnementsauslieferung in andere Währungsgebiete erfolgt nach den geltenden Verrechnungsbestimmungen. Postscheck: Köln 65 14. Bankverbindung: Deutsche Bank Köln. Erfüllungsort ist Köln. Namentlich gezeichnete Beiträge geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder und stellen nicht unbedingt die Auffassung der Herausgeber und der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit Zustimmung der Redaktion. Anschrift von Verlag und Redaktion: 5 Köln 1, Barbarossaplatz 2, Telefon: 21 53 36. Druck: Peter Millard & Co KG, Köln

Autoren dieses Heftes

BUSCHMANN, Martha, geb. 1921 in Dudweiler/Saar, ist Mitglied des Sekretariats des Weltfriedensrates, lebt in Düsseldorf. *** *BRENDER, Dr. Hans,* geb. 1912 in Krefeld, studierte Medizin und Soziologie, lebt als politischer Publizist in Krefeld. *** *GROSS, Herold,* geb. 1945 in Innsbruck, studiert Soziologie, Philosophie und Politik in Freiburg und Frankfurt/Main. *** *ELLIESEN, Klaus,* geb. 1940 in Halle/Saale, lebt als freier Journalist bei Kiel. *** *BAUKLOH, Friedhelm,* geb. 1927 in Dortmund, war nach dramaturgischer und journalistischer Ausbildung 1954—64 evangelischer Redakteur an der katholischen Wochenzeitung „echo der zeit", von 1964—65 „Spiegel"-Redakteur, jetzt als freier Publizist und Verlagslektor tätig. *** *KRÜGER, Prof. Dr. Herbert,* geb. 1913 in Dortmund, Leiter der Abteilung Völkerrecht am Institut für Internationale Beziehungen der Deutschen Akademie für Staats- und Rechtswissenschaft „Walter Ulbricht" in Babelsberg; Vizepräsident der Gesellschaft für Völkerrecht in der DDR, Mitglied des Präsidiums der Liga für die Vereinten Nationen in der DDR. *** *HERDE, Georg,* geb. 1919 in Neiße/Oberschlesien, lebt als freier Journalist in Frankfurt/Main; Herausgeber des Presse- und Informationsdienstes „Neue Kommentare". *** *BAMBERG, Hans-Dieter,* geb. 1942 in Dortmund, zunächst kaufm. Angesteller, dann Abitur am Abendgymnasium, studiert Politologie und Geschichte an der FU Berlin. *** *KOCH, Hans-Gerhard,* geb. 1939 in Lüdenscheid, erst Bauschlosserlehrling, Grubenschlosser unter Tage, Technischer Zeichner, Techniker, dann Abitur am Abendgymnasium, studiert Sozialwissenschaften an der Ruhr-Universität Bochum, lebt in Dortmund. *** *BEYER, Prof. Dr. Wilhelm Raimund,* geb. 1902 in Nürnberg, studierte Rechtswissenschaften und Philosophie, Gründer und Erster Vorsitzender der Internationalen Hegel-Gesellschaft e. V.; zahlreiche Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *FRITZSCHE, Klaus,* geb. 1940 in Chemnitz (heute Karl-Marx-Stadt), studierte Theologie und Latein, danach Politische Wissenschaft, promoviert am Institut für wissenschaftliche Politik in Marburg, Assistent am Seminar für Politische Bildung in Gießen; Zeitschriften- und Rundfunkveröffentlichungen. *** *KRÜGER, Dr. Marlis,* geb. 1940 in Greifswald, studierte Geschichte, Psychologie und Soziologie in Hamburg, Freiburg und Westberlin, lehrt seit 1967 als Assistant Professor am City College in New York. *** *HALL, Martin,* geb. 1904 in Gotha, studierte in Marburg, München und Berlin und war anschließend als Journalist tätig. 1933 mußte er emigrieren und lebt seit 1936 als freier Schriftsteller und Rundfunkkommentator in den USA. *** *HENNIG, Eike,* geb. 1943 in Kassel, studiert Politische Wissenschaften und Soziologie in Frankfurt, Doktorand; Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *HUND, Wulf, D.,* geb. 1946 in Dreveskirchen (DDR), studiert in Marburg Soziologie, Politik und Geschichte.

Mitteilungen des Verlages

Seit der Gründung der „Blätter" im Jahre 1956 ist ein großer Kreis ständiger Bezieher mit ihnen verbunden und Jahr um Jahr gewachsen. So allein war es möglich, seit 1963 den Abonnements-Preis unverändert zu lassen. Den Kostensprung der letzten beiden Jahre allerdings weiterhin ganz abzufangen, erweist sich als unmöglich. Deshalb bitten wir um Verständnis dafür, daß ab 1. Juli 1970 eine Erhöhung des Abonnements-Preises auf DM 3,— (Schüler- und Studentenabonnement auf DM 2,50) unumgänglich ist.

Pahl-Rugenstein Verlag

Dieser Ausgabe liegt ein Prospekt des Verlages Marxistische Blätter bei, den wir der Aufmerksamkeit unserer Leser empfehlen.

Preisliste für Sonderdrucke

Von allen in der Zeitschrift „Blätter für deutsche und internationale Politik" veröffentlichten Beiträgen können Sonderdrucke bezogen werden. Bestellungen sind bis 30 Tage nach dem Erscheinungstermin jeder Ausgabe beim Pahl-Rugenstein Verlag, 5 Köln, Barbarossaplatz 2, möglich. Die in der untenstehenden Tabelle aufgeführten Preise verstehen sich zuzüglich Versandkosten.

	100 Exempl.	250 Exempl.	500 Exempl.	750 Exempl.	1000 Exempl.	2000 Exempl.	3000 Exempl.	4000 Exempl.
4 Seiten	44,–	50,–	64,–	77,–	88,–	138,–	185,–	227,–
8 Seiten	69,–	81,–	100,–	116,–	132,–	198,–	255,–	308,–
12 Seiten	102,–	116,–	138,–	160,–	182,–	250,–	312,–	370,–
16 Seiten	135,–	150,–	177,–	204,–	232,–	325,–	410,–	495,–
20 Seiten	168,–	187,–	215,–	242,–	270,–	380,–	484,–	585,–
24 Seiten	190,–	215,–	248,–	281,–	310,–	425,–	535,–	640,–
28 Seiten	220,–	245,–	282,–	319,–	355,–	476,–	594,–	708,–
32 Seiten	245,–	270,–	310,–	349,–	381,–	525,–	660,–	785,–
36 Seiten	260,–	287,–	326,–	360,–	390,–	540,–	685,–	805,–
40 Seiten	275,–	300,–	338,–	375,–	410,–	565,–	710,–	845,–

Autoren dieses Heftes

BUSCHMANN, Martha, geb. 1921 in Dudweiler/Saar, ist Mitglied des Sekretariats des Weltfriedensrates, lebt in Düsseldorf. *** *BRENDER, Dr. Hans,* geb. 1912 in Krefeld, studierte Medizin und Soziologie, lebt als politischer Publizist in Krefeld. *** *GROSS, Herold,* geb. 1945 in Innsbruck, studiert Soziologie, Philosophie und Politik in Freiburg und Frankfurt/Main. *** *ELLIESEN, Klaus,* geb. 1940 in Halle/Saale, lebt als freier Journalist bei Kiel. *** *BAUKLOH, Friedhelm,* geb. 1927 in Dortmund, war nach dramaturgischer und journalistischer Ausbildung 1954—64 evangelischer Redakteur an der katholischen Wochenzeitung „echo der zeit", von 1964—65 „Spiegel"-Redakteur, jetzt als freier Publizist und Verlagslektor tätig. *** *KRÜGER, Prof. Dr. Herbert,* geb. 1913 in Dortmund, Leiter der Abteilung Völkerrecht am Institut für Internationale Beziehungen der Deutschen Akademie für Staats- und Rechtswissenschaft „Walter Ulbricht" in Babelsberg; Vizepräsident der Gesellschaft für Völkerrecht in der DDR, Mitglied des Präsidiums der Liga für die Vereinten Nationen in der DDR. *** *HERDE, Georg,* geb. 1919 in Neiße/Oberschlesien, lebt als freier Journalist in Frankfurt/Main; Herausgeber des Presse- und Informationsdienstes „Neue Kommentare". *** *BAMBERG, Hans-Dieter,* geb. 1942 in Dortmund, zunächst kaufm. Angesteller, dann Abitur am Abendgymnasium, studiert Politologie und Geschichte an der FU Berlin. *** *KOCH, Hans-Gerhard,* geb. 1939 in Lüdenscheid, erst Bauschlosserlehrling, Grubenschlosser unter Tage, Technischer Zeichner, Techniker, dann Abitur am Abendgymnasium, studiert Sozialwissenschaften an der Ruhr-Universität Bochum, lebt in Dortmund. *** *BEYER, Prof. Dr. Wilhelm Raimund,* geb. 1902 in Nürnberg, studierte Rechtswissenschaften und Philosophie, Gründer und Erster Vorsitzender der Internationalen Hegel-Gesellschaft e. V.; zahlreiche Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *FRITZSCHE, Klaus,* geb. 1940 in Chemnitz (heute Karl-Marx-Stadt), studierte Theologie und Latein, danach Politische Wissenschaft, promoviert am Institut für wissenschaftliche Politik in Marburg, Assistent am Seminar für Politische Bildung in Gießen; Zeitschriften- und Rundfunkveröffentlichungen. *** *KRÜGER, Dr. Marlis,* geb. 1940 in Greifswald, studierte Geschichte, Psychologie und Soziologie in Hamburg, Freiburg und Westberlin, lehrt seit 1967 als Assistant Professor am City College in New York. *** *HALL, Martin,* geb. 1904 in Gotha, studierte in Marburg, München und Berlin und war anschließend als Journalist tätig. 1933 mußte er emigrieren und lebt seit 1936 als freier Schriftsteller und Rundfunkkommentator in den USA. *** *HENNIG, Eike,* geb. 1943 in Kassel, studiert Politische Wissenschaften und Soziologie in Frankfurt, Doktorand; Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *HUND, Wulf, D.,* geb. 1946 in Dreveskirchen (DDR), studiert in Marburg Soziologie, Politik und Geschichte.

Mitteilungen des Verlages

Seit der Gründung der „Blätter" im Jahre 1956 ist ein großer Kreis ständiger Bezieher mit ihnen verbunden und Jahr um Jahr gewachsen. So allein war es möglich, seit 1963 den Abonnements-Preis unverändert zu lassen. Den Kostensprung der letzten beiden Jahre allerdings weiterhin ganz abzufangen, erweist sich als unmöglich. Deshalb bitten wir um Verständnis dafür, daß ab 1. Juli 1970 eine Erhöhung des Abonnements-Preises auf DM 3,— (Schüler- und Studentenabonnement auf DM 2,50) unumgänglich ist.

Pahl-Rugenstein Verlag

Dieser Ausgabe liegt ein Prospekt des Verlages Marxistische Blätter bei, den wir der Aufmerksamkeit unserer Leser empfehlen.